## Niedersächsischer Landtag

## Stenografischer Bericht

## 135. Sitzung

Hannover, den 13. Dezember 2007

#### Inhalt:

noch: Tagesordnungspunkt 11:
Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2008 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport - Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)
Inneres und Sport
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE)
Jörg Bode (FDP)
<b>Justiz</b>
Heike Bockmann (SPD)16133
<b>Dr. Uwe Biester</b> (CDU)
Ralf Briese (GRÜNE)
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP) 16140
<b>Jens Nacke</b> (CDU)
Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin . 16145
Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 16147 Uwe Schwarz (SPD)
Stefan Wenzel (GRÜNE)16156
Ursula Helmhold (GRÜNE)16156
Gesine Meißner (FDP) 16158, 16165

Heidemarie Mundlos (CDU)16161, 16163, 16166 Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 16163 bis 16167 Mechthild Ross-Luttmann, Ministerin für Sozia- les, Frauen, Familie und Gesundheit16167
Tagesordnungspunkt 21:
Ausschuss für die Wahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht - Wahlvorschlag - Drs. 15/4279
Tagesordnungspunkt 22:
Einzige (abschließende) Beratung:  Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2004 - Drs. 14/3982, 15/1400, 15/2328, 15/3282 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/4300
Tagesordnungspunkt 23:
Einzige (abschließende) Beratung:  Domäne Liebenburg, Landkreis Goslar; Veräußerung der Hofstelle und Teilflächen - Antrag der Landesregierung - Drs. 15/4245 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/4301 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4341

(Direkt überwiesen am 28.11.2007)

## Tagesordnungspunkt 24:

Einzige (abschließende) Beratung:
Übertragung von Immobilien der ehemaligen
Fachhochschule Nordostniedersachsen (vordem
Staatsbauschule) ohne Ausgleichsbetrag an die
Stadt Buxtehude im Rahmen des Hochschulopti-
mierungskonzepts - Antrag der Landesregierung -
Drs. 15/4247 - Beschlussempfehlung des Ausschus-
ses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/430216173
Beschluss16173
(Direkt überwiesen am 28.11.2007)

## noch:

Tagesordnungspunkt 11:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2008 -
Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte
(einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter
Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Kul-
tus - Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und
Verkehr - Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundes-
und Europaangelegenheiten und Medien)16173

, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	
Kultus	.16173
Ingrid Eckel (SPD)	.16173
Karl-Heinz Klare (CDU)16177,	16183
Swantje Hartmann (SPD)	
Ina Korter (GRÜNE)16183,	
Ursula Körtner (CDU)	
Bernhard Busemann, Kultusminister	
16186, 16188,	16190
Hans-Werner Schwarz (FDP)	
, ,	
Wissenschaft und Kultur	.16195
Dr. Gabriele Andretta (SPD)	.16195
Katrin Trost (CDU)	
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	
Regina Seeringer (CDU)	
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	.16206
Roland Riese (FDP)	
Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft	und
Kultur	
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	.16212
Gerd Ludwig Will (SPD)	
Ernst-August Hoppenbrock (CDU)	
<b>Björn Thümler</b> (CDU)16219,	
Werner Buß (SPD)	
Enno Hagenah (GRÜNE)	
Klaus Rickert (FDP)	
Gabriela König (FDP)16226,	
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit	
Verkehr	

Umwelt  Hans-Dieter Haase (SPD)	16231 16239 16240 16240
Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft u	ınd
Verbraucherschutz	
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE) 16244, 16248,	16253
Clemens Große Macke (CDU)16245,	
Rolf Meyer (SPD)	
Karin Stief-Kreihe (SPD)16249,	16250
Jan-Christoph Oetjen (FDP)16251,	16254
Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlich	nen
Raum, Ernährung, Landwirtschaft ι	und
Verbraucherschutz	16254
Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien	16255
Rosemarie Tinius (SPD)16255,	
Wilhelm Hogrefe (CDU)16257,	
Dieter Möhrmann (SPD)	
Ulrike Kuhlo (FDP)16262,	
Georgia Langhans (GRÜNE)	16264
Christian Wulff, Ministerpräsident	16266
Persönliche Bemerkung: Wilhelm Hogrefe (CDU)	16267
Nächste Sitzung	16267

#### Vom Präsidium:

Präsident Jürgen Gansäuer (CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel (SPD) Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo (FDP) Vizepräsidentin Silva Seeler (SPD) Vizepräsidentin Astrid Vockert (CDU) Schriftführer Lothar Koch (CDU)

Georgia Langhans (GRÜNE) Schriftführerin Schriftführer Wolfgang Ontijd (CDU) Christina Philipps (CDU) Schriftführerin Friedrich Pörtner (CDU) Schriftführer Schriftführerin Isolde Saalmann (SPD)

Schriftführerin Bernadette Schuster-Barkau (SPD)

Schriftführerin Brigitte Somfleth (SPD) Irmgard Vogelsang (CDU) Schriftführerin Schriftführerin Anneliese Zachow (CDU)

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Christian Wulff (CDU)

Minister für Inneres und Sport Staatssekretär Wolfgang Meyerding,

Uwe Schünemann (CDU) Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister

Hartmut Möllring (CDU) Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Ge-

sundheit

Mechthild Ross-Luttmann (CDU)

Kultusminister

Bernhard Busemann (CDU)

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Walter Hirche (FDP)

Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Land-

wirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Justizministerin

Elisabeth Heister-Neumann

Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)

Umweltminister

Hans-Heinrich Sander (FDP)

Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking,

Niedersächsisches Justizministerium

Staatssekretärin Cora Hermenau,

Staatssekretär Hartmut Saager,

Familie und Gesundheit

Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst,

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,

Staatssekretär Dr. Christian Eberl. Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr.

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 135. Sitzung im 47. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode und stelle gleichzeitig die Beschlussfähigkeit fest.

Als Nächstes darf ich der Kollegin Christa Bührmann zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche ihr alles Gute und hoffe, dass das einer der amüsantesten Geburtstage wird, die sie bisher erlebt hat.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatungen. Nach der Mittagspause wird die Sitzung mit dem dritten Block der Haushaltsberatungen fortgesetzt.

Die heutige Sitzung soll gegen 20.45 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte schön, Frau Saalmann.

## Schriftführerin Isolde Saalmann:

Es haben sich für heute entschuldigt: von der Fraktion der CDU Frau Schwarz, Herr Dr. Brockstedt und Herr Krumfuß und von der Fraktion der SPD Frau Emmerich-Kopatsch und Herr Schack.

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, wir setzen nun die Haushaltsberatungen fort. Ich rufe auf

noch:

Tagesordnungspunkt 11:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2008 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)

Wir beginnen mit dem Bereich

## **Inneres und Sport**

Dazu liegt mir die Wortmeldung des Kollegen Bartling vor. Herr Bartling, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

## Heiner Bartling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, Sie, Frau Präsidentin, auch wenn es mir nicht zusteht, in einem Punkt zu korrigieren. Die Kollegin Bührmann hat in ihrem jugendlichen Alter nicht mehr den Namen gewechselt, sondern sie heißt immer noch Christina. Ich gratuliere ihr auch von diesem Platz aus ganz herzlich zum Geburtstag. Ich bitte um Entschuldigung, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn eine Landesregierung zum Ende einer Legislaturperiode - aus meiner Sicht natürlich hoffentlich zum letzten Mal - einen Haushaltsplan für das kommende Jahr vorlegt

(Zuruf von Reinhold Coenen [CDU]: Das können Sie nur hoffen)

- die Hoffnung gebe ich nicht auf, und ich werde dafür arbeiten, dass sie Realität wird; damit können Sie rechnen -, darf man wohl auch die ablaufende Legislaturperiode ein wenig bilanzieren. Dass man dabei als Erstes auf die Verfassungstreue dieser Landesregierung eingeht, ist bei dem Haushalt des Verfassungsministers ja wohl nicht ganz verwunderlich. Das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 6. Dezember 2007 wirft ein kennzeichnendes Licht auf das Verhältnis dieser Landesregierung zu seinen Kommunen. Dass die Landesregierung mit ihrem Versuch, die Strukturen im

Landkreis Lüchow-Dannenberg so zu ordnen, wie sie es für zweckmäßig hält, vor dem Landesverfassungsgericht gescheitert ist, das die Bestimmungen für nichtig erklärt hat, macht deutlich, dass bei dieser Landesregierung nicht die zukunftsfähigen Strukturen unserer Kommunen, sondern allein opportunistische Erwägungen eine Rolle gespielt haben.

## (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, hätte die Landesregierung ein ernsthaftes Interesse an unseren Kommunen, hätten Sie das realisiert, was Sie vor 2003 lauthals versprochen haben. Sie haben damals kritisiert: Der Raubzug durch die kommunalen Kassen wird beendet. Wir erstatten den Kommunen die 500 Millionen DM, die die damalige Landesregierung widerrechtlich entnommen habe. Das war übrigens Inhalt einer Klage vor dem Staatsgerichtshof, vor dem Sie nicht nur jetzt, sondern auch schon damals als Opposition gescheitert sind.

## (Beifall bei der SPD)

Was ist bei Ihnen dagegen realisiert worden, meine Damen und Herren? - Kein einziger Pfennig ist den Kommunen erstattet worden.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Wir sind auch erst zu Euro-Zeiten an die Regierung gekommen!)

Das Gegenteil ist der Fall. Im kommenden Jahr werden die Kommunen nach allem, was wir heute wissen, 190 Millionen Euro weniger über den kommunalen Finanzausgleich bekommen als im laufenden Jahr. Statt den Kommunen zu helfen und den gekürzten Verteilungsschlüssel wieder auf die Höhe des Jahres 2003 zu setzen, blieben Sie dabei, den Kommunen jedes Jahr mehr als 100 Millionen Euro vorzuenthalten.

Meine Damen und Herren, nehmen wir ein anderes Thema, nämlich den Umgang dieser Landesregierung mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Erst werden Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wegrasiert, dann gibt es ausgerechnet im Monat vor der Landtagswahl eine sogenannte Einmalzahlung in Höhe von 860 Euro. Wenn Sie glauben, die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten würden darauf reinfallen und jetzt freudig dazu beitragen, dass dieser Ministerpräsident im Amt bestätigt wird, dann haben Sie sich getäuscht.

#### (Beifall bei der SPD)

Die Beamtinnen und Beamten wissen, dass es mit den Sozialdemokraten nicht nur Wahlkampfeinmalzahlungen, sondern einen verlässlichen und dauerhaften Wiedereinstieg in die sogenannte Jahressonderzahlung geben wird.

#### (Beifall bei der SPD)

Das ist nur ein Ausschnitt, meine Damen und Herren. Ich komme noch zu weiteren für mich sehr wichtigen Themen. Ich möchte den Bereich öffentlicher Dienst jetzt verlassen, obwohl ich dazu noch eine ganze Menge sagen könnte. Ich habe das auch an anderer Stelle schon getan.

(Heinz Rolfes [CDU]: Was kommt denn jetzt?)

- Jetzt komme ich zur Integration, Herr Kollege Rolfes. Hören Sie einmal zu; denn dann können Sie davon vielleicht auch noch ein bisschen etwas mitnehmen.

Um ein Haar wäre das Innenministerium in "Integrationsministerium" umbenannt worden. Schon allein diese Überlegung macht deutlich, dass es der Landesregierung auch beim Thema Integration mehr um den schönen Schein geht als um tatsächliche Verbesserungen.

## (Beifall bei der SPD)

Das zeigt sich übrigens auch daran, dass das zentrale integrationspolitische Vorhaben im aktuellen Haushalt die Bereitstellung einer viertel Million für die Programmierung einer Internetplattform zum Thema Integration ist. Ich möchte das jetzt nicht schlechtreden; damit Sie mich nicht falsch verstehen.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das würde ich auch nicht tun!)

Ich denke aber, dass es für Migranten in Deutschland dringendere Probleme gibt als eine Internetplattform.

#### (Beifall bei der SPD)

Deshalb verdoppeln wir mit unserem Änderungsantrag die Integrationsmittel im Haushalt des Innenministeriums, damit z. B. auch die Migrationserstberatung aufrechterhalten werden kann, wenn der Bund seinen Zuschuss kürzen sollte. Meine Damen und Herren, seit 2005 hat die Landesregierung unter Herrn Wulff dem Bereich Integration jedes Jahr 1 Million Euro vorenthalten. Wir halten diese Kürzung nach wie vor für falsch und sehen in unserem Haushaltsantrag deshalb die Wiedereinsetzung der Integrationsmittel vor. Ich kann nur wiederholen, was ich seit 2005 jedes Jahr an dieser Stelle gesagt habe: Wer Integration fordern will, der muss auch Integration fördern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist übrigens eine gute Überleitung zu einem Thema, das die Landesregierung erst jetzt, kurz vor der Landtagswahl, entdeckt zu haben scheint, dass man sich nämlich intensiv um den Einstieg von Migranten und Migrantinnen in unsere Polizei bemühen muss. Die Vorgängerregierung war da ein bisschen weiter. Wir haben uns damals sehr aktiv um die Einstellung von Migrantinnen und Migranten in Polizei und Justiz bemüht. Hätten Sie daran angeknüpft, brauchten wir heute keine Handlungsprogramme.

Meine Damen und Herren, eines der zentralen Wahlversprechen der Landesregierung war die Einstellung von 1 000 zusätzlichen Polizeibeamtinnen und -beamten. Von dieser Zahl ist man nach und nach vorsichtig abgerückt. Jetzt sollen es echt nur noch 800 sein.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

Bis heute sind ca. 500 im Vollzugsdienst angekommen. Wir haben uns vor der letzten Wahl immer anhören müssen - das war die wichtigste Begründung für Ihre Aussage -, Niedersachsen habe die niedrigste Polizeidichte im Bundesvergleich.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt ja auch!)

- Das ist so. Das kann ich gar nicht verneinen, Herr Coenen.

(Minister Bernhard Busemann: Da waren Sie Innenminister!)

 - Ja, damals war ich Innenminister, und ich bekenne mich auch dazu, warum das so war, Herr Busemann. Das können Sie ruhig zur Kenntnis nehmen.

Ich will noch etwas hinzufügen, was damals wesentlicher Inhalt Ihres Wahlprogramms war. Sie haben den Leuten erzählt: Wenn wir drankommen, werden wir die Polizeidichte so verstärken, dass die Präsenz bei der Bevölkerung auch deutlich wird. - Ich lasse einmal die Zahlen sprechen. Wir hatten bei der sogenannten Polizeidichte ein Verhältnis von 1 zu 459. Heute ist das Verhältnis 1 zu 456. Wenn Sie glauben, mit diesen drei Menschen weniger auf einen Polizeibeamten mehr Sicherheit produziert zu haben, wenn auch nur subjektive Sicherheit, ist das einfach Augenwischerei und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Auch diese Zahl bedeutet übrigens im bundesweiten Ranking immer noch die geringste Polizeidichte bei den Flächenländern.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Es mag sein, dass Sie aktuellere Zahlen haben. Herr Schünemann wird uns das ja gleich sagen.

Ich will auf eines hinweisen, meine Damen und Herren: Für uns ist die Anzahl der Polizeibeamtinnen und -beamten nie das Entscheidende gewesen, sondern das Entscheidende war die Qualität der Ausbildung. Nicht die Zahl der Köpfe ist entscheidend, sondern das, was in den Köpfen ist.

(Beifall bei der SPD - Hans-Christian Biallas [CDU]: Wollen Sie damit sagen, dass in den Köpfen nichts drin ist?)

- Nein. Da ist eine Menge drin, und das ist auch gut so. - Ich halte übrigens im Unterschied zur CDU nichts von den Zahlenspielen mit irgendwelchen Polizeidichtestatistiken. Die Qualität der Arbeit lässt sich nicht an den Köpfen messen, sondern entscheidend ist, was in den Köpfen ist. Auf die Ausbildung kommt es an, und in diesem Zusammenhang bin ich sehr froh, dass wir Sie von Ihrem Plan abbringen konnten, Polizeibeamte im mittleren Dienst anzustellen, wie es in Ihrem Wahlprogramm zu lesen war.

Die niedersächsische Polizei - das weiß jeder, meine Damen und Herren - leistet nach wie vor hervorragende Arbeit. Ich sorge mich allerdings um die Polizeiausbildung, die von dieser Landesregierung qualitativ abgewertet wurde, und um die Fortbildung, die so gut wie gar nicht mehr stattfindet, weil das Bildungsinstitut der Polizei aufgelöst wurde und ein neues Fortbildungskonzept nach wie vor nicht vorliegt. Nur eine gut ausgebildete und

ständig fortgebildete Polizei kann qualitativ gute Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist umso wichtiger, als ständig neue Aufgaben auf die Polizei zukommen. Ich muss mir nur ansehen, was eine hannoversche Tageszeitung, abgeleitet aus anderen Tageszeitungen, heute meldet. Unter der Überschrift "Der Notstand der Terrorfahnder" wird berichtet, dass sich ein jetzt bekannt gewordener interner Bericht der beteiligten Polizeieinheiten an einem erfolgreichen Polizeieinsatz - es geht um einen Polizeieinsatz, der stattgefunden hat und den ich auch um Gottes willen nicht schlechtreden will; das war ein Erfolg - nicht wie eine Erfolgsgeschichte liest. Darin berichten Ermittler von schweren Mängeln und schier unfassbaren Hindernissen bei der Fahndung, von schlechter Ausrüstung und zu wenig Personal. So lässt sich die Manöverkritik zusammenfassen.

(Minister Uwe Schünemann: Da geht es nicht um Niedersachsen!)

- Das ist nicht Niedersachsen, Herr Schünemann. Aber ich weise damit auf ein Problem hin, das mir viel wichtiger erscheint als das, was - - -

(Zuruf von Ministerpräsident Christian Wulff)

- Ich freue mich, dass der Herr Ministerpräsident überhaupt anwesend ist. Bisher war es nicht üblich, dass von der Regierungsbank dazwischengequasselt wird. Aber das ist ja die übliche Geschichte.

(Beifall bei der SPD - Hans-Christian Biallas [CDU]: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie den Mund gehalten haben, als Sie da saßen! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Da täuschen Sie sich ein bisschen. Gucken Sie mal in die Protokolle. - Ich will mich nicht durcheinander bringen lassen durch den Hinweis, all das, was in den Zeitungen stehe, habe mit Niedersachsen nichts zu tun. Mir geht es seit Wochen und Monaten wirklich auf den Senkel, um das einmal mit diesem etwas populären Spruch zu sagen, wenn Leute auf der Bundesebene und unterstützt von der Landesebene nichts anderes im Kopf haben, als über neue Eingriffsbefugnisse zu schwadronieren. Da redet ein Verteidigungsminister darüber, welche Rechtsgrundlage er braucht, um

Flugzeuge abschießen lassen zu können, und der Innenminister redet von Onlinedurchsuchung und Bundeswehreinsatz im Innern. Und Herr Schünemann ist immer dabei.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch unerhört! Sie haben doch das Gesetz auf den Weg gebracht und sind damit gescheitert!)

Meine Damen und Herren, wer für die innere Sicherheit etwas tun will, muss eine Diskussion über die Frage führen, wie wir unsere Polizeibeamtinnen und -beamten so ausrüsten, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD)

Das ist natürlich eine unbequeme Diskussion.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das ist billig. Sie machen mit Ihren unqualifizierten Zwischenrufen wirklich deutlich, was Sie von der Sache verstehen, nämlich gar nichts.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Oberlehrer Bartling!)

- Leider habe ich die Oberlehrerzeit hinter mir. -Meine Damen und Herren, ich lege großen Wert auf eine gut ausgebildete Bürgerpolizei.

(Bernd Althusmann [CDU]: Haben Sie schlecht geschlafen?)

- Nein, überhaupt nicht. - Bürgerpolizei bedeutet die Verankerung der Polizeistrukturen in der zivilen Verwaltung und gerade nicht die Abschottung der Polizei in eigenen Strukturen. Es ist kein Zufall, dass die Umorganisation zu großer Unzufriedenheit innerhalb der Polizei geführt hat; denn die Organisation ist zu zentralistisch ausgerichtet, und die Führungskultur - den Eindruck habe ich gewonnen - hat dramatisch gelitten. Die Stimmung innerhalb der Polizei ist nach wie vor schlecht. Das liegt übrigens auch daran, wie ich eben erwähnt habe, dass bei Ausstattung und Ausrüstung Nachholbedarf in hohem Maße besteht. Das haben wir aufgenommen und in einem Sofortprogramm 5 Millionen Euro zusätzlich aufgelegt, um ein wenig das zu korrigieren, was wir bei den globalen Minderausgaben am Jahresende immer wieder erleben, wobei 10 Millionen Euro aus dem Polizeihaushalt

herausgenommen worden sind. Dadurch treten die Defizite in Ausrüstung und Ausstattung auf, und das muss korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, obwohl man noch lange über vieles sprechen könnte, will ich darauf verzichten und zum Anfang meiner Rede zurückkommen, zum Verfassungsverständnis dieses Innenministers und zu dem Versuch, Dinge in die Gesetze zu bringen, die vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand haben. Es gibt entsprechende Urteile. Ich wäre sehr froh, wenn die Verfassungsgerichte vor Klagen aus Niedersachsen keine Angst mehr haben müssten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Kollegen Biallas das Wort erteile, möchte ich nachholen, was ich anfangs versäumt habe. Ich sollte Sie nämlich auf ein paar Spielregeln zu dieser Debatte aufmerksam machen. Ich ging davon aus, dass die Regeln allen bekannt sind, aber ich muss feststellen, dass zum Beispiel bei einigen schriftlichen Wortmeldungen der Politikbereich, auf den sie sich beziehen, nicht vermerkt ist. Der Tagesordnung können Sie entnehmen, dass es im Moment um Inneres und Sport geht, danach kommt der Bereich Justiz usw. Der entsprechende Politikbereich sollte bitte auf den Wortmeldungen vermerkt sein.

Im Übrigen geht der Ältestenrat davon aus, dass die Landesregierung in diesem Block eine Redezeit von 36 Minuten nicht überschreitet.

Jetzt können wir die Beratung fortsetzen. Herr Kollege Biallas, Sie haben das Wort.

## Hans-Christian Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zeit reicht nicht aus, um auf alle Unwahrheiten einzugehen, die Herr Bartling hier verbreitet hat.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Bartling, nur eine einzige Bemerkung zu Lüchow-Dannenberg: Wer nichts macht, macht auch nichts verkehrt. - So sagt der Volksmund.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben über 13 Jahre lang tatenlos zugesehen, wie der Landkreis Lüchow-Dannenberg in die roten Zahlen kam. Sie haben nichts dagegen unternommen und beschweren sich jetzt darüber, dass wir endlich etwas getan haben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wer regiert denn hier seit vier Jahren? Sie hatten vier Jahre lang Zeit!)

Im Großen und Ganzen hat uns der Staatsgerichtshof ja auch bestätigt, dass das im Kern richtig war.

(Widerspruch von Heiner Bartling [SPD])

Deswegen, Herr Bartling, sind Sie nicht der Richtige, um sich hier zu echauffieren.

(Zustimmung bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Biallas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wenzel?

## Hans-Christian Biallas (CDU):

Nein, meine Redezeit ist zu knapp. Und ich muss ja noch einiges nachholen, weil Herr Bartling zu den wesentlichen Themen gar nicht Stellung genommen hat. Deswegen muss ich das jetzt machen.

(Ulrich Biel [SPD]: Das wird doch gar nicht von Ihrer Redezeit abgezogen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte betonen, dass ich hier tatsächlich etwas zum Innenhaushalt - nämlich zum Einzelplan 03 - sagen möchte und dazu, was die Fraktionen von CDU und FDP im Rahmen ihrer Beratungen beschlossen haben und im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes hier einbringen wollen.

Ich möchte auch auf die Vorschläge eingehen, die von den Fraktionen der SPD und der Grünen eingebracht worden sind. Es ist ja gestern schon gesagt worden: Das ist etwas schwierig; denn die Vorschläge der SPD haben uns erst gestern Morgen um 11.51 Uhr erreicht.

Ich möchte mit den Kosten für den Tag der Niedersachsen und den Tag der Deutschen Einheit beginnen. Wir haben beschlossen, die Ansätze in diesem Bereich zu erhöhen. Ich will sehr deutlich sagen: Es hat uns schon sehr verwundert, dass die Grünen die Ansätze für den Tag der Niedersachsen und den Tag der Deutschen Einheit streichen wollen. Mit einem solchen Vorschlag brüskieren Sie nämlich die Tausenden ehrenamtlich Tätigen, die diese Tage maßgeblich gestalten.

(Reinhold Coenen [CDU]: Unverschämt!)

Ich erinnere daran - alle, die dort waren, haben es ja auch erlebt -: In Cuxhaven waren immerhin über 300 000 Besucher. Eine bessere Werbung für Niedersachsen, auch für unsere Kommunen, kann man mit vergleichsweise geringen öffentlichen Zuschüssen gar nicht machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, Ihre Forderung zeigt einmal mehr, dass Ihnen Niedersachsen und seine Kultur nichts wert sind und dass Sie keinen Bezug zu Tradition, zu Land und Leuten und zu unserer Heimat haben.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie können sicher sein, dass wir auch öffentlich machen werden.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜ-NEN)

dass die Grünen zwar zum Feiern kommen, aber den Beitrag des Landes verwehren wollen. Das werden wir deutlich machen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich komme jetzt zum Thema Integration. Herr Bartling, Sie haben gesagt, die Landesregierung tue nichts für den Bereich der Integration.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist auch die Wahrheit!)

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass die neue Integrationsbeauftragte, Frau Deihimi, sehr gute Arbeit leistet.

(Zustimmung bei der CDU)

Übrigens ist das nicht nur unsere Auffassung, sondern, soweit ich weiß, ist das die Auffassung aller Fraktionen und auch der Ausländerorganisationen.

Wenn Herr Bartling hier behauptet, wir hätten die Mittel für Integration gestrichen,

(Zuruf von der SPD: Hat er recht!)

dann kann ich nur sagen: Herr Bartling, gucken Sie sich den Haushalt einmal genau an!

(Heiner Bartling [SPD]: Habe ich!)

Im kommenden Haushaltsjahr stehen - bezogen auf alle Ministerien - für Maßnahmen der Integration immerhin 63 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Integrationsportal, das Sie eben kritisiert haben, wird von allen Ausländerorganisationen - und im Übrigen auch in der Ausländerkommission - nicht nur unstrittig gestellt, sondern alle haben gesagt, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist. Vielleicht reden Sie einmal mit dem Kollegen Bachmann, damit das, was Sie sagen, wenigstens in etwa dem entspricht, was er an anderer Stelle sagt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch etwas zu Ihren ständigen Vorwürfen einer angeblich inhumanen Ausländerpolitik der CDU sagen. In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 5. Dezember war eine Karte mit den Anerkennungsquoten von Geduldeten in den einzelnen Landkreisen abgedruckt. Es ist ja schon fast wie ein Hobby von Ihnen, uns vorzuwerfen, wir würden die Bleiberechtsregelung nicht umsetzen und Niedersachsen sei da völlig am Rande. - Das Gegenteil ist der Fall - der Innenminister hat das während des vergangenen Plenums dargestellt. Die erwähnte Karte zeigt nun - das ist sehr interessant -, dass es die höchsten Anerkennungsquoten im Hinblick auf die Bleiberechtsregelung in den Landkreisen Cloppenburg, Wittmund und Cuxhaven gibt. Alle drei Landkreise werden von einer CDU-Mehrheit regiert, und überall gibt es CDU-Landräte. Die geringsten Anerkennungsquoten gibt es in Gifhorn, Northeim. Osterode und Wolfenbüttel. Ich stelle fest: Diesen Landkreisen steht ein SPD-Landrat vor.

(Reinhold Coenen [CDU]: Interessant!)

Deswegen sage ich Ihnen, liebe SPD und liebe Grüne: Ihre Vorwürfe gegen uns sind völlig haltlos. Nehmen Sie bei den Landräten der CDU Nachhilfeunterricht in der Umsetzung der Bleiberechtsregelung; denn die tun das, was im Gesetz steht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, bereits im Nachtragshaushalt 2007 haben wir die Neuanschaffung eines Flugzeugs zur vorbeugenden Waldbrandbeobachtung abgesichert. Mit weiteren 200 000 Euro-übrigens ein Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes - kann ein zweites Flugzeug im Jahr 2008 ersetzt werden.

Nun komme ich zur Landespolizei, Herr Bartling. Festhalten möchte ich in diesem Zusammenhang ein wichtiges Zwischenergebnis: Die zu Beginn des Jahres eingeführte Budgetierung der Landespolizei ist nach Auskunft aller Bediensteten ein voller Erfolg. Anmerken möchte ich zudem: Dank einer vernünftigen finanziellen Ausstattung gab es in diesem Jahr keinerlei Berichte über Mangelerscheinungen. Herr Bartling, zu Ihrer Zeit haben wir im August immer darüber diskutiert, ob Polizeifahrzeuge noch eingesetzt werden können, weil kein Geld mehr für Treibstoff zur Verfügung stand.

(Heiner Bartling [SPD]: Und jetzt kommt gleich noch der PC vom Schrottplatz!)

Zu Ihrer Zeit haben wir uns auch fast jedes Jahr darüber unterhalten, ob es genügend Ersatzteile für Computer gibt. Der eine oder andere Polizeibeamte musste zu Ihrer Amtszeit im Elektroschrott nach Ersatzteilen suchen, damit er seinen Computer wieder in Gang kriegt. So war es zu Ihrer Zeit.

Ich stelle fest: Wir haben dafür gesorgt, dass die Einsatzfähigkeit der Polizei sichergestellt ist.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Herr Bartling - vielleicht haben Sie einen Stift dabei, schreiben Sie das mal mit! -, ich möchte Ihnen auch sagen, wie sich die Sachausgaben der Polizei in den Haushalten 2006 bis 2008 entwickelt haben bzw. entwickeln werden: 2006 standen 131,9 Millionen Euro dafür zur Verfügung. 2007 waren es 145,9 Millionen Euro. Das sind 14 Millionen Euro mehr - rund 10 %. 2008 sind es 157 Millionen Euro. Das sind 11 Millionen Euro mehr - plus rund 8 %. Diese Zahlen sprechen doch für sich und widerlegen das, was Sie vorhin behauptet haben, nämlich dass der Sachhaushalt der Polizei eingeschränkt wird. Er wird vielmehr ausgeweitet, das belegen die Zahlen und Fakten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Ich bin tief beeindruckt!)

Unsere Vorschläge zum Polizeihaushalt im Detail: Wir haben die Mittel für die Abwehr des Terrorismus aufgestockt. Wir haben den Verfassungsschutz gestärkt. Wir haben dafür insgesamt zusätzlich 2,5 Millionen Euro eingestellt.

Die Neuordnung der Leitstellen in Niedersachsen ist ein wichtiges Projekt dieser Landesregierung. Erste Projekte werden ab dem kommenden Jahr umgesetzt.

Meine Damen und Herren, schon die Vorgängerregierung hatte der Landespolizei versprochen, für eine Verbesserung der räumlichen Bedingungen von Polizeidienststellen zu sorgen. Das haben Sie immer wieder gesagt, Herr Bartling. Wir haben für die nächsten Jahre immerhin - mit Verpflichtungsermächtigung - etwa 21 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt,

(Heiner Bartling [SPD]: Gut so!)

um die Polizeiinspektion Wilhelmshaven - ein altes Projekt - endlich zu realisieren. Wir wollen der PI Wolfsburg helfen, der PI Emsland/Grafschaft Bentheim und der PI Osnabrück.

Nun komme ich zu Ihren Vorschlägen. Sie haben den Vorschlag gemacht, wir sollten den Polizeihaushalt bei Gebäudeunterhaltung, Mieten und Pachten um 2,2 Millionen Euro reduzieren. Sie wollen dieses Geld beim Sportstättensanierungsprogramm oben drauflegen. So lautet Ihr Vorschlag. Dazu kann ich Ihnen, Herr Bartling, nur sagen: Sie rücken von Ihrem eigenen Kurs ab, wenn Sie denn einen hatten. Sie haben immer gesagt: Es ist richtig, dass wir die Polizei ordentlich unterbringen. - Ihr Vorschlag ist aber gleichbedeutend damit, dass Sie fordern, die Polizeistationen verrotten zu lassen. Natürlich kann man sagen: Das machen wir jetzt so. - Wenn wir das so umsetzten, wäre aber die Folge, dass Polizisten keine Büros hätten. Sie hätten gar keinen Arbeitsraum. Man könnte nun sagen, das ist Ihr Beitrag dazu, Polizisten auf die Straßen zu bringen. Wir aber sehen das naturgemäß etwas anders. Deswegen lehnen wir Ihren Vorschlag ab.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bartling, wir können nicht durchgehen lassen, dass Sie die innere Sicherheit gegen den Sport ausspielen. Das ist nicht fair und nicht in Ordnung. Auch wenn Sie im Ehrenamt Präsident des Turnerbundes sind - deshalb ist es ja verständlich, dass Sie solche Vorschläge machen -, können Sie den Sport nicht gegen die innere Sicherheit ausspielen. Das kann man nicht tun.

(Axel Plaue [SPD]: Das war ja rhetorisch brillant, was Sie da abgeliefert haben!)

Herr Bartling, wenn Sie sagen, die Polizeireform sei nicht gelungen - das haben Sie vorhin gesagt -, verstehe ich nicht, warum Sie ausweislich von Zeitungsberichten beispielsweise erst 29. November in der Meppener Tagespost - gesagt haben: Falls die SPD nach der Landtagswahl am 27. Januar Regierungsverantwortung übernehmen sollte, wird es keine erneute Polizeireform mehr geben. - Ja, was denn nun? - Sie haben eben gesagt, das alles sei falsch. Sie haben allerdings - das halte ich Ihnen zugute - in der Ihnen eigenen Bescheidenheit gesagt: ... falls die SPD die Regierungsverantwortung übernehmen sollte. - Ich halte Ihnen den Konjunktiv zugute, weil das zeigt, dass Sie selbst gar nicht glauben, dass es dazu kommt.

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Biallas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bartling?

## Hans-Christian Biallas (CDU):

Nein.

Meine Damen und Herren, wir haben die Neuanschaffung eines Polizeihubschraubers für 2009 vorgesehen.

(Heiner Bartling [SPD]: Das ist gut!)

Wer sich bei der Hubschrauberstaffel einmal umgesehen hat, wird gesehen haben, dass es nötig ist, das Konzept zu verändern. Wir wollen damit sicherstellen, dass in Niedersachsen ein Polizeihubschrauber seinen Einsatzort innerhalb von 35 Minuten erreicht. Ich kann nicht verstehen, meine Damen und Herren von den Grünen, wie das, was Sie vorgeschlagen haben, funktionieren soll. Auf der einen Seite sagen Sie: Ein Polizeihubschrauber muss nicht angeschafft werden.

(Professor Dr. Albert Lennartz [GRÜ-NE]: Nein!)

Auf der anderen Seite sagen Sie: Man kann ein Konzept zusammen mit anderen Bundesländern entwickeln. - Ich nenne dazu ein Beispiel: Wenn ein Hubschrauber aus Schleswig-Holstein hier einen Einsatz fliegt, dann hinterlässt er natürlich eine Lücke in Schleswig-Holstein. Dazu müssten Sie fragen: Wer soll die Lücke füllen? - Dann müsste man z. B. ein Konzept mit den Dänen machen, damit sie sozusagen als Lückenfüller eintreten. Im Übrigen ist es verfassungswidrig - das sage ich, weil Sie darauf sonst großen Wert legen -, dass im Hinblick auf die Sicherstellung der inneren Sicherheit Polizeikräfte anderer Länder ohne feste Abmachung fliegen. Das wissen Sie. Deswegen werden wir im Zusammenwirken mit den Betroffenen für ein vernünftiges Konzept sorgen.

Was ich vermisse, Herr Dr. Lennartz, ist Ihr Vorschlag, den Sie verschiedentlich gemacht haben, nämlich die Reiterstaffel abzuschaffen. Sie haben ihn nicht in den Haushaltsvorschlag eingebracht. Ich kann mir nur vorstellen, dass Sie dabei Angst vor der eigenen Courage gehabt haben. Jedenfalls finde ich ihn nicht. Sie müssten sich dazu vielleicht noch erklären.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit den vorgesehenen Änderungen setzen wir wichtige Akzente mit Augenmaß und knüpfen objektiv in einer sehr beeindruckenden Weise an das an, was wir angekündigt haben, nämlich dass wir Niedersachsen sicher machen und das Zukunftsland Niedersachsen in angemessener Weise gestalten wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ebenfalls für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Stumpf das Wort.

#### Dr. Otto Stumpf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Festreden wird häufig Sport als die schönste Nebensache der Welt bezeichnet. Das ist mitnichten so. Wir sehen im Sport ein gesellschaftliches Aktionsfeld, das in besonderer Weise gesellschaftsgestaltende und persönlichkeitsprägende Kraft entwickelt. Der Sport wirkt positiv in die unterschiedlichen Lebensbereiche. Die Bandbreite reicht dabei von Erziehung bis Integration und von Disziplin bis Leistungsbewusstsein.

In den mehr als 9 000 Vereinen in Niedersachsen werden Menschen aus unterschiedlichsten sozialen Bereichen zusammengeführt, gestalten ihr Leben miteinander und haben damit auch persönliche Erfolge. Sport ist nicht nur die größte Bürgerinitiative in unserem Land, sondern wirkt auch nachhaltig und positiv in alle Lebensbereiche.

Nachdem wir in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode auch den Sport von den dringend notwendigen Haushaltskonsolidierungen nicht aussparen konnten, fördern wir den Sport im Haushalt 2007 nachhaltig mit unserem 25-Millionen-Euro-Sanierungsprogramm. Dieses Programm ist sowohl von den Vereinen als auch von den Kommunen hervorragend angenommen worden.

In 31 Kommunen sind im Jahr 2007 insgesamt 3,1 Millionen Euro für die Sanierung von Turnhallen geflossen. 22 weitere Kommunen haben über Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2007 Zuwendungen in einer Gesamthöhe von 4,4 Millionen Euro erhalten. Diese Mittel fließen 2008 und 2009 ab. Dabei werden überwiegend größere Sanierungsprojekte bedacht. Wegen des großen Sanierungsbedarfs bei kommunalen Turnhallen haben wir in den heute zur Beratung anstehenden Haushalt unmittelbar 2,5 Millionen Euro und weitere 2,5 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2009 eingestellt. Damit erhöht sich das Sportstättensanierungsprogramm auf insgesamt 30 Millionen Euro für die nächsten Jahre.

Der von der SPD eingebrachte Änderungsantrag hierzu ist für uns aus zwei Gründen nicht akzeptabel:

Erstens. Derartige Anträge bringt man rechtzeitig in die Fachausschüsse ein, damit sie dort sachlich und fachlich sauber beraten werden können. Sie haben ihn aber erst gestern vorgelegt, wie der Kollege Biallas bereits erwähnte. Damit ist das ein reiner Showantrag, der für uns gegenstandlos ist.

## (Beifall bei der CDU)

Zweitens. Sie haben überhaupt nicht verifiziert, dass z. B. bei der Förderung der Vereinssportstätten der LSB alle genehmigungsfähigen Anträge bedienen konnte. Damit waren die Mittel auskömmlich. Natürlich kann man immer mehr Mittel einsetzen, und das werden wir in Zukunft sicherlich auch überlegen. Aber in diesen Jahren war es auf jeden Fall auskömmlich. Im kommenden Sanierungsprogramm gibt es Antragsüberhänge im

kommunalen Bereich, auf die wir mit dem vorgelegten Haushalt angemessen reagiert haben.

(Beifall bei der CDU)

Inklusive der 2,5 Millionen Euro an Sanierungsmitteln hatte der LSB im Jahre 2007 ca. 7 Millionen Euro für den Sportstättenbau zur Verfügung. Im Jahr 2008 werden ca. 6 Millionen Euro über diesen Weg fließen.

Wenn man sieht, dass in 2007 426 Vereine gefördert worden sind, wird deutlich, dass unsere Entscheidung, die wir vor einigen Jahren getroffen haben, nämlich die Finanzhilfe auf den LSB zu konzentrieren, genau der richtige Weg war. Auf diesem Wege werden die Vereine und Verbände direkt, mit Augenmaß und mit dem geringsten möglichen bürokratischen Aufwand bedient.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushalt enthält im Jahr 2008 einen neuen Förderschwerpunkt im Bereich der Integrationsmaßnahmen in der Sportorganisation. Hierfür werden aufgabenbezogen 500 000 Euro zusätzlich als Finanzhilfe zur Verfügung gestellt. Damit erhöht sich die Finanzhilfe für den LSB insgesamt auf über 27 Millionen Euro im Jahr 2008.

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Zwischen der regierenden Mehrheit und der Sportorganisation gibt es einen gesunden und von gegenseitigem Verständnis getragenen fairen Dialog. Damit sind die Signale für die Zukunft des Sports in diesem Land auf Erfolg gestellt.

Nach 14 Jahren war das meine letzte Rede in diesem Hohen Haus. Ich möchte mich mit zwei persönlichen Sätzen noch einmal dafür bedanken, dass in diesen 14 Jahren auf vielen Feldern konstruktiv zusammengearbeitet wurde. Wenn es auch manchmal menschliche Unzulänglichkeiten gab, die man in der Politik immer erfahren muss, war die Arbeit doch generell erfolgreich. Dafür meinen herzlichen Dank interfraktionell an alle. Ebenfalls interfraktionell wünsche ich allen viel Erfolg für die politische Zukunft in diesem Hause. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Professor Dr. Lennartz, Sie haben das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

# **Professor Dr. Hans-Albert Lennartz** (GRÜ-NE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst etwas zu meinen Vorrednern sagen. Herr Stumpf, Sie haben jetzt wahrscheinlich das erste Mal Beifall von der Opposition bekommen, und zwar nicht, weil Sie gehen, sondern wegen Ihrer persönlichen Worte.

Zu meinen Vorrednern Herrn Bartling und Herrn Biallas: Ich war nicht zufrieden. Herr Bartling hat wieder nicht den Otto Schily gemacht.

(Heiterkeit)

Herr Biallas, Sie sind heute indisponiert, nicht nur von der Stimme her, sondern auch mit dem, was Sie zum Thema gebracht haben. Das ist doch gar kein Biallas gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie sprechen über Schrottplätze und über den Hubschrauber, der zusätzlich beschafft werden soll. Sie machen eine richtige Klein-Klein-Rede. Dabei ist der große visionäre Zug,

(Heiterkeit)

den Sie sonst haben, überhaupt nicht erkennbar. Sie sagten, Sie haben bei uns den Mut vermisst, die Reiterstaffel zu streichen. Zumindest solange ich für die Innenpolitik verantwortlich zeichne, würden wir doch nicht im Ernst im Pferdeland Niedersachsen die Reiterstaffel abschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber jetzt komme ich zur eigentlichen Rede. "Schünemann verfassungswidrig" - so titelte die *taz* vom 7. Dezember in ihrer Berichterstattung über die "Schlappe für Niedersachsens Innenminister: Staatsgerichtshof kassiert Teile des Lüchow-Dannenberg-Gesetzes". Allmählich könnte man diese Formulierung tatsächlich als zutreffend für Ihre Arbeit bezeichnen, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber ich beginne mit dem Stichwort "Polizeireform". Die Quintessenz Ihrer Polizeireform ist: Sie haben mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt, aber diese sind nicht in den Polizeistationen, also den Basiseinheiten der Polizei, angekommen. Sie wollten die Polizei in der Fläche stärken. Sie haben sie aber in den großen Polizeiinspektionen konzentriert. Der räumliche Zuschnitt Ihrer Polizeiorganisation weist eine Reihe von Defiziten auf. Jetzt haben Sie aus wahltaktischen Gründen zwei Veränderungen im Polizeigesetz vorgenommen. Zu einer grundsätzlicheren Korrektur fehlt Ihnen die Kraft.

Ich komme zu den Arbeitsbedingungen der Polizei. Die Berufszufriedenheit der Polizei lässt zu wünschen übrig. Ein wichtiger Grund: die Streichung des Weihnachtsgeldes. Herr Westerwelle hat in Berlin kürzlich an die Adresse der Großen Koalition gesagt, SPD und CDU hätten den Bürgern erst das Schwein geklaut und ihnen dann ein Kotelett geschenkt. - Ich frage Sie: Was machen Sie hier in Niedersachsen? - Erst haben Sie das Weihnachtsgeld gestrichen. Jetzt geben Sie einen ganz kleinen Betrag, der eben genannt worden ist, als einmalige Weihnachtsgeldzahlung wieder zurück. Wer isst denn hier das Schwein und wer das Kotelett?

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es war nicht nur die Streichung des Weihnachtsgeldes. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei der Polizei, die Kürzung von Sonderzahlungen, aber auch die noch immer unzureichende Funktionsfähigkeit des Polizeiverwaltungssystems NIVADIS gehört ebenso dazu. Ein weiterer Baustein ist die Zentralisierung der Hausmeisterdienste. Das löst keine Freude aus. Dazu gehört auch das nach wie vor völlig desolate Beurteilungssystem. Mit diesem System sind Sie gescheitert, Herr Minister. Legen Sie es endlich zu den Akten.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Die GdP-Mitarbeiterbefragung von diesem Frühjahr hat deutlich gemacht, dass die Auswirkungen der Polizeireform, unzureichende Beförderungsmöglichkeiten und schließlich das Beurteilungssystem im absoluten Zentrum der Kritik standen. Ihre Defizite als Dienstherr sind unvergessen. Statt die Kritik ernst zu nehmen, warfen Sie den Beschäftigten Stimmungsmache vor. Herr Minister, nehmen Sie einfach zur Kenntnis: Die niedersächsische Polizei ist kein Trupp von Befehlsempfängern, sondern ein Personalkörper, der Recht und Gesetz anwendet, der sich aber zugleich seiner eigenen Rechte bewusst ist. Dazu haben wir unter Rot-Grün, als wir die damalige Polizeireform durchgeführt, die zweigeteilte Laufbahn eingeführt und die

Ausbildung reformiert haben, wesentliche Beiträge geleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Zum Zustand des Polizeirechts in Niedersachsen einige wenige Worte. Auch dazu passt die Überschrift der taz: "Schünemann verfassungswidrig". Die Verschärfung des Polizeigesetzes 2004 führte bekanntlich zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass die vorbeugende Telefonüberwachung ohne Tatverdacht nichtig sei. Dieses Urteil erforderte Konsequenzen, die Sie sehr spät, nämlich im November, gezogen haben. Auch die jetzt beschlossene gesetzliche Regelung dürfte bei einer gerichtlichen Entscheidung keinen Bestand haben; denn erneut gewährleistet sie nicht den Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Das hat Ihnen und uns der Gesetzgebungsund Beratungsdienst mit auf den Weg gegeben. Das hat Sie aber offensichtlich nicht interessiert.

Geradezu skurril war das Ablenkungsmanöver des Kollegen Biallas, der anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes in einer Pressemitteilung schrieb - Zitat -:

> "Die Polizeibeamten bekommen ein Gesetz an die Hand, das wesentlich praxistauglicher ist und mit dem sie noch besser für die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen arbeiten können."

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe Zweifel, ob die Ausbildung an einer Polizeiakademie ausreicht, um dieses Gesetz in der Praxis anwenden zu können.

Im Rahmen des Polizeigesetzes schaffen Sie auch die Möglichkeit, in Zukunft Videoaufzeichnungen zur Verhinderung terroristischer Anschläge zu praktizieren. Für zusätzliche Installationen haben Sie im Haushalt 1,6 Millionen Euro bereitgestellt. Das soll für maximal zehn Kameras reichen. Ich frage mich, wieso Sie bereits am Neumarkt in Osnabrück eine Kamera haben installieren lassen, die dazu beitragen wird, terroristische Anschläge zu verhindern. Es bleibt Ihr Geheimnis, dass sich gerade am Osnabrücker Neumarkt potenzielle Terroristen zu kriminellen Taten verabreden.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜ-NEN) Ich will damit sagen: Es ist nach wie vor unklar, nach welcher Lageeinschätzung solche Videoaufzeichnungen erfolgen. Man gewinnt den Eindruck: Das subjektive Sicherheitsempfinden soll durch diese Einrichtungen verbessert werden.

Mein letzter Punkt: die Beziehungen zwischen Land und Kommunen. Auch dazu passt die Überschrift wieder: "Schünemann verfassungswidrig". Vor wenigen Tagen hat der Staatsgerichtshof das Lüchow-Dannenberg-Gesetz in einem seiner wesentlichen Regelungsinhalte kassiert, nämlich der Vorschrift, nach der die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nicht mehr auf der Ebene der Gemeinden, sondern auf der Ebene des Landkreises konzentriert werden sollten. Diese Entscheidung dokumentiert Ihr insgesamt unglückliches Agieren in Bezug auf den Landkreis Lüchow-Dannenberg im Besonderen und die Probleme der Kommunen in Niedersachsen im Allgemeinen.

Ausnahmsweise muss ich Sie loben. Sich der Probleme des verschuldeten Landkreises Lüchow-Dannenberg angenommen zu haben und nach Lösungen zu suchen, war verdienstvoll. Aber schon der ursprüngliche Ansatz, eine kreisfreie Samtgemeinde zu schaffen, musste auf den letzten Drücker zurückgezogen werden. Dann kam die jetzige Regelung. Auch die hat keinen Bestand. Es bleibt nur noch übrig, eine Fusion des Landkreises mit einem benachbarten Landkreis oder mehreren benachbarten Landkreisen anzustreben. Das ist ein Thema, das Sie bekanntlich extrem scheuen, weil es der Einstieg in eine notwendige Kreis- und Gebietsreform in Niedersachsen wäre. Um sich vor diesem zweifellos herausfordernden Projekt zu drücken, predigen Sie interkommunale Kooperation. Dagegen haben wir nichts einzuwenden, aber es reicht einfach nicht aus.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung. Im Haushaltsbegleitgesetz verstecken Sie eine Änderung des Niedersächsischen Kommunalprüfungsgesetzes, mit der den Kommunen zum 1. Januar zur Finanzierung der Kommunalprüfungsanstalt 4,5 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich entzogen werden sollen. Die Bedenken der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände ignorieren Sie. Diese Kürzung ist weder in der Sache noch in der Höhe gerechtfertigt. Aber dies dokumentiert Ihr Verständnis von vertrauensvoller Partnerschaft mit den Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammengefasst: Herr Schünemann, Sie agieren nach unserer Wahrnehmung nicht wie ein Verfassungsminister, sondern wie ein Spieler, der nach dem Prinzip verfährt: Ich werde schon Glück haben. - Wir stellen fest: Diese Art des Agierens hat Ihnen kein Glück gebracht. - Schönen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Nächster Redner ist Herr Bode für die FDP-Fraktion.

## Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach fünf Jahren Regierungspolitik von CDU und FDP kann man für den Bereich der Innenpolitik sagen: Wir haben das Erbe von 13 Jahren fehlerhafter Politik der SPD abgearbeitet. Der Reparaturbetrieb ist abgeschlossen. In den kommenden fünf Jahren geht es dann frei, mit Volldampf voraus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was wir in diesen fünf Jahren geschafft haben, zahlt sich jetzt in diesem Haushalt aus. Wir hatten als erstes und bisher einziges Flächenland den Mut, die Bezirksregierungen abzuschaffen und eine bürgerfreundliche, effektive und schnelle zweistufige Landesverwaltung einzurichten. Allen Unkenrufen des Herrn Bartling zum Trotz haben wir es geschafft, dass diese Reform funktioniert und dass die Verwaltung besser arbeitet als vorher. Diese Verwaltungsreform war wahrscheinlich der größte Erfolg der Landesregierung.

(Heiner Bartling [SPD]: Herr Bode, wir haben den Menschen die Freiheit wiedergegeben!)

Herr Bartling, Sie wollen es ja nicht wahrhaben. Deshalb: Zahlen und Fakten können nun einmal nicht lügen. Die Beseitigung der Doppelstrukturen, die Sie immer noch gehabt haben, hat auch finanzielle Auswirkungen. Die Personaleinsparungen in einem Zeitraum von fünf Jahren, nämlich bis 2009, liegen bei ungefähr 226 Millionen Euro. Allein bis zum 31. Dezember 2006 haben wir bereits 116 Millionen Euro gespart. Von den 6 700 Stellen wurden schon jetzt rund 50 %, nämlich 3 000 Stellen, abgebaut. All das ist vom Rechnungshof bestätigt

worden. Herr Bartling, die Verwaltungsreform ist gut für das Land, und sie entlastet den Landeshaushalt. Das ist ein großer Erfolg!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben auch die Strukturen geändert, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaft, damit wir auch weiterhin Investitionen ankurbeln, sodass es schneller geht.

(Heiner Bartling [SPD]: Siehe Jade-WeserPort!)

Die Gewerbeaufsicht wurde gestärkt, die Aufbauorganisation dort wurde verbessert. Für die Unternehmen, die investieren wollen, gibt es einen Ansprechpartner. Das Verfahren ist sehr viel schneller geworden, und der Dialog ist hervorragend. Alle Wirtschaftsverbände loben uns für diese Organisationsform. Wir sind leistungsfähiger als alle anderen Länder.

(Heiner Bartling [SPD]: JadeWeser-Port!)

Das ist zum Vorteil des Landes Niedersachsen. Das hat die Verwaltungsreform geschafft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben die Verwaltungsreform sehr vernünftig durchgeführt. Wir haben nämlich eine Aufgabenkritik vorangestellt.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie nicht!)

Wir haben sämtliche Aufgaben - 70 % der Landesverwaltung haben wir uns angeschaut - geprüft.

(Heiner Bartling [SPD]: Das ist eine schlichte Lüge!)

Wir haben immer nach dem Credo gearbeitet: Erstens. Brauchen wir die Aufgabe noch? Können wir sie abschaffen? Zweitens. Gibt es vielleicht einen Privaten, der sie besser und effektiver ausführen kann? Drittens. Wie können wir sie noch besser organisieren, wenn das andere nicht geht? - So sind wir verfahren. Andere Länder kommen auf uns zu. Diese Verwaltungsreform ist ein Exportschlager. Hier müssen wir weitermachen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch die Kommunen sind bei uns in den besten Händen. Wir haben für

die Kommunen ein neues Haushaltsrecht geschaffen. Wir haben die kaufmännische Buchführung eingeführt. Ich sage auch das hier: Bei den Kommunen geht es jetzt voran, und wir als Land müssen in den nächsten Jahren den Mut haben, die kaufmännische Buchführung im Landeshaushalt umzusetzen. Nur so können wir besser steuern, den Ressourcenverbrauch sehen und vernünftig in die Zukunft investieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für die Kommunen auch etwas geschaffen, was Sie sich niemals getraut haben; das ist für Regierungsparteien gar nicht so einfach. Wir haben nämlich das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich verankert. Wir können keine Aufgabe mehr an die Kommunen abgeben, ohne das Geld für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Das war eine ganz herausragende Leistung. Wir merken es jetzt bei jedem Gesetzgebungsprozess: Wir lassen bei den Kommunen nur noch das machen, was wir ihnen bezahlen, was wir ihnen mitgeben. Ein Fortschritt, der sich auszahlt.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Kommunen, Herr Dr. Lennartz, muss ich Ihnen auch sagen: Wir müssen die interkommunale Zusammenarbeit weiter fördern und stärken. Wir müssen die Leistungsressourcen, die dort liegen, noch heben, damit auch in Zeiten knapper Kassen die Aufgaben bei den Kommunen vernünftig wahrgenommen werden können. Wir können das aber nicht durch eine Kreis- und Gebietsreform tun. Das ist unserer Meinung nach nicht richtig. Wir müssen nämlich die Menschen mitnehmen, damit sie sich weiterhin im Ehrenamt engagieren, damit sie sich vor Ort aufgehoben fühlen, und die Verwaltungsstrukturen entsprechend anpassen. Das ist auch möglich. Wir haben die ersten Ansätze in dieser Legislaturperiode erreicht. Wir müssen da noch mehr aufs Tempo drücken. Selbstverständlich müssen wir auch das Urteil des Staatsgerichtshofes zum Lüchow-Dannenberg-Gesetz ernst nehmen. Wir können nicht alles von oben verordnen. Wir müssen zusehen, dass die Entwicklung von unten losgeht. Das ist unser Ansatz, den wir voranbringen wollen.

Um die Kommunen zu stärken, haben wir auch den kommunalen Finanzausgleich geändert. Wir haben ihn um 75 Millionen Euro erhöht und den Flächenfaktor wiedereingeführt, der sich insbeson-

dere im ländlichen Raum auszahlt, wo es viel Fläche gibt.

(Heinrich Aller [SPD]: Erst haben Sie gekürzt, Herr Kollege!)

- Herr Aller, das ist schon interessant. Sie haben uns gestern einen schönen Antrag zum Haushalt vorgelegt, der im Wesentlichen die Forderungen Ihres Regierungsprogramms, das ja nicht eintreten wird, abdecken soll.

(Heinrich Aller [SPD]: Forderungen der Spitzenverbände, Herr Kollege!)

Ich finde es schon interessant, was Sie alles versprechen und was Sie wirklich hineinschreiben. Seit Jahren erzählen Sie hier, Sie wollten den Kommunen einen höheren kommunalen Finanzausgleich geben.

(Heinrich Aller [SPD]: Den alten wollen wir ihnen wiedergeben!)

Das ist interessant. Warum steht dann nichts in Ihrem Haushaltsantrag? Warum stand dies nicht in all den anderen Haushaltsanträgen? Warum haben Sie niemals einen Antrag eingebracht, das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich zu ändern? Sie reden, erwecken Anschein, handeln aber nicht.

(Heiner Bartling [SPD]: Als Anscheinserwecker sind Sie besser!)

Herr Bartling, das geht nicht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben das Modellkommunengesetz gemacht. In den Modellkommunen haben wir eine bessere Kinderbetreuung und mehr Kinderbetreuungsangebote erreicht. Wir haben es für den Bürger billiger gemacht, weil Anträge weggefallen sind, die mit Gebühren bezahlt werden mussten. Das ist ein wichtiger Schritt zur Entrümpelung der Vorschriften und der Bürokratie. Das Modellkommunengesetz wollen wir in der nächsten Wahlperiode flächendeckend ausweiten. Das ist ein hervorragender Schritt nach vorne.

Ich komme jetzt zum Bereich der inneren Sicherheit. Herr Bartling, das ist ein Schwerpunkt für CDU und FDP. Das erkennt man daran, dass der Haushalt konsequent gestiegen ist. Wir haben nämlich Wert darauf gelegt, dass die Sachausstat-

tung der Polizei weitergeht. Wir haben auch Wert darauf gelegt, dass der Personalabbau, den Sie in Ihrer Zeit verantwortet haben, beendet wird, dass wir mehr Polizeibeamte haben. Das haben wir unter schwersten finanziellen Herausforderungen umgesetzt.

Herr Bartling, ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang die Position eines prominenten SPD-Politikers, nämlich von Sebastian Edathy, den Sie wahrscheinlich kennen,

(Heiner Bartling [SPD]: Mein Bundestagsabgeordneter, Herr Bode!)

vorhalten, die heute auf *dpa* zu lesen war. Er ist sogar Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses. Herr Edathy "verlangte dagegen eine personelle Verstärkung der Polizei. "Der Abbau von 6 000 Stellen seit 1998 ist ein Problem. …" Da hat Herr Edathy recht. Ich finde, er kritisiert Sie, Herr Bartling, da zu Recht. Dass Sie in diesen Jahren nämlich das Personal abgebaut haben, war ein Skandal. Ich glaube deshalb auch, dass Herr Edathy sich nicht wünscht, dass der Personalabbauer Bartling hier jemals zurück in die Regierungsverantwortung kommt. Wir werden das verhindern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben viel für die Polizei getan. Wir haben nämlich das getan, was Sie versäumt haben. Als Sie die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei eingeführt haben, haben Sie nämlich nicht das Geld dafür zur Verfügung gestellt. Sie haben ein Stellenmodell hinterlassen, das für einen durchschnittlichen Polizisten in seiner ganzen Berufslaufbahn nur noch eine Beförderung möglich macht. Das war der Zustand, den wir hatten. Wir haben hier das Tausenderprogramm, das größte Stellenhebungsprogramm in der Geschichte der Polizei Niedersachsens, durchgeführt. Wir haben in diesem Haushalt weitere 175 Stellenhebungen gemacht. So viel muss man auch einmal sagen, Herr Bartling: Sie wollen aus den 175 Stellenhebungen von uns 147 machen. Sie wollen weniger bei der Polizei und machen hier sozusagen den Vorkämpfer für die GdP. Das geht so nicht. Wir tun mehr für die Polizei. Sie wird das auch entsprechend honorieren.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Wir statten die Polizei besser aus. Wir haben mehr getan als das Trostpflaster von 5 Millionen Euro, das Sie in Ihren Änderungsantrag geschrieben haben

Wir haben auch den Verfassungsschutz besser aufgestellt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

In diesem Zusammenhang möchte ich eines sagen: Wir sind stolz auf den Verfassungsschutz, wie er sich auch im Kampf gegen die NPD einsetzt, wie er gemeinsam mit allen Beteiligten dafür sorgt, dass entsprechende Konzerte, die veranstaltet werden sollen, verhindert werden, dass die Schulhof-CDs nicht weiter verteilt werden, also wie wir sozusagen in der Gesellschaft den Kampf gegen rechts organisieren. Das ist richtig und wichtig.

Da ist es sehr kontraproduktiv, dass von Ihnen, Herr Bartling, von Herrn Gabriel oder von Herrn Jüttner immer wieder der Ruf nach einem NPD-Verbot kommt. Es ist absolut illusorisch, das beim Bundesverfassungsgericht durchzusetzen. Sie erweisen damit dem Kampf gegen rechts einen Bärendienst. Sie sorgen dafür, dass die NPD weiter hoffähig gemacht wird. Das sollten Sie wirklich bald einstellen. Denn wir müssen die Gesellschaft gegen rechts ausstatten. Wir müssen dafür sorgen, dass der Nährboden entzogen wird, aber nicht immer mit diesen Unkenrufen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch der Sport ist bei uns in guten Händen. Wir haben das Sportstättensanierungsprogramm eingeführt. Wir haben es dieses Mal aufgestockt. Sie, Herr Bartling, haben das bei uns abgeschrieben. Der Sport wird das merken.

(Heiner Bartling [SPD]: Ach du lieber Himmel!)

Ich stelle abschließend fest: Die Innenpolitik ist bei uns in den besten Händen. Das wird in den nächsten fünf Jahren so bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Georgia Langhans.

## Georgia Langhans (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Asyl- und Flüchtlingspolitik dieser Landesregierung hat in der Tat nichts Positives vorzuweisen. Sie haben sich in diesem Bereich im Wesentlichen mit gnadenlosen Abschiebungen, mit Abschottung und mit Misstrauen ausgezeichnet.

(Beifall bei den GRÜNEN - Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Lüge!)

Seit Jahren halten Sie an der dauerhaften Unterbringung von Asylbewerbern in Ausreiselagern fest, obwohl der Zustrom von Asylbewerbern seit Jahren rückläufig ist und die Unterbringung dort auch heute noch deutlich mehr kostet, als wenn man diese Menschen dezentral unterbrächte. Sie nehmen es billigend in Kauf, dass sich der Aufenthalt der Flüchtlinge dort inzwischen über mehrere Jahre hinzieht. Vor allen Dingen für Familien mit Kindern ist das unzumutbar. In einem Fall lebt eine Familie seit sechs Jahren in einem Lager.

Sie halten an den diskriminierenden Wertgutscheinen fest, obwohl Bargeldauszahlung rechtlich durchaus möglich und kostengünstiger wäre.

Erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit war diese Landesregierung bereit, eine Härtefallkommission einzurichten, die ihren Namen jedoch nicht verdient, weil Kranke, Alte, Menschen mit Behinderungen und alleinstehende Frauen faktisch keine Chance auf die Anerkennung eines Härtefalls haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht, was Sie da vortragen! Das ist doch überhaupt nicht richtig!)

Sie haben ein Handlungskonzept gegen Zwangsheirat verabschiedet, das Frauen, die Opfer von Zwangsheirat sind, nicht wirklich hilft, weil Sie ihnen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht verweigern.

Meine Damen und Herren, im August dieses Jahres ist eine gesetzliche Bleiberechtsregelung in Kraft getreten, die geduldeten Flüchtlingen unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe ermöglicht. Auch hier hat sich Herr Schünemann als Scharfmacher hervorgetan. Noch in der letzten Plenarsitzung hat der Innenminister

deutlich gemacht, dass er ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht nur für diejenigen gewünscht hätte, die ihren Lebensunterhalt bereits durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten.

(Zustimmung von Ernst-August Hoppenbrock [CDU])

Er weiß ganz genau, dass geduldeten Flüchtlingen vor der Bleiberechtsregelung der Zugang zum Arbeitsmarkt faktisch verwehrt war. Das nenne ich Zynismus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nun zu Ihrer sogenannten Integrationsoffensive. Immer noch fließen 90 % der Mittel für Integrationsmaßnahmen in die Sprachförderung. Andere Bereiche werden eklatant vernachlässigt. Die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Ausbildung von Integrationslotsen ist zu gering. Es mangelt an dringend notwendigen rechtlichen Verbesserungen für Menschen mit Migrationshintergrund. Da ist zwar auf Ihrer Seite mitunter von gleichberechtigter Teilhabe die Rede; aber gemeint sind nur Mitwirkung und ehrenamtliches Engagement. Von einer erleichterten Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatlichkeit sind wir weiter entfernt denn je.

Die Absicht der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP, den Anteil der Zugewanderten im öffentlichen Dienst zu erhöhen, bleibt eine hohle Phrase, wenn nicht gleichzeitig konkrete Ziele und die zu ihrer Erreichung erforderlichen Maßnahmen definiert werden. Natürlich muss hinterher überprüft werden, ob sich diese Maßnahmen als wirkungsvoll erwiesen haben. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Sie von CDU und FDP dazu nicht bereit sind.

Meine Damen und Herren, Integrations- und Flüchtlingspolitik und Asylpolitik sind nicht vonein- ander zu trennen. Ihre Integrationspolitik bleibt unglaubwürdig, wenn die Asylpolitik im Gegenzug weiterhin von Ausgrenzung und Misstrauen geprägt bleibt.

Vielen bleibeberechtigten Flüchtlingen sitzt weiterhin die Angst im Nacken, was passieren könnte, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Eine Studie in Hamburg hat nachgewiesen, dass viele Flüchtlingskinder aus Sorge um einen gesicherten Aufenthaltsstatus unter massiven psychischen Störungen leiden. Ein hoher Prozentsatz dieser Kinder plagt sich sogar mit Suizidgedanken.

Meine Damen und Herren, das ist dramatisch. Das sollte auch dieser Landesregierung zu denken geben. Es kann nicht angehen, dass hier nur diejenigen willkommen sind, die diesem Land nutzen. Wir haben auch eine humanitäre Verpflichtung gegenüber den Menschen und vor allen Dingen gegenüber den Kindern, die aus ihren Heimatländern vor Krieg, Verfolgung und Folter geflohen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, sie leben seit vielen Jahren hier, sind integriert und haben hier ihren Mittelpunkt gefunden. Sie kommen der humanitären Verpflichtung nicht nach. Sie verwehren den Flüchtlingen, die schon lange hier leben, durch Ihre inhumane Politik nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die soziale Teilhabe. Dabei ist gestern in Straßburg, meine Damen und Herren - ich darf Sie daran erinnern -, die Charta der Grundrechte der Europäischen Union unterzeichnet worden. Erstmals sind dort soziale Rechte als Menschenrechte festgeschrieben worden. Das, meine Damen und Herren, sollte Ihnen endlich Anlass zum Wandel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in diesem Lande geben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Schünemann das Wort.

## **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zwischenbilanz der Landesregierung nach fünf Jahren im Bereich der inneren Sicherheit heißt: höchste Aufklärungsquote, die meisten Polizeibeamten und die höchste Investitionsquote im Bereich der Polizei in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Meine Damen und Herren, das Land ist in den letzten fünf Jahren sicherer geworden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu den einzelnen Punkten: Herr Bartling, Sie haben gesagt, wir hätten das Tausenderprogramm nicht umgesetzt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich darf Sie daran erinnern: Im Jahre 2003, direkt nach der Regierungsübernahme, haben wir 130 Polizeibeamte aus Berlin geholt, weil Innensenator Körting sie nicht brauchte. Wir haben sie gebraucht, sie sind auf der Straße. Ebenfalls im Jahr 2003 haben wir 250 zusätzliche Anwärter in den Nachtragshaushalt eingestellt, die auch bereits auf der Straße sind, weil sie ausgebildet sind. Sie haben dagegen gestimmt. Im Jahr 2004 waren es 250 zusätzliche Anwärter, die mittlerweile ebenfalls auf der Straße sind. Sie haben dagegen gestimmt. In den Jahren 2006 und 2007 waren es jeweils 100 zusätzliche Anwärter. Im Haushalt 2008 sind es noch einmal 200 zusätzliche Anwärter. Strich darunter: 1 030 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im Dienst des Landes Niedersachsen. Meine Damen und Herren: Versprochen, gehalten. Das ist diese Landesregierung und sind die sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben völlig recht: Es ist sehr wichtig, dass wir im Bereich der Investitionen die Polizei neu aufstellen, dass wir Innovationen zulassen müssen. Wir brauchen in den nächsten Jahren - gerade vor dem Hintergrund der neuen Bedrohungslage erheblich mehr Mittel in diesem Bereich. Wenn ich an die Telefonüberwachung und andere Dinge denke, ist es absolut notwendig, dass wir noch mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir haben aber auch jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Was haben wir im Detail getan? - Ich halte den Bereich der DNA-Analyse für ganz wichtig und kann mich noch gut daran erinnern, Herr Kollege Biallas, dass wir, als wir die Regierung übernommen haben, in einigen Kommissariaten gewesen sind. Dort wurde uns mitgeteilt, wie lange es dauert, bis eine DNA-Analyse vorliegt. Wir haben hier investiert, mehr wissenschaftliche Teams und mehr im Bereich der Technik eingesetzt, weil das wichtig ist. Ich halte es für absolut notwendig, dass wir diesen Bereich noch weiter ausbauen, weil wir dadurch schwere Straftäter sehr schnell dingfest machen können. Daran werden wir auf jeden Fall festhalten. Das ist meiner Ansicht nach ganz entscheidend.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir investieren auch in neue Computertechnik und neue Software. Im Bereich des LKA im Bereich der zentralen Kriminalinspektionen werden wir jetzt das sogenannte rsCASE für 1,6 Millionen Euro anschaffen. Das ist ganz wichtig. Auch die Schlussfolgerungen aus der Beobachtung der Terroristen im Sauerland durch die EG Zeit - das ist die besondere Ermittlungsgruppe - haben gezeigt, dass wir hier weiter investieren müssen. Das ist im Haushalt vorgesehen und auch möglich.

Ich erinnere an den Digitalfunk. Wir waren das erste Land, das dies durchfinanziert hat. 285 Millionen Euro sind in den nächsten zehn Jahren abgesichert. Wir werden jetzt in Lüneburg und in den anderen Bereichen loslegen, sodass die Polizei, aber auch insgesamt die Sicherheitsbehörden mit Digitalfunk ausgestattet werden. Das ist überfällig. Wir haben das dargestellt. Insofern sind wir hier auf jeden Fall hervorragend aufgestellt.

#### (Beifall bei der CDU)

Nun zum Stichwort "Kooperative Leitstellen". Was haben wir hier darüber diskutiert! Mittlerweile gibt es sie in jeder Polizeidirektion. Braunschweig müssen wir noch einige Informationen geben. Wir werden in jedem Bereich eine kooperative Leitstelle haben, auch im Haushalt abgesichert. Ich denke an Oldenburg mit 8 Millionen Euro, an Hameln oder Lüneburg. Die Verträge im Bereich Wittmund und Göttingen sind bereits avisiert. Meine Damen und Herren, das ist moderne Ausstattung. Damit können wir den Bürgern tatsächlich helfen, wenn sie in Not sind. Hier haben wir richtig entschieden, und der Haushalt bildet dies ab. Die innere Sicherheit ist in diesem Bereich in guten Händen.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben auch eine VE für Hubschrauber eingebracht. Wir hatten leider vor wenigen Wochen einen Absturz. Insofern kann ich nur sagen: Bereits am 20. Dezember werden wir einen neuen Hubschrauber einweihen können. Diesen haben wir innerhalb von wenigen Wochen beschafft. Meine Damen und Herren, vielleicht können Sie sich noch an die Hubschrauberaffäre von Frau Merk erinnern. Ich glaube, es wird jetzt noch prozessiert. Wir haben innerhalb von vier Wochen einen neuen Hubschrauber beschafft, weil dies notwendig ist. So macht man Politik. Die Geräte müssen schnell zur Verfügung gestellt werden, wenn es erforderlich ist.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Videoüberwachung ist angesprochen worden. 1,6 Millionen Euro stehen zusätzlich zur Verfügung. Ich wundere mich, dass dies als nicht notwendig angesehen wird. Von SPD-Abgeordneten aus Delmenhorst und anderen Städten erhalte ich immer Anträge, ob sie nicht auch von diesem Programm profitieren könnten. Es geht nicht in erster Linie um Terrorbekämpfung, sondern die Videotechnik ist da, wo Kriminalitätsschwerpunkte sind, absolut sinnvoll. Dort, wo wir sie schon eingesetzt haben, hat sie bereits dazu beigetragen, dass weniger Straftaten stattfinden. Deshalb werden wir dieses Programm weiter ausbauen und die 1,6 Millionen Euro im Jahr 2008 sinnvoll einsetzen.

Wirklich interessant ist aber, meine Damen und Herren, dass die SPD 5 Millionen Euro zusätzlich an Investitionen eingefordert hat. Die CDU und FDP haben insgesamt 3,3 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt bzw. wollen das heute verabschieden, d. h. rund 1,7 Millionen Euro weniger. Das will ich gerne eingestehen. Aber dafür - Herr Kollege Biallas hat schon darauf hingewiesen - wollen Sie 2,2 Millionen Euro weniger für Mieten und Pachten einstellen. Meine Damen und Herren, das bedeutet - weil ich gerade den Kollegen Biester sehe -, dass man zwar neue Stühle kaufen, aber leider die Miete für Wilhelmshaven nicht mehr bezahlen kann und die Stühle dann auf die Straße stellen muss. Das sind eine Logik und Haushaltstechnik, mit der Sie zeigen, wie Sie die Polizei tatsächlich im Blick haben.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun zur Berufszufriedenheit. Unter Ihrer Regierungszeit, Herr Bartling, und auch unter meiner hat eine Befragung zur Berufszufriedenheit stattgefunden. Ich will nicht alles daraus zitieren, weil ich sie nicht in allen Punkten für sinnvoll gehalten habe; aber die Berufszufriedenheit ist gestiegen. Sie müssen einmal genauer hineinschauen. Es ist auch kein Wunder, weil wir z.B. im Bereich der Beförderungen einiges getan haben. Zumindest eine Gewerkschaft hat gefordert, dass wir in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt rund 850 Beförderungen vornehmen sollten. CDU und FDP schlagen mit dem Haushalt 2008 insgesamt 1 500 Beförderungen vor. Meine Damen und Herren, das ist notwendig und richtig, weil hier hervorragende Arbeit geleistet wird. Dann muss man auch eine

Möglichkeit haben, angemessen bezahlt und befördert zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Der Aufstieg von A 9 nach A 10 bedeutet im Schnitt 2 500 Euro, 2 600 Euro zusätzlich. Es ist sinnvoll, in diesem Bereich weiterzumachen. Das werden wir in den Folgejahren insgesamt umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass Sie die Ausbildung im Bereich der Polizei angesprochen haben.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Akkreditierter Bachelorstudiengang!)

Wir sind die Ersten, die einen akkreditierten Bachelorstudiengang im Bereich der Polizei vorweisen können. Ich war ja gerade auf der Innenministerkonferenz. Die Kollegen haben danach gefragt: Wie habt ihr das aufgestellt? - Sie gucken sich dieses System an, weil sie wissen, dass es in die Zukunft gerichtet ist. Das ist in diesem Bereich kein Rückschritt, sondern wir sind darin so modern aufgestellt, dass wir sogar im europäischen Vergleich mithalten können und mit an der Spitze sind. Für die Ausbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen wir die richtige Entscheidung treffen. Diese haben wir in diesem Parlament getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bartling, Sie sollten übrigens hier nicht anders reden als in Nienburg. Wenn Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nienburg sprechen, sagen Sie "Es ist ja alles toll hier, es ist alles hervorragend", und wenn Sie dann hier sind, sagen Sie, wir hätten die Ausbildung zurückgefahren. Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, da ich nur noch wenige Minuten Redezeit habe, nur noch kurz etwas zum Bereich der Integration sagen.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Nur noch wenige Tage!)

- Herr Bachmann, bis zur Landtagswahl sind es noch 45 Tage. Dass Sie sich so freuen, ist eine tolle Sache. Ich kann Ihnen nur sagen: Nach dieser Zwischenbilanz, die wir vorgelegt haben - wir werden dies in den nächsten 45 Tagen noch entsprechend darstellen -, bin ich ganz gelassen. Meine Damen und Herren, wir werden den Bereich der inneren Sicherheit in den nächsten fünf Jahren weiter vorantreiben. Wir werden im Vergleich mit anderen Bundesländern noch weiter nach vorne kommen; denn es geht um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Richtig!)

Im Bereich der Integration stellen wir 63 Millionen Euro zur Verfügung.

(Monika Wörmer-Zimmermann [SPD]: Holen Sie erst einmal Ihren Wahlkreis!)

- Frau Wörmer-Zimmermann, ich muss mich jetzt ein bisschen zurückhalten, sonst könnte ich zu Ihrem Wahlkreis und auch zu anderen Dingen etwas sagen. Aber das wird man vielleicht an anderer Stelle tun.

(David McAllister [CDU]: Das mache ich!)

Wichtig im Bereich der Integration ist nicht nur, dass wir zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt haben, dass wir eine neue Abteilung eingerichtet haben und dass es erstmalig eine Integrationsbeauftragte gibt, sondern auch, dass wir ganz klare neue Maßnahmen ergriffen haben, und zwar im Bereich der Integrationslotsen. Es gibt 15 Leitstellen für Integration. Meine Damen und Herren, gucken Sie sich einmal an, wie das Modell der Integrationslotsen angenommen wird.

(Georgia Langhans [GRÜNE]: Das haben wir schon immer gesagt!)

- Aber wir haben die Integrationslotsen im Bereich Ausbildung und Beruf umgesetzt. Erst gestern habe ich wieder Zertifikate verteilt.

Für mich ist es das Wichtigste, dass diejenigen, die bei uns sind, gerade die Jugendlichen, einen Hauptschulabschluss bekommen. Deshalb haben wir mit dem BAMF ein Konzept aufgelegt, mit dem wir auch mit europäischen Mitteln etwas erreichen können. Darüber hinaus nehmen wir diejenigen an die Hand, die noch keinen Ausbildungsplatz haben. Wir bilden Ehrenamtliche aus; das ist wahr. Wir unterstützen sie aber auch mit Hauptberuflichen über Integrationslotsen, mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen, damit wir diesen Jugendlichen eine Perspektive geben. Genau das ist unser Ansatz.

(Beifall bei der CDU - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Da haben Sie reingeholzt!)

In diesem Bereich haben wir so viel gemacht, wie Sie es zu Ihrer Zeit, als Sie an der Regierung gewesen sind, niemals getan haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Asylpolitik sagen: Wenn Sie das Protokoll über die letzte Plenarsitzung, auch wenn es der letzte Tagesordnungspunkt gewesen ist, genauer nachlesen,

(Georgia Langhans [GRÜNE]: Das habe ich gemacht!)

werden Sie erfahren, wie es mit der Bleiberechtsregelung in Niedersachsen ist. Eigentlich erwähne ich Herrn Dr. Stegner nicht so häufig. Der Kollege ist zurzeit ganz kleinlaut; das ist bei ihm völlig untypisch. Er hat es nämlich in Schleswig-Holstein nicht geschafft, diejenigen, die dort eine Chance erhalten haben, in Arbeit zu bekommen, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wir haben das in Niedersachsen über die kommunale Ebene geschafft. Niedersachsen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern die meisten Bleiberechtsregelungen umgesetzt. Ich sage Ihnen aber - dazu stehe ich -: Dies geht nur, wenn sie wirklich eine Perspektive haben, die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu erbringen. Wenn dies nicht der Fall ist und wenn sie nicht politisch und nicht geschlechtsspezifisch verfolgt sind, meine Damen und Herren, dann muss man ihnen hier eine Perspektive geben. Ergreifen sie diese Chance nicht - dies sage ich Ihnen deutlich -, dann muss man auch den Mut dazu haben, sie zurückzuführen. Dies gehört zur Ehrlichkeit dazu. Ich meine, das ist die richtige Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister Schünemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Biallas?

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Gerne.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das würde ich nicht machen! Er hat keine zugelassen!)

## Hans-Christian Biallas (CDU):

Herr Minister, Ihnen ist ja vielfach der Vorwurf gemacht worden, Sie würden hinsichtlich Ihrer Asylpolitik nur noch als "Abschiebeminister" zu bezeichnen sein.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist er ja auch!)

Sie könnten zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen, indem Sie uns einmal sagen, ob zu Zeiten der SPD-Landesregierung oder zu Ihrer Amtszeit mehr Menschen abgeschoben worden sind.

(Rosemarie Tinius [SPD]: Herr Biallas, das darf doch wohl nicht wahr sein!)

Ich habe nämlich den Eindruck, dass es beim Abschiebeminister Bartling erheblich mehr gewesen sind.

# **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Die genauen Zahlen kann ich nicht nennen. Dies würde meinem Image sicherlich schaden.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ehrlich gesagt: Die meisten und heftigsten Abschiebungen wurden zu Zeiten der rot-grünen Regierung, als Trittin noch dran war, durchgeführt.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber das möchte ich nicht so deutlich sagen; denn das ist ja immer etwas schwierig.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Weil Sie die Fallzahlen und die gesetzlichen Entwicklungen nicht auseinanderhalten können! Das ist eine ganz andere Situation! - Weitere Zurufe)

- Herr Bachmann, regen Sie sich doch nicht so auf! Ich bin nach Fakten gefragt worden, und die habe ich dargestellt.

Der Punkt ist: In diesem Bereich geht es nicht unbedingt um Zahlen, sondern um Einzelschicksale.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Deshalb müssen wir jeden Fall ganz individuell betrachten. Ich habe ausgeführt, dass wir von An-

fang an gesagt haben: Wir müssen Möglichkeiten eröffnen, dass diejenigen, die lange hier sind, die Chance haben, eine Arbeit aufzunehmen. Nutzen sie diese Chance nicht, dann müssen sie meiner Ansicht nach wieder zurückgeführt werden. Das ist der richtige Weg, und daran werden wir festhalten.

Meine Damen und Herren, nur noch ganz kurz etwas zur Verwaltungsmodernisierung.

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Polat.

**Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Bitte schön, Frau Polat!

## Filiz Polat (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte noch einmal nachhaken. Ist es richtig, dass unter Ihrer Regierungszeit eine schwangere Frau mit zwei kleinen Kindern in den Kongo abgeschoben worden ist und dass danach sowohl die Frau als auch das Neugeborene verstorben sind?

(Reinhold Coenen [CDU]: Ach, Frau Polat! - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das sind Einzelschicksale!)

# **Uwe Schünemann**, Minister für Inneres und Sport:

Das sind Einzelschicksale. Darüber ist ja auch hier diskutiert worden. Die Einzelheiten sind nicht geklärt worden. Der Punkt ist, dass gerade das Außenministerium als Informant zur Verfügung gestanden hat. Ich bin in keiner Weise dafür verantwortlich. Das müssten Sie wissen. Ob es aus staatspolitischer Sicht Probleme gibt, wird vom Gericht geprüft. Dies ist gemacht worden. Als Innenminister - der Kollege Bartling weiß das ganz genau - habe ich zu prüfen, ob es bei der Abschiebung tatsächlich Hindernisse gibt. Dies ist hier klar nicht der Fall gewesen. Im Prinzip hat es auch keine Hinweise im Bereich der gesundheitlichen Gefährdung gegeben, sodass dieser Fall von unserer Seite und vor allen Dingen auch von der Ausländerbehörde - diese ist ja zuständig - keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben hat. Dies ist dargestellt worden.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das war Schünemann zum Thema Humanität!)

Meine Damen und Herren, nun zur Verwaltungsmodernisierung, die vom Kollegen Bode schon angesprochen worden ist. Im Haushalt 2008 konnten 215 Millionen Euro eingespart werden. Wir haben eine schlankere Verwaltung. Es gibt schnellere Verfahren in diesem Bereich. Das ist ein großer Erfolg. Vor allen Dingen haben wir sogar schon mehr Einsparungen umgesetzt, als wir geplant hatten. Herr Kollege Bode, bei der Umsetzung der Einsparungen liegen wir bei 64 %. Jeden Tag geht es weiter voran. Dies ist meiner Ansicht nach wichtig, damit wir in anderen Bereichen mehr Handlungsfreiheit haben, beispielsweise im Bereich der Bildung - dies hat der Kollege Möllring dargestellt -, aber auch im Bereich der inneren Sicherheit. Hätten wir keine Einsparungen vorgenommen und wären wir nicht moderner herangegangen, dann hätten wir keinen Spielraum gehabt, zu investieren, mehr Personal und mehr Mittel im Bereich der Modernisierung und Innovationen zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, als Zwischenbilanz bleibt festzustellen: Wir sind moderner aufgestellt. Unser Land ist sicherer geworden. Wir haben mehr im Bereich der Integration getan. Ich gebe aber gerne zu: Wir müssen noch sehr viel mehr erreichen, damit wir unser Land weiter nach vorne bringen. Wir sind gut aufgestellt. Wir haben die Reformen umgesetzt. Wir müssen aber noch viel tun, damit unser Land im Vergleich mit anderen Bundesländern ganz nach vorne kommt. Ich freue mich darüber, dass dieser Haushalt, insbesondere nach den Beratungen der Fraktionen der CDU und der FDP, eine hervorragende Voraussetzung dafür ist, dass dieses Land wirklich weiter nach vorne kommt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal der Kollege Bartling zu Wort gemeldet. Herr Bartling, ich erteile Ihnen das Wort.

## **Heiner Bartling** (SPD):

Frau Präsidentin! Erlauben Sie mir bitte, kurz auf drei Dinge einzugehen:

Herr Schünemann, Sie haben erklärt, dass Sie schnell einen neuen Hubschrauber beschafft hätten, und haben dies mit einer Angelegenheit in Verbindung gebracht, die mit Frau Merk zu tun hatte. Was das miteinander zu tun hat, müssen Sie der geneigten Öffentlichkeit einmal erklären. Es ist mir nicht geläufig geworden, was das sollte. Anscheinend suchen Sie nach Argumenten für Ihre Erfolge, die Sie aber nicht belegen können.

Irgendjemand - Herr Bode oder Herr Biallas sprach die Polizeiakademie und die Frage der Änderung der Polizeireform an. Heute habe ich zur Polizeireform übrigens gar nichts gesagt. Dazu gebe ich noch folgenden Hinweis: Ich halte die Polizeireform und die Abschaffung der Fachhochschule für falsch. Aber wenn eine Landesregierung solche Strukturen neu geschaffen hat, werde ich sie nicht nach einem Jahr schon wieder ändern. Dann beschäftigte sich die Polizei mit sich selbst, und das möchte ich nicht. Ich möchte dazu beitragen, dass sie fortentwickelt wird. Auch in neuen Organisationsformen wird man Wege finden, um die Fehler, die aus meiner Sicht gemacht worden sind, zu korrigieren. Das halte ich für eine ganz wichtige Sache.

Herr Schünemann, zu den Zahlen hinsichtlich der Abschiebungen: Ihr Image sollen Sie behalten. Allerdings können Sie die Jahre 1992 und 2007 nicht miteinander vergleichen. Sie wissen, dass im Jahre 1992 Tausende von Asylbewerbern zu uns gekommen sind. Deshalb ist seinerzeit die Rückführung natürlich eine sehr viel höhere als in den letzten Jahren gewesen. Solche Vergleiche sind albern und helfen nicht weiter.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ralf Briese [GRÜNE])

#### Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo (FDP):

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu dem Bereich

## **Justiz**

Dazu hat sich die Kollegin Bockmann für die SPD-Fraktion gemeldet. Frau Bockmann, ich erteile Ihnen das Wort.

## Heike Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen funktionieren eigentlich immer nach demselben Schema. Ich zitiere Herrn McAllister vom gestrigen Tage: "Es ist Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren." Dann kommen aber die Regierung oder die sie tragenden Fraktionen und behaupten, die Opposition rede das Land schlecht, in Wahrheit sei alles gut.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Ich werde heute dieses übliche Schema durchbrechen und nicht nur kritisieren, sondern gleich zu Anfang etwas Positives sagen. Auf die Rechtspolitik von CDU und FDP sind wir nicht neidisch, wir haben nur etwas gegen Ungerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel gefällig? - Oft vergessen, aber dramatisch überbelastet sind die niedersächsischen Amtsanwälte. In diversen Gesprächen mit Vertretern dieser Berufsgruppe haben die Amtsanwälte stets ihre enorm hohe Arbeitsbelastung hervorgehoben.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Und haben Gehör gefunden!)

Es geht immerhin um eine Mehrbelastung von 40 %. Ihr Arbeitsbereich erstreckt sich auf die Strafverfolgung in dem Bereich bis zur mittleren Kriminalität.

Die Gründe des Belastungszuwachses sind vielfältiger Natur. Mit einem politischen Versprechen wurden 1 000 Polizisten angekündigt, 500 sind es tatsächlich geworden. Resultat ist, dass die Polizei mehr Straftaten gerade im Arbeitsbereich der Amtsanwälte aufgeklärt hat. Ich nenne hier beispielhaft die Internetkriminalität und die häusliche Gewalt im sozialen Nahbereich. In den üblicherweise von Amtsanwälten geführten Sonderdezernaten ist ein deutlicher Zuwachs dieser aufgeklärten Straftaten zu verzeichnen. Das liegt auch daran, dass Amtsanwälte sich bereit erklärt haben, an runden Tischen Netzorganisationen herzustellen, und so zur Aufklärung beigetragen haben.

Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Internetkriminalität ist politischer Wille von uns allen. Aber so etwas bedarf natürlich auch einer anständigen Personalausstattung. Deshalb haben wir im Gegensatz zur Landesregierung 30 zusätzliche

Stellen für Amtsanwälte geschaffen, vier davon in Braunschweig, 17 im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Celle und neun im Bereich Oldenburg. Darüber hinaus werden wir die überlasteten Strafgerichte mit insgesamt 80 zusätzlichen Stellen ausstatten, um damit auf die zwar von der Justizministerin verleugnete, aber von den Menschen im Land mit großem Unverständnis wahrgenommene Überlastung der Justiz zu reagieren. Bezieht man die Sozialgerichte ein, sind es insgesamt zwar nicht die vom Richterbund geforderten 300, aber immerhin 145 Stellen. Das ist deutlich mehr als von der Landesregierung in Aussicht gestellt.

(Zuruf von der CDU: Wer ist "wir"?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer nimmt denn die Hilfe der Sozialgerichte in Anspruch? Wir reden hier von Elterngeld, von Renten, von Hartz IV, von Hinterbliebenenversorgung und von der Feststellung des Grades einer Behinderung. Diese Aufzählung macht deutlich, dass Kläger und Klägerin ihren Rechtsschutz aufgrund von existenziellen Notlagen und nicht aus Streitlust oder aus Langeweile in Anspruch nehmen. Insoweit sind die Verfahrensdauern bei den sozialgerichtlichen Verfahren schlichtweg skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir im Haushalt 2008 deutlich aufstocken. Unser Haushaltsantrag sieht 35 zusätzliche Stellen für die niedersächsischen Sozialgerichte vor,

(Astrid Vockert [CDU]: Wie finanzieren Sie das denn?)

davon 30 für die acht Sozialgerichte in Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade sowie fünf zusätzliche Stellen für das Landessozialgericht.

(Beifall bei der SPD - Astrid Vockert [CDU]: Wie finanzieren Sie das?)

- Schauen Sie einfach in unseren Antrag hinein, Frau Kollegin, dann wissen auch Sie das.

## (Präsident Jürgen Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Vor zwei Monaten haben wir hier über eine Petition geredet, in der bei einer Rentenstreitigkeit die einzige Handlung des Gerichts in mehreren Jahren darin bestand, eine Aktenanforderung vorzunehmen. Der Bund Niedersächsischer Sozialrichterinnen und Sozialrichter sieht "die Klägerinnen und Kläger vor den Sozialgerichten gegenüber denen, die die Hilfe anderer Gerichte in Anspruch nehmen, deutlich benachteiligt". Deshalb stocken wir hier bedarfsgerecht auf. Alles andere wäre bürgerfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau dies verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit, auf die Sie mitunter etwas neidvoll schauen.

Mehr Schutz für Opfer von Straftaten - mit dieser Headline sind Sie, Frau Ministerin, Anfang Oktober wieder in die Öffentlichkeit gegangen. Alles, was in Ihrem Haushaltsentwurf zu diesem Thema steht, bietet sich zur Beobachtung an. In Niedersachsen wird fünfmal besonders erfolgreich der Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt: in Emden, Wittmund, Lingen und Hannover. Vor kurzer Zeit haben wir in Ihrem Beisein, Frau Ministerin, das 20-jährige Bestehen des Konfliktschlichtungsvereins in Oldenburg gefeiert. Alle Fachleute inklusive Ihrer Person waren sich darin einig, dass durch die Arbeit dieser Vereine neue Straftaten vermieden werden. Strafvermeidung ist nun einmal der allerbeste Opferschutz.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb macht es auch keinen Sinn, den Haushaltsansatz für diese Vereine erneut mit mageren Zahlen zu unterlegen. Wichtig ist es vielmehr, den Opferschutz aktiv zu fördern. Auch deshalb haben wir den Haushaltsansatz in entsprechender Höhe vorgeschlagen; denn was in Hannover bei der "Waage" und in Oldenburg bei der Konfliktschlichtung funktioniert, könnten Bürgerinnen und Bürger anderer Städte auch gut gebrauchen. Opferschutz darf nicht von haushaltspolitischen Zufälligkeiten abhängen.

(Beifall bei der SPD)

Aber genau an diesem Beispiel zeigt sich der messerscharfe Unterschied zwischen einer rot-grünen und einer schwarz-gelben Rechtspolitik. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, wollen die Justiz auf einen Kernbereich zusammenschrumpfen lassen. Wir wollen Strukturen, die bürgerfreundlich und kostengünstig sind, ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit meiner Liste der Alleinstellungsmerkmale sozialdemokratischer Rechtspolitik noch lange nicht am Ende.

(David McAllister [CDU]: Mit diesen Merkmalen bleiben Sie auch alleine!)

Wir werden nicht nur bessere Gesetze machen, wir werden auch gerechtere Gesetze machen. Konkret heißt dies: Wir werden uns dafür einsetzen, dass es Rechtsschutz nicht nur für Reiche gibt. Absprachen im Strafprozess dürfen nicht dazu führen, dass diejenigen, die sich teure Anwälte leisten können, mit symbolischen Strafen davonkommen, während andere, die sich eine teuere Rechtsberatung nicht leisten können, die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. So etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren, fördert den sozialen Unfrieden.

## (Beifall bei der SPD)

Ein wichtiges Anliegen für uns ist es auch, den Zugang zu den Gerichten auch für wirtschaftlich Schwächere offenzuhalten. Anders als die Regierung sind wir der Meinung, dass auch sie sich qualifizierten Rechtsschutz durch staatliche Gerichte müssen leisten können. Bestrebungen zum weitgehenden Abbau der Prozesskostenhilfe werden wir daher entgegentreten. Gerechtigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

#### (Beifall bei der SPD)

Wir werden darüber hinaus Streitschlichtung und Mediation stärken. Mittlerweile besteht auch Konsens, dass nicht jede gerichtliche Auseinandersetzung im Streit enden muss. Ich frage mich, warum die Landesregierung die Chancen der Streitschlichtung immer noch als justizpolitisches Stiefkind behandelt. Durch die gerichtsnahe Mediation können Gerichtskosten gespart und es kann, was wir für noch viel wichtiger halten, ein dauerhafter Rechtsfrieden hergestellt werden, sodass künftige Prozesse vermieden werden. Aber auch die außergerichtliche Streitschlichtung muss gestärkt werden. Die Landesregierung hatte ja ein Mediationsgesetz angekündigt, und das Konzept war in der Tat gar nicht so schlecht, Frau Ministerin. Es wird aber das Geheimnis von CDU und FDP bleiben, warum sie dieses Gesetz nicht zu Ende beraten wollen. So ist es aber mit der Justizpolitik in Niedersachsen: Erst kommt eine lautstarke Ankündigung, dann kommt ganz viel heiße Luft, und dann kommt gar nichts mehr.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Sie wollten uns doch nicht kritisieren!)

Im Bereich des Justizvollzuges gibt es, was den Haushalt anbelangt, relativ wenige Veränderungen. Der Grund dafür sind die voll budgetierten JVAs und die immer irgendwie deckungsfähigen Haushaltstitel. Frei nach dem Motto "Nun seht mal zu, wie ihr damit auskommt" müssen die Justizvollzugsanstalten agieren. So kann man zwar eine finanzpolitisch bequeme, aber keine sicherheitsrelevante Haushaltspolitik für die Vollzugsanstalten machen. Ganz nebenbei sei gesagt: Kostenerhöhungen für Energie scheinen in Ihrem Haushalt nicht vorzukommen. Es wäre mir neu, dass die Stromkonzerne Rücksicht auf irgendjemanden nehmen würden; mit Sicherheit werden sie es aber nicht bei irgendwelchen Knästen tun.

Mit Entsetzen haben wir festgestellt, dass der Ansatz für die Anlaufstelle für Entlassene immer weiter gesenkt wurde. Im Haushaltsjahr 2003 betrug der Ansatz noch 1,3 Millionen Euro. Inzwischen ist er auf 1 Million Euro heruntergefahren worden. Die bisherigen Mittel waren mehr als knapp bemessen. Wir haben gestern Abend hier in diesem Hohen Hause zu später Stunde über das Justizvollzugsgesetz beraten. Dieses neue Gesetz beinhaltet eine durchgehende Betreuung. Alle sind stolz, dass die durchgehende Betreuung als Aufgabe in diesem Gesetz neu definiert wurde. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir begrüßen das, weil die Rückfallwahrscheinlichkeit durch solche politischen Maßnahmen gesenkt werden kann. Eines muss aber auch klar sein: Für nichts gibt es nichts. Durchgehende Betreuung zum Nulltarif ist eine Luftnummer, der wir so nicht zustimmen können. Deshalb haben wir den Ansatz um 0,5 Millionen Euro für das kommende Jahr aufgestockt.

(Minister Hartmut Möllring [CDU]: Wer hat das gemacht?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, "Privatisierungswahn" ist eines der Schlagwörter in der 15. Legislaturperiode des Niedersächsischen Landtages. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 270 Millionen Euro für eine teilprivatisierte Anstalt mit 300 Plätzen in Bremervörde kann natürlich nicht unsere Zustimmung finden. Im Justizvollzug ist der Staat gefragt, nicht aber private Sparmodelle.

(Beifall bei der SPD)

Man konnte der Presse entnehmen, dass viele kleinere Anstalten gefährdet sind und ihnen in Niedersachsen das Aus droht. Als Beispiele seien hier Emden, Delmenhorst, Gifhorn und Stade genannt. Die entsprechenden Mittel könnten dezentralisiert für heimatnahe Entlassung verwendet werden. Das wäre eine Betreuung in Reinkultur, die sozialverträglich und sinnvoll ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man diesen Haushaltsentwurf unter ein sozialdemokratisches Brennglas legt, kann man nur eines tun: ihn ablehnen und Verbesserungsvorschläge machen. Nur so können wir eine rechtspolitische Sackgasse verhindern. Mit sozialpolitischen Ideen hätten wir in der Tat ein Stück mehr gerechte Rechtspolitik in Niedersachsen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat der Kollege Dr. Biester.

## Dr. Uwe Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Justiz hat die Aufgabe, in angemessener Zeit und mit hoher Qualität Recht zu sprechen. Wir sind verpflichtet, den Gerichten die dafür erforderlichen sächlichen und personellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich stelle dazu fest: Die Justiz erfüllt ihre Aufgabe in Niedersachsen sehr gut, und wir tun dies mit unserem Haushaltsentwurf ebenfalls.

Die Landesregierung legte einen Haushalt mit Einnahmen von knapp 347 Millionen Euro und Ausgaben von rund 1,062 Milliarden Euro - davon entfallen allein 643 Millionen Euro auf Personalausgaben - vor. In den Personalausgaben sind - das haben Sie nicht erwähnt, Frau Bockmann fünf neue Stellen zur Erweiterung der Sozialtherapie in der Jugendstrafanstalt Hameln und drei neue Stellen in der Führungsaufsicht bereits enthalten. Wir investieren in die IT-Organisation durch Zentralisierung. Wir erproben den elektronischen Rechtsverkehr. Wir haben ein Qualitätsmanagement zur Optimierung der Arbeitsabläufe eingerichtet. Die Gerichte stellen sich dem Urteil ihrer Kunden durch Umfragen z. B. bei den Rechtsanwälten, um eventuelle Schwächen festzustellen und Stärken weiter auszubauen. Die Gerichte haben zu

Recht keine Scheu, sich dem Urteil der Kunden zu stellen. Wir sind stolz darauf - das sollte man auch einmal erwähnen; das ist von der Opposition noch nie anerkannt worden -, dass wir im Ranking der Bundesländer, was die Bearbeitungsdauer der Fälle angeht, bei allen Gerichtsbarkeiten durchweg im oberen Drittel liegen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Wir wissen, dass wir dies den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz zu verdanken haben. Wir wissen um deren Arbeitsbelastung. Wir wissen um deren durchweg positive Arbeitseinstellung. Ich sage im Namen der CDU-Fraktion daher allen in der Justiz Tätigen dafür meinen ausdrücklichen Dank.

#### (Beifall bei der CDU)

Wir haben natürlich - wie die Opposition auch - mit den Vertretern aller Gerichtsbarkeiten im Vorfeld der Haushaltsberatungen gesprochen, uns ihre Feststellungen, Wünsche und Anregungen angehört und sie abgewogen. Als Ergebnis haben wir als Fraktion gegenüber dem Entwurf der Landesregierung folgende Veränderungen vorgenommen:

Wir haben bei den Amtsanwälten vorgesehen, zehn neue Stellen einzurichten. Wenn die Opposition nun feststellt, dass wir dort gehandelt haben, so muss sie dies natürlich noch toppen und sagen: Wir stellen 30 Stellen zur Verfügung. Man müsste dann natürlich auch einmal die Frage beantworten, wo diese Mitarbeiter herkommen, wo sie auf dem Markt überhaupt verfügbar sind, wo ich, wenn ich aus dem Rechtspflegerbereich 30 Mitarbeiter als Amtsanwälte qualifiziere, Löcher aufreiße und wie ich dann wiederum gegensteuere. An Antworten auf diese Fragen fehlt es bei diesen Vorschlägen auch. Wir meinen, dass wir der besonderen Belastungssituation im Bereich der Amtsanwaltschaft dadurch, dass wir zehn neue Stellen einrichten, Rechnung tragen.

Wir stellen weitere sechs Richter in der Strafgerichtsbarkeit - die Begründung werde ich gleich nachliefern - und zwei weitere Staatsanwälte ein.

Wir nehmen 233 Stellenhebungen im mittleren Justizvollzugsdienst und im Wachtmeisterdienst vor. Darauf sind wir richtig stolz. Wir meinen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen schweren Beruf in diesem Bereich ausüben, haben es verdient, diese Stellenhebungen zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Seit gestern kennen wir nun die Vorstellungen der Opposition. Sie sind offensichtlich dem Wahlkampf geschuldet. Sie sind utopisch und nicht seriös gegenfinanziert.

> (Astrid Vockert [CDU]: Das ist der entscheidende Punkt! - Heike Bockmann [SPD]: Das ist eine Behauptung, und die ist falsch!)

Ich nenne ein Beispiel dafür. Frau Bockmann, Sie wollen die Mittel für den Geschäftsbedarf an den Gerichten um 225 000 Euro kürzen, aber gleichzeitig 130 neue Richter einstellen. Den personellen Unterbau für die Richter vergessen sie völlig. Das ist schon dilettantisch. Sie kürzen andere Ausgabepositionen, ohne das Ist des Jahres 2007 zur Kenntnis zu nehmen. Einnahmepositionen erhöhen Sie in das Utopische hinein, ohne das Ist 2007 zur Kenntnis zu nehmen. Diese Versuche einer teilweisen Gegenfinanzierung in Ihren Anträgen können wir nicht ernst nehmen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Den Höhepunkt haben Sie heute eigentlich in Ihrem Redebeitrag geliefert. Sie sagen: Es darf keinen Rechtsschutz nur für Reiche geben. Deswegen sind wir gegen einen Gesetzesvorschlag zur Begrenzung der Kosten der Prozesskostenhilfe. - Dies mag man politisch durchaus vertreten. Wir haben eine völlig andere Auffassung. Das wissen Sie. Warum Sie aber gleichzeitig die Ausgaben für die Beiordnungen in diesen Sachen kürzen, kann ich nicht nachvollziehen. Das passt überhaupt nicht zusammen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Richtig! Darauf muss mal eine Antwort gegeben werden!)

Sie haben einen besonderen Schwerpunkt bei den Sozialgerichten gesetzt. Frau Bockmann, wir haben bei den Sozialgerichten im Jahr 2006 32 neue Richterstellen und - wir kümmern uns ja auch um den Unterbau - 17 weitere Stellen im Folgedienst eingerichtet. Im Nachtrag 2007 haben wir 27 weitere Richterstellen eingestellt; zusätzlich zwei Stellen im gehobenen Dienst und 15 Stellen im mittleren Dienst. Das ist bereits geschehen. Außerdem haben wir aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit bereits fünf Richter umgesetzt. Wir werden noch weitere fünf Richter umsetzen. Von 2006 bis 2008 werden wir bei der Sozialgerichtsbarkeit insgesamt 76

neue Stellen geschaffen haben. Damit sind wir unserer Verantwortung gerade für diesen Gerichtszweig ohne Weiteres nachgekommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Verfahrensdauer bei diesen Gerichten angesprochen. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass diese langen Verfahrensdauern in vielen Fällen dadurch bedingt sind, dass umfangreiche Gutachten, Ergänzungsgutachten und Obergutachten eingeholt werden müssen. Die Erstellung der Gutachten ist häufig das, was sich auf die Dauer der Verfahren bei den Sozialgerichten nachteilig auswirkt.

Was die ordentliche Gerichtsbarkeit angeht, können wir feststellen, dass die Eingangszahlen durchweg leicht rückläufig sind.

Eine Besonderheit haben wir bei den Strafgerichten. Da Herr Jüttner gerade anwesend ist und sich konzentriert,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich höre Ihnen ununterbrochen zu!)

will ich ihm an dieser Stelle einmal Folgendes sagen: Sie haben gestern in einem Nebensatz gesagt, wir müssten die Untersuchungshäftlinge in Niedersachsen wegen überlanger Verfahrensdauern massenweise entlassen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: "Massenweise" habe ich nicht gesagt!)

- In etwa so haben Sie das gesagt. - Damit verkennen Sie aber völlig die tatsächliche Situation.

> (Beifall bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Was sagen Sie denn zu der Rüge des Bundesverfassungsgerichts?)

Ich will Ihnen aber durchaus zugestehen: Wir haben eine verschärfte Rechtsprechung im Hinblick auf die Dauer der Untersuchungshaft und bezüglich der Anforderungen, die dort gestellt werden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Guck an!)

Dem tragen wir Rechnung, indem wir schon im letzten Jahr zwölf zusätzliche Strafrichter eingestellt haben. In diesem Jahr sind es wiederum sechs weitere Strafrichter.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich hatte recht mit den weggelaufenen Ganoven!)

- Ein Fall? Zwei Fälle? Wie viele kennen Sie denn?
- Nennen Sie sie doch einmal!

(Werner Buß [SPD]: Jeder einzelne Fall ist zuviel!)

- Völlig d'accord! Das werden Sie aber nie ausschließen können. Daraus können Sie nun nicht den Schluss ziehen, dass das daran liegt, dass wir zu wenige Staatsanwälte oder zu wenige Strafrichter hätten. Einen solchen Zusammenhang können Sie nicht nachweisen.

(Beifall bei der CDU)

In der Arbeitsgerichtsbarkeit sind durchgängig rückläufige Zahlen festzustellen. Eine Besonderheit stellt hierbei das Arbeitsgericht Osnabrück dar. Das muss unserer Meinung nach aber intern gelöst werden.

Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit haben wir ebenfalls eine deutliche Rückläufigkeit der Eingangszahlen, was sogar dazu geführt hat, dass uns der Präsident des Oberverwaltungsgerichts schriftlich darum gebeten hat, ihm doch Fälle aus dem Sozialbereich zuzuweisen, damit die Verwaltungsgerichtsbarkeit sie bearbeiten kann.

Meine Damen und Herren, ich stelle deshalb fest: Die sächliche und die personelle Ausstattung, die wir der Justiz mit dem Haushalt 2008 zur Verfügung stellen, wird der Belastungssituation der Gerichte gerecht. Sie ist angemessen. Die Justiz ist und bleibt bei uns in Niedersachsen in guten Händen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt hat der Kollege Briese das Wort. Bitte schön!

## Ralf Briese (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Eckdaten der Justiz sind den Eingeweihten bekannt; sie sind hier auch schon angesprochen worden. Gut 1 Milliarde Euro geben wir in Niedersachsen für den Rechtsstaat aus. Damit bezahlen wir Richterinnen und Richter, Staats- und Amtsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer und nicht zuletzt auch Anstaltsleiter und Vollzugsbedienstete. Einen großen Teil refinanziert die Justiz durch Strafgelder und Bußgelder selbst. Insgesamt fließen der Justiz 3 % des Gesamthaushalts zu. Mehr ist uns in Niedersachsen der Rechtsstaat nicht wert.

Trotz chronischer Unterfinanzierung - wir wissen ja aufgrund unserer Gespräche mit den Richterinnen und Richtern oder den Staatsanwälten, dass die Arbeitsbelastung hoch ist - ist unser Rechtssystem immer noch ein gutes. Das ist ein großer Standortvorteil. Unser Rechtssystem genießt in der Bevölkerung auch ein großes Vertrauen. Dieses Vertrauen sollten wir auch nicht durch das ständige Fordern nach weiteren Reformen, Veränderungen und Zwangsumzügen auf Spiel setzen. Wenn wir mit den Richterinnen und Richtern sowie den Verbänden sprechen, hört man sehr häufig: Lasst uns einfach mal in Ruhe, wir sind sehr reformmüde!

Es wäre gut, wenn die Politik die Justiz einfach einmal gut ausstatten und in Ruhe arbeiten lassen würde. Weniger, dafür aber bessere Gesetze wären wirklich von Vorteil. Ich kann nicht erkennen, dass die niedersächsischen Gesetze in dieser Legislaturperiode verständlicher, besser oder rechtssicherer geworden wären. Sie haben sich wirklich viele Niederlagen vor den Verfassungsgerichten eingefahren.

## (Bernhard Busemann [CDU]: Was!)

- Herr Busemann, soll ich Ihnen das einmal aufzählen? - Polizeigesetz, Mediengesetz, Rundfunkstaatsvertrag, nachträgliche Sicherungsverwahrung, Lüchow-Dannenberg-Gesetz. Ich kann gerne die ganze Palette auflisten. Aber Sie müssten das eigentlich selber wissen; denn Sie sind ja Rechtsanwalt und Notar. Es waren eine ganze Menge Verfahren vor den höchsten Gerichten anhängig, vor dem Bundesverfassungsgericht und vor dem Staatsgerichtshof.

Natürlich darf die Justiz weder effizienzblind sein noch betriebswirtschaftliche Elemente übersehen. Aber das macht sie auch nicht. Wir haben eine in diesem Bereich relativ aufgeschlossene Justiz. Wir haben die Kosten-Leistungs-Rechnung, und außerdem verfügt die Justiz über eine gute IT-Ausstattung. Die Gerichte befinden sich aber nach wie vor in einem schlechten baulichen Zustand, energetisch und auch ästhetisch. Mit besten Grüßen aus dem Bredero-Hochhaus!

Eines können wir hier immerhin konstatieren: Nachdem das MJ sehr lange darauf hingewiesen hat, dass die personelle Ausstattung ganz wunderbar sei und dass vor diesem Hintergrund nichts geändert zu werden brauche, statten Sie die Justiz nun aber doch mit etwas mehr Personal aus, weil Ihnen das Bundesverfassungsgericht eine Rüge ausgesprochen hat. Es ist nicht korrekt, Kollege Biester, wenn Sie sagen, dass das ein Ausnahmefall gewesen sei und dass das immer und immer wieder einmal passieren könne. Das hängt schlicht und ergreifend damit zusammen, dass insbesondere die Gerichte in Hannover chronisch überlastet sind und einfach nicht genug Personal haben. Dann kommt es dazu, dass die Leute 18 Monate in U-Haft sitzen und in solchen Fällen eine Haftbeschwerde vor dem Verfassungsgericht natürlich Erfolg hat. Wenn Sie die Justiz vernünftig ausstatten, kommt es dazu nicht; das ist doch gar keine

Auch bei den Sozialgerichten haben Sie nachgesteuert. Der Sozialgerichtsbarkeit sind aber eben auch zahlreiche neue Arbeitsfelder zugewiesen worden. Von daher war das auch dringend notwendig.

Wo steht also die Justiz fünf Jahre nach dem Amtsantritt von Frau Heister-Neumann? - Die rechtspolitische Großreform jedenfalls ist ad acta gelegt worden. Das ist aber auch kein wirklicher Schaden. Vor allem im Bereich Rechtspflege und Rechtswesen sind Privatisierungen eine hochsensible Angelegenheit. Man kann durchaus darüber diskutieren, dass sich der Staat auf seine Kernaufgaben reduziert. Aber in seinen hoheitlichen Aufgaben darf man den Staat nicht wirklich entkernen. Das ist das wirklich Fragwürdige an der Politik, die Sie hier praktizieren: dass Sie das Gewaltmonopol des Staates immer wieder in Frage stellen, z. B. beim Maßregelvollzug, bei der Privatisierung von Gefängnissen oder auch bei der Privatisierung von Gerichtsvollziehern. Das ist auf jeden Fall falsch. Wir werden diese Maßnahmen auch nicht mittragen.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Einen Satz noch zum konservativen Staatsverständnis insgesamt: Das Spannungsfeld zwischen Rechtsstaat, Sozialstaat und Präventionsstaat ist in diesem Land aus dem Ruder gelaufen. Sie sind hier ja mit der Ansage angetreten, Sie wollten mehr Effizienz, Sie wollen den schlanken Staat durchsetzen. Im Bereich der inneren Sicherheit gilt

das aber komischerweise nicht. Da schaffen Sie auf einmal Eingriffsbefugnisse noch und nöcher.

In diesem Zusammenhang will ich auch noch einmal Kritik an der FDP äußern. Herr Bode hat das mit seinem Redebeitrag eben noch einmal sehr deutlich gemacht. Sie sparen im Bereich der inneren Sicherheit überhaupt nichts ein. Da rüsten Sie den Staat ständig auf. Da wollen Sie den großen Staat, da soll der Staat seine ganze Kraft und Herrlichkeit entfalten. Beim Rechtsstaat aber, der die Bürgerinnen und Bürger sowie die Grundrechte schützen soll, legen Sie auch gern einmal die Axt an. Jedenfalls mergeln Sie den Staat in diesem Bereich merklich aus. Daran erkennt man. wie sonderbar das ist. Sie wollen den starken Staat im Hinblick auf die innere Sicherheit, Sie wollen aber den schlanken Staat im Hinblick auf die Bürgerrechte. "Starker Staat und schwache Bürger" - das ist das Staatsverständnis der Konservativen.

Da muss man wirklich Kritik an der FDP üben. Sie haben wenig getan, um den Rechtsstaat in diesem Land effektiv zu verteidigen. Was Sie hier abgeliefert haben, ist ziemlich armselig gewesen.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Satz zur außergerichtlichen Streitschlichtung. Es ist sehr schade, was in diesem Bereich passiert ist. Wir haben dort ein sehr innovatives Feld, auf dem auch Geld gespart werden könnte. Es geht da um Eigenverantwortlichkeit, ein Wort, das Sie sonst ja sehr gern in den Mund nehmen. Es geht um die eigenverantwortliche Konfliktschlichtung. Auf diesem wirklich sehr interessanten rechtspolitischen Feld ist in den letzten fünf Jahren aber wirklich gar nichts passiert, überhaupt nichts. Einmal im Jahr wird ein Kongress veranstaltet, aber der Täter-Opfer-Ausgleich ist nicht weiterentwickelt worden. Sie haben zwar ein Mediationsgesetz in den Landtag eingebracht, aber das haben wir nicht ein einziges Mal andiskutiert, weil Sie mit Ihrem Strafvollzugsgesetz die ganze sonstige rechtspolitische Debatte lahmgelegt haben.

Im Bereich des Strafvollzugsgesetzes - darüber haben wir gestern hier diskutiert - könnte man, wenn man etwas mutiger wäre, wirklich sehr viel Geld sparen. Man könnte mehr ambulante Sanktionen durchsetzen. Das würde wirklich Geld sparen. Wissen Sie, was ein Gefängnis kostet? Ein Gefängnis kostet 100 Millionen Euro. Sie haben jetzt bei der Privatisierung oder Teilprivatisierung

des Strafvollzuges eine Verpflichtungsermächtigung von 270 Millionen Euro ausgebracht. Ich sage Ihnen: Was Sie machen, ist nicht gut, und da werden wir definitiv nicht mitgehen. Haft ist wirklich eine unglaublich teure Sanktion. Es ist sehr schade, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermitteln können, dass diese Sanktion definitiv viel zu teuer ist. Man könnte in dem Bereich sehr viel Geld sparen.

Die Zeit für die Rechtspolitik ist schon wieder abgelaufen. Das ist sehr schade und bedauerlich. Die Justiz in Niedersachsen hätte eigentlich mehr verdient - mehr Aufmerksamkeit und auch mehr Mittel. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Als Nächster hat Herr Professor Zielke das Wort. Bitte schön!

## Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr schon einmal, nämlich im Nachtragshaushalt für 2007, unter Beweis gestellt, dass uns die schwierige personelle Situation der niedersächsischen Justiz und speziell der Gerichte am Herzen liegt. Insgesamt 27 neue Stellen bei den Sozialgerichten haben wir damals eingerichtet - nach 49 zusätzlichen Stellen in 2006. Für 2008 haben wir als Fraktion über den Haushaltsentwurf unserer Regierung hinaus beschlossen, sechs neue, zusätzliche, Richterstellen bei den Strafkammern zu schaffen.

In den vergangenen Jahren haben wir an vier Orten in Niedersachsen neue Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Korruptionsbekämpfung geschaffen. Das ist eine Spezialisierung, wie es sie vorher in Niedersachsen nicht gab. Für 2008 richten wir, wiederum über den Regierungsentwurf hinaus, zwei weitere Stellen für Staatsanwälte neu ein. Hinzu kommen außerdem auf Initiative der Fraktionen zehn neue Stellen für Amtsanwälte, die die Staatsanwaltschaften in strafgerichtlichen Verfahren bei den Amtsgerichten vertreten.

Lassen Sie mich eines ganz klar sagen: Genug ist das noch nicht; denn Gerechtigkeit bedeutet Gerechtigkeit für jedermann.

(Zustimmung bei der FDP)

Die Menschen haben ein Recht auf Gerechtigkeit in angemessener Zeit, seien sie nun Angeklagte, Kläger oder auch Opfer. Man mag in unserer Justiz einen Moloch mit feinsten Verästelungen sehen, wie unsere Justizministerin vor vier Jahren in diesem Hohen Hause formuliert hat, aber solange die Gesetze und Rechtswege so kompliziert sind, wie sie sind - die Parlamente und unsere Regierungen sind an diesem Zustand nicht unschuldig -, haben wir die Pflicht, den Bürgern diese Rechtswege erträglich zu gestalten.

## (Zustimmung bei der FDP)

In diesem Zusammenhang ein Wort zu "Pebbsy", dem Personalbedarfsberechnungssystem in der Justiz. "Pebbsy" ist kein Ersatz für eine ausreichende Ausstattung der Justiz. Neue Erhebungen nach neuen Kriterien würden auch kaum überraschende neue Ergebnisse zutage fördern, was die Belastung der Gerichte ebenso wie der meisten anderen staatlichen Bereiche der Justiz betrifft. Helfen werden nur weitere Rechtsvereinfachungen und Bürokratieabbau. Bürokratieabbau ist aber im Rechtsbereich nur begrenzt möglich.

Wie komplex und zwiespältig solche Versuche sein können, Bürokratie abzubauen, haben wir in den letzten Jahren bei der Abschaffung der Widerspruchsverfahren gesehen. Das Ziel der Rechtsvereinfachung haben alle mitgetragen. Aber die Maßnahme hat zu einer deutlichen Zusatzbelastung der Gerichte mit Klagen geführt, die früher im Vorverfahren geklärt werden konnten. Vielleicht ist der Anstieg der Klagen ein vorübergehendes Phänomen. Wir werden die wissenschaftliche Evaluation abwarten und in der nächsten Legislaturperiode zu überlegen haben, wo sich die Vereinfachung tatsächlich gelohnt hat und was wir gegebenenfalls ändern sollten.

Zurück zum Geld. Hoffentlich haben wir in Zukunft größere finanzielle Spielräume. Wir haben getan, im Bereich der Justiz wie auch sonst, was angesichts der ererbten roten Haushaltskatastrophe möglich war, aber wir sind auf einem guten Weg.

Nicht Haushaltserwägungen waren es in erster Linie, die diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen zu dem Plan bewogen haben, die hannoverschen Fachgerichte räumlich zusammenzufassen, sondern es geht darum, Gerichte als Orte, wo Recht für die Bürger gesprochen wird, bürgerfreundlich zu gestalten, sie also zentral und gut erreichbar anzusiedeln.

Vieles, was wir wollen und was sinnvoll wäre, liegt nicht in unserer Hand, weil es Bundesrecht ist. Keine Frage, es ist absolut richtig, dass wir in Deutschland ein einheitliches Rechtssystem haben. Unsere Justizministerin hat viele Initiativen ergriffen - in der Öffentlichkeit, über die Justizministerkonferenz der Länder, durch Bundesratsinitiativen -, um offensichtliche Fehlentwicklungen und Auswüchse in unserem Rechtssystem zu thematisieren und zu korrigieren. Als Beispiele nenne ich die Prozesskostenhilfe, die große Justizreform, die Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten, die Neuordnung der Juristenausbildung. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, zum Teil mit Häme, dass diese Initiativen bisher kaum zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Aber wenn Max Webers Wort vom geduldigen Bohren dicker Bretter irgendwo seine Berechtigung hat, dann bei Veränderungen im Rechtsbereich.

## (Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Unser Recht ist sehr ausgeformt. Reformen des Rechts sind sinnvoll, wenn sie neue Entwicklungen in der Gesellschaft aufgreifen. Solche Entwicklungen vollziehen sich meist sehr allmählich. Insofern ist jugendlicher Tatendrang, Herr Briese, bei Reformen des Rechts kein guter Ratgeber. Vielmehr ist es eine der wichtigsten Aufgaben von Rechtspolitik, als Politikerin oder Politiker zunächst einmal zu versuchen, die Öffentlichkeit für ein Problem zu sensibilisieren und so einen Auffassungswandel in der einen oder anderen Rechtsmaterie einzuleiten. Deshalb ist es gut, wenn unsere Justizministerin beharrlich und unbeirrt auf Reformen drängt, statt sich darauf zu beschränken, das Bestehende zu verwalten.

#### (Zustimmung bei der FDP)

Wo diese Koalition aus FDP und CDU die Möglichkeit hatte, neues Recht zu setzen, nämlich beim Strafvollzug, haben wir das getan - beherzt und mit Augenmaß zugleich. Das niedersächsische Justizvollzugsgesetz, das wir gestern beschlossen haben, wird sich in der Praxis bewähren müssen. Ich bin sicher: Es wird sich im Großen und Ganzen bewähren.

## (Zustimmung bei der CDU)

Wo sich Änderungsbedarf zeigt, werden wir nicht zögern, das Gesetz zu ändern.

## (Zustimmung bei der FDP)

Das Gesetz weicht inhaltlich an einigen wichtigen Stellen vom ursprünglichen Regierungsentwurf ab. Darauf ist Frau Peters gestern ausführlich eingegangen. Es ist jetzt in der Tat ausgewogen und homogen.

#### (Zustimmung bei der FDP)

Zu diesen Änderungen haben - das darf ich in aller gebotenen Bescheidenheit feststellen - auch die konstruktiven rechtspolitischen Vorstellungen meiner Fraktion entscheidend beigetragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt der Kollege Nacke.

#### Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein Satz zu den Ausführungen des Kollegen Briese. Herr Kollege Briese, Sie versuchen ständig in diesem Haus, einen Konflikt zwischen innerer Sicherheit und Rechtsstaat zu konstruieren, was völlig verfehlt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Den gibt es ja! Wir können doch nicht so tun, als ob es den nicht gebe!)

Innere Sicherheit ist ein unverzichtbares Element des Rechtsstaates. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen; ansonsten sind Sie auf einem völlig falschen Kurs.

Ein wichtiger Punkt der inneren Sicherheit ist der Strafvollzug. Der Strafvollzug in Niedersachsen ist ausgesprochen gut aufgestellt. Er hat in den nächsten fünf Jahren alle Chancen, exzellente Arbeit zu leisten. Das liegt insbesondere daran, dass diese Landesregierung sehr konsequent alle Fehl- und Missstände abgebaut hat, die vor fünf Jahren bestanden haben. Wir haben die Überbelegung abgebaut, indem wir zwei der modernsten neuen Haftanstalten in Deutschland gebaut haben. Hier haben wir zig Millionen investiert. Durch die Einführung von Sicherheitsstufen haben wir die Sicherheit verbessern können, auch weil wir die sicheren Haftanstalten haben. Damit haben wir die

Zahl der Entweichungen erheblich reduzieren können.

Wir haben ein neues Justizvollzugsgesetz. Wenn Herr Briese von "ambulanten Sanktionen" spricht, bedeutet das nichts anderes, als dass er Menschen, die zurzeit aufgrund eines Gerichtsurteils inhaftiert sind, freilassen möchte. Das bedeutet diese verklausulierte Formulierung "ambulante Sanktionen".

Wir haben Vollbeschäftigung in den Haftanstalten erreichen können. Das ist für uns in der Tat Teil eines Programms. Wir möchten den Menschen lieber Arbeit als Urlaub geben, weil wir glauben, dass die Resozialisierung besser gewährleistet ist, wenn man sie in geregelte Tagesabläufe zurückführen kann.

Wir haben die Bildungsangebote und die Sozialtherapie verbessern können, und wir haben ein neues, modernes niedersächsisches Gesetz geschaffen, das Rechtsgrundlage für die zukünftige Arbeit wird. Damit können wir in den nächsten fünf Jahren im Vollzug gute Dinge gestalten.

Ich möchte ein Wort sagen zu PPP oder, wie die SPD es nennt, ÖPP, also zu der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch private und öffentliche Einrichtungen. Es gibt in Niedersachsen keine einzige Haftanstalt - das ist bekannt -, in der nicht private Einrichtungen Aufgaben wahrnehmen: medizinische Aufgaben, Bildungsaufgaben, Verkauf, Einkauf usw. Es macht Sinn und ist klug, auszuprobieren, ob man all diese Einzelinitiativen zusammenführen kann, um eine Anstalt dann gemeinsam mit den Wahrnehmern von hoheitlichen Aufgaben effektiver und damit auch kostengünstiger betreiben zu können. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass dort, wo hoheitliche Aufgaben wahrgenommen werden sollen, dies selbstverständlich immer durch Beamte geschehen soll. Deswegen ist es schlichte Panik- und Angstmache und ein untauglicher Versuch, wenn sowohl die Grünen als auch die SPD in ihren Äußerungen zur bevorstehenden Landtagswahl von der "Privatisierung von Haftanstalten" sprechen. Die vollständige Privatisierung ist nicht vorgesehen - Sie wissen das.

Das Justizvollzugsgesetz gibt uns die Möglichkeit, die durchgehende Betreuung zu verbessern. Darauf haben selbst die anderen Fraktionen hingewiesen, darüber freue ich mich sehr.

Wir werden die Zusammenarbeit mit den Anlaufstellen, mit der Bewährungshilfe, mit dem Täter-Opfer-Ausgleich und vielen anderen privaten und staatlichen Einrichtungen verbessern können, eine Aufgabe, die die nächsten fünf Jahre mit sich bringen.

Meine Damen und Herren, all das kann natürlich nur mit gutem Personal durchgeführt werden. Deswegen ist es für mich von besonderer Bedeutung, dass es uns in den vergangenen fünf Jahren und für die Zukunft gelungen ist, das Personal seinen Aufgaben angemessen zu bezahlen. Zusammen mit den Vertretern des Personals, insbesondere mit dem VNSB, haben wir uns darüber unterhalten - es geht ja nicht alles gleichzeitig, was übrig geblieben ist -, was am wichtigsten ist, was zuerst und danach kommen kann. Man hat uns damals gesagt: Am wichtigsten ist es, zunächst einmal die Menschen im gehobenen Dienst so zu bezahlen, wie sie es verdienen. - Denn Beförderungen, die hätten ausgesprochen werden können, sind nicht ausgesprochen worden und stehen noch aus.

Also haben wir diesen Punkt zuerst in Angriff genommen und gesagt: Dort, wo wir die Stellenobergrenzen ausschöpfen können, wollen wir es tun. -Das ist abgeschlossen. Dann haben wir gesagt: Ab 2009 können wir den nächsten Schritt gehen und den mittleren Dienst besser bezahlen. - Wir haben sogar gesagt: Wenn wir es uns leisten können, dann sind wir sogar bereit, diesen Schritt vorzuziehen und bereits 2008 damit zu beginnen. - Wir können es uns leisten, wir wollen es uns leisten. 145 Hebungen stehen für den mittleren Justizvollzugsdienst in unserem Haushalt - Hebungen, die bedeuten, dass wir mehr bezahlen, und zwar nicht, indem wir - wie im gehobenen Dienst - die Stellenobergrenzen ausschöpfen, sondern indem wir die Stellenobergrenzen verändern. Das heißt, wir können elf Personen, die jetzt in der Besoldungsgruppe A 9 sind, künftig A 9 mit Zulage bezahlen. 28 Personen, die in der Besoldungsgruppe A 8 sind, können nach A 9 befördert werden. Insbesondere können 106 Personen, die in der Besoldungsgruppe A 7 sind, nach A 8 befördert werden. Das heißt, Menschen, die sehr genau mit dem rechnen müssen, was sie bekommen, können befördert werden. Darauf sind wir sehr stolz, das kommt bei den Menschen gut an. Denn das zeigt ihnen, dass wir ihre Arbeit hoch einschätzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre mit dieser Landesregierung, weil ich glaube, dass wir insbesondere im Bereich des Strafvollzuges auch zukünftig exzellente Ergebnisse werden erzielen können.

Abschließend - leider kann sie der heutigen Debatte nicht folgen - ein Wort zu meiner Kollegin Frau Müller von der SPD-Fraktion, die aus dem Landtag ausscheiden wird: Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich es immer als sehr konstruktiv empfunden habe, mit Frau Müller die unterschiedlichen Positionen auszutauschen. Ich würde mich freuen, wenn sie zukünftig etwas mehr Zeit findet, sich ihrer Familie und ihrem Privatleben zu widmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Briese gemeldet. Bitte schön!

## Ralf Briese (GRÜNE):

Ich möchte kurz auf den Redebeitrag des Kollegen Nacke eingehen. Er unterbreitet uns hier ja immer so schöne staatsphilosophische Erkenntnisse. Es stimmt: Die Konservativen und die Grünen haben ein unterschiedliches Staatsverständnis. Wir sehen innere Sicherheit und Rechtsstaat in einem Spannungsverhältnis und finden, dass es nicht besonders klug und bürgerfreundlich ist, dass Sie in Ihrer Regierungszeit auf der einen Seite im Bereich der inneren Sicherheit immer wieder neue Eingriffsund Ermittlungsinstrumente der Polizei durchgesetzt haben - das haben Sie in vielen Bereichen gemacht; wir haben ja gerade über Videoüberwachung geredet, ein weiterer Bereich ist die präventive Telefonüberwachung, die Ausweitung der DNA-Analyse oder auch die Onlineüberwachung; dabei soll ja nicht einmal in Nachhinein das Recht auf einen effektiven Rechtsschutz durchgesetzt werden - und auf der anderen Seite immer mehr Rechtsmittel infrage gestellt haben, z. B. durch die funktionale Zweistufigkeit, die ja auch andiskutiert worden ist. Es gibt also weniger Rechtsmittel für die Bürgerinnen und Bürger, um sich gegen diesen Staat zu wehren und die Einhaltung der Bürgerrechte einzufordern. Ich finde, die Ausgewogenheit ist in einem Staat nicht mehr gewährleistet, wenn auf der einen Seite - Polizei - immer mehr Instrumentarien geschaffen werden und auf der anderen Seite - Bürger - immer mehr Instrumentarien abgebaut werden. Das Gleichgewicht zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern ist dann einfach nicht mehr gewährleistet. Das finden wir aus grüner Sicht fragwürdig; denn wir halten die Bürgerrechte hoch.

Noch einen Satz zu den ambulanten Sanktionen: Herr Nacke, Sie wissen ganz genau, dass eine Reihe von Strafgefangenen in unseren Gefängnissen Ersatzfreiheitsstrafen verbüßen muss, weil sie kein Geld hat.

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

## Ralf Briese (GRÜNE):

Mit diesen Strafgefangenen kann man gar nichts anfangen. Sie sitzen völlig überflüssig in den Gefängnissen. Die könnte man wirklich effektiver sanktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Kollege Nacke möchte darauf reagieren. Bitte schön!

## Jens Nacke (CDU):

Ehrlich gesagt, Herr Kollege Briese, ich finde, das passt nicht zusammen: Einerseits freuen Sie sich jedes Mal wie ein kleines Kind, wenn irgendein Minister in den Reihen der Abgeordneten sitzt und Ihnen zuhört. Andererseits beschweren Sie sich, wenn sich auch andere Kabinettsmitglieder in der Rechtspolitik informieren.

Egal, wie oft Sie es wiederholen, Sie werden diesen Konflikt nicht begründen können. Sie tun der Rechtsprechung in Niedersachsen Unrecht, wenn Sie unterstellen, dass unser Rechtsstaat nicht effektiv ist. Das ist eine bodenlose Unverschämtheit gegenüber den Richterinnen und Richtern in Niedersachsen. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Noch eine Bemerkung zu den Ersatzfreiheitsstrafen: Sie haben völlig recht, das ist ein Problem, das man angehen sollte. Da stimme ich Ihnen zu. In Ihrem Programm steht aber auch, dass Sie den Verkauf und den Genuss von Drogen straffrei stellen wollen. Das ist nicht der Kurs, den wir gehen werden.

(Zustimmung bei der CDU)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Peters.

## **Ursula Peters** (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meines Beitrages erst einmal allen Bediensteten in den niedersächsischen Justizvollzugsanstalten meinen Respekt und meine Wertschätzung für die geleistete Arbeit aussprechen, mit der sie einen wichtigen Beitrag für die Resozialisierung der Gefangenen und für die Sicherheit in diesem Lande leisten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bevor ich auf den Haushalt an sich eingehe, möchte ich einige Ausführungen zur Situation des Justizvollzuges in Niedersachsen machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, schaut man sich die Situation des Justizvollzuges in Niedersachsen einmal rein statistisch an - insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern -, kann man feststellen, dass die Personalsituation sowohl je 100 Haftplätze als auch je 100 Gefangene im oberen Drittel aller Bundesländer anzusiedeln ist. Wir lassen damit vor allem Bundesländer wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg - also durchaus nicht die armen Bundesländer - weit hinter uns, die mit extrem hohen Belegungszahlen zu kämpfen haben. Auch das Land Hessen, dessen Belegungszahlen ungefähr vergleichbar mit den unseren sind, muss mit weitaus weniger Bediensteten auskommen.

Ich weiß natürlich, dass Statistiken allein die Situation nicht widerspiegeln und nicht allen Belangen gerecht werden können. Mir ist durchaus bewusst, dass die Situation im niedersächsischen Vollzug noch verbesserungsfähig ist. - Aber was ist nicht verbesserungsfähig? - Den möglichen Tendenzen hin zum reinen Verwahrvollzug, der in anderen Bundesländern tatsächlich praktiziert wird, erteilen wir eine klare Absage - CDU wie FDP.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir, CDU und FDP, haben in den letzten Jahren viel für den Justizvollzug erreicht. Ich denke hier an

den Runderlass des MF vom 19. Dezember 2006, in dem verfügt wurde, dass die Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter des allgemeinen Vollzugsdienstes nach erfolgreich absolvierter Ausbildung vom Einstellungsstopp ausgenommen wurde.

Ich denke auch an die für den mittleren und gehobenen Dienst zusammen 85 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten und an die weiteren 30 Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren in den gehobenen Dienst seit 2005. Mit den Beschlüssen zum Haushalt 2007 wurde damit fast vollständig den Eingaben des Verbandes der Niedersächsischen Strafvollzugsbediensteten bezüglich der Stellenhebungen gefolgt. Dies ist doch ein Zeichen konstruktiver und verlässlicher Zusammenarbeit.

## (Zustimmung bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe am 20. April 2007 in der JVA Meppen angekündigt, dass ich mich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008 im Sinne einer leistungsgerechteren Bezahlung vor allem nachdrücklich für die Anhebung der Besoldung in den unteren Besoldungsgruppen - mir schwebte dabei vor allem der Werkdienst vor - einsetzen werde.

Durch die Stellenobergrenzenverordnung wurden bereits im Vorfeld die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einordnung der Stellen geschaffen. Demnach müssen die Stellen im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst und die Stellen im Werkdienst tätiger Beamter und Beamtinnen nicht mehr zu 50 % dem Eingangsamt zugeordnet sein.

Tatsächliche Stellenverbesserungen sind aber nur über den Haushalt möglich, für den wir uns, wie bereits erwähnt, im Rahmen des finanziell Machbaren einsetzen wollten und nun auch eingesetzt haben. Das Ergebnis liegt nun vor. Wir haben zusätzliche 145 Stellenhebungen im mittleren Justizvollzugs- und Werkdienst über die politische Liste beschlossen. Das Volumen dieser Hebungen beträgt im Haushaltsplan 2008 390 000 Euro.

In ihrem Haushaltsantrag vom 10. Dezember fordert die SPD Vergleichbares. Allein, mir erschließt sich der Sinn dieses Antrages nicht. Wir haben bereits Ende November diese Hebungen beschlossen. Ihr Antrag kommt ein wenig spät. Haben Sie erst nach Lektüre unserer Beschlüsse bemerkt, dass Sie da etwas vergessen hatten?

Die Landesregierung und die sie tragende Koalition aus CDU und FDP haben gleich nach Regierungseintritt einen strikten Konsolidierungskurs begonnen, von dem auch die Beschäftigten des Landes betroffen sind. Wir sind uns bewusst, dass diese Einschnitte sehr schmerzhaft waren. Allein, sie waren unvermeidbar. Zwischenzeitlich konnten wir wieder moderat mit verbesserten Kinderkomponenten, Einmalzahlungen und Tarifsteigerungen die Beamten an der Erholung des Landeshaushalts teilnehmen lassen. Und ich bin froh darum.

Mit all diesen Beschlüssen haben wir einen Kompromiss zwischen der Konsolidierung des Landeshaushaltes und einer angemessenen Vergütung gesucht. Wir haben jedoch auch immer betont, dass es nicht einseitig werden darf. Die Beschlüsse zu den Stellenhebungen bestätigen, dass das nicht nur Geschwätz war, sondern Arbeit im wohlverstandenen Interesse für das Land, für seine Steuerzahler und für seine Bediensteten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So soll es in den nächsten Jahren weitergehen und nicht einseitig in die eine oder die andere Richtung.

Jetzt nur noch stichpunktartig: Auch die Verpflichtungsermächtigung für das PPP-Projekt JVA Bremervörde, die Mittel für das Modellprojekt zur Entwicklung landeseinheitlicher Maßstäbe für die Betreuung von Ehrenamtlichen in den sozialen Diensten, die fünf neuen Stellen für die um 22 Plätze erweiterte Sozialtherapie und Besuchsleistung in der Jugendanstalt Hameln. Das alles zeigt, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen der CDU und FDP den Justizvollzug als das nehmen, was er ist: als wesentlichen Baustein für die Sicherheit in unserem Lande.

(Beifall bei der FDP)

Für die Zukunft - da ich dem Landtag nicht mehr angehören werden - wünsche ich mir im Bereich des Justizvollzuges, dass die Fraktionen der CDU und FDP und die - wie ich hoffe - durch sie getragene Landesregierung das Projekt "Ambulante Hilfe" im Justizvollzug extrem weitertreiben. Ich bin der Meinung, dass es sowohl aus haushaltspolitischen als auch aus Resozialisierungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten eine wichtige Position ist, dass wir die ambulanten Dienste weiter verstärken, dass wir hiermit Plätze im Justizvollzug einsparen und Menschen vor der Haft verschonen

sowie zusätzlich auch dem Haushalt etwas Gutes tun.

Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit für meinen letzten Redebeitrag in diesem Plenum und wünsche den Adressaten *Ihrer* Arbeit, den Bürgern dieses Landes, dass Sie immer gute Beschlüsse in diesem Hause fassen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

## Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Meine Damen und Herren, jetzt hat Frau Justizministerin Heister-Neumann für die Landesregierung insgesamt das Wort

Für diesen Themenblock und den Block "Soziales" stehen noch 19 Minuten zur Verfügung. Das als kleine Information. Wie die verfassungsrechtliche Lage ist, ist ja allen bekannt. - Bitte schön, Frau Ministerin.

## Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin.

Vielen Dank, Herr Präsident, für diesen dezenten Hinweis. Ich werde mir Mühe geben, dass, was mir am Herzen liegt, trotzdem noch in kurzer Zeit herüberzubringen.

Es gibt ein altes chinesisches Sprichwort, das lautet: Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Windmühlen und die anderen bauen Mauern. - Diese Landesregierung hat sich entschieden, Windmühlen zu bauen. Ich bin davon überzeugt, dass wir, wenn wir nicht über die Zukunft nachdenken, keine haben werden.

Wir wollen die hohe Bedeutung der Justiz als eine der tragenden Säulen in unserem demokratischen Rechtsstaat dauerhaft sichern. Deshalb haben wir investiert, wir haben modernisiert, und wir haben grundlegende strukturelle Reformen dort angeschoben, wo wir keine alleinige Zuständigkeit zum Handeln haben.

Meine Damen und Herren, in den Bereichen, in denen wir als Land selbst entscheiden können, haben wir unsere sämtlichen Vorhaben umgesetzt. Die Justizministerinnen und Justizminister der Länder haben beispielsweise im Juni 2005 auf Initiative des Landes Niedersachsen die außergerichtliche Streitbeilegung ausdrücklich als großes justizpolitisches Ziel festgeschrieben. Niedersach-

sen leistet hierbei seit Jahren eine beispielhafte Arbeit und ist auch in diesem Jahr wieder Vorreiter in der Bundesrepublik.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben im April 2007 den Entwurf für ein niedersächsisches Mediationsgesetz eingebracht. Niedersachsen wird damit in der nächsten Legislaturperiode das erste Bundesland in der Bundesrepublik sein, das eine gesetzliche Regelung für die Mediation verabschieden und damit diese Form der Streitschlichtung nachhaltig stärken will.

Des Weiteren ist Niedersachsen im Bereich des Kampfes gegen die Korruption hervorragend aufgestellt. Wir haben in diesem Jahr ein flächendeckendes Netz von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung geschaffen. Dass das notwendig war, zeigen die Verfahren der vergangenen Wochen und Monate sehr deutlich.

Gerade im Bereich des Justizvollzuges haben wir besonders viel erreicht. Mit der Entwicklung des einheitlichen niedersächsischen Vollzugskonzeptes und des gestern beschlossenen ersten Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes haben wir die Voraussetzungen für einen modernen und vor allen Dingen auch sicheren Justizvollzug in Niedersachsen geschaffen, Herr Briese. Wenn in diesem Zusammenhang immer wieder von den Ersatzfreiheitsstrafen und den ambulanten Hilfen zur Vermeidung von Hafttagen gesprochen wird, möchte ich daran erinnern, dass gerade wir in Niedersachsen beispielhaft bei dem Programm "Schwitzen statt Sitzen" sind. In den dafür geeigneten Fällen - das sage ich ganz bewusst - sind dadurch Millionenbeträge eingespart worden. Sie sind bei Ersatzfreiheitsstrafen eingespart worden und nicht bei Strafen für Gewalttaten, die meines Erachtens wirklich nicht in die Ambulanz gehören.

#### (Beifall bei der CDU)

Mit dem Haushalt 2008 ist es uns mit Unterstützung der Regierungsfraktionen gelungen, die Realisierung des privaten Baus und des teilprivatisierten Betriebes einer Justizvollzugsanstalt in Bremervörde zur Stärkung des ländlichen Raums in Angriff zu nehmen. Hierzu haben wir in den Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von knapp 270 Millionen Euro eingestellt.

Notwendige Investitionen sind das eine. Das andere ist es, der hohen Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug Rechnung zu tragen. Deshalb haben wir seit dem Jahr 2005

Jahr für Jahr kontinuierlich zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im mittleren und gehobenen Dienst und darüber hinaus zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren in den gehobenen Dienst geschaffen. Mit diesem Haushaltsplan haben wir weitere Hebungen im gehobenen Justizvollzugsdienst geschaffen. Ich möchte in dem Zusammenhang wirklich noch einmal für die Unterstützung vonseiten der CDU und FDP danken. Wir haben damit etwas geschaffen, was der Vorgängerregierung in ihren 13 Jahren nicht geglückt ist. Wir haben nämlich die Stellenobergrenzenverordnung für den mittleren Justizdienst verändert. Dafür sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst besonders dankbar. Das zeigt, welche Bedeutung wir dieser Arbeit beimessen.

#### (Beifall bei der CDU)

Wir haben angesichts der in der Tat besonderen Belastung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften stets angemessen und zügig reagiert. Das geschieht auch durch den Justizhaushalt 2008. Hier schaffen wir mit zusätzlichen Mitteln in einer Größenordnung von 1 Million Euro zusätzliche Richterstellen, Stellen für Staatsanwälte und Stellen für Amtsanwälte.

Außerdem verstärken wir die Führungsaufsicht, um eine besonders engmaschige Betreuung von Sexualstraftätern zu gewährleisten. Das ist mir sehr wichtig. Wir setzen also die kontinuierliche und angemessene personelle Verstärkung der Justiz fort. Ich möchte an dieser Stelle wirklich daran erinnern, dass wir bereits in diesem Jahr zusätzliche Stellen für Strafrichter und Staatsanwälte geschaffen haben. Hinzukommen die insgesamt 76 neuen Stellen für die Sozialgerichte in den Jahren 2006 und 2007.

Gerade diese aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung notwendig gewordene personelle Aufstockung der Sozialgerichte zeigt deutlich, dass wir mit unserer Forderung nach grundlegenden und strukturellen Veränderungen der Justiz, beispielsweise mit der Zusammenlegung der öffentlichrechtlichen Gerichtsbarkeiten, auf dem richtigen Weg sind. Nur dann können wir die personellen Ressourcen genau da einsetzen, wo sie tatsächlich auch benötigt werden. Im Augenblick sind wir darauf angewiesen, dass sich Richter freiwillig dorthin abordnen lassen, wo die Arbeitsbelastung in der Tat sehr hoch ist. Gegen den Willen der Richter ist dies nicht möglich, auch dann nicht, wenn die Verfahrenszahlen in dem eigenen Ar-

beitsfeld nachhaltig und nachweisbar heruntergehen. Das kann nicht richtig sein.

Ich gebe zu: Der Weg, die Justiz für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen, ist manchmal steinig. - Herr Professor Dr. Dr. Zielke, ich danke Ihnen sehr für die Beschreibung dieses Weges. Sie haben mir aus der Seele gesprochen. Ich kann Ihnen aber wirklich versichern, das wird mich nicht davon abhalten, diesen Weg Stück für Stück beharrlich weiterzubeschreiten.

Wir sind auf diesem Weg schon ein gutes Stück vorangekommen. Die Bundesregierung hat im Jahr 2005 unser Konzept zur großen Justizreform in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Das heißt nicht anderes, als dass jetzt die Aufforderung an den Bund zu richten ist, die eigene Koalitionsvereinbarung bitte schön umzusetzen.

Letztlich haben sich am 1. November 2007 noch einmal 11 von insgesamt 16 Justizministerinnen und Justizminister der Länder für die Förderung grundlegender struktureller Veränderungen in der Justiz ausgesprochen. Es sind allesamt die verantwortlichen Ressortminister für diesen Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wege, die in die Zukunft führen, werden erst dadurch Wege, dass man sie geht. Auf diesem Weg liegen weitere Projekte für die kommende erfolgreiche Legislaturperiode dieser Landesregierung.

Ich möchte an dieser Stelle nur zwei Beispiele nennen: Wir wollen die richterliche Mitbestimmung reformieren. Wir werden außerdem die Bewährungshilfe, die Führungsaufsicht und die Gerichtshilfe zu einem einheitlichen und leistungsstarken Justizsozialdienst zusammenfassen. Wir werden das Projekt in Bremervörde realisieren. Wir werden weiterhin die Einrichtung bürgerfreundlicher Justizzentren forcieren.

Meine Damen und Herren, wir haben einen klaren Kompass und machen unsere Justiz fit für die Zukunft. Die Zukunft gehört denjenigen, die in der Gegenwart realitätsbezogen handeln. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, der Bereich Justiz ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zum Bereich

## Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

## **Uwe Schwarz** (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allen Gegensätzen richte ich zu Beginn meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums. Auch in diesem Jahr haben wir die erbetenen Unterlagen im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr prompt bekommen. Traditionell gehört auch eine gute Arbeitsmappe dazu. Das ist so nicht überall üblich. Dafür meinen herzlichen Dank. Ich hoffe, das wird auch in den nächsten Jahren so sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wissen, soziale Gerechtigkeit und Solidarität zwischen Starken und Schwachen sind nicht nur eine moralische Verpflichtung. Vielmehr haben sie den sozialen Frieden in unserem Land seit Jahrzehnten maßgeblich geprägt und gesichert. Wir werden alles daransetzen, dass das auch so bleibt, meine Damen und Herren. Für Herrn Wulff & Co. hingegen war die Sozialpolitik viereinhalb Jahre lang die Spardose des Landes oder, wie Herr Jüttner gestern gesagt hat, die Abbruchstelle: Privatisierung der Landeskrankenhäuser, Zerschlagung des Landesjugendamtes, Streichung des Pflegewohngeldes, Abschaffung des Landesblindengeldes, Nullrunden in der Behindertenhilfe all dies ist nicht vergessen. Wir werden auch dafür sorgen, dass es nicht vergessen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es soll niemand glauben, dass sich der Ministerpräsident inhaltlich bei dieser Politik geändert hat. Wir stellen lediglich fest, dass er aus wahltaktischen Gründen seit einigen Monaten weichgespült durch die Sozialpolitik geht. Spätestens nach dem 27. Januar gäbe es dann wieder den alten Wulff. Unsere Aufgabe ist es, dies zu verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen das belegen. Ein Blick in den Sozialhaushalt bestätigt: Während seit einigen Monaten die Landesregierung in allen anderen Ressorts mit dem Geld nur so um sich schmeißt, bekam der Sozialhaushalt beim Nachtragsetat 2007 keinen einzigen Euro ab.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Das ist doch typisch!)

Von der globalen Minderausgabe im Gesamthaushalt in Höhe von 88 Millionen Euro muss allein der Sozialetat 33 % erwirtschaften, d. h. den von Ihnen vollmundig gefeierten Wahlgeschenken im Sozialbereich in Höhe von 800 000 Euro steht im gleichen Etat eine globale Kürzung in Höhe von 29 Millionen Euro gegenüber. Das, meine Damen und Herren, ist der plumpe Versuch einer dreisten Täuschung der Öffentlichkeit.

## (Beifall bei der SPD)

Auf diese Art und Weise haben Sie 2006 im Sozialbereich 37,5 Millionen Euro rückwirkend gestrichen, 2007 werden es 30 Millionen Euro sein. Ich will Ihnen nur sagen, wo Sie 2006 still und heimlich mit rückwirkenden Kürzungen zugeschlagen haben: 2 Millionen Euro in der Sozialhilfe, 6 Millionen Euro in der Jugendhilfe, 14 Millionen Euro im Wohnungsbau und 12 Millionen Euro bei Blindenhilfe und Blindenfonds. Wenn wir die Sozialministerin bitten würden, uns das einmal zu erklären, würde sie sich vermutlich wieder in Ahnungslosigkeit wähnen, meine Damen und Herren. Diese Politik der sozialen Kälte gilt es in Niedersachsen endlich zu beenden.

#### (Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass partnerschaftliche Sozialpolitik keine Worthülse mehr bleibt. Zwei Krisengipfel der Wohlfahrtsverbände gegen diese Landesregierung sind genug. Wer bei Wohlfahrtsverbänden erst 25 % der Mittel kürzt, um sich dann vor der Wahl für 5 % Nachschlag feiern zu lassen, ist schlicht und einfach unredlich und ein politischer Scharlatan zugleich.

#### (Beifall bei der SPD)

Gemeinsam mit den Partnern der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen muss es in der nächsten Legislaturperiode Aufgabe sein, das soziale Niedersachsen wieder weiter nach vorne zu entwickeln. Wir freuen uns auf diese Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

1,2 Millionen Niedersachsen - das ist jeder Siebte, vor allem aber jedes vierte Kind - gelten in Niedersachsen nach den WHO-Kriterien zwischenzeitlich als arm. Arm zu sein heißt nicht nur, weniger Geld zu haben, sondern auch von Lebens-, Bildungsund Gesundheitschancen teilweise ausgeschlossen zu sein. Armut hat allerdings darüber hinaus in Niedersachsen zusehends ein Kindergesicht - eine Situation und Ausgangslage, die wir auf keinen Fall akzeptieren wollen.

## (Beifall bei der SPD)

Wir wollen in eigener Verantwortung endlich den von Ihnen fünf Jahre lang strikt verweigerten Armutsbericht. Wir wollen diesen regelmäßig vorlegen, um ihn dann mit der Armutskonferenz zu beraten, und dann Lösungsmöglichkeiten suchen. Wir wollen eine eigene Kinderbemessung bei den Regelsätzen und keine Anlehnung an die der Erwachsenen. Dazu ist eine Bundesratsinitiative notwendig. Wir wollen ferner einen Sozialfonds in Höhe von 6 Millionen Euro, mit dem unbürokratisch für finanzschwache Elternhäuser das Essen in der Schule, die Lernmittel und die Schülerbeförderung gesichert werden können.

## (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, als wir dies am 13. September im Parlament beantragt haben, hat der Kultusminister - ich formuliere das einmal so in meine Richtung erheblich herumgepöbelt. Er hat nicht nur darauf hingewiesen, dass er über diesen Sachverhalt keinerlei Daten zur Verfügung habe. Er hat mir gleichzeitig vorgeworfen, ich leide an Amnesie und Wahrnehmungsstörungen und könne ja wohl nicht den Eindruck vermitteln, als hätten wir in diesem Land Heerscharen von hungernden Kindern in der Schule.

Zwei Monate später stellt dieser Kultusminister in einer Pressemitteilung seines Hauses fest: In Niedersachsen gibt es zurzeit *allein* an Ganztagsschulen 32 000 betroffene Schülerinnen und Schüler. Meine Damen und Herren, ich finde, Herr Busemann, Sie sollten sich für die Angriffe, die Sie vorher gefahren haben, entschuldigen.

## (Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun hat Herr McAllister hier gestern gesagt, Sie nähmen Kinderarmut sehr ernst. Ich will Ihnen einmal sagen, was Ihr 3-Millionen-Euro-Fonds bedeutet. Herr Busemann stellt in seiner Pressemitteilung fest, dass das Essen in Ganztagsschulen - - - Wir reden nicht von Gymnasien, in denen auch eine Essensspeisung gegeben wird und nachmittags Kursangebote vorhanden sind. Die kommunalen Spitzenverbände reden im Übrigen nicht von 32 000, sondern von 90 000 betroffenen Kindern; aber ich unterstelle einmal, Ihre Zahlen wären die absolute Obergrenze. Sie stellen in Ihrer eigenen Pressemitteilung fest: Das Essen kostet 2,50 Euro. Davon werden aus dem Warenkorb der Sozialhilfe 1.03 Euro finanziert. Damit bleibt für die betroffenen Eltern und ihre Kinder eine Finanzierungslücke von 1,47 Euro. Wenn Sie Ihre 3 Millionen Euro auf 32 000 Kinder herunterbrechen, dann sind das 35 Cent pro Kind. Es bleibt dann immer noch eine Lücke von 1,12 Euro. Meine Damen und Herren, Kinderarmut und dieses Problem ernster zu nehmen - das sieht wirklich anders aus!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich füge in aller Sachlichkeit, aber auch Deutlichkeit hinzu: Eine Regierung, die Lernmittelfreiheit und Hausaufgabenhilfe abgeschafft hat, hat für diesen Personenkreis maßgeblich zur Steigerung der Kinderarmut beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon dabei sind: 1,4 Millionen Menschen arbeiten zwischenzeitlich in Vollzeit - diese Zahl hat sich in den letzten Monaten fast verdoppelt - und brauchen ergänzende Sozialhilfeleistungen. Das ist erniedrigend und entwürdigend für diese Menschen. Dies bedeutet in der Folge aber auch niedrigere Renten und vorprogrammierte Altersarmut.

(Norbert Böhlke [CDU]: Gilt das eigentlich nur für Niedersachsen?)

- Weil das eben nicht nur für Niedersachsen gilt, fordere ich Sie auf, Ihren Kampf gegen Mindestlöhne endlich aufzugeben, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Weitere Zurufe von Norbert Böhlke [CDU] und Ulf Thiele [CDU])

- Das will ich Ihnen sagen: Es gibt keine menschliche Arbeit, Herr Thiele, die so wenig Wert ist, dass sie unter Sozialhilfeniveau bezahlt werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die Lohndumpingspirale nach unten als Wettbewerb verstehen, dann sind Sie auf dem Weg in frühkapitalistische Züge, aber voll gegen die Interessen dieser Menschen, meine Damen und Herren. Das werden wir bis zur letzten Minute bekämpfen, und diesen Kampf werden wir gewinnen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, was es gibt: Es gibt Spitzengehälter, die jenseits jeder Anstandsgrenze liegen.

(Ulf Thiele [CDU]: Ja, das stimmt!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Einbindung der aktiven Älteren auf allen gesellschaftlichen Ebenen und flächendeckende Seniorenvertretungen. Für uns ist darüber hinaus nicht zu akzeptieren, dass Ältere bei Banken, bei Versicherungen und im Gesundheitswesen, vor allem aber im Arbeitsleben diskriminiert werden. Deshalb wollen die Sozialdemokraten ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung in Höhe von 1,4 Millionen Euro ab 2008.

Meine Damen und Herren, der Landespflegebericht dieser Regierung sagt einen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Niedersachsen von 220 000 auf 263 000 in den nächsten zehn Jahren voraus. Diese Regierung reagiert seit zwei Jahren auf ihren eigenen Bericht nicht, und sie provoziert durch ihre Untätigkeit einen drohenden Pflegenotstand. Die gesamten Landesmittel für Pflegewohngeld wurden 2005 gestrichen. CDU und FDP haben damit mindestens 12 000 Pflegebedürftige zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt. Pflegebedürftige werden in einigen Landkreisen aus Kostengründen nunmehr in Mehrbettzimmern untergebracht. Eine solche Politik führt dazu, dass den Menschen im letzten Lebensabschnitt jede Privat- und Intimsphäre genommen wird. Das lehnen wir entschieden ab!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist vor Kurzem darauf hingewiesen worden: Niedersachsen ist zwischenzeitlich bundesweites Schlusslicht in der Altenpflege. Das macht übrigens deutlich, dass allein das C im Namen noch keine Politik menschlicher Wärme und Nächstenliebe garantiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen weg von zeitgetakteter Pflege, bei der menschliche Zuwendung auf der Strecke bleibt. Wir begrüßen den Kompromiss der Großen Koalition zur Reform der Pflegeversicherung. Jede und jeder, die oder der schon einmal mit dem plötzlichen Eintritt eines Pflegefalles konfrontiert worden ist, kennt die Hilflosigkeit in dieser Situation. Die geplante Einrichtung von trägerunabhängigen Pflegestützpunkten für schnelle Hilfe und Beratung ist deshalb nach unserer Überzeugung der richtige Weg. Dass die CDU auf Bundesebene an dieser Stelle den Kompromiss gerade wieder aufkündigt und die Einführung eines Pflegeurlaubs für Angehörige blockiert, ist im Interesse der Betroffenen völlig unakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unverständlich ist mir auch, wieso die Sozialministerin dieses Landes gerade im aktuellen Haushalt ihre Mittel für Demenzkranke um eine halbe Million Euro kürzt. Gerade in diesem Bereich, bei dem wir uns seit Jahren einig sind, dass die Pflegeversicherung verstärkt werden muss, kürzt diese Landesregierung 500 000 Euro.

(Heidemarie Mundlos [CDU]: Das haben Sie nicht verstanden, Herr Schwarz!)

- Sie haben den eigenen Haushalt wohl nicht gelesen. - Auch an dieser Stelle klaffen Handeln und Reden wieder einmal meilenweit auseinander.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

- Ich habe das schon verstanden. Da stehen minus 500 000 Euro. Sie können reden, was Sie wollen. Ich kann es Ihnen zeigen. Wenn Sie das bei den Haushaltsberatungen nicht merken, ist das nicht mein Problem.

Wir wollen das bisherige Heimgesetz durch ein Landespflegegesetzbuch ablösen, in dem alle Landesregelungen zusammengefasst werden. Die SPD will darin neue Pflegeformen, eine Stärkung von betreutem Wohnen, Wohngemeinschaften und Servicehäuser ebenso absichern wie die Fachkräftequote und das Selbstbestimmungsrecht.

Meine Damen und Herren, qualifizierte Pflege kostet Geld, und sie benötigt vor allem ausreichend und gut ausgebildete Fachkräfte. Wenn der drohende Pflegekollaps in Niedersachsen noch ver-

hindert werden soll, muss die Altenpflegeausbildung schnellstens modernisiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt der von Fachleuten unbestritten als notwendig bezeichneten 2 000 Pflegeschülerinnen und Pflegeschüler wurden in den vergangenen Jahren nur noch 1 600 ausgebildet. Die ambulanten und die meisten privaten Einrichtungen entziehen sich ihrer Ausbildungsverpflichtung. Die SPD fordert deshalb, wie in Rheinland-Pfalz die Umlagefinanzierung der Altenpflegeausbildung unverzüglich wiedereinzuführen. Es kann nicht sein, dass Betriebe auch noch dafür belohnt werden und Wettbewerbsvorteile haben, wenn sie sich ihrer Ausbildungsverpflichtung entziehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch eines: Angesichts des völlig unbestritten dringend notwendigen Nachwuchses ist es unmöglich, dass zwei Drittel der Altenpflegeschülerinnen und -schüler in Niedersachsen noch das Schulgeld mitbringen und selber 180 Euro auf den Tisch legen müssen. Dies werden wir ändern!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wissen, dass der Beruf der Altenpflege ein hohes Einfühlungsvermögen, Sozialkompetenz und Nächstenliebe erfordert und darüber hinaus ein sowohl körperlich als auch psychisch ausgesprochen schwerer Beruf ist.

## (Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Deshalb muss diese Tätigkeit endlich angemessen bezahlt werden. Ich sage Ihnen auch an dieser Stelle: Das Thema Mindestlohn, das Sie und insbesondere die FDP so nachhaltig bekämpfen, ist in der Pflege ein ernsthaftes Thema, lange überfällig. Wir müssen die Flucht aus Tarifverträgen und den Marsch in die Billigpflege endlich stoppen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Familienpolitik ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Darin stimmen sicherlich wir alle überein. Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe und auf selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz. Dies verpflichtet Land, Kom-

munen, Verbände und Wirtschaft gleichermaßen, endlich familiengerechte Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Sie haben die Frauenbeauftragten in Niedersachsen weitgehend abgeschafft. Mit der vorgelegten Änderung des Gleichstellungsgesetzes wird Ihre Frauenpolitik auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert. Frauenförderpläne werden im Entwurf konsequent gleich mit gestrichen.

Mit der Verabschiedung der sogenannten Herdprämie

(Reinhold Coenen [CDU]: Unverschämt!)

oder des Betreuungsgeldes auf dem CDU-Parteitag ist die CDU in der Gleichberechtigungs- und Familienpolitik ohnehin wieder in der Adenauer-Ära angekommen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will noch einen Satz zu Ihrem Betreuungsgeld sagen. Wir reden darüber, wie wichtig es ist, dass gerade Kinder aus bildungsfernen Familien möglichst früh Kinderbetreuung erfahren. Was Sie mit dem Betreuungsgeld machen, führt in Thüringen nachweislich dazu, dass exakt die Kinder, die es am nötigsten haben, von ihren Eltern abgemeldet werden, damit sie das Betreuungsgeld zu Hause einstecken können. Das ist ein wirksames Mittel nicht für, sondern gegen Kinderschutz! Allein deshalb sollten Sie die Finger davon lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In dieses Bild passt übrigens auch der Umgang mit dem vor zwei Jahren hier einstimmig beschlossenen - ich wiederhole: einstimmig beschlossenen - Antrag zur Stärkung der aktiven Vaterrolle. Die Regierung denkt gar nicht daran, diesen Antrag umzusetzen. Ich frage mich: Was ist das eigentlich für eine Selbstherrlichkeit und für ein Umgang mit diesem Parlament?

Frau Ministerin, es kann doch nicht sein, dass bei Ihnen Parlamentsbeschlüsse die Wirkung von Lottoscheinen haben: Der Landtag hat Glück, wenn seine Beschlüsse durch Ihr Ministerium gezogen werden. Ich finde, dies ist völlig unangemessen. Sie haben diesem Parlamentsbeschluss übrigens zugestimmt und sorgen jetzt dafür, dass er nicht

umgesetzt werden kann. Das ist nur noch skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Was wir vor allem brauchen, ist ein Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für Frauen, um sicherzustellen, dass endlich auch qualifizierten Frauen tatsächlich Führungsfunktionen übertragen werden, ohne dass sie auf die Familie verzichten müssen. Das gilt sowohl für den öffentlichen Dienst als auch für die Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren, der Niedersächsische Landtag hatte das Jahr 2006 einstimmig zum Jahr der Jugend erklärt. Der Ministerpräsident kommt auf vielen Veranstaltungen gar nicht über das Schwärmen über seine Jugendpolitik hinweg. Zum krönenden Abschluss des Jahres der Jugend hat diese Regierung dann das Landesjugendamt und den Landesjugendhilfeausschuss aufgelöst.

Der Landesjugendring hat der Landesregierung vor wenigen Tagen in einem Schaubild den Spiegel ihrer Jugendpolitik der vergangenen fünf Jahre vorgehalten. Das macht deutlich: Sie haben die Mittel für Jugendliche in Niedersachsen in dieser Legislaturperiode um fast 4 Millionen Euro gekürzt. Allein für die Träger der Jugendhilfe wurden die Mittel um 75 % gekürzt. Die Mittel für den Kinderund Jugendplan in Höhe von 2,6 Millionen Euro, die wir jetzt dringend bräuchten, um mit früher Intervention in Krisenbereichen zu helfen, haben Sie komplett gestrichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es fehlt an einem ganzheitlichen Konzept für die Jugendpolitik. Überörtliche Jugendhilfe findet in Niedersachsen nach Aussage aller Fachleute überhaupt nicht mehr statt. Meine Damen und Herren, wir werden dafür zu sorgen haben, dass die Einheit der Jugendhilfe in Niedersachsen wiederhergestellt wird und dass vor allem die Arbeit des Landesjugendhilfeausschusses auf einer gesicherten Rechtsgrundlage geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Aidserkrankungen steigt wieder an. Die Sorglosigkeit gegenüber Aidsinfektionen hat deutlich zugenommen. Deshalb ist es wichtig, gerade junge Menschen verstärkt über den Virus aufzuklären. Die SPD-Fraktion beantragt mit ihrem Haushaltsantrag erneut die Aufstockung der Mittel

auf 1,5 Millionen Euro, um sie schwerpunktmäßig für die Verstärkung der Aufklärungsarbeit in Schulen und bei Jugendlichen einzusetzen. Nicht nachvollziehen können wir, weshalb die Landesregierung die Mittel bei den Aidshilfen seit Beginn ihrer Amtszeit um über 500 000 Euro reduziert hat.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber beim Aidstag hingehen und dicke Backen machen!)

In der Behindertenhilfe steht seit geraumer Zeit fest, dass es einen stetig steigenden Bedarf an Ausbildungs- und Förderangeboten gibt. Das gegenwärtige Leistungs- und Vergütungssystem ist nicht mehr in der Lage, den Herausforderungen gerecht zu werden. Anstatt die Probleme entschieden anzupacken, hat die CDU/FDP-Koalition vier Jahre hintereinander den Einrichtungen der Behindertenhilfe die Übernahme der jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert. Das entspricht einer faktischen Kürzung von mehr als 40 Millionen Euro.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wie haben Sie das eigentlich damals gemacht?)

- So nicht, Herr Kollege.

(Zuruf von der CDU: Doch, genau so!)

- Ich finde das ja gut. Das ist die Stelle, an der Sie sich immer erwischt fühlen, und zwar zu Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Folgen sind Personalabbau, Qualitätsverlust, die Flucht aus Tarifverträgen und vor allem weniger Zeit für die Zuwendung gerade für Schwerstund Mehrfachbehinderte. Es bleibt auch unvergessen, wie diese Regierung durch die Streichung des Blindengeldes blinde Menschen zu Almosenempfängern machen wollte und wie sie erst nach jahrelangem massivem Druck der Behinderten als letztes Bundesland und im Übrigen sehr widerwillig kurz vor Toresschluss ein Behindertengleichstellungsgesetz beschlossen hat. Das war mehr die Angst vor der Landtagswahl als aus innerer Überzeugung, meine Damen und Herren.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

- Das, was jetzt kommt, ist auch unglaublich.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie hetzen hier herum, das ist unglaublich!)

In dieses Verhalten passt auch Ihre aktuelle Nummer bei der Frühförderung von mit Behinderung bedrohter Kinder. Ohne Not hat die Landesregierung ihre neutrale Vermittlungsrolle aufgegeben und sich einseitig auf die Seite der Kostenträger geschlagen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Das ist nicht meine Formulierung, was jetzt kommt. - Denn nach Aussagen der Paritäten in Niedersachsen bedeutet das für über 8 000 betroffene Kinder drastische Kürzungen, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen: Behinderte Menschen in diesem Land brauchen eine Regierung, in der sie im Zweifel nicht als finanzielle Kürzungsmasse des Finanzministers dienen, sondern eine Regierung, die ihre gleichberechtigte Teilhabe endlich wieder ernst nimmt. Sie tun das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Wir brauchen in diesem Land keine Behindertenhilfe nach Kassenlage der jeweiligen Kommune. Deshalb lehnen wir Ihre stille Vorbereitung der Kommunalisierung der Behindertenhilfe entschieden ab.

Meine Damen und Herren, zurzeit schockieren immer neue Fälle von Kindesverwahrlosung die Öffentlichkeit. Darüber werden wir morgen intensiv debattieren. Heute nur so viel: Die SPD will, dass endlich jede staatliche Ebene in Niedersachsen in ihrem Zuständigkeitsbereich alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Kindeswohls ausschöpft. Diese Landesregierung ist beim Thema Kinderschutz leider nur Vorreiterin bei Presseerklärungen. Ansonsten reduzieren Sie Ihre Aktivitäten seit zwei Jahren auf reine Symbolpolitik.

(Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Alles Quatsch!)

- Nein, das ist leider kein Quatsch. Ich kann sie Ihnen alle zeigen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Doch, das ist Unsinn! Das ist eine reine Wahlkampfrede, die Sie hier halten!)

Es werden Hochglanzbroschüren herausgegeben, wobei sich Ihre Initiative darauf beschränkt, dass die Ministerin das Vorwort schreibt, und das ist es. Zweieinhalb Jahre haben Sie alle parlamentarischen Initiativen der Opposition im Ausschuss auf Eis gelegt, um sie dann morgen abzulehnen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Weil es Unsinn war!)

- Wenn es Unsinn gewesen wäre, dann hätten Sie doch wenigstens die zweieinhalb Jahre genutzt, auch nur einen einzigen Alternativvorschlag in das Parlament einzubringen! Dann wären Sie glaubwürdig gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sind noch nicht einmal in der Lage gewesen, das von Ihnen versprochene 24-Stunden-Notruftelefon - das ist im vorigen Jahr vollmundig verkündet worden - in Ihrem Ministerium zu schalten. Es ist desaströs, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Norbert Böhlke [CDU]: Sie wissen doch ganz genau, mit welchen technischen Problemen das zusammenhängt!)

- Das werden wir morgen intensiv ausdiskutieren. Wir haben eine 20-Millionen-Euro-Alternative unter der Überschrift "Kinder schützen - Kinder fördern" vorgelegt.

Bei dieser Gelegenheit will ich Ihnen eines nicht ersparen, weil das die Krönung ist: Die SPD-Regierung hatte damit begonnen, Versorgungsstrukturen für schwerstkranke Kinder und deren Eltern in Niedersachsen aufzubauen.

(Glocke der Präsidentin)

Als Sie die Regierung übernommen haben, Frau Ministerin, standen dafür 1,6 Millionen Euro im Haushalt. Jetzt sind es noch 437 000 Euro. Mit dem jetzigen Haushalt kürzen Sie die Mittel erneut um 50 000 Euro. Das halte ich für ungeheuerlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Register Ihrer sozialpolitischen Tätigkeiten im Negativen ließe sich zwischenzeitlich fast unendlich fortsetzen. Die jetzige Regierung und der jetzige Ministerpräsident haben jedenfalls nachhaltig bewiesen, dass sie nicht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität stehen. Niedersachsen ist im letzten Jahr 60 Jahre alt geworden und davon mehr als 40 Jahre erfolgreich

von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert worden.

(Beifall bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

Wir wollen das im nächsten Jahr fortsetzen, meine Damen und Herren, damit diese unsoziale Politik beendet wird und auch in Niedersachsen wieder Gerechtigkeit einkehren kann. - Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke, Herr Schwarz. - Für die CDU-Fraktion hat sich jetzt Herr Böhlke zu Wort gemeldet.

## Norbert Böhlke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Details des Einzelplans 05 für den Bereich Soziales eingehe, möchte ich gern einige Dinge vorweg sagen.

Ich bin erschüttert, wie sich ein Mitglied des Schattenkabinetts von Herrn Jüttner in einer parlamentarischen Auseinandersetzung so destruktiv verhalten kann, wie wir es gerade erlebt haben.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Fehlinterpretationen, Unwahrheiten, bewusstes Unterstellen von Behauptungen, die man überhaupt nicht belegen kann - es ist unglaublich.

(Zurufe von der SPD)

Ich will das an mehreren Beispielen deutlich machen. Zum Thema Frühförderung von Kindern mit Behinderung, meine Damen und Herren: Eine umfassende, ausführliche Information des Ministeriums hinsichtlich der Moderatorenrolle ist im Ausschuss gegeben worden. Die Sozialdemokraten waren gar nicht mehr da, sie sind vorher ausgezogen. Sie haben sich nicht informieren lassen, wissen aber alles besser und behaupten das Gegenteil von dem, was wir als Ausschuss entgegengenommen haben.

Herr Schwarz, es ist erschütternd und geradezu arrogant, wie Sie sich mit dem Thema Betreuungsgeld auseinandersetzen. Wie Sie die Herdprämie als Thema in die politische Diskussion einbringen, ist unglaublich, wenn man bedenkt, dass es darum geht, die Tätigkeit, die Erziehungsaufgaben, die Zeit sowie das Investment der Frauen und Mütter für ihre Kinder auch finanziell zu unterstützen. Dies ist eine ganz hervorragende Leistung. Wir werden uns an diesen Leistungen der Mütter, der Frauen und auch der alleinerziehenden Väter messen lassen. Davon können Sie ganz bestimmt ausgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Böhlke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Helmhold?

## Norbert Böhlke (CDU):

Nein, ich möchte jetzt in meinem Text weitermachen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wie schade!)

Ich möchte deutlich machen, meine Damen und Herren: Wer, wie die Sozialdemokraten, 13 Jahre lang die niedersächsische Sozialpolitik bis zum Regierungswechsel zu verantworten hatte, der hat seinen Ruf als solider, glaubwürdiger Kritiker mit der heutigen Rede, Herr Schwarz, eindeutig verwirkt.

(Zustimmung bei der CDU)

Klar und deutlich ist: Wer sich als Schattenminister mit diesen Dingen, mit den Versprechungen, die kaum zu finanzieren sind, darstellt, hat eine Aussage getätigt, die niemand glaubt. Die glaubt höchstens jemand, der davon ausgeht, dass ein Zitronenfalter Zitronen faltet.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Einzelplan 05 führen wir zu Beginn der neuen Legislaturperiode unsere konsequente Sozialpolitik fort. Damit bestätigen wir erneut, dass ein soziales Niedersachsen nicht im Widerspruch zu den Konsolidierungszwängen und dem Sparwillen steht, die unumgänglich und notwendig sind.

(Zustimmung von Gesine Meißner [FDP])

Vielmehr gestalten wir soziale Politik für die Menschen jetzt und heute und sorgen gleichzeitig dafür, dass unsere Kinder und Enkel durch einen

soliden Haushalt auch morgen und übermorgen in der Lage sein werden, soziale Politik flexibel und aktiv zu gestalten. Das unterscheidet uns in den Grundpositionen zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten.

Ich möchte das noch deutlicher machen, meine Damen und Herren: Ihr letzter zu verantwortender Haushalt im Sozialbereich 2002 hatte Leistungen in Höhe von 46,4 Millionen Euro als freiwillige Leistungen beinhaltet. Dieser uns vorliegende Haushaltsentwurf weist freiwillige Leistungen in Höhe von 69,1 Millionen Euro aus. Das sind 22,7 Millionen Euro mehr. Das heißt, unsere freiwilligen Leistungen sind im Vergleich zu Ihrem letzten zu verantwortenden Haushalt 50 % höher. Sich dann hier hinzustellen und eine solche Rede zu halten, ist schlichtweg unglaubwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In vielen Bereichen können wir dank unserer soliden Finanzpolitik zusätzliche Akzente setzen, die den Menschen in Niedersachsen unmittelbar zugute kommen. Darüber möchte ich einen kurzen Überblick geben, meine Damen und Herren:

Beginnen möchte ich mit der Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände. Seit 2003 haben wir unsere gute Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrt vertieft und die Arbeit der Verbände auf vielen Ebenen gefördert. Die Freie Wohlfahrtspflege prägt entscheidend das Gesicht des sozialen Niedersachsens. Ab dem nächsten Jahr kann sie aus den Mitteln der Konzessionsabgabe 20 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt bekommen. Das sind 2 Millionen Euro mehr als noch in diesem Jahr. Das, meine Damen und Herren, nenne ich im Gegensatz zu dem, was Herr Schwarz gesagt hat, eine sehr konstruktive Unterstützung für die Verbände der freien Wohlfahrt.

(Zustimmung bei der CDU - Christa Elsner-Solar [SPD]: Hauptsache, sie merken es!)

Das Selbstverständnis von Menschen mit Behinderungen und die Grundlagen der Behindertenpolitik haben sich in den vergangenen Jahren wesentlich geändert. Menschen mit Behinderungen wollen in gleicher Weise wie Menschen ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, nicht auf die Fürsorge der Gesellschaft angewiesen sein und ihre Rechte auf Mitsprache und Mitbestimmung gleichberechtigt nutzen. Wir haben uns er-

folgreich dafür eingesetzt, alle Lebensbereiche so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft ohne besondere Erschwernisse die gleichen Chancen zur Teilhabe haben.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Bisher nur in Buchstaben!)

Einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung dieser Rechte sind wir mit dem Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen gegangen. Dieses Gesetz stellt sicher, dass in Niedersachsen die Barrierefreiheit auf allen Ebenen der Gesellschaft verwirklicht wird. Wir sichern die Umsetzung dieses Gesetzes auf kommunaler Ebene, wie angekündigt, mit 1,5 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren, Sie haben es bis zum Jahre 2003 trotz 13-jähriger Regierungsverantwortung nicht geschafft, ein solches Behindertengleichstellungsgesetz auf die Reihe zu bekommen. Dieses Gesetz ist eine großartige Leistung und wird von Ihnen im letzten Moment mitgetragen, indem Sie erst hier im Plenum Ihre Zustimmung signalisiert haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Menschen mit Behinderungen werden ab dem 1. Januar 2008 mit dem flächendeckenden persönlichen Budget neue Möglichkeiten haben, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben. Die Umsetzung dieses Anspruchs wird sowohl die Leistungsempfänger als auch die Leistungsberechtigten vor neue Herausforderungen stellen. Die Mehraufwendungen werden wir im Quotalen System mit ca. 35 Millionen Euro berücksichtigen.

Darüber hinaus werden im Haushalt Mehraufwendungen in Höhe von 21 Millionen Euro eingeplant, um die mit den Verbänden ausgehandelte Anpassung der Leistungsvergütung zu sichern. Insgesamt steigern wir den Gesamtansatz für das Quotale System auf 56 Millionen Euro, d. h. um mehr als 4 %.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Niedersachsen erhöht sich, bedingt durch den demografischen Wandel. Pflegebedürftige Menschen müssen daher in unserer Gesellschaft ein besonderes Maß an Fürsorge bekommen. Die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen haben wir bereits ständig verbessert. Insbesondere den Be-

reich der Qualitätssicherung haben wir deutlich effizienter ausgestaltet. Auch im nächsten Jahr lautet unser Ziel: Daheim statt im Heim. - Daher erhöhen wir den Mittelansatz in diesem Bereich um 4,5 Millionen Euro auf nunmehr 44,9 Millionen Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns bereits in den letzten Jahren dafür eingesetzt, schwerstkranken Menschen die notwendige Zuwendung zukommen zu lassen, auch in ihrer letzten Lebensphase. Sowohl die palliativmedizinischen Strukturen als auch die Hospizarbeit konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich ausbauen.

Eine Schlüsselstellung in unserem Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Palliativversorgung in Niedersachsen nehmen wir nach wie vor in den flächendeckend eingerichteten Palliativstützpunkten ein. Zu deren Angeboten zählt neben der wohnortnahen ambulanten und stationären Versorgung auch eine 24-Stunden-Hotline, die Angehörige, Hausärzte sowie Alten- und Pflegeheime berät. In Niedersachsen sind in den vergangenen Jahren bereits rund 120 ambulante Hospizdienste und 14 stationäre Hospize sowie 20 ambulante und stationäre Palliativeinrichtungen an Krankenhäusern entstanden. Sie bilden die Grundlage für den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Stützpunkten als wirkungsvolle Ergänzung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativangebote. Die Förderung der Stützpunkte haben wir nochmals von 600 000 Euro auf 620 000 Euro erhöht. Wir können davon ausgehen, dass wir bis zum Ende des nächsten Jahres die flächendeckende Versorgung Niedersachsens gesichert haben.

Auch wenn die Damen und Herren der Opposition es nicht einsehen oder nicht wahrhaben wollen, war, ist und bleibt das Programm "Familie mit Zukunft" ein Erfolgsmodell. Da wird Ihnen morgen auch keine Dringliche Anfrage helfen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung wird auch im nächsten Jahr gemeinsam mit dem Sozial- und dem Kultusministerium vorangebracht werden. 2008 werden wir weitere Impulse für die Versorgungsstruktur der Kinderbetreuung geben. Wir stellen aus den Mitteln des 100-Millionen-Euro-Programms entsprechende Mittel zur Verfügung. Besonders wichtig ist uns in diesem Bereich der Ausbau der Angebote von Tagespflegestellen.

(Zustimmung von Gesine Meißner [FDP])

Ich bin froh darüber, dass der sozialdemokratische Bundesfinanzminister auf Druck unserer Bundesfamilienministerin und der familienpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen seine Pläne zur Besteuerung der Tagesmütter zunächst auf Eis gelegt hat, meine Damen und Herren.

Der Bereich des Ehrenamtes und des bürgerschaftlichen Engagements wird von uns auch im nächsten Jahr weiter ausgebaut. Unter unserer Regierung ist Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auf die notwendigen Plätze aufgerückt. Wir können wirklich stolz auf unsere Bürger sein, die sich auf so vielfältige Weise engagieren und sich in ihre Gesellschaft einbringen. Dieses Engagement wollen wir auch im nächsten Jahr mit mehr als 1,5 Millionen Euro unterstützen und Projekte wie beispielsweise "ELFEN" und "Juleica" sowie die Freiwilligenagenturen weiter ausbauen und fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beende meine Ausführungen an dieser Stelle und übergebe das Wort zu anderen Themenstellungen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Frau Mundlos.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Gesine Meißner [FDP])

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Wenzel gemeldet. - Herr Wenzel, Sie haben anderthalb Minuten.

#### Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Böhlke, ich habe neulich in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* gelesen, dass Frau Bundesministerin von der Leyen gesagt hat, dass sie das Betreuungsgeld für eine Katastrophe halte. Können Sie mir vielleicht erklären, wie Frau von der Leyen zu einer solchen harten Einschätzung kommt, die eigentlich fast noch härter als die ist. die Herr Schwarz hier formuliert hat?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Möchten Sie antworten, Herr Böhlke?

## Norbert Böhlke (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erstens wissen wir doch, was der Bundesparteitag der CDU in Hannover beschlossen hat.

(David McAllister [CDU]: Das gilt!)

Zweitens kann ich Ihnen nur sagen, dass das, was die familienpolitischen Sprecher der CDU auf Landesebene deutlich gemacht haben, Gültigkeit hat. In diesem Sinne werden wir an diesem Thema weiterarbeiten.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Danke. - Nächste Rednerin ist jetzt Frau Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Herr Böhlke hat doch Frau Mundlos aufgerufen!)

- Frau Helmhold, die Reihenfolge lege ich fest und nicht Herr Böhlke.

#### **Ursula Helmhold** (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesem Plenum ist die Zeit, um neben anderen Feldern auch über fast fünf Jahre schwarz-gelbe Sozialpolitik Bilanz zu ziehen.

(David McAllister [CDU]: Sehr gute Politik!)

Erinnern wir uns daran zurück, wie es 2003 mit Ihrer sozialpolitischen Dramaturgie anfing:

(David McAllister [CDU]: Sehr gut!)

Der Finanzminister hatte sein Image als harter Maxe fest im Blick und hat das gesamte Kabinett zur Ablieferung hoher Millionenbeträge gezwungen. Das war im Sozialhaushalt, in dem der Anteil der freiwilligen Leistungen naturgemäß prozentual sehr gering ist, allerdings ganz besonders schlimm. Das Motto war: Was wir zu Beginn einer Wahlperiode an Schweinereien durchziehen, wird am Schluss vielleicht vergessen sein. Die damalige Sozialministerin musste im Prinzip mit der Ketten-

säge durch die sozialpolitische Landschaft in Niedersachsen gehen.

Der härteste Schnitt war die nahezu komplette Streichung des Landesblindengeldes. Ausgerechnet an den blinden Menschen wollten Sie ein symbolisches Exempel äußerster Sparsamkeit statuieren, meine Damen und Herren. Sie wollten blinde Menschen wieder zu Fürsorgeempfängern machen, machten aber glücklicherweise die Rechnung ohne die beispiellose Solidarität der Niedersächsinnen und Niedersachsen, die Sie dazu zwangen, diese Beschlüsse wieder zurückzunehmen. So musste Frau Ross-Luttmann den Trümmerhaufen, der ihr hinterlassen wurde, auffegen und den Kompromiss eingehen, den sie mit uns und dem Landesblindenverband schon anderthalb Jahr vorher hätte finden können.

Sie haben den Einrichtungen der Behindertenhilfe eine harte Nulldiät verordnet. Behinderte Menschen wurden zur Sparbüchse Ihrer Haushaltspolitik. Das ist mehr als schäbig gewesen. Dass Sie sich heute damit brüsten, das Gleichstellungsgesetz für Behinderte quasi in letzter Minute im letzten Monat hier beschlossen zu haben, gereicht Ihnen doch wahrlich nicht zur Ehre.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die Ihnen mit der Föderalismusreform ebenfalls zufallende Aufgabe, das Heimgesetz auf Landesebene neu zu regeln, haben Sie vorsichtshalber nicht einmal angefasst.

Der Verkauf der Landeskrankenhäuser sollte weitere Haushaltslöcher stopfen. Es gab dafür weder ein psychiatriepolitisches Konzept noch eine psychiatriepolitische Notwendigkeit. Auch hier haben wir Ihnen Brücke über Brücke gebaut, Sie sind aber nicht darüber gegangen. Ob am Ende Ihre fiskalische Rechnung aufgeht, wage ich angesichts der weitgehenden Zusagen, die Sie den Investoren gemacht haben, deutlich zu bezweifeln. Es bleibt dabei: Der Verkauf war haushaltspolitisch überflüssig, psychiatriepolitisch mehr als leichtfertig und verfassungsrechtlich höchst bedenklich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber an Watschen von Verfassungsgerichten haben Sie sich ja zwischenzeitlich geradezu gewöhnt.

Mit der Abschaffung und Kommunalisierung des Pflegewohngeldes gaben Sie dem Drängen des Landkreistages nach, und die Folgen für die alten Menschen in Niedersachsen nahmen Sie leichtfertig in Kauf. Sie geben jede Steuerungsmöglichkeit aus der Hand, ebenso die Möglichkeit einheitlicher landesweiter Standards. Viel mehr Menschen - es sind über 12 000 - fallen in die Sozialhilfeabhängigkeit. Genau das sollte eigentlich im Alter vermieden werden. Die Sozialhilfeträger zwingen zunehmend weniger betuchte alte Menschen in Mehrbettzimmer. Meine Damen und Herren, es ist unwürdig, im Alter zwangsweise in einem Mehrbettzimmer leben zu müssen. Dies haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Um die Sicherung der Zahl der Fachkräfte in der Altenpflege drücken Sie sich sehenden Auges. Dass Sie sich weigern, mit der Wiedereinführung der Umlagefinanzierung für gerechte Bedingungen innerhalb der Ausbildungsbetriebe zu sorgen und vor allen Dingen die Ausbildung langfristig zu sichern, wird sich noch bitter rächen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das ist doch ein rechtliches Problem!)

- Das ist kein rechtliches Problem, Herr Böhlke. Es ist inzwischen ausgeklagt, dass die Umlage erhoben werden kann.

Überhaupt haben Sie das rechtzeitige Umsteuern vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung verschlafen. Das zeigte sich nicht nur in der Ablehnung zahlreicher Anträge unserer Fraktion zur demografischen Entwicklung, das zeigt sich am deutlichsten in Ihrer fünf Jahre währenden Weigerung, in das Bund-Länder-Programm "Stadtumbau West" einzusteigen. Gerade hier hätten Sie beweisen können, dass Sie die Zeichen der Zeit erkannt haben und die Kommunen aktiv auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten wollen. Stattdessen haben Sie viel Zeit, Geld und Energie in eine Demografie-Enquetekommission gesteckt, die letztlich bereits bekannte Erkenntnisse zusammengetragen hat, was in eine Enzyklopädie der Unverbindlichkeiten mündete.

Zu Ihrer Negativbilanz gehört auch die Aufkündigung der von Ihnen immer so bezeichneten partnerschaftlichen Sozialpolitik mit den Wohlfahrtsverbänden; Herr Schwarz hat darauf hingewiesen. Sie haben mehrmals die Lotto- und Toto-Mittel um

insgesamt 25 % gekürzt. Jetzt legen Sie 5 % drauf und brüsten sich damit.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Typische Masche!)

Sie haben allein bei den globalen Minderausgaben über 100 Millionen Euro aus dem Sozialhaushalt genommen und brüsten sich jetzt damit, 50 Millionen Euro draufgelegt zu haben. Meine Damen und Herren, Sie verhalten sich doch so wie jemand, der einem das Schwein wegnimmt und einen Monat später ein Kotelett zurückgibt. So kann man mit den Verbänden nicht umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Den Witz haben Sie gestern schon gemacht!)

Wir haben Ihnen gesagt, dass die Einstellung der landesweiten Fachstelle für Wohnraumberatung falsch ist. Jetzt haben Sie sie zurückgenommen und wollen das unter dem neuen Emblem Niedersachsenbüro wiederbeleben. Ich freue mich ja, dass Sie unsere Vorschläge aufnehmen und jetzt den von uns geforderten Sozialfonds umsetzen wollen, den wir Ihnen im Juni zum ersten Mal vorgeschlagen haben. Sie haben sich ja sechs Monate lang in dieser Frage tot gestellt, sodass wir uns schon gewundert haben, ob Sie sich dazu noch jemals mucksen wollen. Ansonsten interessiert Sie, meine Damen und Herren, die zunehmende Armut in diesem Land jedoch herzlich wenig. Sie wollen davon so wenig wie möglich wissen. Deswegen gibt es mit Ihnen keine Sozialberichterstattung. Wie die Koalitionsfraktionen hier mit den Wohlfahrtsverbänden umgegangen sind - Sie haben sie über ein Jahr lang hingehalten, immer wieder einmal Gespräche geführt und versichert, sie dächten darüber nach; passiert ist aber nichts -, das ist mehr als schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf eine Initiative zur Erhöhung der Regelsätze wenigstens für Kinder können wir noch lange warten. Aber dies passt natürlich zu Ihrer Schulpolitik insgesamt.

Dass Ihre frauenpolitische Bilanz im tiefroten Bereich landet, können Sie nicht bestreiten. Herr Schwarz hat dazu bereits einiges gesagt. Bei Ihnen wird eben aus Frauenpolitik Familienpolitik. Dies greift zu kurz. Warme Worte ersetzen nicht Gleichstellungsstrukturen, die wir noch dringend brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden die Zeit bis zum 27. Januar nutzen, das kollektive Gedächtnis der Niedersächsinnen und Niedersachsen in der Frage Ihrer sozialpolitischen Bilanz aufzufrischen. Darauf seien Sie gefasst! - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Frau Meißner von der FDP-Fraktion das Wort.

## Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle zunächst ebenso wie Herr Schwarz den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums aussprechen, die uns über die Jahre hinweg sehr gut begleitet haben.

Nun eine Vorbemerkung, die ähnlich wie bei Herrn Böhlke ausfällt: Sozialpolitik ist in diesem Land ein ganz wichtiger Bestandteil der Politik. Es ist aber auch für die Sozialpolitik wichtig, bei einem Haushalt darauf zu achten, dass es uns auch in Zukunft ermöglicht wird, für die nächste und übernächste Generation Geld für diesen Bereich auszugeben. Von daher gesehen ist es - so schmerzlich das für uns teilweise auch war - erforderlich gewesen, auch im Sozialhaushalt Einsparungen und Kürzungen vorzunehmen. Dies war im Interesse der nachfolgenden Generationen erforderlich. Das war nicht einfach. Für die Opposition ist es jetzt natürlich einfach, alles, was jemals gekürzt worden ist, wieder einzufordern. Das ist vollkommen klar. Als Opposition kann man das vielleicht tun. Wer Regierungsverantwortung hat, muss aber darauf achten, dass er mit dem Geld vernünftig haushaltet. Das tun wir. Wir haben trotzdem in allen Bereichen gute Politik gemacht. - Dies als Vorbemerkung.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte jetzt auf die einzelnen Bereiche zu sprechen kommen. Ich fange mit dem Bereich Kinderbetreuung an. Bei der Kinderbetreuung sind wir, wie ich denke, viel besser aufgestellt als vorher. Wir haben in diesem Bereich in Deutschland und auch in Niedersachsen immer noch viel zu tun. Das wissen wir. Wir sind aber auf einem sehr gu-

ten Wege, u. a. mit unserem Programm "Familien mit Zukunft - Kinder bilden und betreuen", weil wir bei diesem Programm gerade auf das setzen, was die Menschen heutzutage brauchen, nämlich auf eine Flexibilität bei der Kinderbetreuung, auf Wahlmöglichkeiten für die Mütter und die Väter, auf Einbeziehung von Vätern in stärkerem Maße, auf Betriebskindergärten, privatgewerbliche Initiativen und anderes mehr. Wir geben dafür pro Jahr 20 Millionen Euro aus, wie Sie wissen. Ich denke, das ist eine gute Variante.

Herr Schwarz, Sie sprachen hier von der Herdprämie. Wir haben hier schon darüber gesprochen, dass keiner von uns eine solche Prämie will. Meine Fraktion will sie mit Sicherheit nicht. Wir wollen im Gegenteil sogar, dass das Geld, das wir im gesamten Bereich für Kinderbildung und -betreuung ausgeben, per Betreuungsgutschein direkt den Kindern zugute kommen kann. Es darf nicht in falsche Kanäle kommen. Vielmehr muss dafür Sorge getragen werden, dass die entsprechenden Maßnahmen den Kindern nützen.

Über Kinderschutz und Kindergesundheit werden wir uns, wie ich denke, morgen noch ausführlich unterhalten. Ich will hier nur noch eine Richtigstellung vornehmen. Bei der Frühförderungsverordnung - das hat Herr Böhlke auch schon gesagt kann man nicht sagen, dass die Regierung in irgendeiner Weise etwas vorgegeben habe, was gegen die Leistungsanbieter sei. Es gibt hier den Versuch, einen Kompromiss zu erreichen, der noch im Gange ist.

Als einen Schwerpunkt möchte ich jetzt die Kinderarmut herausgreifen. Kinderarmut gibt es zusehends mehr. Das lässt keinen von uns kalt. Wenn Eltern den Kindern bei einer Ganztagsbetreuung kein Geld für das Mittagessen mitgeben können, ist das schlimm. Wenn Eltern den Kindern zum Schulbeginn keine Lernmittel kaufen können, ist das genauso schlimm. Es gibt - z. B. in Kommunen - viele Initiativen, die versuchen, den Kindern in diesem Bereich zu helfen. Diese haben teilweise auch schon gegriffen. Ich denke, wir müssen auf allen Ebenen - auf der Ebene des Bundes, des Landes und der Kommunen - darauf schauen, wie wir dieses Problem in den Griff bekommen können. Wir haben, was konkret den Haushalt angeht, jetzt einiges getan, was in diese Richtung geht. So haben wir zwar nicht im Sozialhaushalt, aber im Kultushaushalt 3 Millionen Euro eingesetzt, die als Unterstützung für das Mittagessen an Ganztagsschulen vorgesehen sind. Ich denke, es ist egal, in

welchem Haushalt diese Mittel veranschlagt werden. Entscheidend ist, dass wir im Sinne einer Querschnittaufgabe wirklich etwas tun, um die Kinderarmut zu beheben. Das tun wir.

Im Sozialhaushalt werden 300 000 Euro mehr für Familienbildungsstätten ausgewiesen, die dazu verwendet werden sollen, die Familien zu erreichen, die normalerweise aufgrund von Teilnehmergebühren, welche sie nicht bezahlen können, diese Bildungsstätten nicht besuchen können. Die Angebote sind speziell auf - auch von den Inhalten her - niedrigschwellige Hilfen angelegt. Das ist eine gute Investition.

Bei dem Programm "Familien mit Zukunft" haben wir übrigens die Möglichkeit, auf Antrag soziale Brennpunktarbeit zu unterstützen. Auch das ist etwas, womit man gerade Kinderarmut entgegenarbeiten kann.

Nun zum Thema Armut generell. Im Hinblick auf dieses Thema habe ich eine ganz andere Auffassung als Sie, Herr Schwarz. Wir müssen versuchen, die Armutsspirale zu durchbrechen. Ich denke. dass wir mit einer endlosen Diskussion über den Mindestlohn keinen Deut weiterkommen. Es ist im Gegenteil so, dass in Wirklichkeit derjenige, der durch einen Mindestlohn Menschen vom Arbeitsmarkt abkoppelt, weil mit dem Mindestlohn zu hoch gegriffen wird, unsolidarisch ist. Ich habe lange mit Langzeitarbeitslosen zu tun gehabt. Wer arbeitslos ist, hat nicht nur wenig Geld. Er verliert auch Kontakte, er verliert an Gesundheit, er hat kein Selbstwertgefühl mehr, und er verliert den Lebensmut. Es ist unsolidarisch, so etwas überhaupt zuzulassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Beste, was wir tun können, um die Armutsspirale zu durchbrechen, ist deshalb, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Unter diesem Aspekt ist die von Ihnen geführte Diskussion wirklich absolut kontraproduktiv.

Was Frauenpolitik angeht, so wurde hier so getan, als würden wir uns bei Frauenpolitik auf Familienpolitik beschränken. Das ist mit Sicherheit nicht der Fall. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Thema für Frauen und für Männer, für junge Eltern von heute.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dieses Thema gehen wir natürlich auch in diesem Bereich an. Ich sage bewusst: Dieses Thema ist auch für Männer wichtig. Man erwirbt eine ganze Menge an Vereinbarkeitskompetenz, wenn man zu Hause Familienarbeit macht. Das muss viel stärker berücksichtigt werden. Es gibt Managementseminare in der Wirtschaft, in denen entsprechende Kompetenz für viel Geld vermittelt wird. Im Grunde genommen haben diejenigen, die ihr Erwerbsleben für Familienarbeit unterbrechen, Vereinbarkeitskompetenz bereits erworben.

Wir haben auch im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen schon eine ganze Menge getan, und zwar mehr als die vorige Regierung.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Wir haben die BISS-Stellen, die zunächst als Projekt eingerichtet wurden, flächendeckend ausgebaut. Das hat natürlich Geld gekostet. Betreffend Zwangsheirat gab es einen fraktionsübergreifenden Beschluss. Wir haben jetzt ein Aktionsprogramm gestartet. Im nächsten Haushalt sind 131 000 Euro an Mehrausgaben für diesen Zweck vorgesehen.

Bezüglich Senioren und Ehrenamt hat Herr Böhlke schon vieles gesagt, was richtig ist. Dazu muss ich also nicht mehr viel berichten. Es ist wichtig, die vorhandenen Potenziale zu heben und die alten Menschen entsprechend ihren Fähigkeiten einzubinden.

Es ist mir wichtig, jetzt auf besondere Zielgruppen zu sprechen zu kommen, für die wir uns sehr eingesetzt haben. Hier ist zunächst der gesamte Bereich Aids zu nennen. Es ist richtig, dass die Infektionsgefahr bei Weitem nicht gebannt ist. Es ist wichtig, weitere Beratungsangebote zu unterbreiten. Sie wissen, wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Kürzungen im Haushalt geringer ausfielen, sodass keine Strukturen zerschlagen wurden. Wir haben später sogar eine Aufstockung der Mittel erreicht. Auch im nächsten Haushalt gibt es mehr Geld für diesen Bereich.

Bei dem Heroinprojekt haben wir uns ebenfalls dafür eingesetzt, dass es fortgesetzt wird. Wir wollen weiter daran arbeiten - das werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode tun -, dass es in die Regelversorgung übernommen werden kann. Wir geben dabei nicht auf. Es ist wichtig, dass wir für diesen Bereich weiterhin Mittel im Haushalt haben - und das haben wir.

Homosexuelle müssen weiter Beratungsangebote bekommen. Dafür haben wir immer gesorgt. Das werden wir auch in Zukunft tun, ganz im Sinne von Diversity, die Herr McAllister vorhin ansprach. Die Menschen sind sehr unterschiedlich, und wir wollen alle Menschen bei uns in der Gesellschaft haben.

Die Obdachlosen wurden hier ebenfalls angesprochen. Für sie ist das Wirtschaftsministerium das zuständige Ressort; früher war es einmal das Sozialministerium. Entscheidend ist, dass für diese Menschen zielgerichtet etwas getan wird. Auch dieses haben wir weiterhin im Auge.

Ein Schwerpunkt im Haushalt ist für uns die Gesundheitsförderung von Migranten. Uns ist sehr daran gelegen, diese Menschen besser zu integrieren, die Menschen, die hier leben wollen, so zu versorgen, wie sie es brauchen. Wir haben bei uns das Ethnomedizinische Zentrum, das europaweit einmalig ist und schon viele Preise gewonnen hat. Wir werden für den Bereich der Gesundheitsförderung von Migranten auch in Abstimmung mit Frau Deihimi vom Innenministerium 200 000 Euro mehr einstellen. 60 000 Euro sind für institutionelle Förderung gedacht. 140 000 Euro sind speziell für Projekte vorgesehen. Diese Projekte werden darauf ausgerichtet sein, dass im Alter z. B. auf kultursensible Pflege geachtet wird, dass bei Kindern im Hinblick auf Adipositas und Zahngesundheit Prävention betrieben wird und bei Frauen die Brustkrebsfrüherkennung besser durchgeführt werden kann.

Jetzt will ich einige weitere Bereiche noch kurz ansprechen. Was den Gesundheitsbereich angeht, so ist es mir wichtig zu sagen, dass die Privatisierung der Landeskrankenhäuser richtig war. Wir haben dabei verfassungsrechtlich alles richtig gemacht.

Das Maßregelvollzugsgesetz ist bei uns vorbildlich und viel besser als die entsprechenden Gesetze in anderen Ländern, auch in denen mit SPD-Regierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Krankenhausinvestitionsprogramm, das gut gegriffen hat, werden wir fortsetzen. Auch das war erfolgreiche Politik.

Im Blick auf die Pflege kann ich nur eines sagen: Wir wollen mit Sicherheit keine Pflegeumlage. Wir wollen junge Menschen weiter motivieren, eine Pflegeausbildung zu absolvieren. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wir das durch eine Umlage überhaupt nicht erreichen können.

Das NBGG und Menschen mit Behinderung wurden hier angesprochen. Das Behindertengleichstellungsgesetz ist von allen Verbänden gelobt worden. Wenn Sie jetzt sagen, es sei armselig, so kann ich nur sagen: Es ist armselig, so zu argumentieren. Fragen Sie einmal die Betroffenen!

Die Eingliederungshilfe ist ein großer Bereich, der uns in Zukunft beschäftigen wird. Von der FDP aus haben wir dazu vor kurzem eine große bundesweite Tagung durchgeführt und mit Betroffenen darüber diskutiert, wie man eine Weiterentwicklung gestalten kann.

Am Lebensende ist es wichtig, palliativmedizinisch und hospizlich gut begleitet zu werden. In diesem Bereich haben wir - auch im Haushalt - Zeichen gesetzt. Für uns als Fraktion ist es wichtig, dass man auch am Lebensende über Selbstbestimmung verfügt. Wir sind zwar keine Freunde von Dignitas, halten es aber für wichtig, bei Beratungsgesprächen, die erforderlich sind, keine Verbote auszusprechen.

#### (Beifall bei der FDP)

Als Letztes möchte ich den Städtebau ansprechen, für den wir ja ebenfalls zuständig sind. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft. Dann haben wir 1 Million Euro für die Belebung der Innenstädte bereitgestellt. Nun kommt noch die energetische Gebäudesanierung hinzu. Ebenso steigen wir jetzt in den Stadtumbau West ein. Wir hätten dies gern früher getan, hatten aber bislang nicht die Mittel dafür.

Ich möchte mich bei allen Menschen, die hier in Niedersachsen im Sozialbereich arbeiten, bedanken. Ich weiß, dass sie eine zum Teil sehr schwierige, auch psychisch belastende Arbeit leisten, die nicht immer gut bezahlt wird. Es ist aber ganz wichtig, dass diese Arbeit engagiert geleistet wird. Entscheidend ist, dass die Menschen wissen, dass sie hier gut betreut werden.

Abschließend möchte ich ein Resümee meiner Arbeit im Sozialausschuss ziehen. Ich habe dem Sozialausschuss in dieser Legislaturperiode ja vorgesessen. Ich weiß, dass insbesondere die Ausschussmitglieder der Oppositionsfraktionen zu Beginn sehr skeptisch waren, als plötzlich eine

Liberale auftauchte und dem Ausschuss vorsaß. Wir haben uns aber zusammengerauft und an vielen Stellen gut zusammengearbeitet. Die Probleme in der Sozialpolitik sind nämlich allen gleichermaßen bewusst, und alle sehen sie auch an der gleichen Stelle. Dass wir unterschiedliche Wege zur Lösung dieser Probleme gehen, ist das Wesen der Demokratie. Auch in der nächsten Wahlperiode werden wir uns sicherlich demokratisch streiten. Noch einmal vielen Dank an alle für die Zusammenarbeit im Ausschuss!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Mundlos von der CDU-Fraktion.

## Heidemarie Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal mit dem Samariterimage aufräumen, das sich Herr Schwarz immer so gern anheftet.

(Beifall bei der CDU)

Er fordert Sachlichkeit in der Sozialpolitik ein, ist aber der Erste, der die Sozialpolitik dann gleich wieder unsachlich weiterführt. Seine Rede ist das beste Beispiel dafür. Er lässt einfach kein Thema aus, um es für den Wahlkampf zu missbrauchen.

#### (Beifall bei der CDU)

Ich möchte nur einmal drei Beispiele dafür nennen. Erstens die Kürzungen, die Herr Schwarz im Bereich Demenz gesehen haben will. Fakt ist, dass im Jahr 2007 1,5 Millionen Euro in der Erwartung bereitgestellt worden sind, dass es auf Bundesebene eine Pflegereform gibt. Wir haben gesagt, wir wollen diese Pflegereform 1:1 gegenfinanzieren. Diese Pflegereform ist in der Form aber nicht gekommen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass wir bei unserer Haltung bleiben. Wenn die Pflegereform kommt und vom Bund mehr Mittel für Demenzkranke bereitgestellt werden, dann werden wir dem entsprechend Rechnung tragen.

Zweitens möchte ich die Kritik an den für die schwerstkranken Kinder eingestellten Mittel ansprechen. Herr Schwarz, im Ausschuss ist mehrfach darüber informiert worden, dass die im Haushalt bereitgestellten Mittel nicht abgerufen werden.

Es macht wenig Sinn, im Haushalt mehr Mittel einzustellen, als abgerufen werden.

Das dritte Beispiel für Ihre Unredlichkeit sind die Landeskrankenhäuser. In der Mipla 2002 bis 2006 haben Sie selbst noch den Verkauf der Landeskrankenhäuser vorgesehen - aus rein fiskalischen Gründen. Ich stelle fest: Sie lassen keine Schäbigkeit aus. Die Menschen sind Ihnen allenfalls Mittel zum Zweck.

(Beifall bei der CDU - Christa Elsner-Solar [SPD]: Sie müssen sich auch gleich entschuldigen!)

Ich möchte noch einen ganz besonderen Punkt herausgreifen, nämlich den Kinder- und Jugendschutz sowie die Maßnahmen zugunsten von Familie und Gesundheit. Wir haben festgestellt, dass sich hier bereits unsere bisherige Bilanz sehen lassen kann; Frau Meißner hat etliche Punkte genannt. Wir haben in diesem Bereich nicht nur eine, sondern viele Maßnahmen initiiert, die sich gegenseitig ergänzen.

(Beifall bei der CDU)

Bereits im Jahr 2007 haben wir die Mittel für den Kinderschutz um 40 % auf 1,7 Millionen Euro angehoben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Mittel werden auch im nächsten Jahr zuverlässig zur Verfügung stehen. Die Kinderschutzzentren werden darüber hinaus mit 470 000 Euro gefördert. Zu Ihrer Zeit war da Fehlanzeige.

(Beifall bei der CDU)

Der Ansatz für Hilfen bei Schwangerschaftsabbrüchen wird von uns um 70 000 Euro erhöht. Für Gewaltprävention und Beratungsmöglichkeiten stellen wir insgesamt rund 4,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist mehr denn je. Das sollten Sie nicht weiter ignorieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch für die präventive Schuldnerberatung speziell für Kinder und Jugendliche 200 000 Euro mehr eingesetzt. Das ist mehr denn je, mehr als zu Ihrer Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Für die Arbeit der Familienbildungsstätten war es uns ein besonderes Anliegen, dass die Mittel auch bei den wirklich Bedürftigen ankommen. Wir haben den Ansatz von 920 000 Euro auf 1,2 Millionen Euro aufgestockt. Das ist eine Erhöhung um mehr als ein Drittel. Auch das zeigt natürlich, dass unsere Familienpolitik zukunftsgewandt ist, im Einklang mit dem Bund steht und im Land große Anerkennung findet. Das sehen auch die Menschen so. Dass Sie das ärgert, Herr Schwarz, kann ich zwar verstehen. Die Menschen aber finden das, was in der Familienpolitik gemacht wird, gut, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte den Kultushaushalt mit einbeziehen, da Sie hier auch das Thema Kinderarmut angesprochen haben. Selbstverständlich wollen auch wir die Kinderarmut zielgerichtet bekämpfen. Aus diesem Grunde haben wir 3 Millionen Euro bereitgestellt, damit Kinder aus einkommensschwachen Familien regelmäßig am Schulmittagessen teilnehmen können. Ihr Versuch, das kleinzureden, ist zum Scheitern verurteilt. Im Bund-Länder-Vergleich werden Sie feststellen, dass viele Länder überhaupt nichts und einige Länder nur wenig machen. Wir können uns da sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie dagegen wecken lediglich Hoffnungen und schüren Sozialneid. Doch davon werden Kinder nun bestimmt nicht satt.

(Beifall bei der CDU)

Wir handeln im Einklang mit Kommunen, Stiftungen und privatem Engagement. Das ist eine Soforthilfe, die auch zielgerichtet genau bei denen ankommt, die diese Hilfe brauchen, nämlich bei den Kindern. Darüber hinaus ist in diesem Bereich auch weiterhin der Bund in der Pflicht. Das will ich aber nur am Rande erwähnen.

Unsere Hilfe ist zielgerichtet zum Wohle der Menschen, der Kinder, der Familie, der Jugend. Sie stehen bei unserer Politik im Mittelpunkt.

Deshalb darf ich abschließend feststellen: Auch für das Jahr 2008 haben wir nicht nur einen ausgewogenen Haushalt für den Bereich Soziales vorgelegt, sondern ein ganzes Paket an Sozialleistungen für viele Bereiche. In vielen Fällen gehen wir weit über die Aktivitäten anderer Bundesländer hinaus. Also: Niedersachsen wird auch in den nächsten Jahren seine bewährte Sozialpolitik fortsetzen. Niedersachsen hat ein soziales Gesicht,

ein menschliches Gesicht. Das soll und wird auch so bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Schwarz gemeldet.

## **Uwe Schwarz** (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Mundlos, zwei Punkte:

Erster Punkt. Wir wollten eine flächendeckende Versorgung für schwerstkranke Kinder in stationären Einrichtungen. Wir verfügen über zwei Einrichtungen, nämlich über das Kinderhospiz Löwenherz in Syke und das Elternhaus für krebskranke Kinder in Göttingen. Diese Einrichtungen sind jedes Jahr auf satte sechsstellige Spendenbeträge angewiesen, damit sie ihre Arbeit aufrechterhalten können. Deshalb sagen Sie doch bitte nicht, Sie wüssten nicht, wie Sie das Geld loswerden sollen, das im Haushalt steht!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Hans-Werner Schwarz [FDP])

Wir wollten flächendeckend Kinderkrankenpflegedienste aufbauen. Das haben Sie gar nicht erst angefangen. Es gibt massenweise Punkte, die Sie umsetzen könnten. Sie machen es bloß nicht.

Zweiter Punkt: Sie haben zugegeben, dass die Mittel für Demenzkranke gekürzt würden. Diese Mittel sind von 1,5 Millionen auf 1 Million Euro heruntergefahren worden. In der Fußnote wird dann auf die Richtlinien des Landes verwiesen. Frau Mundlos, es gibt überhaupt keinen Grund, auf Bundesmittel zu warten. Sie können doch nicht immer sagen, Sie wollen für die Demenzkranken etwas tun, wenn Sie Ihre eigenen Richtlinien nicht aktivieren und stattdessen die Mittel kürzen. Es ist schlichtweg falsch, was Sie hier dargestellt haben, Frau Mundlos.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Frau Mundlos Gelegenheit, anderthalb Minuten lang zu antworten.

## Heidemarie Mundlos (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schwerstkranken Kinder stellen für das ganze familiäre Umfeld ein großes Problem dar. Die Kinder und die Familien brauchen Hilfe, und diese Hilfe sollen sie auch bekommen. Das ist uns sehr wichtig. Deshalb haben wir nach wie vor entsprechende Haushaltstitel. Wir sind hier in der Verantwortung und auch in der Pflicht. Wir nehmen das sehr ernst.

Wenn Sie auf die Spendenbereitschaft der Menschen für diese Einrichtungen anspielen, Herr Schwarz, dann müssen Sie bedenken, dass das auch komplementär zu sehen ist. Es ist gut, dass die Menschen bereit sind zu spenden. Sie erkennen damit, dass ihre Hilfe notwendig ist. Das ist per se nichts Schlechtes, sondern gesamtgesellschaftlich anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu den Demenzkranken sage ich Ihnen nur eines, auch weil ich die anderen Kolleginnen und Kollegen damit jetzt nicht weiter belasten will: Ich erkläre es Ihnen nachher gerne noch einmal in Ruhe,

(Zurufe von der SPD)

weil ich den Eindruck habe, dass Sie ein bisschen mehr Zeit brauchen, um es zu verstehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist Frau Janssen-Kucz von Bündnis 90/Die Grünen.

#### Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine Haushaltsberatung kurz vor der Landtagswahl hat schon ihre Vorteile: Es geht alles ziemlich schnell, und im Nachklapp gibt es vonseiten der Regierung in Anbetracht der bevorstehenden Wahl auch noch einige Zuschläge. Die Zeiten der harten Einschnitte im Bereich der Gesundheitspolitik und im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik sind vorerst vorbei.

Es bleibt jedoch die Kerbe, die Sie unter Schwarz-Gelb seit Beginn Ihrer Amtszeit geschlagen haben. Schauen wir uns den Haushalt einmal etwas genauer an. Eines Ihrer Schlagworte ist die sogenannte Offensive "Kinder- und familienfreundliches Niedersachsen". Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass im Sozialhaushalt 20 Millionen Euro übrig bleiben. Nach den Aussagen der Ministerin ist das ein Superprogramm, das rege abgerufen wird. Mein Eindruck ist eher: Es ist ein Flop, es ist ein Schuss in den Ofen.

Ich will auf folgenden Punkt näher eingehen. Unter dem Dach der Familien- und Kinderservicebüros werden gerade neue Jobs unterhalb der Armutsgrenze im Niedriglohnbereich eingerichtet. Für eine Tagesmutter wird zurzeit ein Satz von 2,50 Euro pro Kind und Stunde, bei Höherqualifizierung von 3 Euro pro Kind und Stunde bezahlt. Die Besteuerung um ein Jahr nach hinten zu verschieben, ist bei einem Stundenlohn von 2,50 Euro sowieso ein Hohn.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Die betreuen doch nicht nur ein Kind!)

Es heißt im Übrigen auch "Tagesmütter" und nicht "Tagesväter". Väter würden nie für 2,50 Euro arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Wo wird denn für 2,50 Euro gearbeitet, Frau Janssen?)

Meine Damen und Herren, Sie bauen hier gerade einen neuen Niedriglohnbereich von Frauen für Frauen auf. "Pfui Teufel!", kann ich da nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Qualität bleibt in dem Bereich komplett auf der Strecke. Wenn man mit 2,50 Euro überleben will, heißt das letztendlich: Man kann nicht anders, als Großpflegestellen aufzubauen. Die Zukunft Niedersachsens sieht dann so aus: Großpflegestellen zur Unterbringung unserer kleinen Kinder. Da bleiben Qualität, die viel gerühmte Bildung, die Beratung und die Erziehung der Kinder auf der Strecke. Familien mit Zukunft, Zukunft für Familien - in Niedersachsen rückt das mit Ihnen unter Schwarz-Gelb in weite Ferne.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kinder- und Familienschutz wird schön gerühmt. Wie 2007 haben Sie 1,7 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Sie haben zumindest den Stellenwert von Kinder- und Jugendschutz erkannt. In die Koordinationszentren fließen 470 000 Euro. Der Kern dieses Modellprojekts, den Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Misshandlung durch verlässliche und verbindliche Kooperationen der bestehenden Hilfen auf kommunaler Ebene zu stärken, ist richtig und überfällig. Kooperation und Vernetzung sind die Zauberworte. Die Stärkung und der Ausbau dieser Netzwerke sind eindeutig Landesaufgabe. Mit lediglich vier Modellprojekten drücken Sie sich vor dieser Landesaufgabe. Das sind nur vier Tropfen auf dem heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schauen wir uns den Bereich der Familienhebammen an. Es ist wichtig und richtig, die Familienhebammen weiter auszubilden und weiter zu qualifizieren. In Ihrem Haushalt stehen dafür läppische 70 000 Euro bereit. Das ist lächerlich. Damit wird auch noch die Koordination über die Stiftung "Eine Chance für Kinder" bezahlt. Es bleibt dabei: Die Familienhebammen werden weiterhin nur nach Kassenlage der Kommunen eingesetzt. Aber das kann es doch nicht sein, wenn wir flächendeckend im Land Niedersachsen dem Kinderschutz die erste Stelle einräumen wollen, wenn wir alle Kinder erreichen wollen. Es nützt nichts, nach jedem tragischen Fall nach neuen Konzepten und Pflichtuntersuchungen zu rufen und auf Zuständigkeiten der Bundesregierung oder des gemeinsamen Ausschusses zu verweisen.

Erforderlich ist jetzt konkretes, schnelles Handeln. Wir haben doch das erfolgreiche Modell der Familienhebammen in Niedersachsen entwickelt. Weshalb nutzen Sie es nicht hier und jetzt sofort und nehmen dafür die erforderlichen Millionen, wie in unserem Änderungsantrag gefordert, in die Hand? Dann täten wir jetzt etwas für die Kinder und für die Familien. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir wollen hier und jetzt im Interesse des Kindeswohls handeln. Geben Sie sich im Rahmen der Haushaltsberatung einen Ruck! Meine Damen und Herren, mit den Kleinen steht es nicht zum Besten. Hier wurde viel Wind gemacht, es gab viele schöne Worte.

Im Bereich Jugendförderung ist es Ihnen gelungen, allein bei den Mitgliedsverbänden im Landesjugendring die Summe um 40 % von 3,4 Millionen auf 2 Millionen Euro zu kürzen. Jugendarbeit gibt

es kaum noch. Die Mädchenarbeit wurde gestrichen. Genderarbeit findet irgendwo hinter verschlossenen Türen statt. Sie haben das erarbeitete Know-how richtig verpulvert.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mit der Streichung des Verdienstausfalls für ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit haben Sie der Jugendarbeit einen Bärendienst erwiesen. Jetzt im Landtagswahlkampf kriege ich jedes Mal die Krise

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Oh!)

- Frau Meißner, Sie gucken mich so traurig an -, wenn Ihre FDP-Kollegen für die Wiedereinsetzung des Verdienstausfalls streiten. Das ist so etwas von verlogen. Sie haben das doch gestrichen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, genauso ist es bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch hier werden mit spitzen Fingern nur die Haushaltsmittel fortgeschrieben, damit EU- und ESF-Mittel nicht verfallen. Es wird nur das Nötigste getan. Die Träger der Grundangebote der Jugendberufshilfe und der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit können von Planungssicherheit nur träumen; denn Sie stellen die Mittel nur für drei Jahre bereit, obwohl die Förderperiode bis 2013 läuft. Sie sagen: Wir evaluieren. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Meine Damen und Herren, es gibt landesweit kein Programm, welches benachteiligte Jugendliche umfassend anspricht. Es gibt viele Splitterprogramme mit kurzen Laufzeiten, verteilt über vier Ministerien. Das macht deutlich, welchen Stellenwert Kinder- und Jugendpolitik bei Ihnen hat und dass Sie für die Zukunft der jungen Menschen nichts auf der Platte haben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch Unsinn! Blanker Unsinn!)

Niedersachsen steht aufgrund der starken gesellschaftlichen Veränderungen und der demografischen Entwicklung vor großen Herausforderungen. Die Kinder und Jugendlichen sind der Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft Niedersachsens. Aber Zukunftsprojekte? - Weit gefehlt, die sucht man vergebens. (Bernd Althusmann [CDU]: Sie wissen nicht, was Sie reden!)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Janssen-Kucz, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Fangen Sie endlich an, darüber nachzudenken! Es gilt: Nicht reden, sondern handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Meißner gemeldet. Sie haben eine Redezeit von anderthalb Minuten.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das war eben mal wieder blanker Unsinn!)

## Gesine Meißner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Janssen-Kucz, Sie sprechen hier von Verlogenheit im Wahlkampf. Wenn man etwas *nicht* sagt, geht das vielleicht in die gleiche Richtung.

Was ich Sie fragen wollte: Haben Sie denn gar keine Ahnung, dass es die Pro-Aktiv-Zentren gibt, die im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit erfolgreiche Arbeit geleistet haben?

(Zustimmung bei der FDP)

Wissen Sie nicht, dass z. B. aufgrund der Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit des Wirtschaftsministeriums sehr gute Vermittlungsquoten erreicht wurden?

Wenn Sie diese Punkte nicht ansprechen, dann ist das zumindest eine unterlassene Benennung von Tatsachen.

(Zustimmung bei der FDP)

Zu den Tagesmüttern und Tagesvätern: Ich weiß im Moment nicht genau, wie viele Tagesväter es gibt, aber ich weiß definitiv, dass es Tagesväter gibt. Dabei geht es nicht darum, viel Geld zu verdienen, sondern darum, im häuslichen Umfeld andere Kinder mitzubetreuen. Das ist etwas ande-

res, als wenn man irgendwo eingestellt wird. Sie haben ja selbst gesagt, der Richtsatz liegt bei 2,50 Euro pro Stunde pro Kind. Eine Tagesmutter kann bis zu fünf Kinder betreuen. Das hängt ja auch mit ihrer eigenen familiären Situation zusammen. Und der Verdienst ist unterschiedlich hoch, je nachdem, wie viele andere Kinder sie mitbetreut. Das kann man nicht genauso werten wie andere Tätigkeiten im Arbeitsmarkt. Wussten Sie das nicht?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christa Elsner-Solar [SPD]: 12,50 Euro, Gesine!)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Janssen-Kucz möchte antworten. Auch Sie haben eine Redezeit von anderthalb Minuten.

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Meißner, das war mir bekannt. Aber Sie haben es ja bestätigt: Der Trend dieser Landesregierung geht zu Großpflegestellen - die sind notwendig, damit die Menschen überhaupt ein Einkommen haben - billig, billig, billig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christa Elsner-Solar [SPD]: Billigpflege!)

Liebe Frau Meißner, Sie sagen, ich hätte die Pro-Aktiv-Zentren usw. unterschlagen. Ich hätte das hier gerne alles dargelegt. Sie haben in diesem Bereich aber nur das Pflichtprogramm absolviert, mehr macht die Landesregierung nicht.

Sicherlich, die Vermittlungsquoten sind positiv.

(Gesine Meißner [FDP]: Eben! Genau!)

Aber wieso haben Sie das Programm nur für drei Jahre fortgeschrieben und nicht analog zur Förderperiode des ESF bis 2013? Wollen Sie nicht, dass die Träger Planungssicherheit haben, oder was steckt letztendlich dahinter? - Dabei bleiben auch Sie die Antwort schuldig.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Liebe Frau Meißner, sicherlich habe ich in der Kürze der Zeit nicht alles ansprechen können, was mir auf der Zunge oder am Herzen liegt. Ihnen kann ich nur sagen: Ganz schön viele unterlassene Taten in fünf Jahren Regierungszeit!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Frau Mundlos noch einmal zu Wort gemeldet. Sie haben noch eine Redezeit von 3:19 Minuten.

## **Heidemarie Mundlos** (CDU):

Frau Janssen-Kucz, ich finde es schon sehr bedauerlich, dass Sie bei diesem Thema Teilbereiche herausgreifen und davon dann auch noch Teile ausblenden. Deshalb will ich noch einmal ausdrücklich betonen: Die Bilanz zur Familien-, Kinder- und Jugendpolitik sowie der gesamte Schutzaspekt können sich durchaus sehen lassen. Ich nenne nur in Stichworten die Kinderschutzkonferenz, die landesweite Arbeit der Familienhebammen, den Kinderschutzleitfaden, die Unterstützung der Stiftung "Eine Chance für Kinder", das Projekt "ProKind", die Koordinierungszentren für Kinderschutz, die Förderung der Gewaltberatungsstellen, die Förderung der aufsuchenden Sozialarbeit gerade auch durch das Programm "Familie mit Zukunft". Von diesem Programm "Familie mit Zukunft" profitieren gerade die Tagesmütter. Das war uns außerordentlich wichtig. Das hat mit "billig" absolut nichts zu tun.

(Zustimmung von Gesine Meißner [FDP])

Denn für unsere Kinder steht selbstverständlich Qualität ganz klar im Vordergrund. Sie muss gewährleistet sein und wird auch gewährleistet.

Zum Stichwort "Hebammen" möchte ich hinzufügen - das muss hier klar gesagt werden und darf nicht ausgeblendet werden -: Die Landesregierung engagiert sich in ganz besonderer Weise und in besonderem Umfang bei der Qualifizierung dieser Hebammen, um Unterstützung zu geben, damit die Aufgaben sachgerecht und zielgerichtet wahrgenommen werden können. Das ist ein Erfolgsprogramm, das kann man überhaupt nicht abstreiten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Zur Jugendarbeitslosigkeit darf ich erwähnen, dass es zahlreiche Projekte gibt, die sehr erfolgreich laufen und im Laufe der letzten vier Jahre immer wieder an die jeweils gegebene Situation angepasst worden sind, damit sie greifen können.

Lassen Sie mich abschließend - auch wenn Sie das jetzt wahrscheinlich wieder etwas ärgert - noch eines anfügen: Neben allen guten Maßnahmen, die im Sozialbereich auf den Weg gebracht worden sind, gibt es auch eine unterstützende Maßnahme aus dem Finanzbereich: Dass die Zahlung von Zinsen für Schulden innerhalb von wenigen Jahren von 7 Millionen Euro pro Tag auf 2,6 Millionen Euro heruntergefahren werden konnte,

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Das ist nicht Ihr Verdienst!)

ist ein großes Verdienst dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Davon profitieren am Ende am allermeisten die Kinder. Davon profitiert unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Christa Elsner-Solar [SPD]: Das sind rot-grüne Bundesbeschlüsse gewesen!)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich jetzt Frau Janssen-Kucz gemeldet. Sie haben eine Redezeit von anderthalb Minuten.

## Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Mundlos, gut, dass die Konjunktur gut läuft.

(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der SPD und von Norbert Böhlke [CDU])

Denn sonst wäre es auch Ihrer Regierung nicht möglich, keine neuen Schulden zu machen.

(David McAllister [CDU]: Gut, dass Sie nicht regieren!)

Ihre Reaktion gerade eben hat doch sehr deutlich gezeigt, dass ich mit meinem Redebeitrag von fünfeinhalb Minuten den Finger in die Wunde der schwarz-gelben Regierung gelegt habe.

Zu den Tagesmüttern: Sie wissen, dass in diesem Bereich in Niedersachsen schon einiges über die Koordinierungsstelle Frau und Beruf auf dem Weg war.

(Gesine Meißner [FDP]: Aber viel zu wenig!)

Aber im Moment passiert Folgendes - ich möchte Sie gerne fragen, ob Sie das wissen -: Es werden neue Parallelstrukturen aufgebaut. Das, was immer im Vordergrund stand - nämlich Qualität und Sozialversicherungspflicht für Frauen -, wird im Zusammenhang mit den neuen Kinderservicebüros mit Füßen getreten. Vielleicht sollten Sie sich einmal darum kümmern.

Noch eine Bemerkung zu den Hebammen. Ich habe gesagt, Qualifizierung und Fortbildung ist ein Weg. Aber noch viel wichtiger ist, wenn man bedenkt, wie viele Hebammen wir schon fortgebildet haben - schauen Sie sich einmal den Bericht der Stiftung "Eine Chance für Kinder" an -, der flächendeckende Einsatz in jedem Landkreis in Niedersachsen, und zwar unabhängig von der Kassenlage der Landkreise, damit wirklich jedes Kind und jede Familie erreicht werden, die erreicht werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Frau Ministerin Ross-Luttmann gemeldet. Sie haben das Wort.

> (Norbert Böhlke [CDU]: Jetzt hört mal gut zu! Klären Sie die mal auf! - Gegenruf von Christa Elsner-Solar [SPD]: Das wird ihr nicht gelingen!)

# **Mechthild Ross-Luttmann**, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gut zugehört, als Sie davon gesprochen haben, was wir angeblich nicht getan haben oder doch getan haben sollen. Ich glaube aber, die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und sprechen für sich.

Im Haushaltsplan 2002 waren im Sozialbereich - allerdings ohne Bau- und Wohnungswesen - 2,2 Milliarden Euro angesetzt. Im Haushaltsplan 2008 schlagen Ausgaben von 3,1 Milliarden Euro zu Buche.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Damit, nämlich mit weit über 600 Millionen Euro mehr, können wir doch belegen, dass wir aktive Sozialpolitik gestalten und die Schwerpunkte dort setzen, wo Menschen die Hilfe konkret benötigen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Im Bereich der freiwilligen Leistungen, meine Damen und Herren, haben wir von 46,4 Millionen Euro in 2002 auf nunmehr 69,1 Millionen Euro aufgestockt.

(Uwe Schwarz [SPD]: Davon nehmen Sie die Hälfte wieder weg!)

Herr Schwarz, das, was Sie immer wieder falsch behaupten, wird nicht dadurch richtiger, dass Sie es immer wieder wiederholen. Ich meine auch, dass das ein falsches Signal für die betroffenen Menschen ist. Diese merken, dass Sie sich überhaupt nicht für sie interessieren.

Sie sagen immer wieder, wir hätten vier Jahre lang eine Nullrunde im Bereich der Eingliederungshilfe gefahren: Das ist aber nachweislich falsch! Sie behaupten das wider besseres Wissen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn wir haben in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Mittel eingesetzt, um diese Nullrunden im Einvernehmen mit den Trägern weitestgehend auszugleichen. Es ist richtige Sozialpolitik, dies mit den Trägern zu machen und nicht ohne oder gegen sie.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Christa Elsner-Solar [SPD])

Im Bereich Pflege, sehr geehrte Frau Elsner-Solar, möchte ich Ihnen Ihre Behauptung widerlegen, die Landkreise drängten die Menschen in Mehrbettzimmer. An zwei Punkten möchte ich das festmachen.

Punkt 1: Sie selbst haben eine Umfrage über alle Landkreise gestartet. Die Ergebnisse dieser Umfrage sprechen für sich und widerlegen Ihre immer wieder wiederholte Behauptung. Ich würde Ihnen dringend raten, diese Umfrageergebnisse einmal zu lesen.

(Beifall bei der CDU)

Punkt 2: In Niedersachsen sind in den letzten Jahren fast 10 000 neue Betten im Altenpflegebereich entstanden, davon sind fast 80 % Einzelzimmer. Wir haben in Niedersachsen ein deutliches Überangebot an Plätzen in der Pflege.

(Christa Elsner-Solar [SPD]: Das können die Kommunen nicht leisten!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme nunmehr zum Sozialhaushalt 2008. Wir haben in den vergangenen Jahren erfolgreich neue Schwerpunkte gesetzt, und wir haben die Schwerpunkte so gesetzt, dass die Mittel, die wir zur Verfügung haben, auch bei den Menschen, die diese Hilfe benötigen, direkt ankommen. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Für die Leistungen für Menschen mit Behinderung stehen 2008 mit rund 1,39 Milliarden Euro 200 Millionen Euro mehr als zu Beginn der Legislaturperiode 2003 zur Verfügung. Es ist sehr erfreulich, dass die Einrichtungsträger hohen Wert auf qualitativ hochwertige Standards der Angebote in ihren Einrichtungen legen. Auch wenn pro Jahr ca. 1 200 bis 1 300 Leistungsberechtigte neu hinzukommen werden, allein dafür wendet das Land 2008 35 Millionen Euro zusätzlich auf.

Ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben ist das erst kürzlich verabschiedete Behindertengleichstellungsgesetz. Es ist ein gutes Gesetz.

(Norbert Böhlke [CDU]: Jawohl!)

Ganz wichtig ist dabei, wie wir uns selbst aktiv zu behinderten Menschen stellen, dass wir selbst sagen, jeder Mensch hat unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten. Wir müssen jedem Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten die Hilfe geben, die ihn fördert. Ich nenne hier beispielsweise das Persönliche Budget, das wir auch gemeinsam mit den Verbänden der Behindertenpolitik zum persönlichen Budget für Arbeit weiterentwickeln wollen.

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich Pflege werden wir weiter an unserer Zielsetzung festhalten, die häusliche Versorgung zu stärken. Wir haben niedrigschwellige Angebote aufgebaut. Wir wollen gerade im ambulanten Bereich sehr viel tun, damit eine Entlastung für Angehörige eintritt. Denn wenn sie einen altersdemen-

ten Menschen zu Hause pflegen, ist es besonders wichtig, dass sie stunden- oder tageweise flexibel entlastet werden können. In diesem Bereich hat es keine Kürzungen gegeben, auch wenn Sie es noch so oft behaupten, Herr Schwarz.

(Uwe Schwarz [SPD]: Kennen Sie Ihren eigenen Haushalt nicht?)

Im Gegenteil setzen wir die Mittel des Bundes eins zu eins um.

(Uwe Schwarz [SPD]: Soll ich Ihnen die Seite nennen?)

- Ja, das wäre sehr gut, Herr Schwarz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bereich Städtebauförderung ist ein zentrales Förderinstrument in Niedersachsen: 50 Millionen Euro im Bund-Länder-Programm, 38 Millionen Euro für den Investitionspakt, 97 Millionen Euro EFRE-Mittel. Zusätzlich zum Investitionspakt werden wir bei der energetischen Gebäudesanierung mit 10 Millionen Euro und 39,9 Millionen Euro Wohnraumförderung Akzente setzen. Ich meine, dass hiermit ein Meilenstein für bessere Investitionen in den Kommunen erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ältere Menschen wollen gern in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Sie wollen zu Hause wohnen. Dabei werden wir sie durch das Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter begleiten. Ältere Menschen brauchen erforderliche Hilfen vor Ort schnell, kompetent, unbürokratisch, flexibel und vor allen Dingen auch liebevoll. Sie brauchen Beratung und Unterstützung bei der Alltagsbewältigung. Deswegen werden wir in Niedersachsen schrittweise Servicebüros für Senioren aufbauen.

Es wurde schon gesagt, dass es uns unendlich wichtig ist, dass Menschen bis zu ihren letzten Stunden in Würde leben können, dass Schwerstkranke nicht alleingelassen werden. Deswegen haben wir die Mittel zur Förderung der palliativmedizinischen Versorgung und der Hospizarbeit nochmals erhöht. Es ist mir besonders wichtig, dass wir hiermit eine Antwort auf Dignitate geben. Wir wollen nicht nur sagen, dass wir die Sterbehilfe ablehnen, sondern wir wollen den verzweifelten Menschen Antworten darauf geben, wie sie ihr Leben in liebevoller Umgebung noch lebenswert gestalten können.

Ich bin stolz darauf, dass wir in den vergangenen Jahren 480 Millionen Euro im Krankenhausbereich ausgeben konnten und in den nächsten Jahren weitere 360 Millionen Euro zur Verfügung stellen können. Das ist eine aktive Sozialpolitik, die wir in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Haushaltberatungen für den heutigen Vormittag.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 21:

Ausschuss für die Wahl der ehrenamtlichen Richter des Senats für Flurbereinigung (Flurbereinigungsgericht) bei dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht - Wahlvorschlag - Drs. 15/4279

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, zu diesem Punkt keine Beratung vorzusehen. Nach § 86 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung kann - wenn kein anwesendes Mitglied des Landtags widerspricht - an die Stelle einer Wahl mit Stimmzetteln eine Wahl durch Handzeichen treten. - Ich höre keinen Widerspruch. Deswegen kommen wir jetzt zur Wahl.

Wer dem Wahlvorschlag in der Drs. 15/4279 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 22:

Einzige (abschließende) Beratung:

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2004 - Drs. 14/3982, 15/1400, 15/2328, 15/3282 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/4300

Die Beschlussempfehlung lautet: Die Landesregierung wird gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, dass auch über diesen Punkt ohne Beratung abgestimmt wird. - Ich höre auch hier keinen Widerspruch und lasse gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 23:

Einzige (abschließende) Beratung:

Domäne Liebenburg, Landkreis Goslar; Veräußerung der Hofstelle und Teilflächen

- Antrag der Landesregierung - Drs. 15/4245 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/4301 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4341

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen lautet auf Zustimmung.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass ohne Beratung über diesen Punkt abgestimmt wird. Im Rahmen der Umverteilung von Redezeiten hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, doch Beratungszeit in Anspruch nehmen zu wollen. Angesichts des nun vorliegenden Änderungsantrages frage ich, ob auch in den anderen Fraktionen der Wunsch nach Redezeit besteht.

(Bernd Althusmann [CDU]: Mal gucken, was er sagt!)

Jetzt hat sich Frau Polat für Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. Sie haben zwei Minuten.

## Filiz Polat (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Ausschuss für Haushalt und Finanzen wurde der Eindruck erweckt, als sei die Drucksache 15/4245 innerhalb der Landesregierung bezüglich einer ausgewogenen denkmalschutzrechtlichen Darstellung abgestimmt worden. Ich verweise hier kurz auf die Begründung unseres Änderungsantrags, welche im Detail die Verfahren bei der Veräußerung von landeseigenen Denkmalen - so auch die Domäne Liebenburg - beschreibt.

Die Hofstelle der Domäne Liebenburg ist laut Auskunft der Außenstelle Braunschweig auf der von der Landesregierung aufgestellten Liste der landeseigenen denkmalgeschützten Gebäude in die Kategorie 1 eingestuft worden. Das heißt, es handelt sich um ein Denkmal, das nicht veräußert werden soll, weil es von herausragender kulturhistorischer Bedeutung für das Land ist. Herr Rolfes hat mich darauf hingewiesen, dass die Landesregierung die Erkenntnis hat, dass es Kategorie 2 ist.

An dieser Stelle möchte ich aber klarstellen, dass wir nichts gegen den Verkauf der landwirtschaftlichen Flächen, also der Ackerflächen und des Grünlandes, haben. So ist es auch in unserem Änderungsantrag dargestellt. Der Verkauf an die Pächter, deren Familien diese Pacht seit hundert Jahren betreiben, ist eine gute Lösung.

Für uns ist es aber wichtig, dass die kulturhistorischen Gebäude mit Rücksicht auf die kulturellen Werte in der Verantwortung und im Besitz des Landes bleiben. Daher beantragen wir die Rücküberweisung des Antrags der Landesregierung an den Ausschuss, um eine angemessene Beratung unter denkmalschutzrechtlichen Aspekten in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalschutz vorzunehmen, das in dieses Verfahren eingebunden werden muss. Wir bitten Sie, unseren Änderungsantrag dann mitzuberaten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Weyberg gemeldet.

## Silke Weyberg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht hier um den Verkauf der Domäne Liebenburg. Es geht aber nicht um die Entlassung der Domäne Liebenburg aus dem Denkmalschutz. Sie steht weiterhin unter Denkmalschutz.

Das Land Niedersachsen kann sehr froh sein, dass wir ein verantwortliches Ehepaar gefunden haben - die Familie bewirtschaftet diese Domäne schon seit Generationen -, das die Domäne nun übernimmt. Ich bin mir ganz sicher, dass diese Familie, die in diesem Denkmal lebt, die Anforderungen des Denkmalschutzes weiterhin hervorragend zum Ausdruck bringen und umsetzen wird.

Ich glaube nicht, dass wir eine Rücküberweisung an den Ausschuss benötigen. An diesem Punkt sieht man ein bisschen den Unterschied zwischen den Grünen und uns. Wir glauben an die Menschen in Niedersachsen. Wir glauben daran, dass sie Denkmalschutz umsetzen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Polat hat zu einer Erwiderung das Wort.

## Filiz Polat (GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Erfindung der Landtagsfraktion der Grünen. Schön wäre es. Die Landesregierung hat sich selbst als Aufgabe und Ziel gesetzt, das kulturhistorische Erbe weiterzuführen. In Niedersachsen sind 132 Baudenkmale in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur und mit dem Landesamt für Denkmalpflege als unveräußerlich katalogisiert worden, weil sie einen hohen Aufwand mit sich bringen. Deshalb hat die Landesregierung diese Domäne bisher im Landesbesitz belassen.

Allein in das Brauhaus dieser Domäne sind 2 Millionen Euro geflossen. Das kann ein privater Träger nicht finanzieren. Es ist für diese kulturhistorischen Gebäude wichtig, dass sie im Landesbesitz bleiben, damit sie für zukünftige Generationen erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Möllring.

## Hartmut Möllring (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Erhaltung eines Denkmals steht nach unserer Auffassung nicht die Eigentümerfrage, sondern der Erhalt des Denkmals im Vordergrund.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang kann ich auf die Antwort der Landesregierung zur Roten Mappe des Niedersächsischen Heimatbundes in diesem Jahr verweisen. Der Heimatbund hatte darin die Veräußerung von Liegenschaften des Landes mit Denkmaleigenschaften aufgegriffen.

In der Antwort der Landesregierung heißt es u. a.: "Bei der gegenwärtigen Haushaltslage muss das Land bei der Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke sein besonderes Augenmerk auf die für die Aufgabenerfüllung zwingend erforderlichen Grundstücke richten." Die Gebäude in Liebenburg gehören eben nicht dazu, weil sie im Moment auch privat genutzt werden; sie sind ja verpachtet. In Liebenburg soll deshalb eine landwirtschaftliche Pächterfamilie Eigentümerin einer historischen Hofanlage werden, die in fünfter Pächtergeneration ihr Engagement für Denkmalschutz landeseigener Gebäude unter Beweis gestellt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Hiervon zeugt u. a. der heute sehr gute Zustand der Gebäude. Dieser Zustand kann im Wesentlichen nur über eine landwirtschaftliche Nutzung erhalten werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Pächterfamilie diese weiterhin landwirtschaftlich nutzt.

Es ist auch zu beachten, dass Erwerber landeseigener denkmalgeschützter Liegenschaften nach den §§ 7 und 9 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes verpflichtet sind, für die Liegenschaften eine Nutzung anzustreben, die ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet. Das tun wir mit dem Verkauf. Hierbei ist es natürlich auch möglich, eine EU-Kofinanzierung zu erhalten. Selbstverständlich werden wir die Pächterfamilie auch in Zukunft nicht

allein lassen, wenn dort Denkmalschutzaspekte berücksichtigt werden müssen.

Sie waren auf das Brauhaus eingegangen. Gerade dabei hat die Pächterfamilie bewiesen, dass sie im Zusammenhang mit den dörflichen Vereinen - in diesem Fall ein Schützenverein - die Nutzung ermöglicht. Das soll auch in Zukunft so sein, weil die Pächterfamilie eine enge Bindung zu diesem Verein hat.

Deshalb bitte ich, der Veräußerung der Hofstelle der Domäne Liebenburg zuzustimmen, wie wir es auch schon in anderen Bereichen gemacht haben. Im Übrigen ist das Denkmal nicht der Kategorie 1, sondern der Kategorie 2 zugeordnet, sodass auch die entsprechende Bemerkung, es sei nicht veräußerbar, nicht zutrifft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Möhrmann. Herr Möhrmann, Sie haben drei Minuten Redezeit.

## Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es scheint ja so zu sein, dass es Vorstellungen gibt, Denkmalschutz sei nur dann gewährleistet, wenn sich das Denkmal im staatlichen oder kommunalen Besitz befindet. Diese Auffassung teilen wir nicht, weil Denkmalschutz eine Aufgabe für alle ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Das Land und die Kommunen helfen häufig auch durch Zuschüsse, um solche Denkmale entsprechend zu unterhalten. Eine Zurücküberweisung in den Ausschuss würde nicht dazu führen, dass man von dem Verkauf Abstand nimmt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Verhandlungen schon seit einigen Jahren laufen und dass man sich jetzt auch in der Frage des Preises mit dem Pächter einig geworden ist. Der Pächter kann sich vorstellen, diesen Preis aufzubringen. Herr Möllring hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass die Hofstelle schon seit mehreren Generationen von dieser Familie genutzt und anscheinend so erhalten wird, dass sie nach wie vor vorzeigbar ist. Auch die örtliche Kommune ist mit dem Preis einverstanden. Auch die örtliche Gemeinschaft, ver-

treten durch den Schützenverein, sieht keine Nachteile.

Von daher meinen wir, dass die Veräußerung heute beschlossen werden sollte; denn wenn wir den Antrag in den Ausschuss zurücküberweisen, würde das dazu führen, dass die Hofstelle erst in der nächsten Legislaturperiode verkauft werden kann. Von daher lehnen wir den Antrag der Grünen ab. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen deswegen zur Abstimmung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zum Verfahren beantragt, den Beratungsgegenstand an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zurückzuüberweisen. Wenn die Mehrheit des Hauses diesem Verfahrensantrag folgt, wird sich der Ausschuss noch einmal mit dem Antrag befassen. Wenn sich die Mehrheit gegen die Rücküberweisung ausspricht, stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Ausschusses ab.

Ich frage also, wer dafür ist, dass dieser Antrag an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zurücküberwiesen wird. Ich bitte um das Handzeichen. -Wer ist dagegen? - Das Letzte war die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zur Beschlussempfehlung. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entfernt sich inhaltlich am weitesten vom Ursprungsantrag. Über den Änderungsantrag ist daher zuerst abzustimmen. Bei seiner Ablehnung wäre dann über die Beschlussempfehlung abzustimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 24:

Einzige (abschließende) Beratung:

Übertragung von Immobilien der ehemaligen Fachhochschule Nordostniedersachsen (vordem Staatsbauschule) ohne Ausgleichsbetrag an die Stadt Buxtehude im Rahmen des Hochschuloptimierungskonzepts - Antrag der Landesregierung - Drs. 15/4247 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/4302

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Zustimmung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch.

Ich lasse abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir gehen jetzt in die Mittagspause und treffen uns hier um 14.30 Uhr wieder.

Unterbrechung der Sitzung: 13.20 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.31 Uhr.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf

noch:

Tagesordnungspunkt 11:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2008 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Kultus - Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Bundesund Europaangelegenheiten und Medien)

Die für den jetzt anstehenden Teil der Haushaltsberatungen verfügbaren Redezeiten der Fraktionen ergeben sich aus der Ihnen vorliegenden Redezeitentabelle. Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass den Fraktionen entgegen der zunächst ausgedruckten Fassung der Redezeitentabelle die folgenden Redezeiten zur Verfügung stehen: CDU 95 Minuten, SPD 95 Minuten, FDP 60:15 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 59:30 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 60 Minuten nicht überschreitet. Ich bitte Sie wiederum, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Bereich Sie sprechen möchten.

Wir kommen nun zum Bereich

## **Kultus**

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Eckel von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

## Ingrid Eckel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Ende der Legislaturperiode möchte ich meine Rede mit einem Dank beginnen, einem Dank an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Kultusministeriums, die für uns immer ansprechbar waren und die uns in unserer Arbeit als Abgeordnete unterstützt haben. Herzlichen Dank ihnen allen im Namen des Arbeitskreises Kultus der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hatte bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes Glück, weil durch den Konjunkturaufschwung die Steuereinnahmen sprudeln und durch die verschiedenen Ministerien verteilt

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das Glück ist mit dem Tüchtigen!)

und feste in Wahlgeschenke investiert werden können. Ich nehme jedenfalls an - das merke ich an Ihren Reaktionen -, dass auch Sie als Regierungsfraktionen dieses Glück so empfinden.

Glück ist - jedenfalls in diesem Fall bin ich ein wenig anderer Meinung -, wenn das gute Ergebnis unverhofft über einen kommt, manchmal eben auch unverdient.

## (Zustimmung bei der SPD)

Genau darauf weist das Gebaren von Herrn Busemann hin. Der Kultusminister wirkt, finde ich, überrumpelt vom Geldsegen, wenn er quasi mit der Streubüchse über seinen Haushalt zieht und da ein Sandhäufchen aufbaut und hier ein paar Sandkörnchen fallen lässt. Glücklicherweise trifft er dabei auch einmal die richtige Stelle.

Aber, Herr Minister, welche Rolle spielt bei Ihrer Geldstreuung eigentlich die Nachhaltigkeit - Nachhaltigkeit in dem Sinne, dass Schule zukunftsfähig wird und zur Zukunftssicherung beiträgt? - Nachhaltigkeit im Kultushaushalt müsste sich darin zeigen, wie es gelingt, vorhandene Potenziale bei Kindern und Jugendlichen zu erschließen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Für die SPD ergibt sich daraus die Verpflichtung, soziale Herkunft und Bildungslaufbahn zu entflechten. Deswegen heißen unsere Schwerpunkte frühkindliche Bildung, individuelle Förderung und langes gemeinsames Lernen.

#### (Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir den jetzt vorgelegten Haushalt ansehe, muss ich feststellen: Was Ihrem Haushalt fehlt, ist das Planmäßige, das zur Erreichung dieses Zieles führt.

Ihre neueste Idee, Herr Minister, ist die Verschiebung des Einschulungsstichtages vom 30. Juni auf den 30. September. Damit wollen Sie wohl möglichst schnell den Auftrag des CDU-Parteitages erfüllen, das Einschulungsalter von 6,7 auf 6 Jahre zu senken - eine Angelegenheit, die unter Umständen - das kann man noch nicht absehen teuer sein kann. Denn die Zahl der Schulanfänger würde in dem betreffenden Schuljahr um 25 % steigen. Der Geldsegen - so sagte ich vorhin schon - verführt eben auch zu Schnellschüssen. Sogar aus den eigenen Reihen ernten Sie Widerspruch. Nach der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung von gestern stellt sich Herr Klare auf die Seite von Grundschulverband, SPD und Grünen. Man höre: Auch er findet eine grundsätzliche Flexibilität bei der Einschulung wichtiger als die Verschiebung von Stichtagen und verweist auf die neue Eingangsstufe.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wer hat ihm das denn eingeflüstert?)

Herr Minister, kurz vor der Wahl machen Sie auch Versprechungen zur Senkung der Klassenfre-

quenzen. Sie ziehen ein Kaninchen nach dem anderen aus dem Hut. Mal sehen, was Ihnen bis zum 27. Januar noch so einfällt!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich war am Montag in Berlin mit dabei, als der Deutsche Schulpreis vergeben wurde. Sie, Herr Busemann, mit strahlendem Gesicht zwischen den Schülern und Schülerinnen der Robert-Bosch-Gesamtschule zu sehen, fand ich, wie ich ehrlich gestehen muss, eher beklemmend, auf jeden Fall peinlich.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Er gewöhnt sich langsam daran, aber das war es dann jetzt auch!)

Für mich war es leichter. Ich konnte mich ja von Herzen freuen. Lassen Sie mich einen Satz aus der Laudatio zitieren. Die Robert-Bosch-Schule, so wurde gesagt, sei ein zweites Zuhause für Kinder aller Schichten und Begabungen.

#### (Zustimmung bei der SPD)

Diese Schule schafft es, individuell zu fördern. Diese Schule schafft es, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen aufzubrechen. Damit erreicht sie Nachhaltigkeit.

Das Recht auf individuelle Förderung ist im Niedersächsischen Schulgesetz festgeschrieben. Aber mit der Umsetzung haben Sie, sehr geehrte Damen und Herren von CDU und FDP, sehr geehrter Herr Minister, ein Problem, spätestens ab Klasse 5. Da steht Ihnen Ihr statischer Begabungsbegriff im Wege, auf dem das gegliederte Schulwesen aufgebaut ist. Natürlich ist auch im gegliederten Schulwesen individuelle Förderung möglich. Das streitet niemand ab. Aber Sie setzen frühzeitig den Deckel auf die Förderung, wenn Sie Kinder zu früh auf Schulformen verteilen.

#### (Zustimmung bei der SPD)

Weil Sie 2003 eine Menge getan haben, um die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu verschlechtern, sitzen die Deckel halt immer fester. Auf diese Weise ist die individuelle Förderung von vornherein beschränkt. Deswegen wird der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungslaufbahn im gegliederten Schulsystem nicht aufgelöst werden können.

Diese Erkenntnis ist die Grundlage für das Bildungskonzept der niedersächsischen SPD, für den Entwurf einer gemeinsamen Schule. Den Finger in

die Wunde zu legen und erfolgreiche Wege zu mehr Nachhaltigkeit und damit zu mehr Chancengleichheit vorzuzeichnen, das ist für uns Sozialdemokraten eine Verpflichtung.

Dass Sie sich nicht in dieser Pflicht der Nachhaltigkeit sehen, ist an dem vorliegenden Haushaltsplan abzulesen. Das fängt schon bei der frühkindlichen Bildung an. Wiederum haben Sie nur 6 Millionen Euro für Sprachförderung im Elementarbereich angesetzt. Die Veränderung des Verteilungsmodus im letzten Jahr macht eine Erhöhung notwendig, die nach der Finanzlage auch möglich wäre. Wir werden die Mittel auf 8 Millionen Euro erhöhen. Von der Sprachförderung profitieren nicht nur, aber vor allem Kinder mit Migrationshintergrund. Für ihre Teilhabe an Bildung wird insgesamt zu wenig getan. Ihre sprachlichen Defizite führen dazu, dass sie in Hauptschulen und vor allem in Förderschulen überrepräsentiert sind, ebenso bei den Schulabbrechern und Jugendlichen ohne Berufsausbildung. Wenn wir der Gefahr sozialer Ausgrenzung und der Entwicklung von Parallelgesellschaften vorbeugen wollen, dann muss Bildungspolitik ihren Anteil an Prävention leisten.

Durch den seit 2006 gültigen Verteilungsmodus haben vor allem Städte mit sozialen Brennpunkten, mit großem Migrantenanteil hohe Einbußen hinnehmen müssen. In Wolfsburg z. B. sanken die Zuschüsse um ein Drittel. Deswegen stockt die SPD in ihrem Änderungsantrag die Mittel für die Sprachförderung im Kindergarten um 2 Millionen Euro auf.

#### (Beifall bei der SPD)

Um Kindern aus einkommensschwachen Familien - dazu gehören weit mehr als die Empfänger von Hartz IV - nicht aus finanziellen Gründen den Zugang zu Bildung zu erschweren, haben wir uns entschlossen, die von Ihnen abgeschaffte Lernmittelfreiheit und die Hausaufgabenhilfe wieder einzuführen.

(Ursula Körtner [CDU]: Lernmittelfreiheit gab es gar nicht!)

Durch die jetzige Regelung der Schulbuchmiete sind in den Schulen Gelder angespart, die wir - so sind wir überzeugt - guten Gewissens für die Lernmittelfreiheit einsetzen können. Das ist Haushaltstechnik. Wichtig ist: Mit uns wird es ab 1. August 2008 Schulbücher für jedes Kind wieder kostenlos geben.

#### (Beifall bei der SPD)

Wir haben im November einen Sozialfonds beantragt, aus dem Schulen Finanzmittel für Schulmaterialien und die Teilnahme am Mittagessen abrufen können, ohne bürokratische Hürden überwinden zu müssen, und haben ihn nun mit 5 Millionen Euro unterlegt. Es gibt inzwischen besonders in den Städten viele Initiativen gegen Kinderarmut. Eine Reihe von Kommunen hat in ihren Haushalten Mittel bereitgestellt, um zu helfen. Auch wir sind der Meinung, dass all dies vorübergehende Maßnahmen sein müssen. Wir alle müssen uns dafür stark machen, dass das wirklich so ist. Es muss uns gelingen, und zwar möglichst, bevor uns der Begriff "arme Kinder" zu leicht über die Lippen kommt.

Sie, Herr Busemann, legen einen Fonds von nur 3 Millionen Euro auf und begrenzen den Zuschuss auf das Mittagessen in Ganztagsschulen. Aber es gibt auch andere Schulen mit Mittagsangeboten. Was machen Sie, wenn eine Ganztagsschule und eine Halbtagsschule in einem Zentrum vereint sind? - Diesen Empfängerkreis und vielleicht auch die Summe insgesamt sollten Sie unbedingt noch einmal überdenken. Halbherzigkeit darf es bei diesem Thema nicht geben.

# (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Ihrem Haushalt sind Mittel für die Eigenverantwortlichen Schulen enthalten. Angesagt waren sie schon für den 1. Januar 2007. Nun soll es ab 2008 endlich die Gesamtbudgets geben. Die Höhe der Mittel, die auch der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte dienen sollen, ist nicht gewaltig. Für Fort- und Weiterbildung sollen gerade mal 5,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

#### (Karl-Heinz Klare [CDU]: Gerade mal!)

Um die Effizienz des Lernens in niedersächsischen Schulen zu stärken, ist das längst nicht genug. Was Ihre Schulpolitik unverwechselbar macht, ist nicht der Mitteleinsatz für Fort- und Weiterbildung, für Förderkonzepte und individuelle Förderung, sondern sie ist von Prüfungen und Kontrollen, Vergleichsarbeiten, Lernstandsberichten und Schulinspektionen gekennzeichnet. Mit dem Aufdecken von Defiziten allein ist aber weder den Schülern und Schülerinnen noch den Lehrkräften geholfen. Damit allein heben Sie bei niemandem die Motivation und die Lernfreude schon gar nicht. Die Rahmenbedingungen für Förderung und bessere Un-

terrichtsqualität verbessern Sie aber auch in diesem Haushalt nicht.

Zu den Rahmenbedingungen für erfolgreiches Lernen gehört auch die Unterrichtsversorgung. Ich möchte Ihnen aus einem Brief vorlesen, den eine Schule an die Eltern geschickt hat. Zu Beginn des Briefes wird darauf verwiesen, dass durch die Erkrankung einer Lehrkraft in den letzten Wochen häufig Unterricht ausfallen musste und sich die Schule intensiv um eine Vertretungskraft bemüht hat. Es heißt dann:

"Die Landesschulbehörde schickte uns Listen mit 182 möglichen Lehrern. Viel Zeit für Telefonate verging, aber letztendlich waren alle Kandidaten schon vergeben. Nach weiteren Gesprächen mit der Landesschulbehörde wurde uns eine weitere Liste mit 56 Bewerbern zugeschickt. Das Ergebnis der Telefonbewerbungen verlief leider ebenfalls negativ. So sind wir gezwungen"

- so endet der Brief -,

"die 26 Stunden mit eigenen Mitteln zu kompensieren. Damit nicht nur einige Klassen vom Unterrichtsausfall betroffen sind, haben wir die Fehlstunden auf alle Klassen verteilt und die Nachmittagsbetreuung am Mittwoch bis Ende Januar gestrichen. Anders ist die Erteilung des Pflichtunterrichts nicht zu bewerkstelligen."

Dieses Stück Schulwirklichkeit spricht für sich. In den letzten Jahren sind in Niedersachsen viele Ganztagsschulen entstanden und sogar mit Lehrerstunden versorgt worden. Die SPD-Fraktion möchte aber auch die neu hinzukommenden Schulen versorgen und die Zahl der Anträge nicht so niedrig begrenzen wie Sie, da sich viele Grundschulen auf den Weg machen.

Zusätzliche Lehrerstunden sind die Voraussetzung, um in einer Ganztagsschule auch Ganztagspädagogik zu verwirklichen. Im Moment verfahren Sie nach dem Modell: Das Land genehmigt, und die Kommune zahlt. Die IZBB-Mittel sind aufgebraucht. Nötige räumliche Veränderungen, Mensen, alles das muss die Kommune zusätzlich zu mehr Reinigungskosten, Hausmeister- und Sekretärinnenstunden wuppen. In unserem Änderungsantrag finden Sie ein zusätzliches Budget für

Ganztagsschulen von 12 Millionen Euro und etwa 9 Millionen Euro für 300 zusätzliche Vertretungslehrer zur Überbrückung von kurzzeitigem Unterrichtsausfall ab 1. August 2008.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss zu einem Kapitel kommen, das in den Haushaltsberatungen immer wieder stiefmütterlich behandelt wird: die an die Schule anschließende Berufsausbildung. Wir haben zu Beginn dieses Jahres einen Antrag mit der Überschrift "Recht auf Ausbildung für Jugendliche" gestellt. Dieser Antrag wurde von den Regierungsfraktionen abgelehnt. Für die SPD aber ist das Vorhaben damit nicht erledigt. Das Auseinanderdriften zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage ist weiter vorhanden, und es ist eklatant. Unser Konzept, um der Ausbildungsmisere zu begegnen, ist keine Fata Morgana, Herr Busemann. Wir wollen das teure Übergangssystem, das sich in den niedersächsischen berufsbildenden Schulen etabliert hat, zurückfahren.

(Zustimmung von Wolfgang Jüttner [SPD] - Ursula Körtner [CDU]: Der Beifall war ein bisschen mager!)

- Bei Ihnen noch mehr. - Deswegen setzen wir 6 Millionen Euro für unser Vorhaben ein, junge Menschen mit der Schaffung von vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen mit Kammerabschluss vor Berufs- und Ausbildungslosigkeit zu bewahren. Dies soll eine vorübergehende Maßnahme sein; das haben wir im ersten Halbjahr ausführlich erläutert. Wir meinen, es ist ein Skandal, junge Menschen in die Perspektivlosigkeit zu entlassen. Unser Ziel ist: Kein Jugendlicher soll eine berufsbildende Schule besuchen, ohne die Chance zu haben, einen Berufsabschluss zu erwerben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist insgesamt unser Ziel: Kein Kind darf verloren gehen.

Herr Busemann, Sie haben vor ein paar Wochen laut darüber nachgedacht, ob Niedersachsen nicht aus PISA aussteigen soll. Mir hat sich der Verdacht aufgedrängt, dass Sie und Ihre konservativen Mitstreiter nicht nur wegen des immer noch mittelmäßigen Abschneidens aussteigen wollen, sondern auch, weil Sie an einer Bildungsgleichheit nicht interessiert sind und an schulischer Auslese festhalten wollen. Gerade in diesem Bereich sind die PISA-Untersuchungen immer wieder ein Stachel in Ihrem Fleisch.

Das gesellschaftliche Ziel, die Fähigkeit eines jeden Kindes zu entwickeln, lässt sich zumindest in Ihrem Haushaltsentwurf nicht erkennen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Kollegin Eckel. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Klare das Wort. Bitte schön!

## Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Haushaltsentwurf spiegelt den hohen Stellenwert wider, den wir der Bildung beimessen. Dies wird an einigen Zahlen ganz deutlich. Auch weiterhin wird es unser zentrales Anliegen bleiben, die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU])

Meine Damen und Herren, dass wir so glücklich aussehen, wie Sie, Frau Eckel, gesagt haben, liegt daran, dass wir Möglichkeiten haben, mit zusätzlichen Mitteln Kinder glücklich zu machen und schulische Bildung zu vermitteln. Deswegen darf man wohl glücklich aussehen, wenn man sich ein solches Ziel vornimmt. Mit dem, was Sie ansonsten alles geunkt haben, hat dies allerdings nichts zu tun.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Kultushaushalt stehen insgesamt 4,4 Milliarden Euro. Der Kultushaushalt hat einen Anteil von 18,34 % an den Gesamtausgaben. Als wir 2003 die Regierung übernommen haben, waren dies 16,1 %; heute sind es 18,34 %. Das heißt, wir haben den Anteil um insgesamt 604 273 000 Euro gesteigert. Das ist eine Zahl, die wirklich anerkennenswert ist. Das ist eine tolle Zahl, die wir gerne nach draußen darstellen.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, unser Land muss im internationalen Wettbewerb bestehen können, dies ist zentral wichtig. Wir brauchen gut ausgebildete junge Menschen. Das ist ein Ziel, das wir uns vorgenommen haben. Dazu gehören junge Menschen, die einen Hochschulabschluss anstreben.

Dazu gehören aber auch diejenigen, die über eine qualifizierte Berufsausbildung ihren Teil für die Entwicklung unserer Gesellschaft tun. Das heißt, wir schielen nicht nach Abiturientenquoten, sondern nach möglichst vielen gut ausgebildeten jungen Menschen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wichtig ist - Sie haben ja auch einige geschichtliche Dinge dargestellt -, was wir vor der Regierungsübernahme 2003 vorgefunden haben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist wichtig!)

Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Das war ein schulpolitischer Scherbenhaufen!

(Zustimmung bei der CDU - Joachim Albrecht [CDU]: Das ist wahr!)

Gerade die Frage, was wir mit den Kindern aus sozial schwachen Familien machen, hat uns von Anfang an umgetrieben. Sie haben 25 % eines Jahrgangs aus den Schulen entlassen, die nicht dazu in der Lage waren, in ihrer Ausbildung bzw. ihrem Beruf ihren Mann oder ihre Frau zu stehen. Das ist eine so dramatisch schlechte Zahl, dass man sich noch heute darüber wundern muss, dass Sie damals im Grunde nichts getan haben.

(Zustimmung bei der CDU - Joachim Albrecht [CDU]: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, der Unterrichtsausfall, über den ich gleich noch reden werde, lag bei real 20 %, an Sonderschulen bei 40 %! Das ist eine Bilanz, die wir übernommen haben, auf die wir reagieren mussten und auf die wir sehr wohl reagiert haben.

(Walter Meinhold [SPD]: Sie können noch ganz andere Zahlen nennen!)

Schauen Sie sich einmal die Lernmittelfreiheit an, die Sie damals gemacht haben. Das war eine bessere Schulbuchausleihe. Den größten Teil mussten die Eltern nämlich selbst bezahlen. In der realen Situation wurden die Bücher bis zu zehnmal umgewälzt. Die Schülerinnen und Schüler hatten schließlich nur noch alte Schwarten in der Hand. Das war Ihre Lernmittelfreiheit! Man kann sie besser machen. Ich glaube, wir haben ein gutes System entwickelt.

Meine Damen und Herren, die Sanierung des Landeshaushaltes war eine der herausragenden Überlegungen, die wir anstellen mussten. Dies ist uns gelungen. Dadurch ist es auch gelungen, eine Reihe von schulpolitischen Maßnahmen in Gang zu setzen. Ich nenne sie einmal stichwortartig: die große Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr, Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen, Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Kindertagesstättenbereich, Stärkung der Grundschulen mit mehr Unterricht - ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern, dass Sie den Grundschulen viele Unterrichtsstunden einfach weggestrichen haben; wir mussten das mit vielen Stunden nachträglich wieder auffüllen und die Unterrichtssituation weiter verbessern -, Dokumentation des persönlichen Lernerfolges für jedes einzelne Kind, Vermittlung von grundlegender Bildung in Deutsch und Mathematik, Schaffung von pädagogisch langfristigen Einheiten mit Abschaffung der Orientierungsstufe - in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien kann wieder langfristig unterrichtet werden -, Hauptschulprofilierungsprogramm, mehr Förderunterricht, Sozialarbeiter an Hauptschulen, Umsetzung neuer Konzepte der Integration, neue berufliche Orientierung an Hauptschulen, Abitur nach der Klasse 12, neue gymnasiale Oberstufe, Ausweitung der Ganztagsangebote, verbindliche Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten, zentrale Abschlussprüfungen, Einrichtung einer Inspektion, Einrichtung von Unterstützungs- und Beratungssystemen, Umsetzung des Konzepts der Eigenverantwortlichen Schule. -Meine Damen und Herren, dahinter verbirgt sich sehr viel Arbeit.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Dahinter verbirgt sich aber vor allen Dingen, dass wir ganz viele qualifizierende Maßnahmen in die Schule gebracht haben. Nach dem, was wir aus den Schulen erfahren haben - dies war auch der Wunsch der Eltern -, ist es dringend notwendig gewesen, endlich wieder Maßnahmen einzuführen, um die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern. Dies war unser Ziel und wird weiter unser Ziel bleiben.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Ich nehme einmal den Bereich der frühkindlichen Bildung - ich sage dies wirklich ohne Hohn oder Ähnliches -: Sie haben damals zwar sehr viel über frühkindliche Bildung geredet,

(Ursula Körtner [CDU]: Aber nichts gemacht!)

aber Sie haben nichts umgesetzt, weil Sie gar keine Haushaltsmittel zur Verfügung hatten!

(Zustimmung bei der CDU - Walter Meinhold [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wer hat denn die Sprachförderung eingeführt?

(Walter Meinhold [SPD]: Wir! Das wissen Sie ganz genau! Sagen Sie die Wahrheit, Herr Klare!)

- Herr Meinhold, die Sprachförderung ist durch diese Landesregierung, durch Minister Bernd Busemann eingeführt worden. Die Sprachförderung gibt es seit einem Jahr. Schon nach einem Jahr können wir große erkennbare Erfolge bei der Sprachförderung verzeichnen. Kinder, die jetzt in die 1. oder 2. Klasse kommen, beherrschen schon Grundsätze der deutschen Sprache. Das ist ein Fortschritt, den man sehen muss.

Es gibt weniger Zurückstellungen. Auch das ist ein Fortschritt, den wir erkennen müssen. Das ist für jedes einzelne Kind, das davon positiv betroffen ist, eine ganz hervorragende Leistung. Das darf man doch einmal anerkennen und sich darüber freuen.

(Zustimmung bei der CDU - Wilhelm Heidemann [CDU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie einmal die Frage des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung. Was jetzt für alle Kindergartenträger gilt, haben wir auf die Reihe gebracht. Sie arbeiten nach den gleichen Bildungszielen. Dies hat es vorher nicht gegeben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist ein Vorbild für andere Länder!)

- Das ist auch ein Vorbild für andere Bundesländer.

Oder nehmen Sie die Frage des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres. Wir haben dafür 120 Millionen Euro eingestellt.

(Walter Meinhold [SPD]: Wer hat es denn gefordert?)

- Genau das ist der Unterschied: Sie haben gefordert und geredet, aber wir haben es umgesetzt.

Genau darauf kommt es an! Die Menschen profitieren jetzt davon.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Meinhold, Sie können noch weiter dazwischenrufen. Ich kann Ihnen sehr klar sagen - dies ist eine gute Botschaft für die Eltern -: Wir werden in der nächsten Wahlperiode auch für das erste und zweite Kindergartenjahr die Beitragsfreiheit für die Eltern einführen. Das ist eine gute Botschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird nicht geredet, sondern es werden praktische Maßnahmen umgesetzt, die den Kindern und den Eltern nützen. Darauf kommt es uns nämlich an - und nicht auf Ihre Zwischenrufe, die wirklich unangemessen sind und nichts taugen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Ihr wusstet noch nicht einmal, wie teuer das ist!)

Oder nehmen Sie die Frage des Brückenjahres. Hier werden qualitätsverbessernde Maßnahmen eingeleitet. Im Moment werden die Mittel ausgezahlt, um gute Projekte zu finanzieren, die in den Landkreisen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden auf die Beine gestellt worden sind. Sie interessiert das vielleicht nicht. Aber die Leute draußen sind an diesen Mitteln interessiert und können tolle Projekte umsetzen. Es kommt darauf an, dass wir diese Projekte in der Praxis umsetzen können.

Frau Eckel, ein Ziel ist es, eine möglichst frühe Einschulung hinzubekommen. Wir liegen jetzt europaweit ganz hinten: Im Alter zwischen sechs und sieben Jahren wird eingeschult. Wir können das verändern, und wir wollen das auch verändern. Die Beispiele in anderen Ländern zeigen, dass das geht. Dies geht über verschiedene Maßnahmen. Natürlich kann man auch den Stichtag verändern; das ist gar keine Frage. Sinnvollerweise muss man aber mehrere Maßnahmen ins Auge fassen, und zwar immer angemessen am Kind orientiert. Man muss eine Einschulung dann vornehmen, wenn die Kinder schulreif sind. Das ist genau das Ziel, das wir alle gemeinsam verfolgen, damit Deutschland nicht immer die ältesten Kinder hat, die eingeschult werden. Dabei kann man sich an den anderen Ländern orientieren.

Oder nehmen Sie die Frage des Ausbaus von Krippenplätzen. Auch das ist richtig auf den Weg

gebracht. Dies wird uns zwar viel Geld kosten, aber es ist sinnvoll. Ich bin der Familienministerin Ursula von der Leyen sehr dankbar für dieses wichtige Projekt, das sie angestoßen und umgesetzt hat, auch was die Finanzierung anbelangt.

Meine Damen und Herren, die Frage, die mich von Anfang an immer bewegt hat, war die Frage - die uns allen auf den Nägeln brennt -: Wie kann man für sozial schwächere Familien die Bildungschancen verbessern? - Auch da haben Sie zwar immer große Sprüche gemacht, aber wenig oder eigentlich gar nichts umgesetzt.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Mit der Schaffung der Einheitsschule werden Sie nicht einen einzigen Schüler in seinen Chancen verbessern, sondern Sie können das nur durch ganz konkrete Maßnahmen machen. Konkrete Maßnahmen bedeutet: mehr Fördermaßnahmen, noch mehr Sprachförderung, inhaltliche Schwerpunktsetzung, Ganztagsunterricht und elternbeitragsfreie Kita-Jahre. Das sind Maßnahmen, die von uns sehr konkret umgesetzt worden sind. Sie werden ihre Wirkung zeigen und zeigen schon jetzt ihre Wirkung.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Ich habe ja vorhin schon aufgelistet, dass wir bereits jetzt gute Ergebnisse aus den Maßnahmen erkennen können, die wir vor drei Jahren eingeleitet haben. Die Kinder haben sich schon fortentwickelt. Die Maßgabe einer Schulpolitik muss doch sein, dass man am einzelnen Kind feststellt, dass es sich weiterentwickelt hat. Wenn Sie den Eindruck erwecken, eine Einheitsschule, eine gemeinsame Schule könne diese Probleme lösen, dann liegen Sie falsch. Das Gegenteil wird eintreten: Die Schwächeren werden ausgegrenzt und verlieren an Selbstwertgefühl. Das ist das Negativste, was man Kindern antun kann.

#### (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Überlegen Sie einmal, was Ihnen Sigmar Gabriel ins Stammbuch geschrieben hat. Er hat eine Untersuchung über die Orientierungsstufe gemacht und genau das festgestellt, was ich gerade gesagt habe: Die Schwächeren leiden, und die Stärkeren werden nicht richtig gefördert. Wenn Sie dann noch Kinder, die in einer Förderschule beschult werden müssen, in eine gemeinsame Schule einschulen wollen, dann werden diese am meisten darunter leiden; das kann ich Ihnen voraussagen.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von Ingrid Eckel [SPD])

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Schattenministerin macht ja weitere Versprechungen; ich weiß nicht, ob Sie das überhaupt registriert haben. Die Verfügungszeit für Erzieherinnen in Kindertagesstätten soll ausgeweitet werden. Außerdem will sie, dass alle Erzieherinnen und Erzieher eine Fachhochschulausbildung haben. Das kann man alles fordern, keine Frage. Aber Sie müssen sagen, wie es bezahlt werden soll. Dazu liegt hier kein einziger Antrag vor. Sie müssen dann auch den Trägern der Einrichtungen sagen, wie sie die Gehälter einstufen müssen: alle Erzieherinnen werden dann nämlich mehr Geld verlangen. Dies sind also auch wieder unausgegorene Überlegungen. Sie sind zwar in Teilen richtig, aber die Finanzierung ist hier nicht gegeben.

Frau Eckel, Sie haben die Ganztagsschule angesprochen. Was diese Landesregierung hier auf den Weg gebracht hat, ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben über 540 Ganztagsschulen in Niedersachsen. Es bleibt eine Mär, wenn Sie sagen, es werde nicht jede Schule aufgenommen. Jeder Schulträger, der einen Antrag auf eine Ganztagsschule stellt, bekommt diese Schulform genehmigt. Sie haben vorhin etwas anderes gesagt. Jede Schule, die bis jetzt Ganztagsschule geworden ist, hat auch Lehrerstunden bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Schulen, die zum 1. August Ganztagsschulen geworden sind, werden am 1. Februar ihre Lehrerstunden bekommen. Das ist heute auch schon klar, und das wissen die Schulen auch.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ein Letztes zum Thema Regierungsübernahme und zusätzliche Lehrerstellen: Als wir die Regierung übernommen haben, herrschte an den Schulen Chaos, was die Unterrichtsversorgung anbelangt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann haben wir 2 500 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Insgesamt haben wir über 15 000 Lehrerinnen und Lehrer neu an die Schulen gebracht. Das ist ein Einstellungsrekord in Niedersachsen. Das darf man registrieren, und man darf sich auch darüber freuen.

(Uwe Harden [SPD]: Bloß dass das keiner merkt!)

- Sie merken es vielleicht nicht, weil Sie ignorant sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mich aber sehr genau daran erinnern, wie Sie die Frage der Lehrereinstellung damals gehandhabt haben. Nach 1994, als die SPD die Regierung allein übernommen hatte, haben Sie im Lande Niedersachsen zwei Jahre lang keinen einzigen Lehrer eingestellt.

(Beifall bei der CDU - Joachim Albrecht [CDU]: Das merkt man heute noch!)

Die restlichen Jahre haben Sie jede zweite Lehrerstelle wieder besetzt. Das ist die Wahrheit; das kann man an den Statistiken und Haushaltsplänen eindeutig darstellen. Das heißt, Sie haben ein Loch geschaffen, an dem wir heute noch zu arbeiten haben.

(Beifall bei der CDU)

Viele Lehrer sind übrigens aus Niedersachsen weggegangen, weil es hier keine Perspektive gab.

Was war dann die Alternative, wie hat man das Loch gefüllt? - Das kann ich Ihnen auch sagen. Sie haben in großem Stil Unterrichtsstunden weggestrichen. 17 Unterrichtsstunden sind von der Klasse 1 bis zur Klasse 10 weggestrichen worden. Sie haben die Arbeitszeit der Lehrkräfte erhöht. Das kann man auch machen. Sagen Sie einmal, ob Sie das wieder wollen oder nicht. Außerdem haben Sie Arbeitszeitkonten eingerichtet. Das Schlimmste aber war, dass Sie die Statistik manipuliert haben. Der sogenannte Gehrke-Erlass - die Fachleute werden ihn noch kennen - hat die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen um 14 % nach oben geschönt. Eine 80-prozentige Unterrichtsversorgung fand sich in der Statistik mit 94 % wieder; in Wahrheit fielen aber 20 % des Unterrichts aus. Das war damals die Realität. So machen wir das aber nicht, meine Damen und Herren.

(Walter Meinhold [SPD]: Das ist die Unwahrheit!)

Jetzt kommen die großen neuen Versprechungen. Über sie haben Sie nicht geredet, Frau Eckel; das hätte ich mir aber gewünscht. Sie haben in Ihrem Programm erklärt, Sie wollten die Klassenober-

grenzen auf 24 Kinder senken. Ich höre jetzt davon nichts, aber es steht in Ihrem Programm, das ich ja lese. Was heißt das denn, 24 Kinder pro Klasse? - Das bedeutet, dass Sie insgesamt 4 657 neue Klassen einrichten müssen. Um das dann mit Unterricht auszufüllen, müssen Sie 6 000 zusätzliche Lehrkräfte einstellen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Hört, hört!)

Das entspricht einem Gegenwert von 270 Millionen Euro. Wo ist der entsprechende Haushaltsantrag, Frau Eckel? Sie haben 200 Lehrer beantragt. Die zweite Frage ist, wo Sie sie eigentlich herbekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie dann Ihre Einheitsschule einführen, brauchen Sie ja irgendeine Grundlage. Als Grundlage müssen Sie das Stundendeputat auf 24,5 Stunden festsetzen; das ist der Durchschnitt an einer KGS. Wenn Sie dies so festlegen, müssten Sie noch einmal 3 406 Lehrer einstellen. Woher bekommen Sie sie, und wie wollen Sie sie bezahlen? - Das macht noch einmal 153,4 Millionen Euro aus.

(Ingrid Eckel [SPD] hält ein Programm der SPD hoch)

- Genau, da steht es.

Meine Damen und Herren, draußen machen Sie den Leuten Versprechungen und sagen ihnen, welche guten Taten Sie machen wollen, aber hier stellen Sie keinen Haushaltsantrag. Das ist nicht ehrlich; damit kommen Sie nicht durch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann geht Ihre Kultusministerkandidatin durchs Land und sagt, sie wolle weitere Sozialarbeiter oder Psychologen einstellen. Ich frage auch hier: Wo ist die Gegenfinanzierung? - Nichts ist vorhanden außer großen Sprüchen und teilweise in die falsche Richtung gehenden politischen Aussagen. Aber eine Gegenfinanzierung ist nicht gegeben. Schade ist das. Das ist unglaubwürdig. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie als Opposition damit bei den Leuten nicht landen werden. Sie wollen nämlich klar wissen, wie etwas funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt der Landesvorsitzende, Herr Duin, der noch eine etwas andere Auffassung als die hat, die Sie hier vorgetragen haben. Herr Duin sagt Folgendes: Das Land muss Lehrerstunden zur Verfügung stellen. Allerdings werden nicht unbedingt mehr Lehrer eingestellt. Wir müssen im Falle eines Wahlsieges erst einmal einen Kassensturz machen und sehen, was überhaupt finanziert werden kann. - Herr Duin will keine Lehrer einstellen, um es einmal klar zu sagen, und Sie machen hier großartige Versprechungen. Das passt nicht zusammen, das funktioniert nicht, das ist unglaubwürdig.

(Joachim Albrecht [CDU]: Doppelzüngig!)

- Und es ist doppelzüngig.

Ich kann auch Herrn Jüttner verstehen, warum er keinen Schattenfinanzminister aufgestellt hat. Dieses Chaos bekommt kein Mensch zusammen.

(Beifall bei der CDU - Joachim Albrecht [CDU]: Der braucht einen Schuldenminister!)

Meine Damen und Herren, in dieser Frage kann ich Ihnen eine gute Botschaft übermitteln.

(Uwe Harden [SPD]: Wollt ihr aufhören?)

Wir werden Folgendes machen: Wir werden 400 Lehrer jeweils im System lassen, obwohl die Schülerzahl Jahr für Jahr um etwa 13 000 sinkt. Rechnet man dies über einige Jahre zusammen, dann werden dadurch etwa 2 800 Lehrer zur Verfügung stehen. Diese werden wir zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts einsetzen,

(Uwe Harden [SPD]: Noch mehr Qualität? Das ist ja nicht auszuhalten!)

möglicherweise für kleinere Klassen. Diese Botschaft können wir den Leuten darstellen, weil diese Maßnahme finanziert ist. Es geht um Qualitätsverbesserungen; darauf kommt es insgesamt an.

Beim gemeinsamen Projekt Eigenverantwortliche Schule werden wir die Finanzierung weiterhin sichern, wie wir es auch bis jetzt schon gemacht haben. Das heißt, die Schulleiter werden entlastet. Dafür sind sie dankbar, wie wir gehört haben. Wir werden den Schulen ein Budget zur Verfügung stellen: 5,6 Millionen Euro zusätzlich zur freien Verfügung dieser Schulen, damit sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lehrerfortbildung organisieren oder andere als Lehrer beschäftigen können. Hier

ist eine Vielfalt von Möglichkeit gegeben. Dieses Budget steht ab 1. Januar den Schulen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, das alles sind gute Botschaften, wie ich finde. Mit diesen guten Botschaften werden wir Eltern davon überzeugen können, dass unsere Politik fortgesetzt werden sollte. Wir wollen Vielfalt im Schulsystem organisieren, den Eltern die Möglichkeit geben, die Kinder auf alle Schulen zu schicken, die sie wünschen. Das ist unser Credo. Wir sagen: Es wird mehr Schulen geben, es wird auch die eine oder andere weitere Gesamtschule geben; aber es muss die Vielfalt im Schulsystem bestehen bleiben. Darauf kommt es an.

Herr Jüttner, ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie diese gemeinsame Schule einführen wollen - Herr Jüttner ist gerade nicht anwesend; das macht aber nichts -, dann wird dies dazu führen - genau dies steht im Programm -, dass es in Niedersachsen eine gemeinsame Schule für alle gibt, aber keine Gymnasien, keine Realschulen, keine Hauptschulen, keine Förderschulen und keine Kooperativen Gesamtschulen mehr geben wird. Genau das ist Ihr Ziel. Wenn Sie dieses Ziel umsetzen wollen, dann geben Sie einen Konsens auf, der über 60 Jahre in Niedersachsen gewachsen ist, und machen Sie eine Schulpolitik zulasten der Schwächsten in unserem Lande und zulasten der Schulträger. Das werden wir nicht mitmachen.

## (Beifall bei der CDU)

Ich kann Sie nur auffordern, den gesellschaftspolitischen Konsens, den wir über 60 Jahre in Niedersachsen hatten, nicht zu gefährden. Was Sie da machen, ist wirklich eine schlimme Perspektive. Wir können nur hoffen, dass Sie keine Möglichkeit haben, jemals dieses komische Konzept umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird Vertrauen zerstört, es wird Unruhe verbreitet. Das ist das Schlimmste, was wir in dieser Phase unseren Schulen antun können.

(Uwe Harden [SPD]: Die rote Lampe leuchtet schon! - Bernd Althusmann [CDU]: Hier!)

Wir werden auch weiterhin eine konsequente Politik zugunsten unserer Schüler machen. Wir können

nur darum bitten, dass Sie in dieser Frage mitmachen. Richten Sie kein Chaos in der Schulpolitik an.

(Walter Meinhold [SPD] hält eine Tageszeitung mit dem Titelbild "Setzen, 6" hoch)

sondern entwickeln Sie mit uns neue Konzepte für qualitätsfördernde Maßnahmen. Wir sind auf einem guten Weg, den wir zugunsten unserer Schülerinnen und Schüler weiter beschreiten werden.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Klare. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Hartmann für eine Kurzintervention das Wort. Bitte schön!

# Swantje Hartmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Klare, an einer Stelle bedarf es, glaube ich, einer Richtigstellung oder - mit Ihrem Namen gesprochen - einer Klarstellung. Sie haben hier eben vor dem Parlament erklärt, dass jede Schule in Niedersachsen, die beantragt, eine Ganztagsschule zu werden, auch eine Ganztagsschule werden kann. Das ist so nicht richtig. Ich kann Ihnen aus meinem Wahlkreis Delmenhorst berichten, dass wir eine Schule haben, die schon vor einiger Zeit beantragt hat, Ganztagsschule zu werden. Das ist abgelehnt worden, wie es bei vielen anderen Schulen in Niedersachsen auch abgelehnt worden ist. Es zählt ja nicht der Name "Ganztagsschule", sondern es zählt der Inhalt, ob es auch wirklich eine Ganztagsschule ist. Das hat etwas mit der Personal- und Sachmittelausstattung zu tun.

(Bernd Althusmann [CDU]: Liebe Frau Hartmann, Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Herr Klare, Sie haben hier die Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Herr Klare, Sie können antworten. Bitte schön!

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Eine Klarstellung, Herr Klare!)

# Karl-Heinz Klare (CDU):

Ich will das gerne klarstellen, wenn Sie das so schön formulieren. - Keine Schule, die entsprechend dem Erlass einen Antrag stellt, erfährt eine Ablehnung. Entsprechend dem Erlass heißt: Am Anfang muss man nach den einschlägigen Vorschriften erklären, dass man auf Lehrerstunden verzichtet. Die Anträge all der Schulen, die das tun, werden genehmigt. Ergänzend füge ich hinzu, dass alle Schulen, deren Antrag genehmigt wurde, entweder ein Jahr später oder ein halbes Jahr später auch die entsprechenden Lehrerstunden bekommen haben. Das kann ich garantieren. Das ist im Haushalt auch abgesichert. Ich wiederhole die Aussage noch einmal: Alle Schulen, die Ganztagsschulen geworden sind, werden am 1. Februar zusätzliche Lehrerstunden erhalten, auch diejenigen, die am 1. August 2007, also erst vor kurzem, Ganztagsschulen geworden sind.

(Bernd Althusmann [CDU]: Können Sie noch einmal wiederholen, wie viele Ganztagsschulen es früher gab?)

- Ich will das gerne wiederholen, damit das klar ist. Als wir die Regierung übernommen haben, waren es 114. Unter diesen waren die Integrierten Gesamtschulen toll, großartig ausgestattet, und die anderen Schulen haben in die Röhre geguckt. Heute haben wir 540 Ganztagsschulen, alle mit Lehrerstunden ausgestattet, also mit einem qualitätsvollen Angebot auch am Nachmittag.

(Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Korter das Wort.

## Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich mache es etwas kürzer. Für Herrn Busemann ist es in diesem Jahr ein besonderes Vergnügen, den Haushaltsplan für den Kultusbereich zu vertreten. Das hat er bei der Einbringung gesagt. Herr Busemann, wenn ich mir Ihren Kultushaushalt ansehe, muss ich feststellen: So groß scheint Ihr Ehrgeiz nicht zu sein. Es ist eine magere Bilanz, die Sie uns am Ende Ihrer Amtszeit präsentieren müssen.

Sie sind mit zwei großen Versprechungen angetreten: mit dem Versprechen der Einführung einer

Unterrichtsgarantie und mit dem Versprechen der Modernisierung unseres Bildungssystems. Mit beiden Versprechungen sind Sie grandios gescheitert

(David McAllister [CDU]: Das haben wir genau umgesetzt! - Reinhold Coenen [CDU]: Grandioser Erfolg!)

Die Klassen in Niedersachsen sind so voll wie seit 20 Jahren nicht mehr. In vielen Klassen herrscht beklemmende Enge. Wie wollen Sie da individuelle Förderung oder gar bewegte Schule realisieren? Überall fällt Unterricht aus. Von einer Unterrichtsgarantie reden Sie schon lange nicht mehr. Die Eltern haben inzwischen eine Volksinitiative gestartet, um Ihnen etwas auf die Beine zu helfen.

Zum Ende Ihrer Amtszeit verteilen Sie lieber noch ein paar Wahlgeschenke, damit es nicht ganz so peinlich wird. Sie verzichten auf die von Ihnen wegen des Rückgangs der Schülerzahlen eigentlich geplante Streichung von 400 Lehrerstellen, damit der Druck herausgenommen wird.

(Joachim Albrecht [CDU]: Aber zum wiederholten Male, nicht zum ersten Mal!)

Der Verzicht auf eine Kürzung ist für Sie schon ein Erfolg. Das ist Ihr Prinzip.

Für die Jahre ab 2009 steht weiterhin der Abbau der Lehrerstellen in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung. Die Unterrichtsversorgung wird aber auch schon 2008 weiter absacken, denn Sie brauchen fast 1 000 Stellen, um die in den vergangenen Jahren geleistete Mehrarbeit in den Arbeitszeitkonten ausgleichen zu können. Wo haben Sie eigentlich diese 1 000 Stellen in Ihrer Planung?

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist doch schon mit eingerechnet!)

Trotzdem ziehen Sie durch das Land und versprechen, dass Sie nach der Wahl die Klassenobergrenzen wieder absenken, die Sie vor ein paar Jahren selbst drastisch angehoben haben. Wie Sie dieses Versprechen einlösen wollen, bleibt wohl Ihr Geheimnis. Herr Busemann, vermutlich wird das aber sowieso jemand anders machen.

(David McAllister [CDU]: Sie auf jeden Fall nicht!)

Die rote Laterne in Sachen Krippenplätze kratzt Sie seit Jahren nicht. Sie reden vom wichtigen frühkindlichen Bereich und warten bei der U-3-Betreuung auf Ursula. Im letzten Moment lösten Sie das vier Jahre lang nicht gehaltene Versprechen eines kostenfreien letzten Kita-Jahres ein. Dafür versprechen Sie als Ankündigungsminister vor der Landtagswahl aber schon einmal zwei weitere kostenfreie Jahre.

(David McAllister [CDU]: Das steht bei uns im Wahlprogramm!)

Dafür wird in der Mipla aber kein Cent vorgesehen. Herr McAllister, sagen Sie doch einmal, wie Sie das finanzieren wollen.

(David McAllister [CDU]: Das werden wir alles hinkriegen!)

Sie haben versprochen, den Bildungsauftrag der Kitas zu stärken, aber zu mehr als einem unverbindlichen Bildungsplan hat es bei Ihnen nicht gereicht.

(Zuruf von Joachim Albrecht [CDU])

- Herr Albrecht, Sie haben letztes Mal schon siebenmal dazwischen gerufen, als ich geredet habe. Melden Sie sich doch zu Wort!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was die Verbesserung der Ausbildung der Kita-Erzieherinnen angeht, so ist bei Ihnen Fehlanzeige festzustellen. Verbesserung des Qualitätsmanagements in der Kita - ebenfalls Fehlanzeige. Was die Verbesserung der Sprachförderung in den Kindertagesstätten angeht, so weigern Sie sich noch immer, die Sprachförderung

(Bernd Althusmann [CDU]: Wann waren Sie das letzte Mal in einer Kindertagesstätte?)

- hören Sie doch erst einmal zu; Sie wissen doch gar nicht, was ich sagen will - vollständig in den Kindertagesstätten durch gut ausgebildete Erzieherinnen durchführen zu lassen. Es ist doch ineffizient, die Kinder einzeln aus den Kindergärten herauszunehmen, zwei oder drei Stunden zur Schule zu schicken und dann wieder zurück in den Kindergarten zu schicken. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Sie kennen den Erlass! Darin steht, dass die Lehrer in die Kindertagesstätten kommen sollen!)

In ganz Hannover haben die Erzieherinnen Ihnen das erzählt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Sie kennen den Erlass nicht!)

- Ich kenne ihn besser als Sie, Herr Albrecht. - Die drängendsten Probleme, z. B. soziale Auslese durch unser Schulsystem, Benachteiligung von Kindern aus armen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund, die mangelnde Integration behinderter Kinder, haben Sie durch Ihre Schulpolitik verschärft, anstatt sie zu lösen.

Sie halten weiter an Ihrem System fest, das auf frühe Trennung statt auf Leistungsförderung durch integratives Lernen setzt. Es ist ein System, das von den Eltern in Niedersachsen immer mehr abgewählt wird.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Von welchen Eltern denn? Die kriegen doch ihre Schulen!)

- Es wird abgewählt, wie die Hauptschulen von den Eltern abgewählt werden. Herr Klare, schauen Sie sich doch einmal die Anmeldezahlen an. Sie wissen doch, wovon ich rede. - Dem Kultusminister fällt nichts anderes ein, als weiter auf sein bereits gescheitertes Hauptschulprofilierungsprogramm zu setzen. Nehmen wir das Beispiel der Ganztagsschulen. Ganztagsschulen werden immer mehr nachgefragt.

(David McAllister [CDU]: Die Zahl wurde verdreifacht!)

Der Minister hat das Geld des Bundes aber schon allzu großzügig verteilt. Die IZBB-Mittel sind nämlich schon verteilt. Es war ja nicht sein Geld. Die IZBB-Mittel sind doch Bundesmittel und kommunale Mittel. Sie haben nichts dazugetan.

(Joachim Albrecht [CDU]: Was sollten wir damit machen?)

- Stundenkontingente für die Schulen. Das Personal muss das Land finanzieren. - Während ein besonders großer Geldbrocken in die Heimatgemeinde des Ministers in Dörpen ging, gingen viele andere Schulen leer aus. Jetzt ist für den Bau von Mensen und die Einrichtung von Mittagstischen an Grundschulen oder an Gymnasien, wo durch das Abitur nach Klasse 12 längst Nachmittagsunterricht

- aber ohne Mittagessen - stattfindet, nichts mehr da.

Die Landesregierung kommt aber nicht auf die Idee, das erfolgreiche Investitionsprogramm der rot-grünen Bundesregierung mit eigenen Initiativen fortzusetzen. Ich nenne das fantasielos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lernmittelfreiheit und die Hausaufgabenhilfe haben Sie abgeschafft.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie haben einen tollen Antrag gestellt!)

Auf das Problem der zunehmenden Kinderarmut mussten wir Sie immer wieder mit der Nase stoßen. Dass Kinder in der Schule vom Mittagessen abgemeldet werden, dass sie das teure Schulmaterial oder die Busfahrkarte in der Oberstufe nicht bezahlen können - all das hat Sie lange Zeit überhaupt nicht interessiert. Jetzt sind Sie aber pressewirksam mit unserer Forderung nach einem Sozialfonds aufgetreten und haben dies als Ihr Programm verkauft, allerdings nur was das Mittagessen betrifft. Ich sage Ihnen, das wird nicht reichen. Sie müssen sich auch um die Schülerbeförderung in der Oberstufe kümmern.

Die Eigenverantwortliche Schule ist an den Start gegangen, aber so gut wie ohne Unterstützung und ohne ausreichende Mittel, um die dringend nötige Akzeptanz, ich will sogar sagen: Begeisterung für dieses Reformprojekt zu schaffen. Was haben Sie noch so prahlerisch erklärt, Herr Busemann, als wir unseren Entschließungsantrag für eine umfassende Qualifizierungsoffensive mit einem Ansatz von 15 Millionen Euro hier im Landtag eingebracht haben? - Wir würden uns noch genierlich in die Ecke stellen, hat Herr Busemann erzählt. Und was hat die Kollegin aus Lüchow-Dannenberg mit ihrer scharfzüngigen Art unseren Vorschlag weit von sich gewiesen - bis nach Hitzacker wahrscheinlich! Bei der Summe von ganzen 3,6 Millionen Euro für die Fortbildung, die Sie, Herr Busemann, anfangs vorgesehen hatten, war das bei uns mit dem Genieren nicht so schlimm. Jetzt hat die CDU-Fraktion auch noch ein paar Euro draufgelegt. Das soll jetzt alles gewesen sein?

Herr Busemann, Ihre eigene Schulinspektion sagt Ihnen, dass es in Ihren Schulen - ganz besonders in den Gymnasien - massive Probleme mit der Unterrichtsqualität gibt. Sie aber halten diesen Bericht unter dem Deckel, statt schleunigst mit passgenauen Konzepten für die Fortbildung und die Beratung und mit einer Qualitätsoffensive zu kommen und so für eine Verbesserung des Unterrichts zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Budgets für die Eigenverantwortliche Schule sind zusammengestrickte Ansätze aus lauter bereits bestehenden Positionen, ein bisschen aufgestockt.

Wir haben in unserem Haushaltsantrag einen ganz anderen Betrag vorgesehen. Damit wir im nächsten Schuljahr die Umsetzung der neuen gemeinsamen Schule beginnen können - mit deutlich mehr Ressourcen für die Verbesserung des Unterrichts, in echten Ganztagsschulen und mit kleineren Klassen -, haben wir insgesamt 32,5 Millionen für die Budgets der Eigenverantwortlichen Schule mehr angesetzt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Ihr müsst noch eine Null dahinter hängen, damit das reicht!)

Herr Busemann, fahren Sie in Zukunft gern weiter mit einem offenen Wagen durchs Land und merken weiter nichts; im Winter vielleicht besser mit Mütze. Denn für Ihre Schulpolitik ist der TÜV am 27. Januar abgelaufen, und eine Nachinspektion erscheint uns aussichtslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hilft eigentlich nur noch eins: Stilllegen. - Ich möchte Ihnen deshalb heute im Namen meiner Fraktion den Inspektionsbericht für Ihre Schulpolitik überreichen. Er ist an die Schulinspektion angelehnt, die Sie den Schulen ia auch überreicht haben. Individuell fördernder Unterricht: Soziale Chancengerechtigkeit: schwach. - Effiziente Verwendung der Ganztagsschulmittel: schwach. - Achtung des Elternwillens: schwach. - Klassengrößen: schwach. - Unterrichtsversorgung: schwach. - Gesamtbewertung: schwach. - Wegen gravierender Mängel kann eine Fortführung der Schulpolitik von 2003 bis 2007 nicht empfohlen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Korter. - Zu einer Kurzintervention hat jetzt Frau Kollegin Körtner das Wort.

# Ursula Körtner (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegin Korter, ich möchte Ihnen ganz kurz einmal die Lebenswirklichkeit vor Augen führen und Ihre Behauptung zur Sprachförderung durch die schulische Wirklichkeit richtigstellen; denn die Sprachförderung ist im Schulgesetz verankert. Wir haben sie auch finanziell abgesichert. Im Juni dieses Jahres fand in den 3. Klassen der zentrale Deutschtest statt. Dort sitzen die Kinder, die die Sprachförderung genossen haben. Wir haben wirklich außerordentlich erfreuliche Situationen vorgefunden. Darüber sollten wir uns alle freuen. 89 % der Kinder mit Migrationshintergrund haben durch diese schulische Sprachförderung, auch die vorschulische Sprachförderung, die gleiche schulische Leistung in Deutsch erzielt wie die deutschen Kinder.

Nun könnte man sagen: Das Niveau ist vielleicht ein bisschen abgesenkt. - Nein! Früher haben die Kinder mit "befriedigend" bis "gut" abgeschnitten. Jetzt haben die Kinder mit "gut" bis "sehr gut" abgeschnitten. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Sie zeichnen hier aber immer noch ein sehr unredliches Zerrbild, weil Sie die Fakten nicht richtig bringen, weil Sie Zusammenhänge weglassen und weil Sie auch mit falschen Zahlen operieren. Das ist unredlich und bringt uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen sagen, das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr - - -

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Es tut mir leid, dass Sie das jetzt nicht mehr sagen können. Ihre Redezeit ist abgelaufen. - Frau Korter, Sie haben jetzt die Möglichkeit, zu antworten. Bitte schön!

## Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz einfach: Wenn Sie sich in den Kitas in Hannover einmal umgehört hätten, dann wüssten Sie jetzt, dass die sich über genau diese Form der Sprachförderung beschweren und dass die Kinder aus den Kitas rausgenommen und von Grundschullehrerinnen zum Teil auch an anderer Stelle extra gefördert werden. Das ist ineffizient. Das muss in den Kindertagesstätten passieren, damit der Betrieb nicht gestört wird.

Das wollen Sie aber nicht wahrhaben. Das ist aber ganz logisch; denn Sie haben auch vorher schon unsere vernünftigen Vorschläge nicht wahrhaben wollen. Ich glaube, das reicht. Gehen Sie einfach einmal hin in die Kitas, und gucken Sie sich dort an, was dort passiert. Dann wissen Sie auch, worüber ich gesprochen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Busemann zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

#### Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier so manchen Debattenbeitrag höre, denke ich immer an etwas, was wir "Niveauanspruch" nennen. Daneben gibt es aber auch bestimmte Peinlichkeitsgrenzen. Manchmal scheint beides aber nicht miteinander zu koordinieren zu sein. Das, was wir eben von Ihnen, Frau Kollegin Korter, gehört haben, war bar jeder zahlenmäßigen Wirklichkeit. Das halte ich für völlig daneben.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen hier seriös diskutieren. Man kann hier und dort natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Sie aber suchen sich aus dem Nirwana bestimmte Verhältnisse und Zahlen herbei, um dann über alles herzufallen. Ich verstehe es manchmal nicht. Wir wollen hier doch auch eine gewisse Debattenkultur miteinander pflegen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Eckel hatte ja beinahe schon Mühe, noch Kritisches in Richtung Kultusminister zu artikulieren. Der Haushalt sei ein Glücksfall - oder so ähnlich -, hat sie gesagt. Sie machte sich Sorgen um die Nachhaltigkeit. - Meine Damen und Herren, wenn das hier so bleibt, werden wir das mit der Nachhaltigkeit in den nächsten Jahren schon hinkriegen.

Wenn es denn aber ein Glücksfall ist, verstehe ich nicht, dass die sozusagen andere Stimme der Opposition hier die absolute Katastrophe an die Wand malt und die Dinge offenbar nicht wahrhaben will. Das wundert mich schon, und ich finde es schade, dass wir heute trotz eines Etats, für den ich Jahr für Jahr kämpfen musste und der eigentlich gut da steht, so sehr auseinanderfallen - zu-

mindest, was die Zahlen anbelangt. Über das eine oder andere wird aber noch miteinander zu reden sein.

Ich weiß nicht, ob Sie sich angesichts der Vielzahl der einzelnen Positionen einmal die Mühe gemacht haben, die Gesamtsumme des Kultushaushalts 2008 zu betrachten. Das sind 4,401 Milliarden Euro, 18,4 % des Gesamtetats. Meine Damen und Herren, der letzte Kultusetat unter Herrn Gabriel im Jahr 2003 wies noch eine Gesamtsumme von nur 3,8 Milliarden Euro aus; das waren 16,5 % des Gesamtetats. Das sind zwei Prozentpunkte Unterschied. Wir geben heute allein für den Kultusbereich 0,5 Milliarden Euro mehr aus, als Sie das getan haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist nicht nur der Bereich Kita, das ist nicht nur der Bereich IZBB. Das ist alles zusammen. Das sind 2 500 zusätzliche Lehrerstellen usw. Wie Sie diese 0,5 Milliarden Euro intellektuell einfach so ausblenden können, verstehe ich nicht. Das sind wirklich beachtliche Zahlen in schwieriger Zeit. Deshalb kann ich nur sagen: Alle Achtung, dass wir das miteinander hinbekommen haben. Das muss ja auch von der Finanzpolitik entsprechend dargestellt werden; die Sparpolitik muss ja trotzdem durchgetragen werden.

Ein großer Teil dessen, was jetzt zusätzlich für die Bildung getan wird, entfällt auf das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. Das sind 120 Millionen Euro, das ist nicht mal so nebenbei zu machen. Frau Eckel, Ihre Sorge ist unbegründet. Wir haben nicht ohne Grund ein bisschen gewartet. Wir haben nämlich gesagt: Wenn wir es beginnen, dann werden wir es auch kontinuierlich fortsetzen, damit wir im Jahr 2009 den Leuten das nicht wieder wegnehmen müssen. Wenn wir das starten, dann ziehen wir das auch durch.

Sie wissen, dass wir - das steht so auf unserer Agenda - auch den ersten und den zweiten Jahrgang noch beitragsfrei stellen wollen. Das halte ich auch für seriöse Politik.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das steht aber nicht in Ihrem Wahlprogramm!)

- In unserem Wahlprogramm steht das drin. Welche Fassung haben Sie denn gelesen?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die letzte, die gültige! Das steht bei Ihnen nicht

darin! - Joachim Albrecht [CDU]: Da hat der Drucker an der Passage gestreikt!)

- Glauben Sie mir trotzdem, dass wir das auf der Agenda haben, Herr Kollege Jüttner. - Soviel zum Bereich der Kindertagesstätten.

Die Finanzhilfe für die Kitas, die schon immer gewährt wurde und auch weiterhin gewährt wird - 20 % der Personalkosten -, beläuft sich zurzeit auf 166 Millionen Euro jährlich. Rechnen Sie einmal zusammen: 120 Millionen Euro plus 166 Millionen Euro - ein Riesenbetrag, der Jahr für Jahr in die Kitas eingespeist wird. Das ist auch gut so.

Wir alle sind auch miteinander unterwegs, um im Krippenbereich noch einiges zu machen. Ab 1. Januar kommen die ersten Gelder des Bundes in Höhe von 214 Millionen Euro. Folgebeträge werden entsprechend kommen. Schließlich sollten Sie würdigen, dass wir unseren Eigenanteil in Höhe von 10 % - ab 2008 sind das 37 Millionen Euro erbringen müssen. Auch dies sind Beträge, die erst einmal genannt werden müssen. Man muss aber sagen: Gut, dass wir das machen. - Ich muss sehen, dass wir alle miteinander - die Kommunen sind da auch anzugucken - in den Jahren die 35 % schaffen. Ich finde, das ist eine tolle Bewegung. Die kostet Kraft. Diese Kraft will aber auch gewürdigt und zusammen erbracht werden. Diese Miesmacherei jedenfalls passt überhaupt nicht dazu.

(Beifall bei der CDU)

So ganz nebenbei darf ich auch einmal Einzelschritte erwähnen, die wir in den letzten Jahren schon für die Kitas gemacht haben. Vor zwei Jahren beispielsweise das 100-Millionen-Programm, an dem der Kultusminister mit 20 Millionen Euro - 5 Millionen pro Jahr - beteiligt ist. "Brückenjahr" ist das Stichwort. 250 Modell-Kitas arbeiten schon oder sind in der Genehmigungsphase. Im nächsten Jahr kommen vielleicht noch 250 weitere dazu. Das zeigt Wirkung im Lande. Sie müssen einmal in die Kitas gehen und sehen, wie da diskutiert und gearbeitet wird und wie dort Sprachförderung gemacht wird. Da gibt es eine große Begeisterung. Nun können wir hier im Land frühkindliche Bildung organisieren. Das war früher nicht möglich.

(Beifall bei der CDU)

Die Erfolge der Sprachförderung habe ich bei anderer Gelegenheit schon beschreiben dürfen. Im

Frühling dieses Jahres gab es in den 3. Klassen der Grundschulen den Deutschtest.

(Ursula Körtner [CDU]: In allen Grundschulen!)

Die Kinder dieses Jahrgangs waren die ersten, die nach dem Regierungswechsel schon vor der Einschulung Sprachförderung erfahren haben. Wir hatten signifikant bessere Ergebnisse. Die 15 Millionen Euro, die wir jährlich für fast 300 Vollzeitlehrerstellen ausgeben, sind gut angelegtes Geld, das nun auch Wirkung zeigt. Wenn Sie nun sagen, statt 6 Millionen Euro müssten im Haushalt besser 8 Millionen Euro stehen, dann ist das doch eher eine Marginalie. Wenn das nach unserer Meinung zwingend erforderlich wäre, um erfolgreich sein, dann würde das nicht am Geld scheitern. Aber wir denken, dass wir so, wie wir es insgesamt organisiert haben, mit den Beträgen auskommen.

Weil es an verschiedenen Stellen anklang, will ich Ihnen noch einen Hinweis geben: Erfolg ist immer über einzelne Maßnahmen zu organisieren. Mit einer abstrakten Schulstrukturdebatte darüber, wie toll das mit der gemeinsamen Schule ist, bewegen Sie gar nichts. IGLU widerlegt das, PISA ebenso, und auch das tatsächliche Wahrnehmungsvermögen widerlegt das. Mit Schulstrukturdebatten und Forderungen nach einem Systemwechsel im Lande ist nichts gewonnen. Im Grunde genommen geht es immer um die einzelnen Maßnahmen, die gemacht sein wollen.

#### **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herr Kollege Busemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## Bernhard Busemann, Kultusminister:

Keine Zwischenfragen, sonst wird es zu lang.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Es wird auch ohne Zwischenfrage zu lang! Da bin ich ganz sicher!)

- Warten Sie mal ab, Herr Kollege Jüttner.

Meine Damen und Herren, wir haben im Lande Niedersachsen zurzeit 84 000 aktive Lehrerinnen und Lehrer. So viele Lehrerinnen und Lehrer hat es in der Geschichte des Landes Niedersachsen noch nie gegeben. Das sollten Sie endlich einmal würdigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dazu bedurfte es eines riesigen Kraftakts, den die gesamte Politik im Lande leisten musste, die Wirtschaftspolitik ebenso wie die Sozialpolitik, die Agrarpolitik und auch andere Bereiche. Es reicht aber nicht, das einmal hinbekommen zu haben, sondern das muss Jahr für Jahr erneut durchgetragen werden. Das sollten Sie auch einmal würdigen; denn auch das hat etwas mit vernünftiger Unterrichtsversorgung zu tun.

Ganz nebenbei, Frau Korter: Wenn nach Ihrer Meinung im Bereich der Lehrerschaft und beim Einstellungsverhalten etwas nicht in Ordnung ist: Wo in Ihrem Haushaltsantrag fordern Sie eigentlich eine Lehrerstelle? Ich habe eine solche Forderung nicht gefunden. Haben Sie da etwas vergessen, oder passen Ihre eigenen Anträge nicht zu Ihrer Rede? Das bitte ich doch einmal klarzustellen.

Eines ist auch richtig: Entsprechend der Mipla hätten wir für 2008 - weniger Kinder, weniger Klassen - 400 Lehrerstellen streichen können. Aber das tun wir nicht. Was aufgrund der demografischen Situation theoretisch einzusparen wäre, wollen wir, wenn es eben geht, für Bildung, für frühkindliche Bildung und für Schule belassen, um dort, wo noch Bedarf ist, noch besser zu werden. Das sind klare Ansagen, und ich glaube, da sind wir auf einem vernünftigen Weg.

Ich sage in Ihre Richtung eine unglaubliche Zahl, die wir gegenüber dem Steuerzahler in unserem Lande erst einmal rechtfertigen müssen: Bis zum 1. Februar wird sich die Zahl der Lehrer, die wir seit dem Sommer 2003 wieder bzw. neu eingestellt haben, auf 15 500 belaufen. Das muss man erst einmal hinbekommen. Das sollten Sie auch einmal würdigen, weil es dazu dient, eine ordentliche Unterrichtsversorgung im Lande herzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Dass da und dort fächerspezifisch mal ein Problem auftritt, ist unstreitig. Ich könnte hier eine abendfüllende Veranstaltung über die historischen Hintergründe abhalten und fragen, wer wo wann vergessen hat, Lehrer einzustellen, wer wo wann vergessen hat, junge Leute zu motivieren, Lehrer zu werden, wer von "faulen Säcken" gesprochen hat und vieles mehr. Heute wundert man sich über die Spätfolgen und sagt, das sei unser Problem, das hätten wir zu bereinigen.

Meine Damen und Herren, die Klassengrößen sind angesprochen worden. Ich bin der Letzte, der da etwas verniedlicht. Aber vielleicht haben Sie in diesen Tagen einmal die Aufstellung im *rundblick* gelesen. Wir sind im Vergleich der Länder - der Vergleich gilt über alle Schulformen - das Land mit der durchschnittlich günstigsten Klassenfrequenz.

(Ina Korter [GRÜNE]: Weil Sie die Förderschulen einrechnen!)

Das schließt nicht aus, dass wir an manchen Stellen auch gewisse Drucksituationen haben, auch im Gymnasialbereich. In dem Bereich wollen wir, wenn wir es demnächst können, entsprechende Linderung verschaffen, auch in Begleitung der demografischen Situation. Wir müssen die Dinge offen ansprechen, aber dürfen nicht vergessen, dass wir im Bereich der Arbeitszeiten für Lehrerinnen und Lehrer und im Bereich der Klassengrößen bundesweit eben ganz hervorragend dastehen.

## (Zustimmung bei der CDU)

Ein weiteres Thema sind die Feuerwehrlehrkräfte. Die waren vor Jahren durchaus knapp; über die Situation zu Ihrer Regierungszeit will ich gar nicht erst reden. Im Haushaltsjahr 2007 durften wir in diesem Bereich über 31 Millionen Euro verfügen. Das Ergebnis war fast eine Überfinanzierung. Das Problem waren nicht die Stellen, das Problem war auch nicht das Geld, Probleme gab es manchmal im Behördenablauf, und da und dort gab es vielleicht auch einmal ein fächerspezifisches Problem. Der Etat war in 2007 sehr auskömmlich. Wir haben ihn 2008 mit 27,2 Millionen Euro angesetzt, und er wird weiter auskömmlich sein. An der Ecke wird uns nichts anbrennen, das kann ich Ihnen versichern.

Ein weiters Thema sind die Lehrerinnen und Lehrer. Natürlich brauchen wir Nachwuchs in ganz großer Breite. Das wird auf Jahre noch so bleiben. Deswegen rüsten wir uns dafür und werben natürlich an den Gymnasien um junge Leute. Ein gutes Abitur ist gefragt, das Lehramtsstudium, Mathe, Naturwissenschaften, Latein, Geschichte, Religion und andere Fächer sind gefragt. Und dann habe ich zu sehen, dass die Absolventen in den Referendardienst kommen. Wir mauern da nicht. Ich habe die Zahl der Referendarstellen drastisch erhöht auf einen Rekordstand in der Geschichte des Landes Niedersachsen. Zur Stunde haben wir 5 410 Referendarstellen. Die Studienseminare sind prall gefüllt.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass die jungen Leute gut einschlagen - das tun sie in der Regel -, sodass wir auch die letzten fächerspezifischen Probleme in der Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren beheben können.

Zur Eigenverantwortlichen Schule muss ich Ihnen ganz deutlich sagen: Ich verstehe Sie nicht. Das ist ein bedeutender Vorgang von großer Tragweite, der hier vor gut einem Jahr ja auch mit Ihren Stimmen beschlossen wurde. Das Gesetz, das wir jetzt haben, ist lautlos und ohne Probleme umgesetzt worden. Zum Schuljahresbeginn sind die mehr als 3 000 Schulen im Lande Niedersachsen eigenverantwortlich geworden - ohne Krisenszenarien, ohne gewaltige Probleme. Es lief reibungslos. Die Schulen haben jetzt alle Möglichkeiten. Sie können budgetieren, sie können die Unterrichtsorganisation in gewissem Rahmen verändern, sie können Personal einstellen. Alles, was gute Schulen in diesen Tagen auszeichnet, können sie machen. Ich weiß gar nicht, warum Sie darüber herfallen.

Wenn Sie die Etats einmal passend dazu betrachten, sehen Sie, dass wir landesseitig immerhin 67 Millionen Euro im Budgetwege an die Schulen herantragen. Wenn die Schulträger ihren Teil dazu tun, ist das eine ganz tolle Bewegung, die sich da mittlerweile auftut. Deshalb müssen wir von Ihnen auch keine Belehrungen bzw. Falschdarstellungen entgegennehmen.

## (Zustimmung bei der CDU)

Den Etat für die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern haben wir in den letzten Jahren schon deutlich hochgefahren. Wir haben jetzt noch einmal 5,6 Millionen Euro zusätzlich für die Weiterbildung von Lehrern, Eltern und Schülern bereitgestellt. Auch Schulvorstände müssen geschult worden. Wir haben also einen breiten Strauß an Möglichkeiten geschaffen. Ich könnte jetzt noch ellenlang berichten über Fachberatung, Schulentwicklungsberatung, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Angebote des NiLS und was alles, was sonst noch gemacht wird.

In einem Umstrukturierungsprozess haben wir die Landesschulbehörde - das gehört auch zur Wahrheit - teilweise personalmäßig herunterfahren müssen. Aber das Verfahren ist gestoppt. Klar ist die Ansage: Wir werden im ganzen Land Niedersachsen mit Schulaufsicht und mit Schulbehörden vertreten und präsent sein. Das ist sichergestellt.

Man muss nicht immer in Hannover oder in Lüneburg anrufen.

Noch einmal zur Schule. Im Grunde hat Frau Eckel zugestanden, dass es eigentlich keine Baustelle gibt, bei der man ernsthaft sagen könnte, da sei etwas nicht in Ordnung. Nehmen Sie den Bereich der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft. Da haben wir jetzt einen Rekordwert von 236,4 Millionen Euro, in 2008 ein Plus von 9 Millionen Euro. Bei den Ganztagsschulen haben wir wieder ein paar Millionen Euro draufgepackt, auch mit dem Ziel, an Grundschulen und Förderschulen Ganztagsbetrieb stattfinden zu lassen. Auch hier sind zusätzliche Millionen in Bewegung gesetzt worden.

Ich will noch einen Bereich ansprechen, weil ich mich heute außerordentlich geärgert habe über Herrn Schwarz, Ihren Sozialexperten, der das Thema Essensgeld erst einmal wieder schräggerechnet hat. Aber das ist bei ihm ein Charakterproblem.

## (Zurufe von der SPD)

Wir wissen ja, dass er grundsätzlich etwas unsauber arbeitet. Das war auch bei den Zahlen heute Morgen wieder zu hören. Es ist ja nicht so, dass es da kein Problem gibt. Aber nicht jedes Kind ist sozusagen ein hungernder Problemfall. Wenn wir den sozial bedürftigen Bereich etwa anhand der Lernmittelhilfe abgrenzen, dann stellen wir fest, dass es, über das System gerechnet, etwa 32 000 Kinder mit sozial schwachem Hintergrund gibt. Aber bitte glauben Sie nicht, dass es generell so ist, dass Sozialhilfe empfangende Eltern ihre Kinder hungern lassen.

Gleichwohl haben wir festgestellt, dass es da ein Problem gibt. In der Regel wird an der Schule schon sehr sensibel damit umgegangen. Es gibt Unterstützung durch Fördervereine und Kommunen. Der durchschnittliche Essenspreis liegt bei 2,50 Euro. Wenn sich vor Ort jemand findet, der das Problem anpackt, dann geben wir die andere Hälfte dazu. Dazu haben wir im Haushalt einen Betrag von 3 Millionen Euro eingestellt. Ich weiß gar nicht, warum es da was zu meckern gibt. Ich glaube, Sie haben die gleiche Zahl vor einigen Wochen selbst ins Gespräch gebracht.

(Uwe Schwarz [SPD]: Das waren 6 Millionen!)

Ich habe mich heute Mittag über die etwas schräge Darstellung des Kollegen Schwarz sehr geärgert. Aber das mag sein Problem sein.

> (Uwe Schwarz [SPD]: Was war da denn falsch? - Hans-Dieter Haase [SPD]: Die Rechnung war richtig!)

Im Bereich der beruflichen Bildung - ich weiß nicht, ob Ihnen das in den letzten Monaten aufgefallen ist; das wird selten thematisiert - findet in diesen Tagen eine Trendwende statt, noch mehr hin zum dualen System. Das ist eine positive Entwicklung, es gibt viele Ausbildungsverträge in diesem Bereich.

## (Zustimmung bei der CDU)

Wir sind offenbar auf dem richtigen Weg. Ich laufe da nicht in ein Kritikszenario hinein, als ob irgendetwas nicht stimmen würde. Gestern und heute ist ja schon mehrfach darüber diskutiert worden, dass wir auch unter demografischen Gesichtspunkten gucken müssen, dass wir genug Fachkräfte haben, eine gute Ausbildung sicherstellen, uns kein Kind verloren gehen darf und jedes Kind einen bestmöglichen Abschluss bekommen muss. Es ist auch darüber diskutiert worden, wie sich diese Zahlen noch verbessern könnten.

Das Projekt "Abschlussquote erhöhen - Berufsfähigkeit steigern" hat zum Ziel, immer mehr jungen Menschen zum Erwerb eines schulischen bzw. beruflichen Abschlusses zu verhelfen. Das kriegen wir hin. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit setzen wir dafür auch richtig was ein. Die Bundesagentur trägt ihren Teil und wir unseren dazu bei. Bei uns sind das 731 000 Euro. Das ist ein lohnenswertes Projekt. Achten Sie in den nächsten Jahren - Sie werden das auch zwischendurch schon merken - auf die Erfolge, Sie werden verblüfft sein.

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Heiligenstadt?

## Bernhard Busemann, Kultusminister:

Nein, keine Zwischenfrage. Ich bin auch gleich fertig, Frau Präsidentin.

Ein weiterer Bereich sollte hier ohne Leidenschaft angesprochen werden; er ist eigentlich auch konsensfähig. Wir haben zwei Staatsverträge ausgehandelt, die noch vom Parlament bestätigt werden müssen. Der eine betrifft die Zuschüsse an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, der andere die Zuschüsse an den Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen. An den größeren Verband gehen 1,25 Millionen Euro, an den anderen Verband 300 000 Euro. Das sind als auskömmlich betrachtete Mittel. Ich denke, dass wir diese beiden Verträge einvernehmlich miteinander tragen können.

Wir haben uns im Laufe des Jahres 2007 - auch einvernehmlich; das ist sonst ja nicht der Fall-dafür entschieden, im Bereich des Synagogenbaus für die jüdischen Gemeinden entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, das ist eine Iohnenswerte Sache. Wir alle sollten uns darüber freuen, dass es in Niedersachsen wieder jüdisches Leben gibt und dass es wächst. Entsprechend werden Synagogen und Einrichtungen für Kinder gebraucht. Ich finde, das ist ein schöner Prozess, den wir miteinander begleiten sollten.

In diesen Kontext gehört ja auch die Unterstützung durch dieses Haus - eigentlich durch alle - für die Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten - Stichwort "Gedenkstätte Bergen-Belsen", aber auch anderes mehr. In diesem Bereich werden wir in den nächsten Jahren mit auskömmlichen bzw. gesteigerten Mitteln sehr ordentlich aufgestellt sein.

In meiner letzten Bemerkung geht es mir um die Korrektheit bei Auseinandersetzungen mit Etats. In diesen Tagen gehen die Sozialdemokraten ja auch mit dem Thema Lernmittelfreiheit durchs Land. Sie sagen, das ist ein großes Problem, da wollen Sie jetzt Abhilfe schaffen, da soll es jetzt wieder richtig losgehen. Lernmittelfreiheit für alle! - Da guckt dann so ein emsländischer Landadvokat doch auch mal in den Einzelplan und die dazu vorliegenden SPD-Änderungsanträge. Ich habe festgestellt: Lernmittelfreiheit - alter Ansatz - null. Neuer Ansatz - null. Änderung - null.

(Joachim Albrecht [CDU]: Nullnummer!)

Was machen die? - So ein Haushälter wie z. B. Herr Möhrmann hält das wahrscheinlich für clever, aber man muss ja immer damit rechnen, dass das ein paar andere Leute merken. Was hatten wir noch vor drei bis vier Jahren? - Zerfledderte

Schulbücher, eine Unterfinanzierung bei den Lernmitteln, wenig staatliche Mittel zum Ankauf von neuen Büchern, Bücher, die sieben Jahre alt waren, usw. Längst nicht alle Bücher waren in dem Topf enthalten.

#### (Zustimmung bei der CDU)

Wir haben das System in der Tat auf ein Leihgebührensystem umgestellt. De facto bekommen heute etwa 10 %, 11 %, 12 % der Eltern die Bücher für ihre Kinder kostenlos. Das trägt die Allgemeinheit. Knapp 10 % der Eltern - vielleicht werden es immer weniger - kaufen die Bücher selber, weil sie sagen: Dann ist das unser Eigentum; die Bücher können wir behalten; das ist ein ewiges Gut. - Die Bücher für weit über 80 % der Kinder werden über das Leihmittelsystem finanziert.

Jetzt, nachdem das nach drei bis vier Jahren wunderbar läuft, haben wir an unseren Schulen einen sehr guten, erneuerten Bücherbestand. Die alten Kladden sind eigentlich nicht mehr auf der Tagesordnung.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist so!)

Ich will es nicht beschwören, aber ich denke, wir haben einen modernen, neuzeitlichen, gut erhaltenen Bücherbestand. Hinzu kommt, dass die Einzahlungen der Eltern, die Leihgebühren, in den Töpfen der Schulen liegen, und zwar in Millionenhöhe. Nun kann man wunderbar sagen: Der Busemann hat das in Ordnung gebracht, jetzt führen wir wieder die Lernmittelfreiheit ein. Wir stellen 0,0 Euro in den Haushalt ein; denn das Geld liegt ja im Grunde genommen schon in den Töpfen der Schulen, wir nehmen es den Eltern weg. Dann werden die Bücher ein paar Jahre lang nicht erneuert. - Ich nenne das Enteignung von hintenrum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

- Ja, ich halte das für unglaublich. Machen Sie doch mal Etatansätze; sagen Sie, was Sie in den nächsten Jahren für Bücher ausgeben wollen. Immer Butter bei die Fische!

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie wissen doch auch, wie Haushaltstechnik geht!)

Nicht Wischiwaschi, Herr Jüttner. Das ist genauso wie bei der gemeinsamen Schule. Ein sauberer

Gesetzestext schafft Klarheit und Wahrheit. Das vermisse ich bei Ihnen immer wieder.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, darf man nach zwei großen Reformen feststellen: In Niedersachsen ist das Schulwesen gut aufgestellt, strukturell, aber auch was die Haushaltsansätze für 2008, die wir hier zu beschließen haben, anbelangt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie müssen mal einen Grundkurs in Haushaltstechnik machen!)

In den nächsten Jahren tut sich sicherlich noch die eine oder andere Baustelle auf. Ich glaube, wir sind auf der sicheren Seite, wenn wir das auch in Zukunft miteinander erledigen. - Danke schön.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU)

## Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Ich erinnere daran: Ich habe eingangs darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf verständigt haben, dass die Landesregierung insgesamt eine Redezeit von 60 Minuten nicht überschreitet. Ich weise darauf hin, dass jetzt über ein Drittel der Redezeit der Landesregierung verbraucht ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wie immer!)

Zu diesem Haushaltsschwerpunkt liegt mir noch eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Kollegen Schwarz von der FDP-Fraktion. Sie haben das Wort.

## Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, bei allem Verständnis für Ihr Temperament: Es gibt hier die stille Übereinkunft, dass bei Haushaltsberatungen zuerst die Fraktionen sprechen und dann der Minister. - Ich halte diesen Stil für nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Schwerpunktaufgabe der Regierungskoalition in den vergangenen fünf Jahren war die Haushaltskonsolidierung, um für die nachfolgenden Generationen wieder den Handlungsspielraum herzustellen, der uns durch 13 Jahre SPD-Regierung genommen worden ist. Das ist uns in sehr bemerkenswerter Art und Weise gelungen.

Vor diesem Hintergrund musste Bildungspolitik gemacht werden. Dass man das über Strukturdebatten hinaus leisten kann, haben wir insgesamt nachdrücklich unter Beweis gestellt.

(Zustimmung bei der FDP)

Mit der Entscheidung, den Kita-Bereich aus dem Sozialministerium in das Kultusministerium zu verlagern, haben wir deutlich gemacht, wie wichtig für uns die frühkindliche Bildung ist. Wir müssen bei den Kleinsten anfangen - deshalb diese Weichenstellung und der Ausbau des vorhandenen Bildungsauftrages.

Frühkindliche Bildung, meine sehr verehrten Damen und Herren, was steckt denn eigentlich dahinter? - Dabei geht es darum, den Kindern Zuwendung zu geben, sich mit ihnen zu unterhalten, damit sie Sprachvermögen entwickeln, ihre Neugierde zu wecken, ihre Spielfreude auszubauen, sich mit ihnen zu bewegen. Es geht aber auch um die Frage: Wie gehe ich eigentlich mit Essgewohnheiten um? - Das Stichwort "Alltagskompetenzen" spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle.

(Zustimmung von Gesine Meißner [FDP])

Viele Eltern machen das intuitiv richtig, aber viele - und wie wir leider feststellen, zu viele - eben auch nicht. Es ist doch ganz klar: Wer das zu Hause im unmittelbaren familiären Umfeld mit auf den Weg bekommt, der hat bessere Startchancen. Da kann wirklich niemand widersprechen. Hierin liegt die ganz besondere Herausforderung. Um den Kindern, die dies im heimischen Umfeld nicht geboten bekommen, die Chancen auf eine gute Bildung und zusätzlich einen erfolgreichen Schulabschluss zu erhalten, müssen wir möglichst früh fördern.

(Beifall bei der FDP)

Die Verpflichtung der Eltern ist im Grundgesetz festgeschrieben. Der Staat hat hierbei eine Zusatzaufgabe zu bewältigen. Das Kultusministerium hat einen Orientierungsplan für Bildung und Erziehung vorgelegt. Darin hat es die Grundlagen der Frühpädagogik festgeschrieben und definiert, wie

Kinder im Kindergarten gefördert werden sollen. Das war ein wichtiger Schritt. Nach unseren Vorstellungen sollten hierbei aber verbindliche Ziele stärker festgeschrieben werden, um die Qualität der frühkindlichen Bildung in allen Kindereinrichtungen gleichermaßen zu sichern.

Wir haben das beitragsfreie Kita-Jahr eingeführt. Dafür investieren wir jährlich 120 Millionen Euro. Das ist ein gewaltiger Kraftakt. Dennoch müssen wir diese Maßnahmen in den kommenden fünf Jahren auch auf die anderen Kindergartenjahre ausdehnen.

## (Beifall bei der FDP)

Denn wir müssen erreichen, dass alle Kinder eine Tageseinrichtung besuchen und in den Genuss einer guten frühkindlichen Bildung kommen. Bund und Länder haben sich auf den Ausbau von Krippenplätzen geeinigt. Mit den Kommunen befinden wir uns noch in Verhandlungen um die konkrete Ausgestaltung. Damit erreichen wir, dass zukünftig ein großes Angebot an Krippenplätzen zur Verfügung gestellt werden kann und bereits die Allerkleinsten optimal gefördert werden können.

Die Beherrschung der Sprache ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Lernen. Wir haben deshalb Sprachtests im Vorschulalter für deutsche Kinder wie für Kinder mit Migrationshintergrund eingeführt. Wenn festgestellt wird, dass Sprachkenntnisse bei den Kindern noch nicht in dem Maße vorhanden sind, wie sie es sein sollten, werden entsprechende Fördermaßnahmen angeboten, um sie für das Lernen fit zu machen. Im Bereich der frühkindlichen Förderung haben wir also für unsere Kinder wichtige Weichen gestellt. In den kommenden Jahren gilt es, dieses Angebot weiter auszubauen.

#### (Zustimmung bei der FDP)

Wir brauchen verbindliche Ziele im Orientierungsplan. Wir müssen die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an die neuen Erfordernisse anpassen und vor allen Dingen ein gutes Weiterbildungsangebot schaffen. Wir sollten überlegen, die Sprachtests bereits im vierten Lebensjahr durchzuführen, um entsprechende Fördermaßnahmen noch früher und effektiver gestalten zu können.

#### (Beifall bei der FDP)

Die Schulen werden zukünftig selbstständiger und eigenverantwortlicher arbeiten können. Das Abitur nach zwölf Jahren macht unsere niedersächsischen Schüler und Schülerinnen konkurrenzfähiger. Zentrale Abschlussprüfungen erhöhen die Vergleichbarkeit und damit auch die Chancengerechtigkeit. Die Ergebnisse der ersten zentralen Prüfungen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir können zufrieden sein, davon einmal abgesehen, dass es auch gewisse Geburtsfehler gegeben hat, die aber vorkommen können.

Mit der Abschaffung der Orientierungsstufe haben die Schüler zwei Jahre mehr Zeit in einer Schulform gewonnen, die sie zum Ziel bringen soll. Nur noch eine kaum zu beziffernde Minderheit trauert der OS nach.

Das Zukunftsthema heißt "Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule". Hierbei haben wir den entscheidenden Paradigmenwechsel vollzogen. Wir geben damit den Lehrern hinreichend Raum, ihren Unterricht eigenverantwortlich zu gestalten, und den Schulen die Möglichkeit, ihr Profil zu stärken.

Wir sind fest davon überzeugt, dass man Schulen nicht vorschreiben muss, wie sie ihren Unterricht gestalten sollen. Es gibt bei uns in Deutschland und im europäischen Ausland zahlreiche Hinweise darauf, dass die Lehrkräfte motivierter und damit auch besser sind, wenn sie diesen Weg zum Ziel selbst bestimmen können.

## (Beifall bei der FDP)

Es kommt aber auch darauf an, dass wir die Schulen auf diesem Wege begleiten und ihnen Unterstützung geben. Dazu gehören beispielsweise regelmäßige Qualitätskontrollen genauso wie die Fortbildung der Lehrer. Auch Hilfestellung für die Eltern ist natürlich angesagt. Wir geben den Schulen ein Budget in die Hand, mit dem sie zusätzliche Angebote gestalten und damit ihr Profil schärfen können.

Die Eckdaten insgesamt sind genannt. Die Eigenverantwortliche Schule wird mit zusätzlichen 2 Millionen Euro gestärkt. Damit stehen jetzt 5,6 Millionen Euro zur Verfügung, um u. a. geeignete Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen. Das Ganztagsschulangebot ist in Niedersachsen engagiert aufgegriffen worden. Bisher lag der Schwerpunkt bei den Hauptschulen. Jetzt geht es weiter mit dem Ausbau, der mehr an die örtlichen Verhältnisse angepasst werden soll. Dafür stehen jetzt 11,75 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine Aufstockung um 1,5 Millionen Euro.

Zulagen gibt es auch im Bereich der Lehr- und Lernmittel, für Hartz-IV-Empfänger beispielsweise auf 3,8 Millionen Euro. Das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung in Osnabrück wird gestärkt: plus 500 000 Euro.

Aber es gibt auch noch eine ganze Menge zu tun. Stichwort "Schulleiter": Die Schulleiter erhalten mit der Eigenverantwortlichen Schule in Zukunft eine andere Rolle. Sie sind nicht mehr nur Lehrer, die Ermäßigungsstunden bekommen, damit sie noch mehr Leitungsaufgaben übernehmen. Schulleiter müssen sich und ihre Aufgabe neu definieren. Dafür brauchen sie Hilfestellung. Sie werden eher Manager mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen - auch das Personal betreffend - sein. Dafür werden sie anders als bisher ausgebildet werden müssen. Um dieser Geschichte wirklich Bedeutung zu verleihen, wollen wir deshalb eine Schulleiterakademie einrichten.

#### (Beifall bei der FDP)

Auch in den Bereichen Beratung und Unterstützung ist bereits einiges getan. Unsere Anstrengungen dürfen wir hier aber nicht vernachlässigen. Wir haben den Schulen, den Schülern, den Lehrern und den Eltern in der vergangenen Zeit viel zugemutet. Wir dürfen nun aber nicht den Fehler machen, sie insgesamt mit den Reformen allein zu lassen.

Wir haben mit diesen Reformen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Schüler optimal gefördert werden können, und zwar unabhängig davon, in welchem System sie lernen. Das haben wir tatsächlich aus PISA gelernt. Es geht nicht um Schulstrukturen, sondern es geht um motivierte Lehrer und um die individuelle Betreuung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zum Schluss gerne noch zwei Dinge aufgreifen. Natürlich kann man die Schulstrukturdebatte hier nicht vernachlässigen. Dazu möchte ich Ihnen etwas vorlegen, was mir heute vom Referat Westliche Industrieländer der Friedrich-Ebert-Stiftung auf den Tisch gekommen.

Ich wende mich insbesondere an Frau Eckel und Frau Korter. Es geht bei der Friedrich-Ebert-Stiftung um das schwedische Erfolgsmodell. Ich spreche es deswegen an, weil Sie sich immer darauf beziehen: PISA - skandinavische Länder - Vorbilder -. Ich möchte Ihnen gerne einmal vortragen, was die Friedrich-Ebert-Stiftung dazu sagt:

"Bei unseren nordischen Nachbarn gibt es seit geraumer Zeit eine öffentliche Diskussion über den Reformbedarf an Schulen. ... Seit Beginn der internationalen Vergleichsuntersuchung gehört Schweden ... zu den Verliererländern. Im Gegensatz zur deutschen Debatte fand dieses Abschneiden in der Öffentlichkeit wie auch schon das im Jahr 2000 wenig Aufmerksamkeit. ... Somit sind einige der wichtigen in Deutschland diskutierten Strukturansätze wie Ganztagsschule. eingliedriges Schulsystem oder individualisierter Förderunterricht in Schweden umgesetzt worden."

Ich bitte Sie, jetzt genau zuzuhören:

"Dies allein führt allerdings auch nicht zu einem Spitzenplatz im Bildungsvergleich. In dem seit 1998 landesweit durchgeführten Vergleichstest in der neunten Klasse, wo die Fähigkeiten in Mathematik, Englisch und Schwedisch ... geprüft werden, steigt die Durchfallquote seit nunmehr zehn Jahren beständig. ... Aufgrund des egalitären Systems spielt eines der Hauptprobleme des deutschen Ausbildungssystems, nämlich die zu frühe Aufgliederung der Schülerschaft auf einen sie festlegenden Bildungsweg und die damit verbundene geringe Akademikerquote, in Schweden keine Rolle."

Führen Sie sich das doch bitte einmal insgesamt zu Gemüte.

Als Letztes zitiere ich einen Artikel mit der Überschrift "Die Schule als sozialer Kampfplatz" aus der *FAZ* vom 5. Dezember 2007. Sie ist nicht unbedingt verdächtig, uns ganz fürchterlich nahezustehen:

"Die einen suggerieren dabei, gewissermaßen als Parodie linker Positionen, soziale Ungleichheit werde in Deutschland vor allem vom Schulsystem erzeugt. Sie behaupten, wofür es keinen empirischen Hinweis gibt, erst die Abschaffung des Gymnasiums führe zu einer gerechten Verteilung von Bildungschancen. Von einem

"ständischen Bildungssystem" ist die Rede, das "bestimmte Gruppen gezielt in niedere Schulen" stecke."

Jetzt wird es interessant:

"Es ist diese Mischung aus pädagogischen Heilsversprechen und der Bereitschaft zur Verlogenheit, wenn es ernst wird, an der die hiesige Bildungsdebatte sehr schwer trägt."

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

"Die Schule wird technokratisch umklammert, ideologisch überfrachtet, erziehungsfremd funktionalisiert. Nach Inhalten fragt niemand mehr, nur Strukturen und ungleiche Zahlen werden diskutiert. Dafür ist es symptomatisch, wenn im Zentrum der Debatte jetzt ein OECD-Statistiker steht, der nichts vom Unterricht weiß, aber sich dafür vorstellen kann, dass Schulen ganze Unterschichten zum Verschwinden bringen."

Ich glaube, dem ist insgesamt nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden mit unserer Bildungspolitik so weitermachen, wie wir begonnen haben; denn wir sind überzeugt davon, dass wir Erfolg haben werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## **Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Schwarz. - Wie im Ältestenrat vereinbart, behandeln wir, da zum Kultusbereich keine Wortmeldungen mehr vorliegen, nunmehr den Bereich:

#### Wissenschaft und Kultur

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Dr. Andretta zu Wort gemeldet. Bitte schön.

# Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haushaltsberatung 2007 für den Wissenschaftsetat bedeutet, die Arbeit eines Ministers zu bilanzieren, der zu keinem Zeitpunkt ein klares hochschulpolitisches Konzept verfolgte, eines Ministers, der sich fünf lange Jahre als Ritter von der traurigen Gestalt durchwurstelte, gelegentlich kräftig stümperte und es nur der guten Konjunktur zu verdanken hat, dass die Hochschulen erstmals vom Finanzminister verschont werden.

Schon gleich zu Beginn der Legislaturperiode hatten Sie Ihren Kredit verspielt, Herr Minister. Es gelang Ihnen nicht, Ihre Hochschulen vor massiven Kürzungen zu schützen. Mit Ihrer Zustimmung zum HOK lieferten Sie die Hochschulen dem Finanzminister aus und ließen es zu, dass den Hochschulen bis heute 230 Millionen Euro entzogen wurden. Selbst Ihr Koalitionspartner, Herr Rösler, kam nicht umhin festzustellen: "Intelligent sparen sieht anders aus." - Recht hat er.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Minister, Sie mögen das HOK inzwischen abgehakt haben. Die Hochschulen haben das nicht. Noch immer müssen sie frei werdende Professorenstellen beim Finanzminister abliefern und müssen kleine Fächer um das Überleben kämpfen.

# (Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Das HOK bleibt der hochschulpolitische Sündenfall dieser Landesregierung - leider nicht der Einzige.

(Beifall bei der SPD)

Diese Landesregierung hat bisher fünf Haushalte vorgelegt. Vier Haushalte in Folge erhielten die Hochschulen weniger Geld. In diesem Jahr erhalten sie erstmals etwas zusätzliches Geld. Die höheren Zuweisungen basieren im Wesentlichen auf den Zahlen der Tarifsteigerungen und der Übernahme eines Teils der gestiegenen Energiekosten durch das Land.

Ohne diese Leistungen für die Hochschulen gering zu schätzen, bedeuten sie letztendlich nur eine Konsolidierung auf niedrigstem Niveau. Das Geld reicht weder, um die Kürzungen der letzten Jahre zu kompensieren, noch dafür, neue Impulse für die Hochschulen zu setzen.

So bleibt das große Wort des Ministerpräsidenten von der Aufholjagd des Nordens gegenüber dem Süden, die vollmundige Ernennung zum "Bayern des Nordens", nur hohles Geschwätz. Die Kluft zum Süden ist während der Regierungszeit von

Schwarz-Gelb nicht kleiner, sondern größer geworden. Statt aufzuholen, hechelt Niedersachsen hinterher.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen wissen das. Sie wissen auch, dass sie die erhöhten Zuweisungen allein dem Umstand zu verdanken haben, dass 2008 ein Wahljahr ist und die Konjunktur Wahlgeschenke zulässt.

Schon im nächsten Jahr könnte die Erwirtschaftung der Tarifabschlüsse aus Eigenmitteln wieder eingefordert werden. Diese Summen, die die Einzelhaushalte der Hochschulen ausweisen, sind erheblich. Das Risiko für die Hochschulen ist also groß.

Zusätzliche Risiken für die Hochschulen resultieren aus dem Hochschulpakt. Gelingt es den Hochschulen nicht, die zugesagten 11 200 zusätzlichen Studienanfänger zu gewinnen, müssen die Hochschulen den vom Bund finanzierten Anteil für die fehlenden Studienanfänger zurückzahlen. Wie schwer es werden wird, den Hochschulpakt zu erfüllen, zeigen die aktuellen Zahlen. Schon am ersten Etappenziel von 1 600 zusätzlichen Studienanfängern ist der Minister gescheitert.

(Zustimmung bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: Ein echter Versager!)

Da können Sie, Herr Minister, hier, wie gestern in der Märchenstunde, noch so schöne Märchen erzählen. Niedersachsen kann den dramatischen Einbruch der letzten Jahre trotz des erfreulichen Zuwachses in diesem Jahr nicht wettmachen. Ihre Bilanz bleibt negativ.

(Beifall bei der SPD)

Bundesweit, meine Damen und Herren, ist es gelungen, dass die Studienanfängerquote erstmals seit 2003 wieder ansteigt, nämlich auf 37 %. Damit sind wir zwar im OECD-Vergleich immer noch ein Entwicklungsland - hinter uns kommen, glaube ich, nur Mexiko und die Türkei -, aber wissen Sie, wo Niedersachsen im Vergleich der Bundesländer steht? - Weit hinten, auf Platz 12, mit einer Studienanfängerquote von 29,2 %, gleichauf mit Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie etwas gegen Mecklenburg-Vorpommern?)

- Nein, ich würde mich nur freuen, wenn wir hier die Studienanfängerzahlen hätten, die z.B. auch Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und andere Länder haben.

(Zuruf von der CDU: Wandern Sie doch aus!)

Warum studieren in Niedersachsen so wenige? - Wenn Sie den Minister fragen, erzählt er Ihnen das Märchen von demografischen Dellen, die daran schuld seien. Die Wahrheit sieht aber anders aus. Die Anzahl der Studienberechtigten ist nämlich gestiegen, und zwar von 2003 bis 2006 um 12 %. Dass wir trotzdem einen Einbruch bei den Studienanfängerzahlen haben, hat einen Grund: In nur vier Jahren wurde in Niedersachsen fast jeder fünfte Studienplatz vernichtet, davon allein über 2 000 an unseren Fachhochschulen.

Sie, Herr Minister, haben aber nicht nur Studienplätze vernichtet. Mit der Einführung von Studiengebühren haben Sie auch die Bildungschancen von Kindern aus armen Familien massiv verschlechtert.

(Beifall bei der SPD)

Heute steht es in allen Zeitungen: Studiengebühren schrecken ab. Die Zahlen der Hochschulstatistik sind eindeutig. Nicht Niedersachsen, wie von Ihnen behauptet, hat die höchsten Zuwachsraten, sondern die Bundesländer ohne Studiengebühren liegen vorne: Brandenburg mit 13,7 %, Bremen mit 13,5 %, Berlin mit 11,8 %, Sachsen mit 9 % usw.

HIS stellt fest: Ein Fünftel der Studienberechtigten entscheidet sich gegen ein Studium, weil die finanziellen Mittel fehlen. Ob ein junger Mensch in Deutschland ein Studium beginnt, ist nämlich keine Frage der Begabung, sondern eine Frage der sozialen Herkunft. Von 100 Akademikerkindern schaffen 83 den Sprung an die Hochschulen. Aus Arbeiterfamilien schaffen es gerade einmal 15 Kinder.

Natürlich wissen wir, dass die sozialen Hürden nicht erst vor den Universitäten aufgebaut werden. Wir leisten uns ein Schulsystem, das die Chancen nach sozialer Herkunft verteilt - und eben nicht nach Leistung. Doch anstatt bestehende Hürden abzubauen, wird mit 1 000 Euro Studiengebühr je Jahr die Latte nochmals höher gelegt. 1 000 Euro sind ja für CDU und FDP nur der Einstieg. Das wissen wir hier doch alle. Soziale Skrupel hatten CDU und FDP ja noch nie.

(Zustimmung bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Blödsinn!)

Zynisch wird auf Kredite verwiesen, die in Niedersachsen niemand haben will. Wer glaubt denn auch im Ernst, meine Damen und Herren, dass die wunderbare Aussicht auf einen Schuldenberg junge Menschen zum Studium ermutigen könnte? Eine SPD-geführte Landesregierung wird Studiengebühren für das Erststudium sofort wieder abschaffen, und zwar bereits zum Sommersemester 2008.

(Beifall bei der SPD - Joachim Albrecht [CDU]: Wie bezahlt ihr das? Mit Schulden?)

Wir entziehen uns nicht der finanziellen Verantwortung für die Verbesserung der Studiensituation.

(Lachen bei der CDU)

Wir werden den Hochschulen die Einnahmen aus Gebühren in vollem Umfang zur Verfügung stellen. Wir haben in unserem Haushalt 82 Millionen Euro für einen Qualitätspakt für die Lehre eingestellt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Mit Schulden finanziert?)

Meine Damen und Herren, es geht um Bildungsgerechtigkeit. Es geht uns aber auch um ökonomische Effekte. Benjamin Franklin, der ja auch von Ihnen gerne zitiert wird, Herr Minister, hatte nun einmal recht, dass Investitionen in Wissen die höchsten Erträge bringen. Das hatten übrigens einmal alle verstanden, auch in Niedersachsen. Hochschulen wurden geöffnet und neu gegründet: Die Fachhochschulen Hannover und Braunschweig/Wolfenbüttel, die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen, die Fachhochschule Osnabrück sowie die Universitäten Oldenburg und Osnabrück - übrigens alle unter sozialdemokratischen Regierungen. Aber das wird Sie wohl nicht überraschen.

(Roland Riese [FDP]: Und die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven?)

Von dieser Öffnung haben die Mädchen und die Kinder vom Land profitiert. Profitiert hat aber vor allem die Innovationsfähigkeit in Niedersachsen. Die Wirtschaft kam in Schwung, und die Hochschulen entwickelten sich zu Jobmotoren in ihren Regionen.

Und heute? - Die Bildungsbeteiligung ist zurückgegangen. Gleichzeitig fehlen unserer Wirtschaft Fachkräfte, vor allem Informatiker und Maschinenbauingenieure. Doch statt auf die Rettung durch Zuwanderung zu setzen, wie Sie von der FDP, müssen wir endlich die Bildungsreserven im eigenen Land besser ausschöpfen, und das werden wir in Angriff nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Kulturetat. Nach fünf Jahren CDU/FDP-Regierungszeit ist festzustellen: Der zuständige Kulturminister hat die ihm übertragene Kulturförderung in Niedersachsen nicht vorangebracht - im Gegenteil!

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen hat den Ruf, ein offenes, selbstbewusstes und risikobereites Kulturverständnis zu haben, gründlich verspielt. Die Kulturpolitik wird stattdessen von Verzagtheit und Rückwärtsgewandtheit bestimmt. Das lässt sich auch nicht durch die hektischen Aktivitäten der Landesregierung in den letzten Monaten korrigieren.

Kulturelle Jugendbildung, Kulturtourismus, Kulturwirtschaft und Bewahrung unseres kulturellen Erbes sind nur einige Themen, die ausschließlich von meiner Fraktion besetzt worden sind. Kulturförderung ist für uns keine Subvention, sondern eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Auch deswegen bedarf die Kulturförderung in Niedersachsen einer grundlegend neuen Standortbestimmung. Die Kulturpolitik muss wieder offener und zukunftsorientierter gestaltet werden. Das heißt, wir brauchen keine glattgebügelte Kulturpolitik, wir brauchen stattdessen eine Auseinandersetzung über die Inhalte kulturpolitischer Entwicklungen. Wir werden die kulturelle Jugendbildung als wichtiges Element unserer Politik ausbauen. Dazu haben wir zusätzlich 2 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Wir werden die finanzielle Unterstützung von Museen - das gilt auch für Theater und andere Kulturbetriebe - nicht auf das Kriterium der Besucherzahlen reduzieren. Kommerzialisierung hat in der Kulturförderung nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kultureinrichtungen brauchen eindeutig mehr Planungssicherheit. Die Förderpraxis, nur noch Projektmittel - und dann auch nur noch für eine einjährige Förderung - zu vergeben, entspricht in keiner Weise einer vernünftigen Förderkonzeption.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir werden das von uns initiierte Programm zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Dabei wird der Kulturtourismus für uns von besonderer Bedeutung sein. Wir wollen, dass Kulturförderung als Staatsziel verankert wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Uns ist der Dialog mit den Kulturschaffenden und den Kulturverbänden wichtig. Diesen werden wir fortsetzen.

Dem Minister empfehle ich zur Reflektion seiner ersten und letzten Amtszeit den heutigen Kommentar in der *HAZ* von Herrn Meyer-Arlt mit dem Titel "Was bleibt". Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat eine bessere Hochschul- und Kulturpolitik verdient. Ich bin mir sicher: Die Wähler werden am 27. Januar dafür sorgen.

(Starker Beifall bei der SPD)

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Kollegin Trost, Sie haben jetzt für die CDU-Fraktion das Wort.

## Katrin Trost (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zurück von der Märchenstunde zu den harten Fakten!

(Beifall bei der CDU)

Mit dem hier zu verabschiedenden Haushalt im Bereich Wissenschaft und Kultur wird wie jedes Jahr seit 2003 wieder deutlich: Die Koalition aus CDU und FDP stellt sich den aktuellen Herausforderungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir setzen die Stärkung unserer Hochschulen konsequent fort. Wir investieren in Bildung und Kultur, ohne die notwendige Haushaltskonsolidierung zu vernachlässigen. Wir stellen die Weichen für das Zukunftsland Niedersachsen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und zwar mit dem Hochschulpakt 2020, mit der Niedersächsischen Technischen Hochschule, mit der Exzellenzinitiative, mit Forschungsbauten und mit frühkindlicher Bildung und Entwicklung, um nur einige wenige zu nennen. Innovationen in Lehre, Forschung, Weiterbildung bringen zugleich wirtschaftliches Wachstum hervor. Wir stärken den Wissenschaftsstandort Niedersachsen und machen ihn zukunftsfähig.

Lassen Sie mich dies Ihnen hier jetzt exemplarisch - aufgrund der Redezeit an sehr wenigen Beispielen - verdeutlichen. Beginnen wir mit dem Hochschulpakt. Die Umsetzung des Hochschulpaktes 2020 ist in den nächsten Jahren die zentrale Herausforderung im Hochschulbereich. Wir müssen den demografisch bedingten Anstieg der Studienberechtigtenzahl und den doppelten Abiturjahrgang als Chance für die junge Generation und die Hochschulen strategisch intelligent nutzen. Das gilt sowohl für den ersten Teil des Paktes, die Schaffung neuer Studienanfängerplätze, als auch für den in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommenen zweiten Teil, die Programmpauschalen der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei dem Ministerpräsidenten, bei Minister Stratmann und bei seinem Staatssekretär Dr. Lange sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im MWK dafür danken.

(Beifall bei der CDU)

dass nach intensiver Vorbereitung unter maßgeblicher Beteiligung des Landes Niedersachsen und zähem Ringen um die Details dieser Hochschulpakt so zustande gekommen ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Die niedersächsischen Hochschulen haben sich verpflichtet, bis einschließlich 2010 insgesamt 11 210 zusätzliche Studienanfänger in das erste Studiensemester aufzunehmen, allein 2007 schon 1 610 zusätzliche Studienanfänger, für die die Hochschulen knapp 7 Millionen Euro erhalten. Dies ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen werden. Die Hochschulen werden dies auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Unkenrufe, dass die Einführung von Studienbeiträgen dazu geführt habe, dass weniger Studierende ein Studium in Niedersachsen aufnähmen, sind mit den neuesten Zahlen widerlegt. Trotz der Studienbeiträge und wegen der verbesserten Situation an den Hochschulen kommen Studierende wieder nach Niedersachsen und nehmen hier ihr Studium auf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Thema Meeresforschung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für uns in den nächsten Jahren.

(Zustimmung bei der CDU)

Die im Zuge des Klimawandels zunehmende Bedeutung der Meeresforschung erfordert es, dass sich Niedersachsen im Bereich Meeresforschung und Meerestechnik verstärkt engagiert, nicht nur um in diesem Forschungsfeld die Konkurrenzfähigkeit zu steigern, sondern auch um den spezifisch regionalen Herausforderungen begegnen zu können. Niedersachsen ist als das Bundesland mit der längsten Nordseeküstenlinie und einer deichgeschützten Flachmeerküste besonders gefordert und wird auch besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein. Deshalb wurde inzwischen entschieden, das Forschungszentrum Terramare in Wilhelmshaven zum 1. Januar 2008 in das Institut für Chemie und Biologie des Meeres, das ICBM, der Universität Oldenburg zu integrieren.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

um in Forschung und Dienstleistung Synergien und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen am Standort Wilhelmshaven zu erreichen. Das Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie errichtet am ICBM zwei selbstständige Forschernachwuchsgruppen ein, die die Bereiche organische und anorganische Biochemie und Analytik stärken. Die neuen Nachwuchsforschergruppen stellen eine ideale Ergänzung des Oldenburger Meeresforschungsinstituts dar

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

und sind gleichzeitig hervorragend geeignet, die Meeresforschung in Bremen und Bremerhaven sowie in Oldenburg und Wilhelmshaven noch besser miteinander zu verbinden und aufeinander abzustimmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Dem Oldenburger Institut für Chemie und Biologie des Meeres bietet sich damit die Chance, seine ohnehin anerkannte, exzellente Forschung auszubauen und weiter zu verbessern. Das Land Niedersachsen übernimmt die Anschubfinanzierung. Hierfür stellen die Fraktionen der CDU und der FDP 3 Millionen Euro in den Haushalt 2008 ein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der geplanten Errichtung der Niedersächsischen Technischen Hochschule werden die TU Braunschweig, die TU Clausthal und die Universität Hannover insbesondere in den Ingenieurwissenschaften hochschulübergreifend zusammenarbeiten. Dies ist die Chance, einen ingenieurwissenschaftlichen Leuchtturm in Forschung und Lehre entstehen zu lassen. Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Der unzureichende Erfolg der niedersächsischen Ingenieurwissenschaften in der Exzellenzinitiative zeigt, wie dringend nötig dies ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir werden dafür 5 Millionen Euro im Landeshaushalt 2008 bereitstellen.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Nachdem Sie 50 Millionen Euro herausgenommen haben!)

die in erster Linie der Anschubfinanzierung standortübergreifender Forschungsprojekte dienen. Das, meine Damen und Herren, ist ein Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Der Ausschuss Forschungsbauten des Wissenschaftsrates hat bundesweit insgesamt zwölf Bauvorhaben für die hälftige Mitfinanzierung durch den Bund empfohlen. Davon sind alleine drei in Niedersachsen, nämlich das NeSSy, der Neubau für die Forschungszentren Neurosensorik und Sicherheitskritische Systeme der Universität Oldenburg, mit insgesamt 10,8 Millionen Euro, der Umbau für das European Legal Studies Institute - ELSI - der Universität Osnabrück mit insgesamt 6,9 Millionen Euro und der Neubau des Kulturwissenschaftlichen Zentrums der Universität Göttingen mit insgesamt 20,5 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Damit liegen wir mit Bayern bundesweit an der Spitze. Unser Anteil am gesamten Fördermittelvolumen beträgt 15,3 % und liegt damit deutlich über dem Königsteiner Schlüssel. Auch hier noch einmal vielen Dank für die Verhandlungsergebnisse, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

In Anlehnung an das von Baden-Württemberg aufgelegte Programm "Kinderbetreuung für das wissenschaftliche Personal" an allen Hochschulen des Landes soll in Niedersachsen das Programm "Familienfreundliche Hochschule Niedersachsen" geschaffen werden. 2008 sollen im Rahmen eines Modellprojektes landesweit Betreuungsplätze für bis zu dreijährige Kinder von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen werden, und zwar besonders in der Randstundenbetreuung, also außerhalb der regulären Betreuung. Denn das entspricht dem tatsächlichen Bedarf an den Hochschulen. Die Arbeitszeiten des Mittelbaus an den Hochschulen richten sich nicht unbedingt nach den Öffnungszeiten regulärer Krippen. Hierfür stellt das Land Niedersachsen, stellen wir im Haushalt 250 000 Euro zur Verfügung. Das dient dem Anschub. Wir hoffen, dass sich das weiter ausbaut. Wir erwarten weiterhin, dass die Hochschulen gemeinsam mit den Kommunen und mit den Studentenwerken flexible Lösungen vor Ort finden.

Abschließend komme ich im Bereich Wissenschaft zum Niedersächsischen Institut für Frühkindliche Bildung und Entwicklung. Wir sind im Ausschuss bereits mehrfach darüber unterrichtet worden. Trotzdem noch einmal in aller Kürze: Wir haben mit dem Nachtragshaushalt 2007 die Finanzierung des Instituts mit 5 Millionen Euro pro Jahr sichergestellt. Die Gründung erfolgt. Die bereits vorhandenen Kompetenzen in der Bildungs- und Begabungsforschung konzentrieren wir auf den frühkindlichen Bereich. Denn alle relevanten Studien beweisen eindrucksvoll: Die frühkindliche Bildung muss gezielter und früher einsetzen.

(Joachim Albrecht [CDU]: So ist es!)

Das Begabungspotenzial von der frühen Kindheit bis zum Ende der allgemeinbildenden Schule wird bei Weitem nicht ausgeschöpft. Die Arbeitsschwerpunkte des NIFBE liegen bei der frühkindlichen Bildung und Entwicklung, umfassen aber auch die schulische Bildung und die Begabungsforschung und -förderung. Wir wollen hier einerseits die theoretischen Erkenntnisse aus der Forschung und andererseits die Umsetzung in der Praxis, in Schulen, in Kindertagesstätten, in Elternbildung, zusammenfassen. Unter dem Dach des NIFBE entsteht ein landesweiter Forschungsverbund. Dieses Institut ist einzigartig. Wir sind hier bundesweit federführend, und wir sind zu Recht stolz darauf.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wie wichtig uns dieser Punkt ist, sehen Sie daran, dass wir weitere 500 000 Euro pro Jahr für den Bereich der Begabtenforschung bereitstellen. Sie sehen: Das ist einer unserer wesentlichen Schwerpunkte.

Frühkindliche Bildung und Entwicklung schließt natürlich auch die musische und künstlerische Bildung ein. Somit komme ich kurz zum Bereich Kultur.

Fast alle von CDU und FDP in den letzten Jahren eingebrachten Änderungsanträge im Bereich der Kultur können Sie schon im Haushaltsentwurf der Landesregierung wiederfinden. Das bedeutet doch, dass sich unsere Vorschläge so bewährt haben, dass sie nun im Kulturbereich weiterhin gefördert und ausgebaut werden.

(Ingrid Eckel [SPD]: Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Sie können unschwer erkennen, wie ernst diese Landesregierung und die Fraktionen der CDU und der FDP die Kulturförderung nehmen. Wir werden sie auch in Zukunft in keiner Weise vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesmusikakademie, von der Sie nur gesprochen haben, bauen wir. Das Musikland Niedersachsen ist ein Erfolg. Wir bündeln alle musikalischen Aktivitäten und initiieren eine Vernetzung der niedersächsischen Musikschaffenden. Zum Musikland Niedersachsen gehört natürlich auch der Praetorius-Musikpreis mit neuen Preiskategorien. Neu ist die Vergabe von Stipendien im Bereich Klangkunst und Soundart.

Meine Damen und Herren, wenn Herr Jüttner in Celle bei der SPD-Veranstaltung Anfang Dezember forderte, dass die Politik näher an die Gesellschaft heranmüsse, dass eine kulturelle Grundversorgung gefördert werden müsse, so kann ich nur sagen: Das machen wir schon lange.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der Neustrukturierung der gesamten Kulturförderung haben wir genau dies doch auf den Weg gebracht. Seit 2005 arbeiten wir konsequent daran, die Kultur näher an die Menschen zu bringen. Durch interne Umschichtungen hat das MWK zu-

sätzlich 1 Million Euro an die Landschaften gebracht. Wir haben die Entscheidung über Fördersummen bei den Trägern vor Ort angesiedelt. Die sind damit ebenso zufrieden wie die Geförderten selbst. Sicherlich wird es in diesem Bereich noch einige Änderungen geben. Warten wir die Evaluation ab!

Weitere Haushaltsschwerpunkte nenne ich nur ganz kurz: 3 Millionen Euro für den teilweisen Ausgleich der strukturellen Unterfinanzierung zur erfolgreichen Neuausrichtung der Universität Lüneburg als Modellhochschule, 2,4 Millionen Euro als Aufstockung des Etats der Erwachsenenbildung, 850 000 Euro als Zuschuss für den Neubau einer zentralen Mediothek in Diepholz. Weiteres können Sie der Vorlage entnehmen.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Jahr haben wir wieder Änderungsanträge zum Einzelplan 06 eingebracht, die sich einerseits an der Notwendigkeit orientieren, wo gehandelt werden muss, ohne dabei andererseits die finanzielle Lage unseres Landes außer Acht zu lassen. Wir schlagen Änderungen in Höhe von 11,32 Millionen Euro vor, die allesamt solide gegenfinanziert sind. Sie dagegen, meine Damen und Herren von der SPD, schlagen Änderungen in Höhe von sage und schreibe knapp 137 Millionen Euro vor, ohne dass eine belastbare Gegenfinanzierung vorliegt.

(Zuruf von der SPD: Hören Sie doch auf mit diesem Ammenmärchen!)

Sie wollen alles durch die Aufnahme neuer Schulden finanzieren, die unsere Kinder, unsere Enkel und die nachfolgenden Generationen zurückzahlen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Rund 7 Millionen Euro Zinsen pro Tag, die wir bereits heute für die Schuldensünden der Vergangenheit zahlen müssen, reichen Ihnen nicht. Sie wollen mit unseriösen Wahlversprechen unser schönes Land Niedersachsen - wie Herr Jüttner gestern noch ausgeführt hat - in den Ruin führen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD: Oh!)

Sieht so eine solide Finanzpolitik aus? - Ich vergaß: Ihr Spitzenkandidat zeigt Mut zur Lücke und hat in seinem Schattenkabinett den Posten des Finanzministers als unerheblich klassifiziert und nicht besetzt. Auch Ihre Schattenministerin sucht

seit Langem vergeblich nach wenigstens einem Lichtstrahl, der ihr tristes Dasein ansatzweise erhellen könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, CDU und FDP, investieren in die Zukunft unserer Kinder und Jugend, in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur bei gleichzeitigem Abbau der Verschuldung; denn wir sind es unseren Kindern schuldig, für Generationengerechtigkeit zu sorgen. Das werden wir auch in den nächsten Jahren weiterhin tun. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Dr. Heinen-Kljajić das Wort.

# Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Haushalt 2008 gilt bei CDU und FDP die Devise: Nach fünf Jahren Rückbau ist angesichts der anstehenden Wahlen Bilanzkosmetik angesagt. Daher haben auch all die Einzelposten, die Sie im vorliegenden Haushalt mit Wahlkampfgeschenken bedacht haben, mehr mit politischem Entertainment denn mit zukunftsweisender Wissenschafts- und Kulturpolitik zu tun.

(David McAllister [CDU]: Was?)

Selbst Tarnen und Täuschen sind offenbar erlaubte Mittel Ihrer Wahlkampfstrategie, wenn ich an die gestrige Zahlenjongliererei anlässlich der Aktuellen Stunde denke. Die echten Zahlen entlarven dagegen.

(Joachim Albrecht [CDU]: Die Zahlen waren korrekt!)

Die hochschulpolitische Bilanz - ich werde Ihnen das gleich noch vorrechnen - nach fünf Jahren schwarz-gelber Landesregierung fällt eindeutig negativ aus.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Desaströs!)

Von Beginn an hat Ihre Hochschulpolitik, Herr Minister Stratmann, darunter gelitten, dass Sie nie ein wirklich schlüssiges Konzept hatten. Sie sind

mit dem sogenannten Hochschuloptimierungskonzept gestartet,

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Hochschulvernichtungskonzept!)

das den Hochschulen nicht nur 50 Millionen Euro entzogen hat, sondern jede Form kluger Hochschulplanung außer Kraft setzte. Sparauflagen und die natürliche Personalfluktuation diktierten Ihre sogenannten Strukturmaßnahmen. Sie hinterlassen nach fünf Jahren kein Bild einer Hochschullandschaft mit eigener Stratmannscher Handschrift, sondern vom Finanzminister gerupfte Universitäten und Fachhochschulen, die den Mangel verwalten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Wissenschafts- und Forschungsstandort Niedersachsen nachhaltig geschwächt. Einer unserer größten Wettbewerbsnachteile ist die vergleichsweise geringe Zahl an Hochqualifizierten. Was läge also näher, als die Zahl der Studienplätze aufzustocken? - Doch obwohl Sie ausweislich des Abschlussberichts der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" sehr wohl wissen, dass der Mangel an Hochqualifizierten in Niedersachsen besonders ausgeprägt ist und uns in Zukunft ernsthaft in Schwierigkeiten zu bringen droht, haben Sie frei nach dem Motto "Papier ist geduldig" genau das Gegenteil von dem gemacht, was Sie selbst als Handlungsempfehlung beschreiben.

Bedingt durch die Kürzung der Etats und die gleichzeitige Umstellung auf Bachelor und Master haben Sie seit Beginn Ihrer Regierungszeit bis zum Wintersemester 06/07 fast 6 000 Studienplätze abgebaut. In der Folge nahmen logischerweise auch die Zahlen der Studienanfänger ab. Wir haben heute selbst nach jüngstem Anstieg immer noch 4 650 Studienanfänger weniger als 2003. Die Zahlen, mit denen Sie sich gestern Morgen noch gefeiert haben, wurden schon am gleichen Tag vom Statistischen Bundesamt widerlegt; denn mitnichten sind Sie Spitzenreiter beim Anstieg der Zahl der Studienanfänger. Sie liegen mit Ihrem Aufwuchs von 7,6 % gerade auf Platz acht statt auf Platz eins.

(Erhard Wolfkühler [SPD]: Hört, hört!)

Mit einer Studienanfängerquote von 29,2 % - auf die Zahl hat schon Frau Dr. Andretta hingewiesen -

liegt Niedersachsen sogar abgeschlagen auf dem zwölften Platz. Herr Minister Stratmann, das bedeutet, dass Sie selbst nach dem Start des Hochschulpakts, der mithilfe von Bundesmitteln zusätzliche Studienplätze aufbauen soll, immer noch deutlich weniger Studienanfänger haben als zu Beginn Ihrer Legislatur. Die im Hochschulpakt selbst gesetzte Zielmarge, 1 610 zusätzliche Studienanfänger im Vergleich zu 2005 zu schaffen, haben Sie in der ersten Runde um über 1 000 verfehlt. Das heißt, Ihnen fehlen zwei Drittel der Studienanfänger, zu denen Sie sich im Hochschulpakt verpflichtet haben.

(Fritz Güntzler [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

- Genau so stimmt es. Ich zeige es Ihnen gleich gerne anhand der Statistiken.

Angesichts dieser Gesamtbilanz zu jubeln, ist entweder unverfroren oder aber eine dem Wahlkampfrausch geschuldete Bewusstseinstrübung. In beiden Fällen ist Ihre Sicht der Dinge nichts als Schönfärberei.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch die Antwort darauf, wie Sie den doppelten Abiturjahrgang in 2011 auffangen wollen, sind Sie uns bis heute schuldig geblieben. Für diese jungen Menschen muss es eine ausreichende Zahl an Studienplätzen geben. Wer das Abitur nach der zwölften Klasse einführt, muss gefälligst auch für die Folgewirkungen geradestehen. Der Hochschulpakt mit zusätzlichen 11 200 Studienplätzen reicht jedenfalls definitiv nicht, wenn zusätzlich 25 000 Abiturienten in 2011 die Schule verlassen. Bis heute warten wir auf ein konkretes Programm.

Zudem machen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen langfristig einen Anstieg der Akademikerquote nötig. Wir haben deshalb als ersten Schritt für den kommenden Haushalt jenseits des Hochschulpakts die Mittel für zusätzlich 3 000 neue Studienanfängerplätze eingestellt, die wir auch langfristig vorhalten wollen. Vor allem kalkulieren wir die zusätzlichen Studienplätze mit den tatsächlichen Kosten.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, mit Ihrem Kurs, mehr Studienplätze auf Kosten der Qualität des Studiums zu schaffen, fahren Sie in die bildungspolitische Sackgasse. Die zusätzlichen Studienanfängerplätze, die jetzt im Rahmen des

Hochschulpakts geschaffen werden sollen, sind nicht ausfinanziert. Im Mittel stellen Sie 4 260 Euro pro Studienplatz zur Verfügung. Die Hochschulen fordern aber mindestens 7 300 Euro. Ein Großteil der zusätzlichen Kapazitäten wird dadurch ermogelt, dass die Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Lehrenden an Fachhochschulen schlicht herabgesetzt wird - und das in einer Situation, in der alle Fachleute einschließlich Ihrer Parteikollegin, der Bundesbildungsministerin Schavan, einhellig mahnen, dass wir dringend zusätzliche Investitionen in die Lehre brauchen.

Wir haben deshalb in einem ersten Schritt immerhin 5 Millionen Euro für die Verbesserung der Lehre in unseren Haushaltsantrag eingestellt. Sie, Herr Minister Stratmann, sind genau den umgekehrten Weg gegangen. Obwohl Sie selbst bei Bachelorund Masterstudienstudiengängen ursprünglich immerhin 90 % der Betreuungskapazitäten eines Diplomstudiengangs an Fachhochschulen für notwendig hielten, wollen Sie von dieser Einsicht plötzlich nichts mehr wissen und sind auf 80 % heruntergegangen. Das tun Sie, weil Sie kein zusätzliches Geld in die Hand nehmen wollen, um die Zielmarge des Hochschulpaktes zu erreichen.

Aus dem gleichen Grund haben die Hochschulen jetzt die Auflage, bei der Umstellung auf Bachelor und Master keine weiteren Studienplatzkapazitäten abzubauen, was wiederum nur auf Kosten der Masterkapazitäten gehen kann. Schon heute aber warnen sowohl die Hochschulen als auch Ökonomen vor einem bevorstehenden Mangel an Masterabsolventen. Hier zeigt sich beispielhaft eine weitere Schwäche Ihrer Hochschulpolitik. Sie richten Ihre politischen Ziele immer danach aus, wie Sie die nächste anstehende Hürde möglichst einfach nehmen können, statt die langfristige Entwicklung des Standortes Niedersachsen im Auge zu behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Alle Planspiele zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wie etwa die Idee einer Niedersächsischen Technischen Hochschule werden keine Wirkung zeigen, wenn wir nicht eine Ausbildung auf höchstem qualitativen Niveau anbieten; denn kluge Köpfe sind unser Kapital. Also muss hierhin auch unser Geld fließen.

Vor diesem Hintergrund ist es mir persönlich - die Randbemerkung sei mir an dieser Stelle erlaubt - völlig schleierhaft, wie man es begrüßen kann - wie es die Landesregierung u. a. getan hat -, wenn die VW-Stiftung, deren satzungsgemäßer Zweck die Förderung von Forschung und Wissenschaft ist, neuerdings, angesteckt von der zurzeit offensichtlich grassierenden Schlosswiederaufbaumanie, in Beton statt in Köpfe investiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Statt sich an den Insignien untergegangener Herrschaftshäuser zu berauschen, wäre das Geld besser in Bildung gesteckt worden. Dazu hätte ich mir zumindest vom Wissenschaftsminister eine klare Gegenpositionierung gewünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Joachim Albrecht [CDU]: Auch so etwas ist eine Frage von Kulturpolitik! Aber davon verstehen Sie gar nichts!)

Stattdessen werden Haushaltslöcher munter weiter mit Bildungslücken gestopft.

(Joachim Albrecht [CDU]: Die Herrenhäuser Gärten ohne Schloss sind ein Torso! Wir wollen kein Disneyland! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn die Folgeschäden dann allzu groß werden, dann müssen die Studierenden eben selbst einspringen. Sie müssen nicht nur Studiengebühren zahlen, sondern sie müssen indirekt auch noch dafür aufkommen, dass die vermeintliche Sozialverträglichkeit gesichert ist, indem aus ihren Gebühren Stipendien finanziert werden. Die Hochschulen müssen nicht nur den Ausfallfonds für die Studienkredite zahlen, sondern sie müssen auch noch die Ausfälle durch Gebührenbefreiung auffangen.

Wenn Sie die steigenden Zahlen der Studienanfänger als Indiz dafür nehmen, dass die Gebühren niemanden vom Studium abhalten, dann ist das Augenwischerei, und dieses Indiz ist durch die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes eindeutig widerlegt worden. Liebe Frau Trost, ich bitte Sie an dieser Stelle schlicht, diese Zahlen einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Die Bundesländer, die keine Studiengebühren eingeführt haben, haben deutlich höhere Zuwächse, die zum Teil fast doppelt so hoch sind wie die in Niedersachsen. Außerdem sind die Studienan-

fängerzahlen ohnehin nur in dem Maße gestiegen, wie zeitgleich die Zahl der Abiturienten gestiegen ist. Hinzu kommt, dass zeitgleich in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt ein doppelter Abiturjahrgang die Schulen verlassen hat.

Fakt ist: Ihre Studiengebühren zementieren den Status quo und verstärken den Missstand, dass der Geldbeutel der Eltern noch immer entscheidendes Kriterium bei der Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums ist.

(Roland Riese [FDP]: Das ist Unfug! Das wissen Sie!)

Indiz dafür ist auch die Tatsache, dass Studiendarlehen kaum wahrgenommen werden. Denn wer aus einem Elternhaus stammt, das die Gebühren nicht zahlen kann, hat häufig am Ende des Studiums ohnehin schon BAföG-Schulden. Dieser Personenkreis wird seit Einführung der Gebühren im Vergleich zu den "besser betuchten" Studierenden doppelt bestraft, indem er entweder noch höhere Schulden am Ende des Studiums in Kauf nehmen oder noch mehr dazuverdienen muss. Das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ist soziale Ausgrenzung in Reinform,

(Daniela Krause-Behrens [SPD]: Ein Skandal!)

für die die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue von der OECD gerügt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In der Kulturpolitik sieht Ihre Bilanz der letzten fünf Jahre nicht viel besser aus. Besonders die freie Kultur, die ein ungeheuer großes Maß an bürgerschaftlichem Engagement bindet und konkurrenzlos günstig eine kulturelle Grundversorgung in der Fläche sicherstellt, haben Sie durch radikale Kürzungen in ihrer Struktur nachhaltig geschwächt.

Statt den Fachverstand der jeweiligen Verbände im Interesse einer qualitätsorientierten Weiterentwicklung der niedersächsischen Kulturlandschaft zu nutzen, haben Sie deren Kompetenzen und Angebotskatalog geschwächt. Das Modell der Beleihung mit der Soziokultur wurde aufgekündigt, und Vergabeentscheidungen jenseits von 10 000 Euro werden nur noch im Ministerium getroffen. In Sachen Zivilgesellschaft und Entstaatlichung sind Sie in der Kulturpolitik den Roll-back-Kurs gefahren.

Welche Auswirkungen die Regionalisierung der Kulturmittel zeigen wird, bleibt noch einer anstehenden Evaluation vorbehalten. Den Verbandsstrukturen Ihre Säulenstruktur aufzustülpen, darf allerdings schon heute getrost als Flop bezeichnet werden. Von den versprochenen Synergien ist nirgendwo, an keiner Stelle auch nur eine Spur zu sehen.

(Zustimmung von Georgia Langhans [GRÜNE])

Kaum dass die Säulen umgesetzt waren, bröckelten sie schon auseinander, weil die ersten Verbände ausscherten oder in Zusatzsäulen untergebracht werden mussten.

Bezeichnend für Ihre Kulturpolitik ist wohl auch der Umgang mit der Soziokultur im vorliegenden Haushalt. Fast überall wurde aufgesattelt. Nur bei einem Projekt zum Thema demografischer Wandel, das gemeinsam mit dem MWK umgesetzt werden sollte, sahen Sie keine Möglichkeit des Finanzierens. Es reicht nicht, werte Kollegen von CDU und FDP, zum Thema Demografie tonnenweise Papier zu produzieren. Man muss das, was auf dem Papier steht, auch umsetzen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb haben wir dieses Projekt in unserem Haushaltsantrag mit 500 000 Euro berücksichtigt. Zusätzlich haben wir 2 Millionen Euro für Modellprojekte zum Thema kulturelle Teilhabe eingesetzt.

Was ist das Fazit nach fünf Jahren schwarz-gelber Wissenschafts- und Kulturpolitik?

(Fritz Güntzler [CDU]: Erfolg auf der ganzen Linie!)

Sie haben keine Weichen für die Zukunft gestellt, liebe Frau Trost, wie Sie es formuliert haben, sondern Sie haben den Zug auf offener Strecke stehen lassen und dann geplündert.

(Fritz Güntzler [CDU]: Wir haben einen ICE daraus gemacht!)

Nun versuchen Sie angesichts der anstehenden Wahlen durch Nachlegen von kleinen Schippen Kohle - eine Zuschusserhöhung hier, ein Sondertopf da - für die bessere Optik durch planlose Einzelaktivitäten den Anschein zu erwecken, als würden Sie den Zug langsam wieder in Gang setzen.

Die Fakten belegen das Gegenteil! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt die Kollegin Seeringer das Wort.

## Regina Seeringer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es tut mir leid, dass jetzt die vierte Frau in Folge kommt.

(Joachim Albrecht [CDU]: Das ist doch erfreulich!)

Aber wir haben ja ein Professorinnenprogramm im Land Niedersachsen aufgelegt, Herr Stratmann. Wir wollen auch die Frauen nach vorne bringen. Ich glaube, es kommen noch zwei Männer nach mir.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur eines zu Frau Heinen-Kljajić: In der Kulturpolitik haben wir sehr gute Ansätze. Dadurch dass Orchester und Theater in die Schulen kommen, wird Interesse geweckt. Das Entscheidende bei Kindern ist, dass man ihr Interesse weckt, damit sie später Kultur weiter gestalten.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Riese wird wohl noch einiges dazu sagen.

Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Erfolg, nicht nur in Niedersachsen, meine Damen und Herren, sind abhängig vom Wissen der Menschen. Das viel diskutierte lebenslange Lernen umschreibt freundlich, was von jedem Individuum, auch von uns, von frühester Kindheit an bis ins Alter erwartet wird. Im Zeitalter der Globalisierung, mit dem rasanten wissenschaftlich-technischen Fortschritt sind die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Menschen durch ständige Weiterbildung gefragt. Damit hängt auch die Erschließung neuer Qualifizierungspotenziale zusammen. Dies betrifft alle Menschen in allen gesellschaftlichen Gruppen und gilt für alle Berufe. Nur die Freude und Begeisterung am Lernen bringen das nötige Know-how. Die Kreativität der Köpfe, in die wir investieren - dies ist heute infrage gestellt worden -, und die Innovation führen auch aus der Arbeitslosigkeit. Der demografische Wandel ist eine zusätzliche Herausforderung; denn die personelle Basis wird schmaler. Im Flächenland Niedersachsen müssen die Bildungsangebote für jeden erreichbar sein.

Dies sind einige der Gründe, meine Damen und Herren, warum wir die Bildung und damit auch die Erwachsenen- und Weiterbildung in den Mittelpunkt unserer Politik der letzten Jahre gestellt haben und zum ersten Mal seit 14 Jahren eine Aufstockung der finanziellen Mittel um 2,4 Millionen Euro von 43,3 Millionen Euro auf 45,7 Millionen Euro in den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur einbringen.

Das von uns allen im November 2004 gemeinsam verabschiedete Erwachsenenbildungsgesetz hat sich bewährt und zeigt - mit den neuen Schwerpunkten der jetzigen gesellschaftlichen Erfordernisse Eltern- und Familienbildung sowie Ausbildung der Ehrenamtlichen auch viel präventive Bildungsarbeit wie z. B. in den Kindergärten und viel in den Bereichen Hauptschulabschluss und zweiter Bildungsweg - ein gutes Ergebnis.

Der nachträgliche Erwerb der Hauptschulabschlüsse ist ganz wichtig. Wir haben heute Morgen darüber diskutiert; das muss ich nicht weiter erläutern. Darüber hinaus ist die Bildungsbegleitung für junge Menschen zwischen Schule und Beruf - das ehemalige Programm des Bundes "Arbeit und Lernen" - genauso wichtig. Wir haben einen Sonderfonds von 800 000 Euro aufgelegt. Hier geht es z. B. um Paten, die junge Menschen beim Berufseinstieg begleiten sollen.

Ich möchte Sie weiterhin an den hohen Förderbedarf insbesondere für Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten erinnern, die ebenso wie Langzeitarbeitslose eine Zukunftsperspektive haben müssen. Ich erinnere Sie auch an die Deutschkurse beispielsweise in Friedland, die von Volkshochschulen durchgeführt werden.

Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen, die Entwicklung von Modulen wie auch die Unterstützung der Studierenden während des Studiums, damit die Studienabbrecherquote verringert wird, sind ebenfalls wichtige Aufgabenstellungen. Daher ist es uns in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr ganz wichtig, die Einrichtung der offenen Hochschule, ihre Ausgestaltung und die Umsetzung als weiteres Ziel zu erreichen, damit wir hier weitere Möglichkeiten schaffen können. Dazu gehört, die Aufgaben der aufgelösten Landeszentrale

für politische Bildung in die Erwachsenenbildung mit aufzunehmen.

Meine Damen und Herren von der SPD, 2004 habe ich davon gesprochen, dass es mein Wunsch ist, die Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung auszubauen und um die politische Bildung zu erweitern, die Thema aller Bildungsträger ist. Dies haben wir relativ schnell erreicht. Die Landesagentur arbeitet hervorragend. Ich denke, mit diesem neuen Bereich und zusätzlichen Mitteln kann sie sich weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

- Ich weiß, dass Sie damit nicht einverstanden sind. Aber ich glaube, dass wir mit der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung und der Einbeziehung der politischen Bildung den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Joachim Albrecht [CDU]: Sehr richtig!)

Um die bundesweit vorbildliche Infrastruktur und die Vernetzung, die wir in Niedersachsen mit den "Lernenden Regionen" haben, aller Träger der Erwachsenenbildung in unserem Flächenland mit 90 Einrichtungen zu erhalten und den neuen bildungspolitischen Herausforderungen begegnen zu können, haben wir diesen erweiterten Haushaltsansatz in der CDU-Fraktion einstimmig beschlossen und wollen ihn in dieser Woche verabschieden. Sie wissen, dass die Aufteilung wie immer erfolgt: 49 % an die Volkshochschulen, 34 % an die Landeseinrichtungen und 16 % an die Heimvolkshochschulen. Dabei hat mich eines gewundert, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Die 1,1 Millionen Euro für die Volkshochschulen. 783 000 Euro für die Landeseinrichtungen und 364 000 Euro für die Heimvolkshochschulen habe ich auch in Ihrem Antrag gefunden. Das war aber auch alles, was ich gefunden habe. Wir sind also der gleichen Meinung und haben die gleichen Anträge. Aber was Ideen und die Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung angeht, fehlt mir einiges. Von daher waren Ihre Andeutungen im Antrag ein bisschen flach, Herr Jüttner.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich in diesem Zusammenhang auch noch an Herrn Gabriel erinnern, der heute nicht mehr da ist. (Lachen bei der SPD)

Damals hat er überall behauptet - Sie wissen es genauso gut wie ich, auch wenn wir das Erwachsenenbildungsgesetz einstimmig verabschiedet haben -, wir würden kürzen. In dem Gesetz, das wir jetzt zum Haushalt vorlegen, bringen wir 2,4 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt ein. Damit widersprechen wir der Aussage.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies alles gelingt uns bei einer weiteren Sanierung des Landeshaushalts. Damit erreichen wir unsere Ziele und entwickeln sie weiter.

Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung und die neu geschaffene Agentur, von der ich gerade gesprochen habe, sind auch für Evaluierung, Qualitätssicherung, Schaffung von Synergie und Fortbildung der Dozenten zuständig. Sie arbeiten gut. Mit dieser finanziellen Aufstockung erkennen wir das Engagement aller Erwachsenenbildungsträger an.

Mein Dank gilt abschließend insbesondere dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur, allen Trägern der Erwachsenenbildung, den Vorständen des Volkshochschulverbands, des Heimvolkshochschulverbandes und des Niedersächsischen Bundes, die ihre kontinuierliche Arbeit im Interesse aller Niedersachsen weiterführen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist. Wir werden diesen Weg in Niedersachsen fortsetzen. Dies ist - Herr Jüttner, hören Sie gut zu - im Interesse der Weiterentwicklung unseres Landes und im Interesse aller Menschen, die hier leben. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Professor Dr. Dr. Zielke das Wort. Bitte!

## Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der ablaufenden Legislaturperiode waren aus meiner Sicht im Bereich Hochschulen zwei Entscheidungen von besonderer Bedeutung: erstens die Neuregelung der Zulassung zum Studium, mit der wir die Zulassung zum Hochschulstudium endlich

denen überantwortet haben, die davon am meisten verstehen, nämlich den Hochschulen selbst, und damit das faktische Ende der ZVS, der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Hier bleibt noch einiges zu tun. Ich bin bei anderer Gelegenheit in diesem Hohen Haus ausführlich darauf eingegangen; das ist heute nicht mein Thema.

Zweitens. Die Einführung der Studienbeiträge gehört indirekt auch in eine Haushaltsdebatte, und zwar gerade deswegen, weil sie nicht haushaltsrelevant sind. Von der Opposition ist seinerzeit unterstellt worden - dies wird unter der Hand immer noch unterstellt -, die Studienbeiträge dienten dazu, das Land von finanziellen Bürden zu entlasten. Genau das ist eben nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben mit den Studienbeiträgen zugleich einen Zukunftsvertrag mit den Hochschulen geschlossen und diesen Vertrag in Gesetzesform besiegelt. Das bedeutet, dass die Landesausgaben für die Hochschulen völlig unabhängig von den Einnahmen der Hochschulen durch Studienbeiträge für fünf Jahre, also bis 2010, festgeschrieben sind. Die Studienbeiträge kommen den Hochschulen also in voller Höhe zugute, ohne dass das Land einen Cent für seinen Haushalt abzwackt.

(Beifall bei der FDP)

Ich betone an dieser Stelle in Richtung auf die Hochschulen und ihre Studierenden ausdrücklich, dass dieses Prinzip nach dem Willen der FDP in Niedersachsen auch über das Jahr 2010 ungeschmälert gelten soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unser Vertrauen in die Hochschulen ist offensichtlich gerechtfertigt. Sie haben durch die Bank die Studienbeiträge sehr sinnvoll und unter verantwortlicher Mitwirkung ihrer Studierenden zur Verbesserung der Bedingungen in der Lehre benutzt. So schreibt in der Hauszeitung der Universität Osnabrück die Leiterin der Bibliothek:

"Qualität und Quantität des Bestandes in nahezu allen Fächern sind spürbar verbessert. Bis zum September konnten deutlich mehr als 8 000 Medieneinheiten zusätzlich beschafft werden. Davon profitierten z. B. die Lehrbuchsammlungen in den Natur-, Geistesund Rechtswissenschaften, die erheblich aufgestockt und aktualisiert werden konnten."

Die jungen Menschen merken das und honorieren es, indem sie sich in wachsender Zahl an unseren Hochschulen neu immatrikulieren.

Nun zum Haushalt 2008: Die Fraktionen von FDP und CDU haben trotz aller richtungweisenden Haushaltskonsolidierungen einige neue zukunftsweisende Entwicklungen angeschoben. Erstes Beispiel: Wenn wir alle der Meinung sind, dass unser Land seine intellektuellen Ressourcen voll ausschöpfen soll, dann gehört die Begabungsforschung in offensichtlicher Weise dazu, es sei denn, man wäre ein Anhänger von behavioristischen Theorien aus der reformpädagogischen Steinzeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb haben wir zusätzliche Mittel über den Etatansatz der Regierung hinaus für einen Schwerpunkt Begabungsforschung am neuen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung bereitgestellt.

Zweites Beispiel: Hochschulen in nichtstaatlicher Trägerschaft. Bei der staatlichen Förderung privater Hochschulen sind wir noch meilenweit von dem entfernt, was bei den privaten Schulen selbstverständlich ist. Umso wichtiger ist es, dass Niedersachsen zeigt, dass ihm auch seine privaten Hochschulen am Herzen liegen; denn sie leisten ebenso wie die staatlichen Hochschulen hervorragende Arbeit. Wir stellen der privaten Fachhochschule für Wirtschaft und Technik für den Neubau Bibliothek am Standort 850 000 Euro zur Verfügung, weil eine eigenständige Bibliothek zu den zwingenden Auflagen der Akkreditierungsagentur gehört. Ebenso zur Erfüllung von Akkreditierungsauflagen bezüglich Literatur gehört die Förderung der Fachhochschule Ottersberg in Höhe von 30 000 Euro.

Apropos Akkreditierung: Im Zusammenhang mit Kosten und zusätzlicher Bürokratie werden wir auch das vermeintlich so zukunftsweisende Konzept der regelmäßig zu wiederholenden Akkreditierung jeder Hochschule und jedes Fachbereichs auf den Prüfstand stellen müssen.

Auf weitere wichtige Bereiche, in denen wir Schwerpunkte setzen, wie die Meeresforschung in Oldenburg und Wilhelmshaven, die Erwachsenenbildung und das Modellprojekt "Familienfreundliche Hochschule", sind Frau Trost und Frau Seeringer schon eingegangen. Deshalb spreche ich drei Beispiele an, die uns in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen werden, ohne sie natürlich in ganzer Tiefe ausloten zu können.

Ein ganz wichtiges Projekt für Niedersachsen wird die Entwicklung der NTH, der Niedersächsischen Technischen Hochschule mit den Standorten Hannover, Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld, sein. Dies muss einfach gelingen, wenn die internationale Bedeutung unserer Hochschulen in den technischen Fächern erhalten bleiben soll. Das wird personelle und materielle Ressourcen erfordern.

Ferner werden wir der Ausbildung unserer Lehrer auf allen Schulstufen und auch ihrer Fortbildung besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Das Mauerblümchendasein der pädagogischen Fächer in einigen - nicht allen - Bereichen muss ein Ende haben. Auch die Schnittstellen zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium müssen gestärkt werden, und Synergien müssen gefördert werden. Nach meiner Erfahrung läuft da manches eher nebeneinander als Hand in Hand.

Ein letzter Punkt, sozusagen mein ständiger Tagesordnungspunkt: Sicherlich gibt es in vielen Bereichen an unseren Hochschulen ein Mehr an Autonomie. Aber in anderen Bereichen erleben wir ein ständiges Mehr an Außensteuerung. Ich habe hier den dritten Nachtrag zur Zielvereinbarung zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur und der Universität Göttingen, aber zur Zielvereinbarung von 2005 bis 2008. Ein dritter Nachtrag sieht schon arg nach Detailsteuerung aus. Daneben gibt es noch die indirekte De-facto-Steuerung durch die permanenten Akkreditierungsprozesse. Ab 2008 sollen darüber hinaus von allen Hochschulen neue zusätzliche Daten in Form von sogenannten Hochschulkennzahlen erhoben werden. Diese müssen natürlich auch ständig aktualisiert werden. Der Rechnungshof wird sich freuen. Ich hoffe nur, dass die Hochschulen bei all dem Berichtswesen und der Antragstellung für Drittmittel bei DFG, EU oder sonst wo noch ein bisschen zum Forschen und Lehren kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Irgendwo werden Bürokratie und Verwaltung so groß, dass sie kontraproduktiv sind. Diese Gefahr sollten wir nicht unterschätzen. Wir werden die Entwicklung genau zu beobachten haben. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ebenfalls für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Riese das Wort.

(Zuruf: Wird jetzt gesungen?)

## Roland Riese (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nein, ich werde nicht singen. Ich bin zwar aus mehreren Fraktionen des Hauses gebeten worden, es zu tun, aber ich will es doch lieber beim gesprochenen Wort belassen.

Der Leitartikel der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung von heute - Frau Kollegin Dr. Andretta hat darauf schon hingewiesen - beschäftigt sich mit der Kulturförderung. Er bezieht sich allerdings auf die Kulturförderung des Bundes, da es sich bei dem Leitartikel um eine Zusammenfassung des Abschlussberichtes der Enquete-Kommission des Bundestages zur Kultur in Deutschland handelt. In dem Artikel wird der Umfang des Berichtes beklagt, obgleich in dem Leitartikel berechtigterweise darauf hingewiesen wird, dass die Kultur in Deutschland reichhaltig ist. Herr Meyer-Arlt eröffnet den Artikel mit der Information, dass es in Deutschland 150 öffentlich getragene Stadt- und Staatstheater gibt. Wenn man den Königsteiner Schlüssel anwendet, könnte Niedersachsen offenbar noch etwas mehr Theater haben. Es ist auch tatsächlich so. dass Niedersachsen dann, wenn man den Königsteiner Schlüssel anwendet, mit den Mitteln für Kultur insgesamt durchaus unter dem Bundesdurchschnitt bleibt. Das wird sich allerdings erst dann ändern können, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir das wichtige Ziel erreicht haben, das diese Regierungskoalition seit fünf Jahren intensiv anstrebt, nämlich den Haushalt so zu konsolidieren, dass eine neue Schuldenaufnahme nicht mehr nötig ist und die Schulden zurückgezahlt werden können. Das wird in zwei Jahren der Fall sein,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

da auch nach dem Februar 2008 eine Koalition aus CDU und FDP in Niedersachsen regieren wird. Ich hoffe sehr zuversichtlich, dass der Wissenschaftsminister dieser Koalition Lutz Stratmann heißen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Er hat nämlich vor fünf Jahren die Aufgabe übernommen, ein desaströs bestelltes Feld in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Larmoyanz!)

Es ist dem Minister gelungen, in dem schwierigen Fall des Staatstheaters Hannover die Verhältnisse so zu gestalten, dass am Jahresende nicht mehr Millionenbeträge über das Budget hinaus ausgegeben werden. Wir haben Landesmuseen, die inzwischen Landesbetriebe sind und sich daher als viel kostengünstiger darstellen. Minister Stratmann hat sich auch in schwierigen Haushaltsverhandlungen in den vergangenen Jahren dem Finanzminister, wo es notwendig war, vehement entgegengestemmt und gemeinsam mit den Fraktionen von FDP und CDU nicht nur Schlimmeres verhütet, sondern Sicherheit für viele kulturelle Einrichtungen in diesem Land geschaffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich hätte große Lust, jetzt im Einzelnen darauf hinzuweisen, warum die Rede der Kollegin Frau Dr. Andretta viele Wähler von den Urnen fernhalten wird. Der Grund ist die Schreckensvorstellung vieler Wähler, Frau Dr. Andretta könnte in Zukunft für die Kultur verantwortlich sein. Das wird sich aber nicht so einstellen.

Die Wahlgeschenke, die hier von Grünen und SPD verteilt wurden - hier 2 Millionen Euro für eine nicht näher definierte kulturelle Jugendbildung, dort 2 Millionen Euro für Teilhabe an Kultur; das sind völlig unscharfe und undefinierte Programme -, sind gar nicht so notwendig, wie Sie glauben, weil wir ja morgen beschließen werden, dass die Landesmittel für die Kulturarbeit in den Regionen, in den Landschaften um 1 Million Euro erhöht werden. Dann können zahlreiche Projekte auch im Blick auf den demografischen Wandel von Anbietern der Soziokultur, von freien Theatern, von Kulturvereinen beantragt werden. Es wird dann vieles möglich sein. Insofern gehen wir im Lande Niedersachsen den richtigen Weg, die Kultur mehr in die

Fläche hineinzutragen. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft nicht verlassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister Stratmann hat jetzt für die Landesregierung das Wort.

# **Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt zunächst etwas unsicher: Wie viel Redezeit habe ich denn noch? Ich will mich meinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber ja nicht unsolidarisch verhalten.

# Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Wenn wir es genau nehmen, müssten Sie sich schon längst wieder gesetzt haben.

(Heiterkeit)

**Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herzlichen Dank. Ich interpretiere diese Aussage jetzt in meinem Sinne.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Andretta - vielleicht hören Sie einmal zu -, seit fünf Jahren stelle ich mir die Frage: Warum ist die so?

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Bei der Kollegin Heinen-Kljajić spürt man ja zumindest im Ansatz, dass sie sich mit den Dingen befasst. Bei Frau Andretta ist aber immer alles so verbiestert, und die Welt ist so schlecht und böse.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich noch einmal auf das Interview zurück. Darauf habe ich gestern schon hingewiesen. Im *Rote Grütze Magazin* aus Göttingen - schon der Titel ist bemerkenswert - sind 100 Fragen an die Kollegin Gabi Andretta gestellt worden.

(Christina Bührmann [SPD]: Das haben Sie gestern schon gesagt!)

- Ja, aber ich hatte gestern nicht genügend Zeit. Jetzt möchte ich doch einmal auf ein paar Fragen hier eingehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, nach dieser kleinen Lockerungsübung wollen wir jetzt doch wieder ein bisschen disziplinierter weitermachen.

# **Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Es geht in dem Interview mit der Frage an Gabi Andretta los - in diesem Interview duzt man sich -: "Welche Frage sollte dir einmal gestellt werden?" Darauf antwortet sie: "Warum ist die Banane krumm?"

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

In dem Interview wird weiter gefragt: "Und deine Antwort darauf?" Daraufhin gibt es die Antwort: "Darum."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich zitiere das hier, weil es genau das wiedergibt, was Frau Andretta hier seit fünf Jahren vermittelt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Warum macht der Stratmann einen schlechten Job? - "Darum." Alles andere passt nicht in das Weltbild der SPD-Kollegin Andretta.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auf die Frage des Fragestellers - auch das will ich Ihnen nicht vorenthalten, weil das historisch ganz interessant ist - an Gabi Andretta: "Wann bist Du in die SPD eingetreten und aus welchem Anlass?"

(Zuruf von der CDU: Weil sie sonst keine Freunde hat! - Heiterkeit)

- Nein. Es gibt auch Antworten, die sie sehr sympathisch machen; das will ich auch einmal sagen. - Darauf antwortet sie: "1983, nachdem der Nato-Doppelbeschluss endlich gekippt war." Wissen Sie, was 1983 passiert ist? - 1983 hat die SPD Helmut Schmidt wegen des Doppelbeschlusses in die

Wüste geschickt, und Helmut Kohl hat den Doppelbeschluss durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch daraus wird deutlich: Frau Andretta bezieht ihre Erkenntnisse aus einer Welt, die für die Partei SPD bereits abgeschlossen ist. Liebe Frau Andretta, so kann man schlecht Politik machen. Wir machen nicht für die Parteien Politik. Wir machen für die Menschen in unserem Land Politik.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister Stratmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Der Kollege Harden möchte eine Zwischenfrage stellen.

**Lutz Stratmann**, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Nein.

Nun zu der Kollegin Heinen-Kljajić.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie sind an Peinlichkeit nicht zu übertreffen!)

Liebe Frau Heinen-Kljajić, ich sage Ihnen jetzt nach fünf Jahren, dass Sie sich wirklich immer viel Mühe gegeben haben, wenn es darum ging, die Fragestellungen sauber zu analysieren und auch Antworten darauf zu geben. Vieles von dem, was Sie sagten, war nicht richtig und wurde von mir nicht geteilt. Bei Ihnen hat man aber wirklich den Eindruck, dass Sie an der Sache interessiert sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben hier gesagt, nur mit kosmetischen Maßnahmen hätten wir im Hinblick auf die kommenden Wahlen beim Haushalt ein paar Forderungen Rechnung getragen und ein paar Beschlüsse gefasst; ansonsten hätten wir kein Konzept.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der Opposition, Frau Heinen-Kljajić, ich habe das Gefühl, dass Sie nicht viel von Kosmetik verstehen, weil Sie sie selbst nicht nötig haben. - Das war jetzt ein Kompliment.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich frage Sie: Ist es Kosmetik, das modernste Hochschulgesetz dieses Landes einzuführen? Ist es Kosmetik, die modernste Hochschulzulassung einzuführen? Ist es Kosmetik, einen Zukunftsvertrag zu beschließen, der Finanzsicherheit bis zum Jahr 2010 schafft? Ist es Kosmetik - - -

(Einige Abgeordnete der SPD-Fraktion verlassen den Plenarsaal)

- Ja, Leute, wenn ihr noch nicht mal die Wahrheit vertragt,

#### (Beifall bei der CDU)

dann können wir das hier in diesem Plenarsaal doch gleich lassen. Ich glaube, es war ein führender Sozialdemokrat, nämlich Herbert Wehner, der einmal gesagt hat: Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen. - Die werden auch wieder reinkommen.

## (Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Präsidentin, ich glaube, ich habe eben noch nicht einmal im Ansatz etwas gesagt, was eines Ordnungsrufes wert gewesen wäre. Ich glaube, ich habe in den ganzen letzten fünf Jahren keinen einzigen Ordnungsruf kassiert.

Ist es Kosmetik, liebe Frau Heinen-Kljajić - jetzt hört sie noch nicht einmal zu -, dass wir die Niedersächsische Technische Hochschule NTH mit 25 Millionen Euro begleiten? - Das ist ein einzigartiger Vorgang in der Bundesrepublik Deutschland.

#### (Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ist es Kosmetik, dass wir die Studienfinanzierung auf neue Beine gestellt haben? - Wir haben sozialverträgliche Studienbeiträge eingeführt. In keinem Land gab es so wenig Ärger wegen dieser Angelegenheit. In keinem Land ist das Verfahren so professionell durchgeführt worden wie bei uns in Niedersachsen.

## (Beifall bei der CDU)

Liebe Frau Heinen-Kljajić, ganz so unterschiedlicher Meinung scheinen wir im Hinblick auf die Studienbeiträge ja gar nicht zu sein; denn sonst hätten Sie ja so wie die SPD nicht 30 Millionen Euro in Ihren Antrag geschrieben, sondern 82 Millionen Euro - natürlich ausschließlich kreditfinanziert zulasten kommender Generationen. Offensichtlich wollen Sie zwei Drittel der Einnahmen aus Studienbeiträgen nach wie vor aus Studienbeiträ-

gen erhalten. Sonst hätten Sie ja mehr einstellen müssen.

Ich frage Sie weiter: Ist es Kosmetik, erstmalig in der Geschichte dieses Landes in Lüneburg eine Fachhochschule mit einer Universität zu fusionieren? Ist es Kosmetik, zwei kirchliche Fachhochschulen ohne große Probleme in die staatliche Verantwortung des Landes zurückzuholen?

Meine Damen und Herren, ich habe mir dann einmal Folgendes überlegt: Welche vergleichbaren Maßnahmen sind in den 13 Jahren davor unter Schröder, Glogowski und Gabriel ergriffen worden? - Da fallen mir überhaupt nur zwei vergleichbare Maßnahmen ein. Ich nenne erstens die Einführung der Stiftungshochschulen. Das ist rechtlich völlig missraten. Wir mussten dies mit unserer Novelle zum Hochschulgesetz korrigieren. Zweitens nenne ich die Fusion der Fachhochschulen Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden bei uns oben im Nordwesten. Sonst hat es in 13 Jahren keine einzige Maßnahme gegeben, die auch nur annähernd die Dimension der vielen Maßnahmen gehabt hätte - ich hätte noch mehr aufzählen können -, die ich hier gerade angeführt habe. - So viel zur Wahrheit.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden den Haushalt 2008 um satte 200,5 Millionen Euro anwachsen lassen. Hören Sie doch endlich auf, immer wieder auf die Kürzungen hinzuweisen, die wir vorgenommen haben. Jawohl, auch wir mussten einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Das haben wir in vollem Bewusstsein unserer Verantwortung getan. Jeder musste seinen Beitrag dazu leisten. Das führt dazu, dass wir in zwei Jahren erstmalig in der Geschichte unseres Landes die Schulden werden reduzieren können. Die Zinsersparnisse werden wir dann für Bildung und andere wichtige Maßnahmen ausgeben.

## (Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun zum Hochschulpakt. Liebe Frau Heinen-Kljajić, Sie müssen doch zugeben - das können Sie doch nicht unter den Tisch fallen lassen -, dass wir bis zum Jahr 2010 mehr als 11 000 neue Studienplätze schaffen werden und dass wir in die mittelfristige Finanzplanung 254 Millionen Euro eingestellt haben, um in der Folgezeit weitere neue Studienplätze finanzieren zu können. Wir werden noch einmal mindestens 10 000 Studienplätze schaffen, damit die Mütter

und Väter, die sich zurzeit Sorgen darüber machen, dass ihre Kinder aus dem doppelten Abiturjahrgang, die in Kürze vor den Hochschulen stehen werden, auch einen Studienplatz für ihre Kinder mit optimalen Bedingungen bekommen werden. Darum geht es doch!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei der Umstellung der Master- und Bachelorstudiengänge sind wir mit Berlin am weitesten in der Bundesrepublik Deutschland vorangeschritten. Dabei haben wir die Qualität niemals außer Acht gelassen.

Wir steigern unseren Forschungshaushalt um 14 %! In den letzten fünf Jahren haben wir die Forschungsmittel nicht ein einziges Mal reduziert, sondern wir haben immer gesagt: Die Forschung bleibt von allem ausgespart.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt noch einige ganz kurze Bemerkungen, weil ich wirklich keine Zeit mehr habe: Erstmalig in der Geschichte unseres Landes ist es uns gelungen, bei den Forschungsbauten - das ist bereits erwähnt worden - nicht weit hinter dem Königsteiner Schlüssel zurückzubleiben, sondern ihn mit annähernd fast 16 % zu verdoppeln. Das haben Sie während Ihrer gesamten Regierungszeit niemals hingekriegt. Das muss hier noch einmal erwähnt werden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zur Erwachsenenbildung: Herr Jüttner, der selber Erwachsenenbildner ist, hat gestern in seinem Beitrag nicht ein einziges Wort zu dem so wichtigen Thema "Lebenslanges Lernen" verloren. Wir hingegen nehmen uns dieser Thematik an, haben dies immer getan, stehen zu einer Tradition, die die Erwachsenenbildung in Niedersachsen ausgesprochen hochhält.

Zu Kunst und Kultur ist schon vieles gesagt worden, auch zum Musikland Niedersachsen und zur Musikakademie. Ich kann all dies aus Zeitgründen nicht wiederholen. Herr Dahlmann sitzt dort hinten. Ich mache keinen Hehl daraus: Wir haben darüber gesprochen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir für die Soziokultur zusätzliche Mittel bereitstellen können. Das ist im Rahmen der Haushaltsberatungen aber nicht gelungen. Da ich aber - darauf lege ich gesteigerten Wert - zu denjenigen gehöre, die sich unter Aufbringung aller Anstrengungen darum

bemühen, ihr Wort zu halten, habe ich mich dazu entschlossen, dass wir Ihnen für Ihr Programm "Demografie im ländlichen Raum" durch Umschichtung in meinem Haus trotzdem 300 000 Euro zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Dies sind nicht die 500 000 Euro, die Sie eingefordert haben. Eigentlich könnten wir gar nicht genug Geld ausgeben, wenn wir die Möglichkeiten hätten. Wir müssen uns dem Prinzip der Haushaltskonsolidierung unterwerfen. 300 000 Euro kriegen Sie im nächsten Jahr aufgrund interner Umschichtungen. Dies soll auch ein Zeichen an die Soziokultur sein, deren Arbeit wir sehr hoch schätzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich mich für eine meiner Meinung nach wirklich vorzeigbare Politik und für Ergebnisse, die sich im bundesweiten Vergleich wirklich sehen lassen können - auf Themen wie die Exzellenzinitiative und dergleichen mehr bin ich gar nicht mehr eingegangen -, bei meinen Kollegen aus der Fraktion bedanken. Ich möchte mich bedanken bei Katrin Trost, bei Herrn Zielke. Ich möchte mich bedanken bei Karl-Heinz Klare, bei den vielen Kulturpolitikern, die mitgeholfen haben. Ohne Ihren Einsatz wäre all dies nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank auch für Ihre solidarische und sehr konstruktive Zusammenarbeit! - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Wir kommen jetzt zum Themengebiet

## Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Das Wort hat der Kollege Will von der SPD-Fraktion.

## Gerd Ludwig Will (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzte Haushaltsberatung dieser Legislaturperiode erschöpft sich nicht in der Diskussion über das vorliegende Zahlenwerk. Betrachten wir doch den Etat des Wirtschaftsministers vor dem Hintergrund der gesamten Wahlperiode. Hierbei müssen auch die sogenannten Erfolge der angeblich erfolgreichen Konsolidierungspolitik einer kritischen Betrachtung standhalten. Unser Statistisches Landesamt kommt in der Bewertung seiner Zahlen und gerade in dem im vergangenen Jahr vorgelegten Bericht zu der Feststellung, dass in den kritischen Jahren, in denen Konsolidierungen angesagt waren, Niedersachsen massiv zurückgefallen ist. Eine deutliche, nicht nur gefühlte bzw. herbeigeredete Entspannung ergab sich jedoch erst infolge der sich verbessernden Konjunkturentwicklung.

Nun haben sich die entscheidenden Kennziffern verbessert. Dies darf aber nicht vergessen machen, dass die Patentanmeldungen und damit ein entscheidender Indikator für die Innovationsfähigkeit eines Landes weiter zurückgehen mit der Folge, dass unser Land weiter an Boden verliert.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Gleiches gilt für die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in Niedersachsen. Sie wachsen langsamer als im Bundesdurchschnitt. Die Behauptung, dass es den Menschen dort, wo die CDU regiert, besser geht, ist damit objektiv widerlegt.

(Beifall bei der SPD)

Das Einkommen der Menschen in Niedersachsen entwickelt sich unterdurchschnittlich. Über Jahre mussten wir gemeinsam erleben, wie der Finanzminister immer wieder den Einzelplan 08 als Steinbruch zur Haushaltssanierung zweckentfremdet hat.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, das zieht sich insgesamt durch. Das ist ja Ihr Problem, Herr McAllister.

Der Wirtschaftsminister hat dem bei den Kernthemen der Wirtschaftspolitik in aller Regel nur wenig entgegenzusetzen. An den Investitionen ist das deutlich ablesbar. Dort wurde in allen zentralen Bereichen des Wirtschaftshaushaltes gespart. Seit Jahren dümpelt der Investitionshaushalt um die 7 %, konkurrenzlos niedrig im Übrigen im Vergleich zu allen anderen Landesregierungen.

Die niedrige Investitionsquote hatte natürlich auch Auswirkungen auf den Bereich des Bauunterhalts oder Straßenbaus. Schauen Sie sich den Zustand der Landesstraßen in Niedersachsen an! Er ist

inzwischen katastrophal. Wie hoch ist eigentlich der Investitionsstau bei Landesstraßen, Radwegen, Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen?

Das Gleiche gilt in jeder Hinsicht auch bei Investitionen in die Zukunft unseres Landes. An solchen Investitionen hängen auch die Vermögenshaushalte z. B. der Landkreise und Kommunen und damit ein großer Teil der öffentlich induzierten Nachfrage insbesondere für Mittelstand und Handwerk, also der regionalen Nachfrage, mit positiven oder, wie in diesem Fall, negativen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Ausbildung. Diesen Zusammenhang hat das Wirtschaftsministerium nie gekannt oder bewusst ignoriert.

Ihre Signale an die verantwortlich Handelnden auf allen Ebenen im Land sind katastrophal: Kürzungen beim Wirtschaftsförderfonds - die ohnehin schon niedrigen Ansätze werden zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe weiter gekürzt oder gar auf Null abgesenkt -, wenig eigene Impulse aus dem Wirtschaftsministerium, gescheiterte Bundesratsinitiativen zur Schleifung von Arbeitnehmerrechten, Nonsens-Initiativen wie bunte Taxen oder Sitzhilfen in Stehcafés. In diesem Zusammenhang ist auch die große Ankündigung der Einrichtung der Stiftung "Innovationsfonds Niedersachsen" zu nennen, die erst zum Ende der Legislaturperiode ihre Arbeit aufnimmt, eine Stiftung, die bisher ausschließlich schuldenfinanziert ist und bis vor vier Wochen noch keinen einzigen Förderantrag bedienen konnte. Sie haben Zustiftungen z. B. aus der Wirtschaft versprochen. Außer Ankündigungen ist bisher nichts zu erkennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zu Ihren sogenannten Leuchtturmprojekten wie dem JadeWeserPort.

(David McAllister [CDU]: Den Sie kaputtreden!)

Ihr Handeln ist ein richtiger Masterplan dafür, wie man es nicht machen darf und, klarer gesagt, wie man das wichtigste Infrastrukturprojekt Niedersachsens gemeinsam mit Bremen vor die Wand gefahren hat.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Sie reden ihn kaputt! Frechheit!)

Herr Minister, Sie haben in diesem Zusammenhang immer gesagt, Sie wollen die 50 Millionen Euro EU-Mittel trotz der Zeitverzögerung beim Bau

sichern. Das wollen wir auch. Aber dahinter stehen die Fragen: Bleibt es bei dem seit Langem angekündigten Fertigstellungsdatum? Wann beginnt endlich der Bau, und wann geht das Bauwerk wirklich in Betrieb?

(Björn Thümler [CDU]: Fragen Sie mal das Gericht!)

In jeder neuen Mipla wird der Investitionsschwerpunkt um ein Jahr verschoben, gleichwohl soll der Hafen 2010 ans Netz gehen. Ist das noch realistisch? Beim Projekt JadeWeserPort bestand immer die Hoffnung auf zusätzliche große Ansiedlungen mit privaten Investoren, die vor Kurzem aber auch noch geplatzt sind.

Meine Damen und Herren, das Thema ÖPNV/SPNV mit den zu erwartenden Folgen für die Mobilitätsqualität in Niedersachsen war gestern bereits auf der Tagesordnung. Sie haben bereits seit 2003 diesen Ansatz zur Konsolidierung immer wieder dem Finanzminister preisgegeben.

Noch ein Wort zu den Straßenmeistereien, Herr Minister. Hier haben Sie klägliche Privatisierungsversuche mit katastrophalen Ergebnissen hinter sich. Wollen Sie allen Ernstes daran festhalten, diese wichtige Dienstleistung zur Mobilitätssicherung weiter zu privatisieren, zu verteuern und die Dienstleistung zu verschlechtern? Mit uns ist das nicht zu machen.

Zum Thema Beschäftigung haben wir Klärungsbedarf. Wir fragen, wie Sie, Herr Minister Hirche, zum Mindestlohn stehen und wie das Ministerium zu den bisherigen Minimalaktivitäten zu zentralen Fragen wie Mindestlohn, Kombilohn, Niedersachsen-Modell und Ausbildungskombilohn längerfristig steht. Wollen Sie weiterhin mit wenigen Millionen den Eindruck erwecken, dieses Ministerium bekämpfe die Ausbildungsnot und die Arbeitslosigkeit mit eigenen Maßnahmen?

Eine künftige SPD-geführte Landesregierung wird eine neue an den Menschen und am Mittelstand orientierte Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Teil unserer Forderungen findet sich im Sofortprogramm und damit auch in unserem Haushaltsantrag wieder. Ein kleiner, aber wichtiger Posten ist die Erhöhung der Zuwendungen für die Verbraucherberatung um 600 000 Euro auf ihr altes Niveau. Wir erhöhen die Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds um 10 Millionen Euro. Hiervon sind 5 Millionen Euro zur Stärkung der Tourismusförderung vorgesehen. Dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht, hat diese Landesregierung auch erst durch unsere Große Anfrage zum Thema erkannt.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Weitere 5 Millionen Euro sollen zur Stärkung der Investitionsförderung von KMU eingesetzt werden. Wir stocken weiter die Zuführung zum Wirtschaftsförderfonds - ökologischer Bereich - um 10 Millionen Euro auf. Das Geld soll für den Klimaschutzpakt Niedersachsen verwandt werden. Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre und stellt gleichzeitig einen Innovationsmotor sondergleichen dar.

Wir erhöhen die Mittel für den Straßen- und Radwegebau an Landesstraßen um insgesamt 18,5 Millionen Euro. Damit können wir den Landesstraßenbauplafond endlich annähernd angemessen ausstatten. In den letzten Jahren Ihrer Regierung war der Mittelbestand immer deutlich unter dem objektiven Bedarf zur Substanzerhaltung, wie Ihnen der Landesrechnungshof ins Stammbuch geschrieben hat.

Weitere 31,5 Millionen Euro wollen wir in den Neubau und die Sanierung von Landesimmobilien investieren. Dies ist nicht zuletzt aus Klimaschutzerwägungen dringend geboten. Wir geben der Bauwirtschaft damit auch die Impulse, auf die sie seit fünf Jahren verzichten musste. Unter Ihrer Regierung ist das Land als Nachfrager fast völlig ausgefallen. Das werden wir ändern.

(Zustimmung bei der SPD)

Einen Teil der Gegenfinanzierung werden wir erzielen, indem wir Ihren unsinnigen Innovationsfonds auflösen. Der ist unwirtschaftlich, und sein Förderpotenzial ist absolut unzureichend.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Was?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nimmt in unserem Regierungsprogramm einen wichtigen Raum ein.

(David McAllister [CDU]: Im Oppositionsprogramm!)

Ich darf Ihnen einige unserer wichtigsten Forderungen darstellen.

Wir brauchen eine neue Ausbildungsoffensive - das haben Sie in den letzten Jahren ja leider vermieden -, um allen Jugendlichen, insbesondere den Jugendlichen in den Warteschleifen, endlich den Einstieg in eine Ausbildung zu sichern.

(David McAllister [CDU]: Deshalb Ausbildungsplatzabgabe!)

Deshalb unser Programm für 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine neue Offensive für das niedersächsische Handwerk und darüber hinaus für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir brauchen eine Arbeitsplatzoffensive für Frauen in Niedersachsen, damit Frauen die gleichen Arbeitsmarktchancen bekommen wie männliche Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Innovationen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Hochschulen.

(David McAllister [CDU]: Deshalb Innovationsfonds!)

Wir werden die Produktpalette der NBank ausbauen, damit gerade der Mittelstand in die Lage versetzt wird, verstärkte FuE-Aktivitäten zu entfalten. Wir wollen mit der Einführung einer Forschungsprämie als Zuschuss für Forschungs- und Entwicklungsaufträge die Kooperation zwischen KMU und den Fachhochschulen stärken und zur Netzwerkbildung beitragen.

Meine Damen und Herren, wir müssen durch Personalkostenzuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in KMU die Forschungsbereitschaft der Unternehmen stärken und gleichzeitig neue Beschäftigungschancen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eröffnen. Mit unserer Vorstellung wollen wir auch eine niedersächsische Technologiestiftung zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft etablieren. Aufgabe der Stiftung wird sein, als Impulsgeber innovative Entwicklungen und deren Markteinführung zu fördern.

Im Rahmen der Neuauflage eines ganzheitlichen Mittelstandskonzeptes "Allianz für Niedersachsen" werden wir den Dialog zwischen Mittelstand und Landesregierung intensivieren. Damit knüpfen wir an die bis 2003 existierenden erfolgreichen Dialoge zwischen Landesregierung und Mittelstand an.

Wir werden die bürokratischen Hemmnisse in der Wirtschaft beseitigen, die die Wirtschaftskraft der mittelständischen Unternehmen bremsen. Gleichzeitig wissen wir aber: Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, Neutralität und Unbestechlichkeit der Verwaltungen sind unverzichtbare Standortvorteile. Im Dialog mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbänden werden wir deshalb die Rechtsvorschriften auf das notwendige Maß reduzieren. All dies werden wir vom 27. Januar 2008 an umsetzen.

(Björn Thümler [CDU]: Wo denn?

Dann wird es wieder eine gestaltende Wirtschaftspolitik in Niedersachsen geben. Die Zeit des Nachtwächterstaates à la Hirche, der ausschließlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzt, ist dann vorbei.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat Herr Kollege Hoppenbrock für die CDU-Fraktion das Wort.

#### Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Will, den letzten Satz Ihres Manuskripts haben Sie nicht vorgelesen. Er dürfte lauten: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.

(Zustimmung bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist aber witzig!)

Sie zeichnen ein Zerrbild von unserem Land, das vielleicht in 2002 zutraf, kurz bevor Sie abgewählt wurden. Heute sieht Niedersachsen ganz anders aus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Gerd Ludwig Will [SPD]: Jetzt kommt Ihre Märchenstunde!)

Ich will Sie jetzt einmal aufklären. Dazu brauche ich ein Zitat, das ich eigentlich nicht mehr bringen wollte, mit dem unser Fraktionsvorsitzender gestern schon Herrn Jüttner gequält hat.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie können mich nicht quälen!)

Gut aufpassen, es lautet:

"Im vergangenen Jahr vollzog sich in Niedersachsens Entwicklung eine Trendwende zum Positiven. ... Vor allem im wirtschaftlichen Bereich gab es erfreuliche Tendenzen:"

Herr Will, hören Sie zu!

"Die Pleitewelle der Unternehmen ist gebrochen, die Zahl der Arbeitslosen ist gefallen und die Zahl der Arbeitsplätze nahm zu."

Das Zitat geht weiter: Das Wirtschaftswachstum und besonders das Wachstumstempo nahmen seit 2002 von Jahr zu Jahr zu. Schrumpfte die Wirtschaftsleistung in 2002 - zu Ihrer Regierungszeit noch um 0,7 %, hatten wir im ersten Halbjahr 2007 nach ersten Schätzungen eine Wachstumsrate von 2,5 %.

Herr Will, das war keine Werbebotschaft aus der Propagandaabteilung der CDU-Fraktion.

(Nein! bei der SPD - David McAllister [CDU]: Wir machen keine Propaganda! Wir sagen die Wahrheit!)

Das steht so in der Presseerklärung des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik. So hat sich Herr Strelen geäußert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das zeigt: Mit gradliniger Politik hat die Landesregierung das Vertrauen der Menschen im Lande und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wiedergewonnen.

(Beifall bei der CDU)

Das zeigen nicht zuletzt die positiven Umfragewerte für die Regierung und für den Ministerpräsidenten.

Wir sind also auf dem richtigen Weg. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir uns jetzt zurücklehnen und noch 45 Tage warten, bis die nächste Landtagswahl gewonnen ist. Nein, wir wollen Schwerpunkte setzen, und zwar die richtigen Schwerpunkte.

Welches sind denn die Schwerpunkte für das nächste Jahr? - Die niedersächsischen Häfen boomen. Wichtigstes Zukunftsprojekt ist nach wie vor der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven.

Zu den anderen überaus positiven Entwicklungen wird der Kollege Björn Thümler gleich noch einiges sagen.

Meine Damen und Herren, anders als in der Vergangenheit kommt ganz Niedersachsen in der Förderperiode 2007 bis 2013 in den Genuss europäischer Fördermittel. Das ist eine Riesenchance, um unsere Wirtschaft und unsere Betriebe mithilfe von EFRE und ESF zukunftsfähig zu machen. Besonders bevorzugt wird die Region Lüneburg als sogenanntes Konvergenzgebiet mit insgesamt 800 Millionen Euro.

Für die Zukunft unseres Flächenlandes ist eine leistungsfähige Infrastruktur von Straße und Schiene überlebenswichtig. Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung lässt nicht nach, darauf hinzuweisen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land an den großen Verkehrsadern stattfindet. Früher war das der Mittellandkanal, heute sind es in erster Linie die Autobahnen. Oben auf der Agenda steht daher weiterhin die Küstenautobahn A 22 auch als Hinterlandanbindung für die Häfen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ach, das ist der Beitrag zum Wirtschaftswachstum?)

Insbesondere für den JadeWeserPort hat die A 22 herausragende Bedeutung. Im Zusammenspiel mit der A 20 gibt es dort eine Ost-West-Verbindung von den baltischen Ländern bis nach Westeuropa.

Besonders wichtig für unsere Wirtschaft ist außerdem der sechsspurige Ausbau der A 1 zwischen Hamburg und Bremen sowie der Weiterbau der A 39 von Wolfsburg nach Lüneburg.

(Zustimmung von Anneliese Zachow [CDU])

Auch die Planung des Lückenschlusses der A 33 zur A 1 als Umgehung von Osnabrück hat hohe Priorität. Die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, auch in Oeynhausen, haben uns versprochen, noch mal einen Zahn zuzulegen, damit die Planungen dort machtvoll vorangetrieben werden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das niedersächsische Konzept zur Erhaltung der Landesstraßen sowie unser Radwegekonzept sind nach wie vor beispielhaft und vorbildlich.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Da lachen ja die Hühner!)

Unser Landesstraßennetz umfasst 8 000 km, Herr Will. Sie hätten mal sehen sollen, in welchem Zustand Sie die Straßen an diese Landesregierung übergeben haben. Wir jedenfalls haben gehandelt: Herausgekommen sind 1 900 Bauwerke und 4 300 km Radwege. Die Fraktionen von CDU und FDP haben im Rahmen der Haushaltsberatungen erreicht, dass die Mittel gegenüber 2007 um über 18 Millionen Euro auf knapp 60 Millionen Euro aufgestockt wurden.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

- Ja, das war sehr gut. - Das haben Sie anschließend auch in Ihr Pamphlet geschrieben. Von diesen Mitteln sind 10 Millionen Euro für Bauunterhalt und Sanierung der Radwege vorgesehen. Sie sehen also: Durch erfolgreiche Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre haben wir wieder finanzielle Spielräume gewonnen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Schwache Leistung!)

Ich sage aber genauso deutlich: Zu einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gehört ebenso, dass die Bahn ihre Hausaufgaben macht.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Aufgaben der Bahn sind die Erschließung des Hinterlandes der norddeutschen Häfen, der Ausbau der Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg sowie die Lösung der Sondersituation in Sande.

(Zustimmung bei der CDU)

Geplant sind aber auch Streckenverstärkungen - ich nenne den Ausbau in Bremen - und Fortschritte bei der Entwicklung der sogenannten Y-Trasse.

Heute war in der Presse zu lesen, dass die Bahn 280 Millionen Euro einsetzt, um diese Strecken zu verstärken und die Bauwerke zu sanieren. Dafür danken wir Herrn Meyer und den restlichen Oberen der Bahn.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Aber auch der ÖPNV ist für uns wichtig. Wir haben gestern darüber diskutiert. Sie sind auch informiert worden, was wir beim ÖPNV in Niedersachsen getan haben.

(Hermann Eppers [CDU]: Ausgezeichnet!)

Nicht zuletzt die Fahrgastzahlen beweisen, dass wir erfolgreich sind. Der Bund verzeichnet Zunahmen von 17 %, Niedersachsen Zunahmen von 43 %. Ich denke, das spricht für sich. Deswegen erübrigt sich auch eine neue Diskussion über den ÖPNV und die Regionalisierungsmittel.

Meine Damen und Herren, wir investieren aber nicht nur in Beton, Asphalt und Schiene,

(Gerd Ludwig Will [SPD]: 7 %!)

sondern auch in neue Ideen und kreative Köpfe. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und FDP in Rahmen der Haushaltsklausur den Wirtschaftsförderfonds gegenüber dem Entwurf um 5 Millionen Euro auf 57 Millionen Euro aufgestockt.

# (Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Zusätzliche Mittel sollen dem Tourismus zugute kommen. Niedersachsen hat seine hervorragende Position als Reiseland Nummer zwei nach Bayern weiter ausgebaut.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Zu spät und zu wenig!)

Die Tourismuswirtschaft ist inzwischen nach der Autoindustrie und der Ernährungswirtschaft der drittwichtigste Arbeitgeber.

Wir werden aber auch weiterhin wichtige Zukunftstechnologien fördern. Dazu zählen die Telematik, die Brennstoffzellentechnologie, die Entwicklung neuer Materialien, die Mikrosystemtechnik und die Biotechnologie.

Wie wir alle wissen, bemüht sich die Landesregierung seit Monaten besonders intensiv darum, die Airbusstandorte in Niedersachsen auch zukünftig wettbewerbsfähig zu halten. Im Haushalt 2008 werden wir daher zusätzlich 20 Millionen Euro bereitstellen, um die Position des Landes in der Wachstumsbranche Luft- und Raumfahrt zu erhalten und weiter auszubauen.

### (Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, überregionale Bedeutung hat auch der Ausbau des Forschungsflughafens in Braunschweig. Das Land beteiligt sich mit 17 Millionen Euro an der Verlängerung der Startund Landebahn. Dadurch können zusätzlich 1 000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit der Stiftung "Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen" - Sie haben ja eben gesagt, dass sie einen solchen Fonds unter anderem Namen auch gründen wollen - werden in diesem Jahr 20 Millionen Euro als Stiftungsvermögen und 12 Millionen Euro als direkte Fördermittel zur Verfügung gestellt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Geplant ist bis 2011 eine jährliche Aufstockung des Stiftungsvermögens auf insgesamt 100 Millionen Euro. Diese Stiftung wird den Wirtschaftsstandort Niedersachsen stärken und damit zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen beitragen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich gehört unsere besondere Aufmerksamkeit dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Dabei setzen wir auf Kooperation anstatt auf Konfrontation, auf Bündnisse zwischen Landesregierung und Wirtschaft. Ich erinnere mich noch genau, wie Handwerk und Mittelstand 2002 vor dem Wirtschaftsministerium demonstrierten. Wenn ich mich recht erinnere, war es nicht unser Wirtschaftsminister Hirche, sondern Frau Knorre, die da oben in ihrem Wintergarten saß und sich das angeguckt hat.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was habt ihr für die Schaffung von Ausbildungsplätzen gemacht?)

Also: Kooperation statt Konfrontation.

Fakt ist auch: Die Trendwende ist geschafft: 2006 gab es den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1990, Herr Will.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bis Oktober dieses Jahres waren es noch einmal 15 % weniger. Dank des Niedersachsen-Kombis sind etwa 3 000 Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot, regional allerdings sehr unterschiedlich. Nach wie vor gilt für uns aber die Devise: Wie bringen wir die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt und nicht nur in irgendwelche Angebote?

(Beifall bei der CDU - Brunhilde Rühl [CDU]: Richtig!)

Auch beim Arbeitsplatzangebot hat sich einiges getan. 2006 stehen wir auf Platz 3 der 16 Bundesländer, siehe Niedersachsen-Monitor. Durch den Ausbildungspakt, bei dem die Gewerkschaften nach wie vor außen vor stehen, haben wir das Angebot an Ausbildungsplätzen und Einstiegsqualifizierung noch einmal steigern können. Das war eine große Anstrengung für alle Beteiligten.

Im Haushalt 2008 werden wir daher - - - Entschuldigung!

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das war die falsche Seite!)

- Das war die falsche Seite, das ist richtig.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt fehlt eine!)

- Nein, nein! Die kommen auch nicht zu kurz.

Ganz besonders bedanke ich mich beim Mittelstand und den Handwerksbetrieben dafür. Sie haben in diesem Jahr wieder einen erheblichen Beitrag dazu geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Herr Will, Herr Jüttner, all diese Fortschritte ließen sich nur durch eine enge Verzahnung der Beteiligten und der Instrumente sowie durch eine engagierte Mitarbeit und Arbeit der Agenturen, der Arbeitsgemeinschaften und der Optionskommunen erzielen.

Meine Damen und Herren, wir halten fest: Seit 2003 - seit dem Regierungswechsel - wächst die Wirtschaft in Niedersachsen kontinuierlich.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Ja!)

In den Jahren 2004 bis 2006 hatte Niedersachsen das zweitstärkste Wachstum nach Baden-Württemberg. Machen Sie das erst einmal nach!

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Auch bei den Minilöhnen!)

Das Länderranking der *Wirtschaftswoche* vom Juni 2007 dieses Jahres zeigt den klaren Aufwärtstrend ebenso: Platz eins beim Bürokratieabbau in Niedersachsen und auch bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Toll!)

Niedersachsens Verwaltung ist schlanker und gleichzeitig effektiver geworden.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Das ist doch mal was! - Beifall bei der CDU)

Die Wirtschaft hat wieder Vertrauen gefasst. An der Leine ist ein Gründerboom entfesselt, so schreibt die *Wirtschaftswoche* im Länderranking über das Niedersachsenprofil. Das zu Ihren Existenzgründungen.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Ja, Herr Will!)

80 % der befragten niedersächsischen Unternehmen bewerteten die hiesigen Bedingungen als sehr gut und gut. Daran können Sie doch nicht vorbei. Sie beschreiben ein Land, das es zu Regierungszeiten der SPD gab, aber doch nicht jetzt. Gehen Sie raus, und fragen Sie die Leute!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, der Haushalt des Wirtschaftsministers setzt die absolut richtigen Akzente.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Wo setzt der Akzente?)

Das vorhandene Geld wird zielgenau und sparsam verwendet. Niedersachsens Wirtschaft schreibt wieder eine Erfolgsgeschichte. Ich denke, die alten Rezepte - der Ruf nach immer mehr Staatswirtschaft, Herr Jüttner, nach immer mehr Ausgaben auf Kosten immer höherer Schulden -, diese sozialistischen Rezepte haben unser Land doch in der Vergangenheit erst in die Lage gebracht, aus der wir uns Jahr für Jahr und Stück für Stück herausarbeiten müssen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Sie sind ja ein ganz Schlauer!)

Die Landesregierung geht sehr sparsam, solide und effektiv mit dem Geld der Bürger um. Deswegen gibt es zu der Wirtschaftspolitik von CDU und FDP keinerlei Alternative. Im Namen der CDU-Fraktion bedanke ich mich beim Minister und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Thümler von der CDU-Fraktion.

# Björn Thümler (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Rede heute ausnahmsweise anders anfangen als üblich, und zwar mit einer kleinen Umfrage: Wer von Ihnen schneidet freiwillig das Thema Globalisierung in seinem Wahlkreis an?

(Einige Abgeordnete heben die Hand - Dieter Möhrmann [SPD]: Ich! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich auch!)

- Es sind aber verhältnismäßig wenige.

Wenn ich das bei uns in der Wesermarsch mache und von der Globalisierung rede, sind die Menschen eher irritiert oder haben Angst vor diesem Wort. Denn für viele und gerade für diejenigen, die weniger qualifizierte Berufe haben, heißt Globalisierung, dass demnächst möglicherweise ein anderer irgendwo in der Welt ihren Job machen kann und sie auf der Straße stehen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Daher verdrängen Sie das Thema!)

Doch dabei gehören wir in Niedersachsen zu den Gewinnern der Globalisierung. "Der Norden hat eine nationale Aufgabe - An den Häfen hängt der Wohlstand". So war es im November in einer großen Überschrift in der *Nordwest-Zeitung* nachzulesen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das war doch eine Aussage von mir, oder?)

- Nein, warten Sie einmal ab!

Nach den Berechnungen des Zentralverbandes der Deutschen Seehafenbetriebe sind in den letzten zehn Jahren 200 000 neue Jobs in den deutschen Seehäfen entstanden. Inzwischen sind 500 000 Jobs direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Den Titel "Exportweltmeister Deutschland"

können wir deshalb nur Jahr für Jahr gewinnen, weil die hier produzierten Güter auch über eine gut funktionierende Infrastruktur in die Zielländer gebracht und von den Empfängern dort empfangen werden können. In 90 % der Fälle bedeutet das eine Verfrachtung per Schiff. Im Umkehrschluss heißt das: Ohne funktionierende Häfen kommt die Wirtschaft schnell zum Erliegen.

Ein Ende dieser sehr dynamischen Entwicklung in den See- und Binnenhäfen ist nicht abzusehen. In den nächsten Jahren wird ein Tsunami aus Containerschiffen auf uns zurollen. Das werden Sie erleben; aber Sie haben keine Antwort darauf, meine Damen und Herren. Sie haben nicht einmal einen Haushaltsantrag zu diesem Bereich gestellt.

Wenn wir diese Riesenwelle bewältigen wollen, werden wir davon an der Küste und im gesamten Land Niedersachsen profitieren. Dann müssen wir diese Entwicklungschancen jetzt nachhaltig für unser Land nutzen. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir in den Haushalt 2008 für die folgenden Jahren eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen Euro eingebracht, um unsere Seehäfen auf diese Entwicklung einzustellen und von diesen riesigen Umschlagmengen zu partizipieren. Analog dazu gibt es über die Niedersachsen Ports Gesellschaft weitere Mittel, um das kozufinanzieren. Allein deswegen hat sich die Ausgründung von NPorts schon gelohnt. Da ist ein Dankeschön an die Mitarbeiter von NPorts fällig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben insgesamt eine riesige Geldmenge für den Ausbau der Häfen zur Verfügung. Ich komme gleich noch einmal im Einzelnen darauf zu sprechen. Das war im Übrigen zu Ihrer Regierungszeit nicht der Fall, meine Damen und Herren von der SPD.

(Heinrich Aller [SPD]: Sind die kreditfinanziert oder cash?)

- Ja, die werden auch kreditfinanziert.

Dies gilt im Übrigen für Stade-Bützfleth genauso wie für Cuxhaven und Brake sowie für Emden und Wilhelmshaven. Mit dem JadeWeserPort bauen wir in Wilhelmshaven einen Tiefwasserhafen, der dazu beitragen wird, die enormen Gütermengen zu bewältigen und im Konzert mit Hamburg und Bremen Norddeutschland als Containerumschlagplatz weltweit in der Nordrange zu etablieren.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir werden es nicht zulassen, dass Sie dieses Hafenprojekt von nationaler Bedeutung aus wahltaktischen Überlegungen heraus kaputtreden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Dieses Projekt ist aus wirtschafts-, regional- und arbeitsmarktpolitischen Gründen von überragender Bedeutung. Die Küste Niedersachsens wird die neue zusätzliche Wirtschaftsachse des Landes Niedersachsen werden. Wir lassen uns das Projekt nicht aus Dummheit von Ihnen zerreden. Das sage ich jetzt einmal ganz deutlich. Hören Sie auf damit. Tun Sie lieber etwas, um es positiv zu befördern. Hören Sie auf, den Standort Wilhelmshaven insgesamt schlechtzureden, Herr Will. Damit kommen Sie nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für den Bau des Tiefwasserhafens haben im Übrigen wir die Finanzierung sichergestellt und nicht Sie. Sie hatten bei der Regierungsabgabe haushaltstechnisch nicht einen Cent beordnet. Das ist und bleibt die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Recht hat er!)

Wir werden dafür sorgen, dass auch die Wasserstraßen im Hinterland entsprechend ausgebaut werden: Der Dortmund-Ems-Kanal, die Mittelweser und mit dem Schiffshebewerk in Scharnebeck auch die Verbindung zwischen Elbe und Mittellandkanal.

Wir benötigen den Ausbau leistungsgerechter Hinterlandanbindungen über Schiene und Straße. Herr Kollege Hoppenbrock hat die Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven angesprochen. Gleiches gilt für die Y-Trasse zwischen Hannover, Bremen und Hamburg. Auch die Situation in Bremen ist beschrieben worden. Gleichzeitig müssen wir die Küstenautobahn, die A 26, die A 39 und weitere Bundesstraßen bauen, um von der Globalisierung zu profitieren.

Bis zum Jahr 2025 schätzt das Bundesverkehrsministerium das durchschnittliche Wachstum in der maritimen Wirtschaft auf 4,6 % pro Jahr.

Sorgen wir dafür, dass Niedersachsen an dieser Entwicklung partizipiert. Verschlafen wir nicht die Chancen, die uns gegeben sind. Lassen Sie uns am dynamischen Entwicklungsprozess teilhaben, damit das Zukunftsland Niedersachsen eine gute Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Buß hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben eineinhalb Minuten Redezeit.

### Werner Buß (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört schon ein ganzes Stück Unverfrorenheit dazu,

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

uns Vorwürfe zum JadeWeserPort zu machen.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

In der Regierungszeit der SPD ist alles in trockene Tücher gepackt worden.

(Lachen bei der CDU)

Sie sind fünf Jahre lang nicht in der Lage gewesen, auch nur einen Spatenstich zu machen. Sie glauben doch selbst nicht mehr daran, dass Sie es vor dem nächsten Jahr angehen können. Das Problem haben Sie selbst und hat insbesondere Ihr Wirtschaftsminister. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Kollege Thümler, Sie haben für anderthalb Minuten die Gelegenheit, darauf zu antworten.

### Björn Thümler (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr verehrter Herr Kollege Buß! Das, was bei Ihnen in trockenen Tüchern war, war staubtrocken. Es war nichts mit trockenen Tüchern, weil selbst die Finanzierung nicht stand. Das wissen Sie genau. Sie müssen im Übrigen nicht immer von Ihrem schlechten Gewissen ablenken.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Kollege Will, Sie haben hoffentlich alle Akten studiert, die dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung stehen, und wissen ganz genau, dass der Baubeginn davon abhängig ist, wann ein Gericht in Lüneburg eine Entscheidung dazu fällt.

(Zuruf von Gerd Ludwig Will [SPD])

Das Gericht ist nicht schuld, sondern es ist formal dafür zuständig.

(Zuruf von Gerd Ludwig Will [SPD])

- Hören Sie doch einmal zu! Das wissen Sie auch. Wenn die Entscheidung vorliegt, wird angefangen zu bauen. Da gibt es überhaupt kein Vertun.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das sind aber neue Ausreden!)

Was das Verfahren als solches angeht, werden wir an dieser Stelle noch diskutieren und uns noch einmal darüber austauschen, ob Sie oder ob andere Recht haben. Hören Sie auf damit, diesen Tiefwasserhafen schlechtzureden. Hören Sie auf damit, die Region in Misskredit zu bringen. Hören Sie auf damit, die Unwahrheit zu behaupten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass eine Kurzintervention auf eine Kurzintervention nicht zulässig ist. Man muss sich dann vorher melden. - Jetzt ist Herr Hagenah dran.

# Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Tiefwasserhafen komme ich später noch.

Zunächst einmal möchte ich Herrn Hoppenbrock an einem seiner größten Irrtümer festmachen, kurz: an der Arbeitslosigkeit. Sie haben die Entwicklung in Niedersachsen gelobt. Ich habe die aktuellen Zahlen hier. Danach sind wir in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum letzten Monat und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in allen Feldern ebenso wie bei den Jugendlichen unter 25 Jahren schlechter als der Bundesdurchschnitt. Ich kann Ihnen die einzelnen Zahlen vorlegen. Das ist die Auswertung vom November 2007. Wenn Sie mir nicht glauben, glauben Sie vielleicht der Arbeitsagentur. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Minister Hirche ist ein Meister im Verschwenden von Geld. Ihm passiert eine Katastrophe nach der anderen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Erlebniswelt Renaissance versenkte er Millionen. Beim teuren Prestigeprojekt Snow-Dome verschleuderte er öffentliche Gelder, und im wackelnden Projekt JadeWeserPort gipfelt sein Missmanagement.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das ist ja unerhört!)

Der Tiefwasserhafen kann wegen der dubiosen Vergabepraxis nicht so schnell gebaut werden wie geplant.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Sie haben noch vor einem Jahr darauf gedrängt, die Vergabe sofort zu machen, damit Sie sofort bauen können. Damals waren die gleichen Verfahren vor Gericht anhängig. Sie verstecken sich jetzt hinter dem Gericht, um Ihre eigenen Versäumnisse zu vertuschen, Herr Thümler. Nichts anderes ist der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das ist die Unwahrheit!)

Wieder werden dem Land Fördergelder in Millionenhöhe verloren gehen. Allein im Jahr 2008 drohen rund 50 Millionen Euro an EU-Mitteln zu verfallen. Minister Hirche hat mehr als vier Jahre gebraucht, um den seit 2003 angekündigten Innovationsfonds einzurichten. Aber es ist kein Fonds geworden, sondern nur eine Vernichtungsanlage für Steuergeld, für öffentliches Geld. Aktuell verfügt der Fonds über 32 Millionen Euro an Schuldenvermögen. 2008 sollen weitere 20 Millionen Euro Landesgeld auf Schuldenbasis hinzukommen.

Die Idee, auf Innovation zu setzen, wäre zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Gerade Neuerungen, die unser Klima schützen, müssen wir unterstützen. Aber Ihr Innovationsfonds hält nicht, was er verspricht, Herr Minister Hirche.

(Gabriela König [FDP]: Abwarten!)

Er ist fast fünf Jahre nach Antritt der CDU/FDP-Regierung noch immer nicht handlungsfähig, noch kein einziger Euro ist vergeben, aber er kostet schon Geld, Frau König. Im kommenden Jahr haben wir dann sogar 52 Millionen Euro an totem Kapital herumliegen, das jeden Tag Schuldzinsenzahlungen verursacht.

Das führt mich zu der Frage: Herr Minister Hirche, was verstehen Sie eigentlich unter guter Wirtschaftsförderung? In den vergangenen Jahren haben alte, traditionsreiche Unternehmen in Niedersachsen ihre Sachen gepackt und sind gegangen. Ich erinnere nur an die Käserei Loose mit ihrem Harzer Roller oder an den Helmhersteller Schuberth aus Braunschweig. Dann wieder hatten Sie, Herr Hirche, offenbar kein Händchen, neue Unternehmen zu überzeugen, sich bei uns niederzulassen. Wie haben Sie dafür geworben, dass sich die Solarfabrik in Clausthal-Zellerfeld ansiedeln möge; Sie haben sich schon vorher fast gefeiert. Aber bisher ist das leider alles Pustekuchen. Auch INEOS in Wilhelmshaven wollte Ihnen nicht glücken.

Was läuft in Ihrem Ministerium schief? Warum laufen Ihnen die Unternehmen weg? Nur wenn es ganz viel Steuergeld gibt und von Ihnen an lukrativen Standorten Exklusivrechte verschleudert werden, wie beim Snow-Dome am Autobahnkreuz dort, wo die vielen Urlauber sind, wollen Sie den Leuten mit sehr viel Energie auch im Sommer noch ein Schneevergnügen gönnen - oder im Falle der Bavaria Alm im Harz, können Sie neue Unternehmen halten. Kein Wunder, wenn es so viel Geld vom Staat dazu gibt. Diese Erfolge à la Hirche haben weder Glanz noch Zukunftsperspektive.

Der aktuelle Niedersachsen-Monitor zeigt, dass wir mit Ihrer Politik von der positiven Konjunkturentwicklung in Deutschland allenfalls mitgeschleppt werden, aber leider ist Niedersachsen hierbei kein Schrittmacher.

> (Björn Thümler [CDU]: Wie kann man nur so missgünstig sein? - Unruhe -Glocke der Präsidentin)

12,6 % mehr Hartz-IV-Empfänger als 2005, Herr Thümler: Ist das etwa eine Vorreiterrolle oder ein Erfolg? 12,6 % mehr als 2005! Die Bruttolöhne stiegen bei uns so wenig wie in keinem anderen Bundesland. Wie soll denn da die Binnenkonjunktur bei uns anspringen? Unterdurchschnittliche Qualifikationen im gesamten Bereich des Arbeitsmarktes. Unterdurchschnittliche Gründungsbereitschaft, Herr Thümler, und bei den Erfindungen

liegen wir ganz weit hinten. Die Negativliste der Bilanz Ihrer Regierungsjahre ist lang. Auch durch Kaputtreden kriegt man die Statistik nicht so schlecht.

(Zurufe von der CDU-Fraktion)

- Entschuldigung, das sind objektive Zahlen des Landesamtes für Statistik, auf die Sie sich selber berufen. Die müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, die können Sie ja nicht nach dem Motto "Was ich nicht lesen und hören will, ist auch nicht wahr!" unterdrücken. So geht das nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch bei der Arbeitsmarktförderung hapert es. Schon jetzt steht fest, dass wir außerhalb des früheren Regierungsbezirks Lüneburg in Zukunft wesentlich weniger Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds haben werden. Im wesentlichen Teil Niedersachsens, in den drei übrigen ehemaligen Regierungsbezirken, fehlt jetzt also Geld. Wie wollen Sie das Angebot qualifizierter Förderung dort aufrechterhalten, wenn für eine große Zahl von Programmen in den nächsten Jahren das Geld nicht mehr in der bisherigen Höhe da ist? Da fehlen bislang die Konzepte. Bei uns keimt der Verdacht, dass Sie sich einmal mehr nicht ausreichend Gedanken über Veränderungen und nötige Anpassungen machen, Herr Hirche.

Heute bleiben aufgrund Ihrer Politik bereits viel zu viele junge Leute auf der Strecke und kommen nicht in Ausbildung und Beruf. Das droht uns zukünftig weiterhin, und zwar mit zunehmender Tendenz. Nach Ihren vielen Misserfolgen ist ein "Weiter so!" nicht das richtige Rezept.

Auch mit Ihren immer wieder verkündeten Autobahnbauprojekten wie dem Wolkenkuckucksheim A 22, das auch Herr Hoppenbrock hier wieder zum Besten gegeben hat, locken Sie schon lange keine Investoren mehr hinter dem Ofen hervor. Dass Sie diese Küstenautobahn auch weiterhin als für den Tiefwasserhafen besonders notwendig erklären, widerspricht sämtlichen Gutachten, die zum Verkehr in Bezug auf diesen Hafen gemacht worden sind.

(David McAllister [CDU]: Quatsch!)

Zwei Lkw pro Stunde in Ost-West-Richtung: dafür brauchen Sie eine Autobahn? Das ist doch wohl lächerlich!

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Das ist doch grotesk! Das ist doch abenteuerlich, was Sie hier erzählen!)

- Auch hier gilt, Herr McAllister: Sie glauben nur die Statistiken, die Sie selbst gemacht und aufgezeichnet haben. Sie nehmen auch die Grundlagen und Gutachten, die die Landesregierung erstellen lässt, nicht ernst.

(David McAllister [CDU]: Realitätsverweigerer! Steinzeit! Ökomarxist!)

Wir brauchen endlich eine zielgenauere Wirtschaftsförderung, eine, die auf die wirklichen Zukunftsbranchen setzt, eine, die sich den Schutz unseres Klimas zum wesentlichen Leitkriterium nimmt. Das sind die Märkte der Zukunft. Dazu gehört auch, die Fördermittel nicht zu verschenken, sondern jeden Euro in einem Kreislauf mehrmals einzusetzen. Wir wollen deshalb einen Klimainnovationsfonds einrichten. Im ersten Schritt werden wir z. B. 40 Millionen Euro für die Förderung von Klimaschutzinvestitionen von kleineren und mittleren Unternehmen bereitstellen, für Handwerksbetriebe, die Häuser energetisch besonders intelligent auf Vordermann bringen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

besser, intelligenter und effizienter, als das heute gemacht wird, und für neue Entwicklungen im Bereich erneuerbarer Energien.

Noch weniger scheint Ihnen die Verkehrspolitik zu liegen, Herr Hirche.

(David McAllister [CDU]: Sie sind ja gegen alles im Verkehr!)

Da hilft Ihnen auch nicht, dass die Fraktionen von CDU und FDP im Wahlkampffieber 10 Millionen Euro mehr für den Straßen- und Radwegebau einstellen.

(David McAllister [CDU]: Wir sind für Radwege!)

Dabei können wir Ihre Argumente für die Radwege durchaus nachvollziehen, Herr McAllister. Ich kann auch nachvollziehen, dass die Straßen wegen Ihrer Sparmaßnahmen in den letzten Jahren zu verfallen drohen. Das stimmt! Aber was wir nicht verstehen: Was für die Straße gilt, gilt bei Ihnen offensichtlich nicht für die Schiene; denn auch das ist ein wichtiger Verkehrsweg der Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Haben Sie heute Zeitung gelesen? - David McAllister [CDU]: Das kommt doch jetzt alles!)

Auch hier haben wir einen massiven Investitionsstau. In den vergangenen drei Jahren hat die Zahl der Langsamfahrstrecken nach Angaben der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter bei uns in Niedersachsen um ein Drittel zugenommen. Dennoch sorgt diese Landesregierung dafür, dass unser Schienennetz weiter verkommt. Wir haben das bereits gestern intensiv behandelt, deshalb will ich das nicht noch einmal erläutern. Die 30 Millionen Euro, die wir hierzu in den Haushalt 2008 einbringen, sind dringend erforderlich, um keinen enormen Investitionsstau auflaufen zu lassen und um in Zukunft - sukzessive in den nächsten Jahren - nicht einen weiteren massiven Abbau - über die 1,5 Millionen Zugkilometer hinaus, die in Niedersachsen schon heute gegenüber 2006 weniger gefahren werden - in Kauf nehmen zu müssen. Deswegen muss hier dringend gegengesteuert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der von Ihnen ausgelöste Investitionsstau führt natürlich zu explodierenden Kosten und zu noch mehr Leistungsabbau.

Geld ist allerdings nicht das einzige, was an dieser Stelle fehlt. Noch immer haben Sie und Ihr Ministerium es versäumt, zusammen mit der Bahn ein bedarfsgerechtes Konzept für den Hafenhinterlandverkehr zu entwickeln.

(Björn Thümler [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Lassen Sie sich doch einmal vorrechnen, wie viele Züge mit wie vielen Containern abgefahren werden können. Das kann die Bahn Ihnen immer noch nicht sagen. Mit den entsprechenden Überlegungen hat sie auch erst angefangen, nachdem die Bauindustrie anstelle Ihrer Regierung ein Gutachten in Auftrag gegeben hat. Da erst sind Sie aus Ihrem Tiefschlaf erwacht. Das ist doch eine Blamage! Das ist doch unglaublich!

(Beifall bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Herr Hagenah, das können Sie selbst ausrechnen!)

Sie haben keinerlei Lösung dafür, wie diese - mit dem unglücklichen Bild des Containertsunamis ja

tatsächlich richtig beschriebene - Welle des zunehmenden Containerverkehrs an allen deutschen Häfen - Hamburg, Bremerhaven, zukünftig irgendwann auch, wenn es dann geschafft ist, auch in Wilhelmshaven - angelandet und weiter ins Binnenland transportiert werden kann. Dafür fehlen die Konzepte. Das ist Ihnen diese Regierung, dieser Minister schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Hirche, Sie hätten Ihre Hausaufgaben in den vergangenen fast fünf Jahren anständig machen sollen. So geht es jedenfalls nicht. So geht es mit Niedersachsen nicht voran. Vor allem darf es so nicht weitergehen. Gut, dass die Menschen in Niedersachsen in sechs Wochen erneut die Wahl haben. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Rickert von der FDP-Fraktion das Wort.

### Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Will, Sie haben vorhin eine ganze Reihe von Zahlen und Statistiken bemüht. Eine haben Sie vergessen: Mit Beginn dieser Regierung im Jahre 2003 betrug die Nettokreditaufnahme 3 Milliarden Euro. Am Ende der Legislaturperiode wird die Nettokreditaufnahme nur noch 550 Millionen Euro betragen. Das ist ein Beitrag zur Konsolidierung. An diesem Beitrag hat natürlich auch der Wirtschaftsminister Anteil.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden im Jahre 2010 im Übrigen den ersten Haushalt mit einer Schuldenrückführung vorlegen können. Die gestrigen Auseinandersetzungen, Herr Will, haben erwiesen, dass all Ihre Zukunftswunschzettel in Ihrem Haushalt kredit- und schuldenfinanziert sind. Das ist genau das, was wir nicht mehr wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Arbeitsmarktsituation nur ein Hinweis: Die Arbeitslosenquote im Lande Niedersachsen hat sich seit dem Regierungswechsel von 10 auf 8 % reduziert. Damit steigt Niedersachsen vom siebten

auf den fünften Platz im Ländervergleich. Die Arbeitslosenzahlen sind also auf jeden Fall zurückgeführt worden.

Herr Hagenah, manchmal habe ich den Eindruck, Sie empfinden regelrecht Freude daran, hier zu verkünden, dass die Arbeitslosenzahlen angewachsen sind. Das ist nicht unsere Politik. Wir sind der Meinung, jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gerade um den ersten Arbeitsmarkt zu stärken, ist der Niedersachsen-Kombi eingeführt worden. Immerhin 3 000 Stellen sind in den ersten Arbeitsmarkt gewandert.

Die Ausbildungssituation hat sich erheblich gebessert. Die Zahl der Ausbildungsverträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,4 % auf insgesamt 58 939 gestiegen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das reicht doch nicht aus!)

Fast jeder Jugendliche konnte danach über ein Ausbildungsangebot verfügen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Was ist mit den Warteschleifen?)

Zur Wirtschaftsförderung und zur Mittelstandspolitik. Hier ist sehr viel zum Thema Zukunfts- und Innovationsfonds gesagt worden. SPD und Grüne wollen diesen Fonds einstellen. Spätestens damit wird deutlich, dass SPD und Grüne weder mit Zukunft noch mit Innovation etwas zu tun haben werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von der SPD: Schwachsinn!)

Mit der Gründung der Stiftung "Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen" sollen u. a. der Ausbau anwendungsorientierter Forschung, die Nachwuchsförderung im innovativen und technologischen Bereich und der Technologietransfer zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützt werden. Das Stiftungskapital - Herr Hoppenbrock führte bereits aus: bis 2010 erwarten wir 100 Millionen Euro - soll verstärkt aus Privatisierungserlösen und vor allem aus Zustiftungen von der Privatwirtschaft gespeist werden. Das ist in der Tat Neuland in diesem Land. Im Kuratorium sitzen deswegen Vertreter aller gesellschaftlichen

Gruppierungen, u. a. auch der Wirtschaft. Das ist ein Zeichen für Kompetenz.

Die Kapitalerträge der Stiftung werden für Förderzwecke eingesetzt und dienen also wiederum der staatlichen Aufgabe Wirtschaftsförderung. Wenn man sich das Ergebnis der zu fördernden Projekte ansieht, so ist Innovation, gepaart mit neuen Arbeitsplätzen, die beste aller möglichen Renditen, gerade bei langfristiger Betrachtung.

Zum Thema Innovationsstiftung noch ein Hinweis. Im Vorwort zum Jahresbericht der Innovationsstiftung Rheinland-Pfalz sagt Herr Kurt Beck:

"Damit steht Rheinland-Pfalz ein besonderes Förderinstrument zur Verfügung, durch das flexibel, unbürokratisch und hocheffizient Zukunftsprojekte in der Anlaufphase finanziert werden können."

Einen besseren Zeugen für dieses Projekt konnten wir nicht gewinnen.

Wir werden im Bereich Luft- und Raumfahrt zusätzlich 20 Millionen Euro bereitstellen.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr gut!)

Damit wollen und müssen wir die Entwicklungsund Forschungsarbeiten im Bereich der CFKMaterialien und der industriellen Fertigungsverfahren forcieren, insbesondere um das Know-how für
die Herstellung von CFK-Rümpfen, -Stringern und
-Spanten in großen Stückzahlen zu erwerben. Wir
meinen, dass dies der Sicherung der Standorte
Stade, Varel und Nordenham dient. Ich bin auch
fest davon überzeugt, dass dies noch lange nicht
alles ist. Man muss wissen, dass in Frankreich,
Spanien und auch in Bayern bereits erhebliche
Anstrengungen in diese Richtung unternommen
werden. Hier hilft nur Klotzen und kein kleinmütiges Kleckern à la SPD und Grüne.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Bereich der Mittelstandspolitik ist noch der Niedersachsen-Kredit zu erwähnen. Die NBank und der von ihr angebotene Niedersachsen-Kredit sind eine absolute Erfolgsstory. Mit der Herausgabe von Darlehen in Höhe von 800 Millionen Euro konnten 4 500 Unternehmen gestützt werden und damit in etwa 6 000 Arbeitsplätze entweder neu geschaffen oder gesichert werden.

Die Programme für ESF und EFRE wurden im Sommer von der EU-Kommission genehmigt. Damit gehören die niedersächsischen Programme zu den ersten, die die Zustimmung der Kommission in Brüssel erhalten haben. Damit können frühzeitig die Mittel eingesetzt werden, die für die Förderung von KMU im Hinblick auf Qualifizierung und Sicherung von Arbeitsplätzen benötigt werden.

Zur Situation der Häfen und auch der Straßen werden mein Kollege Riese und die Kollegin König einige Ausführungen machen.

Ich darf abschließend sagen: Wirtschaftspolitik basiert auf Vertrauen und Berechenbarkeit. Wenn es wahr ist, dass die Wirtschaft zur Hälfte Psychologie ist, dann ist die Wirtschaftspolitik von Walter Hirche auch im Hinblick auf Internationalisierung und Bürokratieabbau eine hervorragende Grundlage für diesen Erfolg. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Frau König um das Wort gebeten. Ich erteile ihr das Wort.

### Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung, das Wirtschafts- und Verkehrsministerium sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben in den letzten fünf Jahren eine sehr erfolgreiche Verkehrspolitik betrieben. Hier können wir zu Recht zufrieden sein.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Das Sorgenkind jedes Verkehrspolitikers ist natürlich der Zustand unserer Landesstraßen. Die haben wir leider in einem schon sehr dürftigen Zustand übernehmen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Zuruf von der SPD: Und weiter kaputtgehen lassen!)

Nicht erst seit 2003 ist also deren Zustand unbefriedigend.

(Ulrich Biel [SPD]: Frau König, können Sie sich vorstellen, dass wir sie in einem schlechten Zustand haben übernehmen müssen?)

Hinzu kommt, dass der Straßenbau einen ganz hohen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten musste. Wie es in den letzten Jahren unverzichtbar war, hier Abstriche zu machen, so müssen heute dringend Mittel bereitgestellt werden, um einen weiteren Substanzverzehr zu verhindern und den Zustand der Straßen landesweit zu verbessern. Das sind wir jetzt angegangen.

(Beifall bei der FDP)

Der Landesrechnungshof hat mit seinen Mahnungen bei uns nämlich nur offene Türen einrennen können. Mit einem Mittelansatz von 60 Millionen Euro sind wir nur einen kleinen Schritt von den errechneten 70 Millionen, die wir eigentlich brauchen, entfernt. Aber immerhin, wir machen einen Riesenschritt nach vorne.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin sicher, dass wir schon im nächsten Haushalt bei weiterhin so guter Haushaltsführung Vollzug melden können und Autofahrer in den Genuss ordentlicher Straßen kommen werden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Außer für Landesstraßen stellen wir auch die notwendigen Mittel für Planung und Ausbau wichtiger Autobahnen bereit. Für den Ausbau der A 1 stehen zusätzlich 3,5 Millionen Euro bereit. Die Planungskosten für die A 22 und die A 39 sind voll im Haushalt abgedeckt und wichtige Stützen für die Verkehrsentwicklung der Zukunft. Da scheint mir bei Ihnen noch einiges im Argen zu sein. Sie haben noch nicht begriffen, was da eventuell noch auf uns zukommt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau König, warten Sie bitte einen Augenblick, bis die Privatgespräche beendet worden sind! Es ist hier unglaublich laut.

(Zuruf)

- Auch bei der SPD-Fraktion.

(Anhaltende Unruhe)

- Es wird immer noch geredet, auch an der Regierungsbank. Bitte setzen sich hin! Sie haben dort während der Plenarsitzung nichts zu suchen.

Wenn Sie Gespräche führen müssen, dann gehen Sie bitte mit der Ministerin hinaus.

Fahren Sie bitte fort, Frau König!

### Gabriela König (FDP):

Auch im ÖPNV kommt das Land seinen Pflichten nach. Mit 15 Millionen Euro gleicht das Land die Kürzungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln aus. Das ist nicht unbedingt selbstverständlich gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie schon gestern ausgeführt wurde, ist es uns damit gelungen, auf Streckenstilllegungen fast vollständig zu verzichten und Taktzeiten nur in ganz begrenztem Umfang zu verlängern. Es ist nicht so, wie Herr Hagenah das vorhin ausgeführt hat, dass wir vor einem Kahlschlag stehen. Das ist nie der Fall gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Uns ist die Versorgung der Fläche mit hochwertigem ÖPNV- und SPNV-Angeboten genauso wichtig wie allen anderen hier. Aber die Angebote müssen auch effizient sein. Wenn Züge nicht einmal von einer Handvoll Passagiere genutzt werden, müssen sie im Prinzip eingestellt oder umgestellt werden. Das ist ganz wichtig.

(Aha! bei der SPD)

Solche Strecken gab es durchaus. Wir haben dies getan und das Geld effizient eingesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU-Gerd Ludwig Will [SPD]: Was soll denn alles stillgelegt werden? Was planen Sie denn da? - Weiterer Zuruf von der SPD: Gucken Sie sich mal die Bahnhöfe an!)

In der Summe klein, in der Bedeutung aber umso größer sind die Mittel für die Straßenverkehrswacht. Jeder hier eingesetzte Euro ist ein direkter Beitrag zur Verbesserung der Schulwegsicherung und senkt die Unfallzahl bei Kindern, die uns so wichtig sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Verkehrsbereich gehören auch die Radwege. Diese Landesregierung hat erstmals wieder mit dem Bau neuer Radwege begonnen, die Sie sträflichst vernachlässigt hatten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die SPD musste offenbar erst in die Opposition wechseln, um sich wieder für Mittel beim Radwegebau einzusetzen.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Genau! Da kann sie aber auch bleiben!)

Dabei sind Radwege unverzichtbar für die Schulwegsicherung, den Umweltschutz und den Radtourismus. Dieser gewinnt für den Fremdenverkehr immer mehr an Bedeutung und ist wichtig für Niedersachsen. Das haben wir erkannt. Deswegen stehen wir nach Bayern mittlerweile auf dem zweiten Platz, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Förderung des Fremdenverkehrs insgesamt haben die Fraktionen neben den 10 Millionen Euro aus dem Kabinettsbeschluss den Einsatz weiterer 5 Millionen Euro für investive Maßnahmen beschlossen. Das ist sinnvoll, um die touristische Infrastruktur Niedersachsens aufzuwerten und die Marketingarbeit der TMN mit mehr Haushaltsmitteln zu unterstützen. Um die touristischen Potenziale von Küste. Harz und Heide noch besser ausschöpfen zu können, müssen wir handeln; denn auch andere Bundesländer schlafen nicht und setzen beträchtliche Mittel ein, um ihre touristischen Angebote zu verbessern. Wir haben uns hier kontinuierlich verbessert, und das soll auch so bleiben. Die Angebote z. B. in den Zoos in Hannover und Osnabrück tragen dazu bei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Beide haben große Projekte entwickelt und nun dank der neuen EU-Förderperiode umgesetzt. An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders beim Wirtschaftsminister und seinem Ministerium bedanken.

(Oh! bei der SPD)

Noch nie ist es gelungen, so schnell die Genehmigung der Förderprogramme durch die EU zu erhalten. Niedersachsen ist damit das erste Bundesland, das voll von den Mitteln der EU-Förderperiode profitiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Hans-Werner Schwarz [FDP]: Sehr gut!)

Mit diesem Haushalt schließen wir eine erfolgreiche Legislaturperiode ab. Ich freue mich bereits jetzt darauf, die erfolgreiche Politik weitere fünf Jahre fortführen zu können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr gut!)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat der Herr Wirtschaftsminister das Wort.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Er könnte auch sagen: Ich schließe mich meiner Vorrednerin in vollem Umfang an!)

**Walter Hirche**, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man es kurz machen will: Ende 2002 betrug das Wirtschaftswachstum in Niedersachsen minus 0,7 %, Ende 2006 lag es bei plus 2,6 % und im ersten Halbjahr dieses Jahres bei plus 2,5 %.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Niedersachsen hatte in den Jahren zwischen 2004 und 2006 nach Baden-Württemberg das zweithöchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Hans-Werner Schwarz [FDP]: So ist das! Hervorragend!)

Zum Thema Mittelstand: Ende 2002 - vielleicht war es auch im Januar 2003 - gab es eine riesige Demonstration der Handwerker in Hannover vom Schützenplatz in die Innenstadt gegen die Landesregierung und die Bundesregierung. Meine Damen und Herren, 2007 hat der niedersächsische Wirtschaftsminister als erster Wirtschaftsminister den Ehrenring des niedersächsischen Handwerks erhalten. Das ist der Unterschied!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie können erzählen, was Sie wollen - die harten Fakten zum Wirtschaftswachstum habe ich Ihnen genannt. Ich darf aber auch sagen: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen ist

rückläufig - minus 18 % im letzten Jahr, der zweithöchste Wert in Deutschland.

Die Exporte haben zugelegt. In der Debatte eben ist schon gesagt worden, dass ein Gründerboom an der Leine existiert, meine Damen und Herren. Der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht. Das sind sozial positive Ergebnisse.

Im November hatten wir die geringste Arbeitslosigkeit in einem November seit 1992, meine Damen und Herren. Das sind Zahlen für Sozialpolitik im Lande!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

60 000 Arbeitslose weniger, 42 000 neue Beschäftigungsverhältnisse - das ist die eigentliche soziale Leistung! Sie können über irgendwelche Instrumente meckern, die Ihnen nicht in den Kram passen, meine Damen und Herren, am Ende zählt, was herauskommt. Das ist das Entscheidende! Diese Politik ist wirtschaftsfreundlich und sozial.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auf dem Ausbildungsmarkt haben wir in diesem Jahr 8,4 % mehr Ausbildungsverhältnisse als im Vorjahr. Das sind 4 562 neue Ausbildungsverhältnisse und Platz drei in Deutschland, gemessen an der Bevölkerung. Auch hier liegen wir im oberen Drittel der Bundesländer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dabei steht der erste Arbeitsmarkt an erster Stelle. Wir machen jetzt eine Weiterbildungsoffensive zusammen mit den Unternehmen. Das ist in der nächsten Zeit ein wichtiger Punkt für den Mittelstand. Dabei wird uns helfen, dass uns die EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Meine Mitarbeiter haben das Tempo der Bearbeitung von Förderanträgen und Richtlinien gegenüber der SPD-Zeit verdoppelt. Sie haben noch 19 Monate gebraucht, um den ersten Förderbescheid in der neuen Förderperiode 2000 herauszubekommen. Bei uns ist das nach zehn Monaten erfolgt, meine Damen und Herren, in der halben Zeit und als schnellstes Bundesland!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Wettbewerb der Bundesländer und weltweit zählt Tempo, Tempo, Tempo. Der Staat soll den Unternehmen weniger damit helfen, irgendwo Geld zu verteilen - das wäre eine völlig falsche Vorstellung -,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Warum machen Sie beim Tiefwasserhafen nicht Tempo?)

sondern er soll Anträge schnell bearbeiten, damit die Unternehmen schnell Bescheid wissen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, dass wir gemeinsam - ich hoffe immer noch, dass es gemeinsam ist - das Bild des Landes Niedersachsen verbessern. Es ist gut und schön, sturmfest und erdverwachsen zu sein. Aber das reicht in der heutigen Zeit nicht aus. Weltoffen und innovativ müssen hinzukommen. Deswegen haben wir einen Zukunfts- und Innovationsfonds eingerichtet.

Meine Damen und Herren, Sie könnten uns vielleicht vorwerfen, das von Kurt Beck und Rheinland-Pfalz übernommen zu haben. Aber es hier im Landtag zu kritisieren und den Bundesvorsitzenden der SPD für eine gute Wirtschaftspolitik in seinem Land abzufeiern, das passt nicht zusammen. Sie müssen doch irgendwo eine Linie finden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese Linie, Herr Kollege Will, finden Sie deswegen so schlecht, weil Sie Ihre Rede schon mit dem Monitor des Landes Niedersachsen vom vergangenen Jahr eingeleitet haben, und zwar genau wie der Kollege Jüttner gestern. Mit alten Zahlen neue Politik bewerten zu wollen, dabei sehen Sie alt aus, lieber Kollege Will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Kollege Hoppenbrock hat eben vorgetragen, wie der Monitor in diesem Jahr aussieht: positiv, und das wird auch so bleiben. In der Zusammenarbeit der Ressorts haben wir das Innovationszentrum eingerichtet, zwar unter Federführung des Wirtschaftsministeriums, aber auch das Umweltministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Wissenschaftsministerium sind dabei, weil man moderne Politik nicht mehr entlang der Grenzen von Ressorts machen kann. Man muss die Ressortgrenzen überschreiten, genau wie wir in der Ausbildungsplatzfrage mit dem Kultusministerium, in der Frage der Qualifizierung der Arbeitnehmer für morgen mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und auch den betroffenen Ressorts zusam-

mengearbeitet haben, meine Damen und Herren. Das ist ganz wichtig.

Wir haben eine Innovationskampagne für das Land aufgelegt, um Niedersachsen vom Bild, vom Image her, wie man neudeutsch sagt, unter den Bundesländern neu zu positionieren, damit nicht nur immer von Baden-Württemberg und Bayern die Rede ist, sondern das Land Niedersachsen in der Wirtschaftspolitik gleichberechtigt in der Spitzengruppe der Bundesländer aufgestellt ist. Das wird bundesweit registriert. Die Bertelsmann-Studie hat gesagt: Die Kampagne des Landes Niedersachsen trägt maßgeblich dazu bei, das Bild des Landes zu verändern in das Bild eines modernen Landes, das in die Zukunft gerichtet ist. Diese Arbeit wollen wir weiter fortsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch wenige Punkte hinzufügen - über die Nahverkehrspolitik ist diskutiert worden -: Der Metronom von Stade nach Cuxhaven und die S-Bahn von Hamburg bis Stade sind nun auf der Schiene. Wir werden am Montag mit der Deutschen Bahn einen Vertrag über die Ertüchtigung der Heidebahn abschließen. Wir haben mit der DB den Harz-Weser-Vertrag mit Garantien geschlossen. Wir werden auch das Programm "Niedersachsen ist am Zug" und die Bahnhofsmodernisierung fortsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Super!)

Meine Damen und Herren, das alles sind Maßnahmen, die dazu beigetragen haben, dass bei uns die Steigerung der Anzahl der beförderten Personen im Nahverkehr 43 % beträgt. Der bundesweite Anstieg liegt nur bei 14 %. Das ist in Niedersachsen dreimal so viel, meine Damen und Herren! Wir haben im Schienenpersonennahverkehr Akzente gesetzt. Das können Sie nicht kaputt machen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht nicht immer nur um Investitionen und harte Sachen, sondern auch um die intelligente und neue Gestaltung von Politik. Ich meine, dass das Projekt "Begleitetes Fahren mit 17" in der Bundesrepublik ein Stückchen das Denken über den Verkehr verändert hat, nämlich dass es wichtig ist - genauso wie in anderen Bereichen, beispielsweise der Medizin und der Gesundheit -, präventiv etwas zu machen und

nicht nur repressiv, also mit Strafen, vorzugehen. Durch das begleitete Fahren mit 17 sind die Unfallzahlen bei der entsprechenden Jugendgruppe gesunken, und zwar um 30 %, meine Damen und Herren. Dies hätte man am Anfang gar nicht glauben wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Hans-Werner Schwarz [FDP]: Hervorragend!)

Es war notwendig, auch mit der Rückendeckung dieses Landtags - dafür bedanke ich mich -, dies gegen die anderen Bundesländer und gegen den Bund durchzusetzen. Ich bedanke mich auch bei der Landesverkehrswacht und Wolfgang Schultze dafür, dass sie das die ganze Zeit intensiv unterstützt haben, meine Damen und Herren. Ich finde nämlich, wir alle sollten versuchen, ob wir nicht in bestimmten Punkten zusammenarbeiten könnten, statt uns an Nickeligkeiten zu zerlegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Hans-Werner Schwarz [FDP]: Genau!)

Wir haben die Hafenwirtschaft neu organisiert, meine Damen und Herren. Was habe ich mir von der SPD nicht alles anhören müssen, z. B. dass das alles unsinnig sei! In den Häfen hat es Demonstrationen gegen die Neuorganisation der Hafenwirtschaft mit NPorts gegeben. Wir haben bereits im ersten Jahr - und jetzt dauernd - 10 Millionen Euro an Betriebskosten gespart,

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Wow!)

und zwar durch eine Neuorganisation, die von der SPD an allen Hafenstandorten bekämpft worden ist. Das ist Blockade von moderner Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese gesparten Mittel konnten wir verwenden, um Investitionen in den Häfen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei: Die Küste hat alle Chancen, die zweite Wirtschaftsachse Niedersachsens zu werden. Dazu tragen der Hafenausbau und die Hinterlandanbindungen bei. In diesen Bereichen sind wir auf dem Weg.

Meine Damen und Herren, solange das OVG in Lüneburg nicht entschieden hat, (Gerd Ludwig Will [SPD]: Jetzt kommt das wieder!)

können wir beim JadeWeserPort nicht beginnen. -Sie haben dazwischengerufen, dies wäre eine Ausrede, meine Damen und Herren. Aber gucken Sie sich einmal an, was Ihnen beim Sperrwerk an der Ems passiert ist, wie lange der Bau dort gelegen hat, weil Sie das fehlerhaft organisiert haben!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]: Buß, das warst du!)

Der Ihnen bekannte Herr Starke hat die Mehrkosten, die dem Land daraus entstanden sind, auf 60 Millionen DM beziffert, meine Damen und Herren. Ich bitte sehr darum, ein bisschen darüber nachzudenken, ob die Planungsprozesse, in denen wir stehen, von diesem Hause oder von der Regierung überhaupt beeinflusst werden können oder ob wir uns nicht mit Bundesgesetzen möglicherweise derartige Fesseln angelegt haben, dass weder eine Regierung von SPD noch eine Regierung aus CDU und FDP die Dinge in der Weise betreiben kann, wie es wünschenswert wäre und wie es die Bürger eigentlich von uns verlangen, meine Damen und Herren. Darüber werden wir sehr nachdenken müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei vielen Dingen haben wir Neues eingeleitet: Forschungsflughafen Braunschweig und CFK-Nord. Dies alles wird uns im Zusammenhang mit dem Thema Zukunftsgestaltung von Airbus helfen.

Wenn ich das alles zusammenfasse, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kann ich sagen: Wir sind im Wirtschaftsbereich aus der unteren Tabellenhälfte der Bundesländer in die obere vorgestoßen. Das ist das Entscheidende. Wer sich sonst ein bisschen mit sportlichen Dingen beschäftigt, der weiß, dass die Richtung, also der Aufstieg, das Entscheidende ist und nicht das, was Sie am Ende Ihrer 13 Jahre Regierungszeit organisiert haben, nämlich Abstieg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen keine roten Zahlen, wir wollen das Land nach vorne bringen!

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen: Es bleibt bei der Doppelstrategie der Landesregierung: auf der einen Seite Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Bildung und auf der anderen Seite erfolgreiche Konsolidierung. Diese Doppelstrategie wollen wir auch nach dem 27. Januar fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich insbesondere bei den Regierungsfraktionen, stellvertretend für viele andere bei den Kollegen Dinkla, Hoppenbrock und der Kollegin Ortgies für den Tourismusbereich, bei Frau König, bei Wolfgang Hermann, bei Roland Riese, bei Klaus Rickert, bei allen, die hier mitgearbeitet haben. Ich danke auch den Mitarbeitern meines Hauses, meine Damen und Herren.

(Swantje Hartmann [SPD]: Ist das die Abschiedsrede?)

Kein Minister kann erfolgreich sein, wenn er nicht die Hilfe, die Unterstützung und die Motivation seiner Mitarbeiter hat. Vielen Dank für diese Unterstützung!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu dem Bereich Wirtschaft, Arbeit und Verkehr liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe deswegen diesen Bereich.

Wir kommen nun zum Bereich

### **Umwelt**

Herr Haase von der SPD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet.

### Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach dieser Abschiedsrede des scheidenden Wirtschaftsministers

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

wollen wir uns nun dem Herrn Umweltminister und dem Einzelplan 15 zuwenden. Dieser Einzelplan, meine Damen und Herren, spiegelt das wider, was mittlerweile leider bundes- und europaweit bekannt ist: Trotz der größten Herausforderungen der Menschheit im Klima- und Umweltschutz findet in Niedersachsen keine Umweltpolitik mehr statt, die diesen Namen tatsächlich verdient.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Es gibt keine zeitgemäßen Schwerpunkte. Das Ressort wird seit Jahren nur noch abgewickelt. Die Kritik der letzten Jahre - immer wieder von uns vorgebracht - bleibt bestehen. Ich wiederhole mich ungern im Detail.

Eines muss man dieser Landesregierung aber lassen, Herr Wulff:

(Bernd Althusmann [CDU]: Jetzt kommt's!)

Sie ist entweder absolut beratungsresistent oder aber von der Arroganz der Macht getragen.

Die FDP-Fraktion, meine Damen und Herren, hat vor fünf Jahren mit Herrn Sander eine Fehlbesetzung par excellence betrieben. Der Mann, der zu seinem Leidwesen leider nicht Landwirtschaftsminister werden durfte, konnte zum Trost wenigstens Umweltminister werden. Dieses Amt hat er jahrelang für eine landwirtschaftsorientierte Politik missbraucht, die in unserem Lande wirklich niemand braucht. Das war weder eine Politik für die Menschen, noch war es eine Politik mit den Menschen. Wir erleben stattdessen eine klein karierte altertümliche Lobbypolitik für genau solche Leute, wie Herr Sander sie in seinem Umfeld wahrscheinlich hat: Umweltbesserwisser und Menschen einer Generation, die den Anschluss an die Zukunft verpasst haben, Leute, die noch immer glauben, der Landbesitzer an sich weiß es ohnehin immer am besten.

Aber wie sagt doch der Dichter Ringelnatz?

"Niemand ist unnütz, er kann immer noch als schlechtes Beispiel dienen."

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Es ist gut, dass ausgerechnet Sie das sagen!)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident muss sich hier und heute den Vorwurf gefallen lassen, das Land an den Rand des umweltpolitischen Ruins geführt zu haben.

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

Wir alle haben es das eine um das andere Mal erlebt. Wir alle wissen es doch ganz genau, auch Sie Herr Althusmann. Wir haben doch die Nervosität und Anspannung in Ihren Gesichtern gesehen, wenn der Ministerpräsident, Herr Ehlen oder Herr Stratmann die umweltpolitische Debatte wieder einmal retten musste, sei es beim Kettensägenmassaker.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da stand doch Herr Nahrstedt genau daneben!)

beim Klimaschutz oder bei Fragen zur Energiepolitik mit dem ewigen Credo zur Atompolitik und zur Atomwirtschaft, wie wir es erst gestern in der Aktuellen Stunde wieder erlebt haben. Die ewig gleichen Verteidigungsreden - ich wundere mich, dass noch kein Zwischenruf von Herrn Dürr da ist - werden auch immer lauter und länger.

(Wolfgang Ontijd [CDU]: Das ist doch so peinlich! Da kann man gar nicht mehr zwischenrufen!)

In die Verantwortung für das Land Niedersachsen, Herr Ontijd, für die Umwelt, das Klima und die Menschen in unserem Land ist niemand von Ihnen gegangen. "Koalitionsfrieden vor Umwelt- und Klimapolitik" war Ihre oberste Direktive. Aber das, Herr Wulff, hat niemandem geholfen und wird niemandem helfen, am wenigsten Ihnen selbst.

Nur ein paar Beispiele, wo die CDU krampfhaft versucht, den umweltpolitischen Totalausfall zu vertuschen: Forschungsverbund Klimafolgenforschung des MWK. Hier springt der Wissenschaftsminister schnell vor der Wahl noch in die Bresche. Lauthals wird propagiert, nun sei die Welt in Niedersachsen gerettet, man kümmere sich ernsthaft um das Klima, allerdings erst, nachdem man unsere Klimaanträge abgelehnt hatte. Alles wunderbar? - Schauen wir einmal genauer hin, was sich hinter dem Programm KLIFF des MWK verbirgt, und lassen Sie mich laut sagen, was die 24 Antragsteller aus allen Universitäten Niedersachsens hierzu erfahren haben.

Erstens die gute Meldung für die Uni Oldenburg - Glückwunsch, Herr Stratmann, auch wenn er leider nicht da ist -: Die Uni Oldenburg soll den Küstenschutz erforschen. Aber die Antragsteller erhalten erst im März/April Antwort auf ihre Bewerbung - die Bewerbungsfrist lief am 1. Oktober ab -, und für jeden fallen maximal 0,5 Millionen Euro für fünf Jahre ab. Das ist praktizierte Klimafolgenforschung in Niedersachsen! Was haben Sie sich da ausgedacht, einen ernsthaften Beitrag zum Klimaschutz oder ein Wahlkampfgetöse, um die Wähler

darüber hinwegzutäuschen, dass es in Niedersachsen tatsächlich keinen konzeptionellen Klimaschutz gibt?

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist Placebo, genauso wie die lauthals verkündeten Juister Thesen.

(David McAllister [CDU]: Die haben Sie gelesen, nicht?)

- Na sicher, Sie kennen mich doch.

(David McAllister [CDU]: Immerhin!)

Als zweites Beispiel das Ehrenamt: Erst wird es lautstark gepriesen wie kaum etwas anderes in Niedersachsen. Da gibt es Ehrenamtskarten, die die Kommunen bezahlen sollen, Schulterklopfen, hier eine Urkunde, da einen Fototermin, dort eine Preisverleihung. Davon kann man richtig gute Fotos machen, vor allem im Wahlkampf. Doch wie sieht es wirklich aus? - Die Umwelt- und Naturschutzverbände mit ihren Tausenden Ehrenamtlichen, die in der Obhut des MU waren, gucken seit Langem in die Röhre. Sie bekommen nichts mehr, Herr Wulff, kein Land des Lächelns. Dass der 17. Naturschutztag erstmals in diesem Jahr mangels Teilnahme der Verbände abgesagt werden musste, dass die Verbände die selbst erfundene Ehrennadel des Herrn Sander boykottieren und ihm die Schirmherrschaft entziehen, das alles wird schön unter dem Deckel gehalten. Das hört man nicht gern, und da gibt es auch keine schönen Fotos.

Aber wir haben ja noch Herrn Ehlen, der dann in die Bresche springt und genau an dieser Stelle die Verbandsarbeit streichelt, die eigentlich gar nicht in sein Ressort gehört, die aber sein kleiner Landwirtschaftsminister nicht mag, weil die Verbände ihm nicht nach dem Munde reden. Frei nach Gutsherrenart wird hier verwehrt und dort verteilt. Später werden wir sicherlich noch das Eigenlob der Regierung zu dieser ruhmreichen Patenschaft hören, die Herr Ehlen anstatt Herr Sander bekommen hat.

Meine Damen und Herren, wir werden heute von der Regierungsseite auch wieder all die kleinen Einzelbeispiele aus verschiedenen Ecken des Landes aufgelistet bekommen, von der Brennstoffzelle über das Solarmobil bis zum Biogas. Doch eine umfassende Umweltpolitik, eine systematisch anerkannte und zielorientierte Politik für die Menschen in Niedersachsen, für Innovation und Arbeitsplätze gibt es leider nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Wolfgang Ontijd [CDU]: Haushaltsvorschläge der SPD offensichtlich auch nicht!)

Meine Damen und Herren, genug auf dieses Trümmerfeld, dieses kaputt gesparte Ressort zurückgeschaut. Es reicht. Eine SPD-geführte Landesregierung wird zu einer neuen Qualität der Umweltpolitik zurückkommen, die dann wirklich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. In die heutige Zeit gehört einfach ein starkes, modernes Umweltressort, querschnittsorientiert, als Impulsgeber für die zukünftige Wachstumsbranche und den Jobmotor der Zukunft, den Umweltschutz.

Unsere wichtigste und dringendste Aufgabe wird dabei sein, dem Klimawandel zu begegnen. Der Orkan "Kyrill" hat uns im Januar 2007 in beeindruckender Art und Weise vor Augen geführt, welche verheerenden Schäden an Menschen- und Sachgut entstehen können, wie viel es uns volkswirtschaftlich kostet, wenn es so weitergeht. Auf die Umweltpolitik kommt somit zweifellos eine zentrale Schlüsselaufgabe in diesem Jahrhundert zu. Sie ist Innovationspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik zugleich. Daher haben wir den Einzelplan 15 an die neuen Herausforderungen angepasst und neu strukturiert. Wir haben die konventionellen, nach konservativer Ideologie ausgerichteten alten Modelle geprüft und neu aufgestellt sowie Schwerpunkte entwickelt: erstens einen Klimaschutzpakt, zweitens Innovationen, drittens Mobilität und viertens das große Feld der biologischen Vielfalt.

Erstens. Unser Klimaschutzpakt umfasst allein 12 Millionen Euro. Der Effizienzfonds für den Mittelstand, die Landesinitiative Energieeffizienz, das Programm "Solare Zukunft", die Ökostrominitiative, die energetische Gebäudesanierung sozialer Infrastruktur, Kraft-Wärme-Kopplung, Passivhausstandard in der Bauwirtschaft - das alles sind konkrete Schwerpunkte für ein besseres Klima in Niedersachsen. Dazu gehört natürlich auch die zentrale Forderung nach dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Innovationen in Umweltschutz und Umwelttechnologie schaffen Arbeitsplätze und sichern unsere Exportchancen. Innovationen müssen gefördert und besser unterstützt werden. Deshalb werden wir den Wirtschaftsförderfonds dafür nutzen - Herr Will sagte es bereits - und auf 18 Millionen Euro aufstocken, um daraus endlich nach vorn gerichtet für die Menschen in Niedersachsen die Wachstumschancen zu fördern.

Drittens. Mobilität ist für unser Flächenland Niedersachsen ebenfalls ein ganz wichtiger Faktor, der einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Auch hier setzt die SPD einen Schwerpunkt. Mit 4 Millionen Euro werden wir eine Biokraftstoffkampagne starten; denn es gilt, weiterhin Modellvorhaben zur umweltverträglichen Mobilität mit der Automobilwirtschaft zu entwickeln. Auch die Gewerkschaften werden in diesem Fall unsere Partner sein und mit uns Mobilitätskonzepte für die Zukunft entwerfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu, weil auch das ein Teil der Umweltpolitik ist: Niedersachsen braucht dringend einen
Masterplan Güter- und Schwerlastverkehr. Auch
hierfür steht die SPD, um die Autobahnen und
Bundesstraßen und somit die Menschen in Niedersachsen zu entlasten.

In kaum einem Bundesland wird der ÖPNV - so jedenfalls die neueste *GEO*-Ausgabe - so selten wie in Niedersachsen genutzt. Dies gilt es entscheidend zu verbessern. Auch hier wird die SPD dafür sorgen, dass innovative Lösungen auf den Weg gebracht werden. Wir werden uns all dies ohne qualifiziertes Personal, ohne wissenschaftliche Grundlagen, ohne Bündelung und vor allen Dingen ohne engagierte Menschen im Umweltund Klimaschutz nicht leisten können.

Viertens. Die biologische Vielfalt ist ein ganz dringendes Anliegen der SPD. Wir werden mit der Gutsherrenpolitik aufhören und uns wieder mit einem breiten Ansatz um den Naturschutz kümmern. Die Bewahrung unser Ökosysteme, der Schutz der Artenvielfalt bedürfen in Zeiten des Klimawandels einer besonderen Aufmerksamkeit. Wir erhöhen deshalb den Ansatz auf 17 Millionen Euro und werden in konstruktiver Kooperation mit den Kommunen und einer tatsächlich engen Zusammenarbeit mit den NGOs für eine zeitgemäße Ausrichtung der Nationalparkeinrichtungen, die Stärkung des Meeresschutzes, den Schutzes der natürlichen Ressourcen und natürlich für Kooperationsprogramme sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen an diesen Stellen investieren, und wir alle werden davon profitieren; Sparen an dieser Stelle hat nie jemandem genutzt und wird auch niemandem nutzen. Deshalb erfolgt hier mit insgesamt 51 Millionen Euro eine deutliche Schwerpunktsetzung in unserem Haushaltsantrag genauso wie in unserem Regierungsprogramm.

Was wir in Niedersachsen als Erstes brauchen, um diese Herausforderungen zu bewältigen, ist allerdings eine wieder professionell aufgestellte Umweltverwaltung. Wir brauchen endlich eine zeitgemäße Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine Klimafolgenabschätzung, die in ein Klimaschutzprogramm Niedersachsens mündet.

### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in Richtung auf den Schluss meiner Rede noch eines: Herr Wulff hat hier zum Nikolaus 2006 seine berühmte Rede mit einem Nikolausversprechen gehalten, das er bis heute leider nicht eingehalten hat: 300 Millionen Euro für den Klimaschutz. Wenn er sich nur ein bisschen in das eingearbeitet hätte, worüber er redet, wenn er nur ein bisschen verlässlicher von dem FDP-Minister beraten worden wäre, dann hätte er leicht erkennen können, wie viel 300 Millionen Euro angesichts eines Ausgabenvolumens von ca. 360 Millionen Euro im Einzelplan 15 sind. Dann hätte er auch erkennen können, dass er eigentlich das Blaue vom Himmel erzählt. Bis heute ist jedenfalls nichts gekommen. Hier muss im Übrigen gesagt werden, dass der Einzelplan 15, der mit zentralen Zukunftsaufgaben befasst ist, nur einen Anteil von ca. 1,6 % am Gesamtvolumen des Haushalts hat.

Die SPD - in dieser Hinsicht braucht man niemanden zu überzeugen - beweist im aktuellen Zeitgeschehen und in der konkreten Politik vor Ort und auch auf Bundesebene, dass sie etwas von Umwelt- und Klimaschutz versteht. Wir brauchen nur nach Bali auf den Weltklimagipfel zu schauen, um festzustellen, wie dort durch unseren Bundesumweltminister nachhaltig unsere Interessen vertreten werden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Hans-Christian Biallas [CDU])

Wir brauchen nur nach Berlin zu schauen - auch Sie, Herr Biallas -, um festzustellen, welche Partei dort umweltpolitische Zukunftszeichen setzt, im Übrigen z. B. gegen einen Herrn Glos. Wir haben

das im Falle der Erdverkabelung wieder erlebt. Woher kam der Widerstand? - Er kam natürlich aus dem CSU-geführten Ministerium von Herrn Glos. Wir wissen, worüber wir reden. Deswegen stellen wir zusätzlich 51 Millionen Euro für eine zukunftsgerichtete Umweltpolitik mit dem eindeutigen Schwerpunkt des Klimaschutzes in den Haushalt ein.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie ruhig einmal das Regierungsprogramm der SPD! Denn es wird für die nächsten fünf Jahre Richtschnur sein. Dort finden sich keine leeren Worthülsen wie auf den vergleichsweise wenigen drei bis vier Seiten in Ihrem Programm zu diesem Thema, das Sie natürlich gleich in den höchsten Tönen loben werden. Nein, in unserem Programm finden sich klare Aussagen, z. B. zum Festhalten am Atomausstieg. Es findet sich ein klares Ja zu einer Zukunft mit erneuerbarer Energie. Die SPD schlägt konkrete Maßnahmen vor. Wir stellen konkrete Programme auf. Wir setzen auf qualifizierte und motivierte Menschen in leistungsstarken Organisationen. Das geht nicht zum Nulltarif. Das weiß jeder Mensch, der privat oder öffentlich in Verantwortung steht. Diese Investitionen sichern Wachstum, Arbeitsplätze und Zinsund Kapitalerträge von morgen. Umweltpolitik und Klimapolitik sind eine, wie ich meine, eigentlich sogar die Investition für die Zukunft, die sich auszahlen wird. Sie ist das Muss unserer Zeit. Die Menschen in Niedersachsen wissen das. Sie haben das erkannt und werden am 27. Januar daraus die Folgerungen ziehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Die nächste Rednerin ist jetzt Frau Zachow von der CDU-Fraktion.

### Anneliese Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Haase, Ihre Ausfälle gegenüber Herrn Sander sind nur noch peinlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bevor ich hier aber in den Haushalt einsteige, möchte ich erst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an die Mitarbeiter des Umweltministeriums sagen. Es war mit Ihnen wieder eine unglaublich interessante Arbeit, die von Ihnen immer hervorragend vorbereitet wurde. Es hat Spaß gemacht. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, moderne Umwelt- und Klimaschutzpolitik ist Nachhaltigkeitspolitik und findet sich in allen Bereichen wieder. Exemplarisch nenne ich den Wohnungs- und Städtebau und danke in diesem Zusammenhang den Sozialpolitikern ganz herzlich, die unser Anliegen von Gebäudesanierungen im Wohnbereich und das Programm zur sozialen Infrastruktur mitgetragen haben. Dank gilt natürlich auch all unseren Finanzpolitikern, die unseren Wünschen nicht nur nachgekommen sind, sondern sie auch mitgetragen haben, und in deren ureigenstem Haushalt das Programm zur Energieeinsparung in Landesliegenschaften angesiedelt ist.

(Ulrich Biel [SPD]: Frau Zachow, jetzt müssen Sie die Kleingärtner auch mit einbeziehen!)

Dieses Programm ist mit 10 Millionen Euro für vier Jahre ausgestattet. Was uns als Umweltpolitiker unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit besonders freut, ist, dass die Einsparungen bei Energiekosten wieder für Energiesparmaßnahmen eingesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie sehr Umweltpolitik Querschnittspolitik ist, werde ich Ihnen jetzt an den EFRE-Mitteln erläutern. Es hätte relativ viel Arbeit erfordert, die einzelnen Haushalte einmal daraufhin durchzugehen, wo EFRE-Mittel eingeflossen sind und wo sie speziell unter umweltpolitischen Aspekten eingesetzt werden sollen. Schauen wir zunächst einmal auf den Bereich Cuxhaven; denn dort soll ja der Schwerpunkthafen für Offshorewindenergie angesiedelt sein. Für den Ausbau dieses Projekts sind 24 Millionen Euro vorgesehen. Das Sozialministerium kümmert sich um die Entwicklung städtischer Gebiete. Die EFRE-Grundsätze fordern, dass die Projekte einen umweltpolitischen Bezug haben und der Bekämpfung des Klimawandels dienen. Für diesen Bereich stehen 97 Millionen Euro zur Verfügung. In Bezug auf die EFRE-Mittel im Bereich des MWK heißt es explizit, dass bei den Forschungsmitteln eine Öffnung für den Bereich der Klimafolgen und für Umwelt- und Energiesparmaßnahmen zu erfolgen habe. Diese Mittel können abgerufen werden. Wir alle gehen davon aus, dass davon in hohem Maße Gebrauch gemacht wird.

Das Umweltministerium hat im Bereich der Fördermaßnahmen 12 Millionen Euro für Optimierung und Energiemanagement im Gebäudebestand und im industriellen Bestand angemeldet. Der Innovationsfonds mit sieben Mal 8 Millionen Euro zählt auch noch dazu. Lieber Herr Haase, wenn Sie jetzt mitgerechnet hätten, dann hätten Sie ein Volumen von 300 Millionen Euro erreicht. So viel zu Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist mir eine große Freude, über den Haushalt des Umweltministeriums in dieser Debatte zu sprechen; denn im Jahr 2008 werden mehr Mittel für Umweltpolitik und Umweltverwaltung zur Verfügung stehen als im letzten Jahr. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei beim Küstenschutz. Die Mittel für den Küstenschutz werden um 10 Millionen Euro aufgestockt; das sind 20 %.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Astrid Vockert [CDU]: Toll!)

Beim Hochwasserschutz bleiben die Mittel praktisch unverändert. Ich habe allerdings die Bitte, dass in diesem Bereich sehr genau hingeschaut wird, wie sich die Starkregenfälle in der Zukunft entwickeln werden. Es stellt sich die Frage, ob wir beim Hochwasserschutz im Binnenland eventuell mehr tun müssen und eventuell auch noch ein anderes Talsperrenmanagement betreiben müssen. Das muss im Auge behalten werden. Darüber sind wir uns aber hier im Hause, glaube ich, alle einig.

Ein weiterer Schwerpunkt im Haushalt ist der Naturschutz mit einem Plus von 1,7 Millionen Euro. Davon profitieren der Erschwernisausgleich und der Vertragsnaturschutz. Der größte Teil des Geldes geht in die Natura-2000-Gebiete. Dort sollen mehr Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden. Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, Sie sehen, Niedersachsen stellt sich seinen Verpflichtungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch der Nachhaltigkeitsgedanke spiegelt sich in diesem Haushalt wider. Wir werden auch in diesem Jahr Mittel aus der Abwasserabgabe zurücklegen, um Maßnahmen nach der Wasser-Rahmenrichtlinie umsetzen zu können. Ab 2008 stehen fast 7 Millionen Euro in der Rücklage. Wir stellen ebenfalls Geld für Maßnahmen nach § 47 h des Niedersächsischen Wassergesetzes in die

Rücklage. Damit soll vor allem das neu eingeführte Kooperationsmodell finanziell abgesichert werden. Da ich jetzt beim Wasserentnahmegeld bin, weise ich darauf hin, dass die SPD daraus mit 12 Millionen Euro den Klimapakt und mit 4 Millionen Euro die Mobilität finanzieren will. Diese 12 Millionen Euro setzen Sie als zusätzliche Einnahmen an. Im Haushaltsausschuss ist aber exakt erklärt worden, dass es diese zusätzlichen 12 Millionen Euro gar nicht geben wird. Dieses Jahr war der Topf nur deshalb so gut gefüllt, weil es um Nachzahlungen ging. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie finanzieren das also mit Luftbuchungen. Was soll das eigentlich?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

CDU und FDP - dies gilt im Übrigen für das ganze Haus; das sage ich hier ausdrücklich; da waren wir uns im Ausschuss einig - sind einem lang gehegten Wunsch unserer FÖJler nachgekommen: Nach 20 Jahren haben wir das Taschengeld erhöht. Das kritisiert nun die Opposition. Sie fordert in ihrem Antrag, dass die Bahncard für alle FÖJler hinzukommen soll. Nun habe ich mir einmal die Mühe gemacht und mir alle Einsatzorte der FÖJler angeschaut. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, dass etliche Einsatzorte mit der Bahn überhaupt nicht zu erreichen sind. Meine Damen, meine Herren, was soll dann eine Bahncard?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit Monaten kritisieren Sie auch unsere Juister Thesen: Aus ihnen würde nichts nach dem Motto "Außer Thesen nichts gewesen".

(Clemens Große Macke [CDU]: Die werden sich noch wundern!)

Meine Damen, meine Herren, das sollten wir uns jetzt einmal ganz in Ruhe anschauen:

Wir haben im Nachtragshaushalt drei und im Haushalt 2008 vier neue Stellen für den Bereich des Klimaschutzes geschaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie aber haben sich geweigert mitzumachen.

Der Klimaforschungsverbund ist ausgeschrieben. Sie aber haben sich geweigert mitzumachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Regierungskommission Klimaschutz ist beschlossen. Sie aber haben sich geweigert mitzu-

machen. Mäkeln und in der Ecke sitzen - das ist Ihre Politik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Richtig! Genau!)

Das ESIP-Programm habe ich vorhin bereits erläutert.

Mit dem Landesprogramm "Energetische Wohnraumsanierung" wollen wir zu einer Verbilligung der Zinsen für Kredite bei der KfW Förderbank beitragen. Insgesamt stellen wir für dieses Programm 1 Million Euro zur Verfügung. Eine Verpflichtungsermächtigung über 4 Millionen Euro für Modellprojekte zur Wohnraumsanierung ist auch ausgebracht worden.

Darüber hinaus haben wir die Laufzeit der Landesinitiative Brennstoffzelle verlängert. Sie ist nämlich ein ausgesprochenes Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun zum Investitionspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren für Niedersachsen 19,1 Millionen Euro zur Verfügung. Die Gegenfinanzierung - je ein Drittel von Bund und Land - beginnt im Jahr 2008 mit 955 Millionen Euro. Über Verpflichtungsermächtigungen sind die weiteren gut 18 Millionen Euro bis zum Jahr 2012 abgesichert.

Meine Damen, meine Herren, wenn ich das alles betrachte, bin ich stolz darauf, wie intensiv sich die Fraktionen von CDU und FDP nicht nur verbal um Umweltbelange kümmern, sondern auch die erforderlichen Maßnahmen finanzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis Umwelt und darüber hinaus der ganzen Fraktion. Die hat uns arbeiten lassen, und sie ist uns fast immer gefolgt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächste Rednerin ist jetzt Frau Steiner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Oh nein!)

- Solche Bemerkungen lassen wir!

# Dorothea Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Après nous le déluge" hat mal eine Dame eines untergehenden Regimes gesagt. "Pompadour" hieß die. Auf deutsch: Nach uns die Sintflut. - Und so hat Minister Sander in den letzten fünf Jahren Umweltpolitik gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fange einmal mit dem Naturschutz an. Die Naturschutzpolitik dieser Landesregierung und dieses Umweltministers war von einer besonderen Qualität - "besonders" auf der nach unten offenen Skala. Das staunende Publikum wähnte sich ständig in einer Seifenoper zwischen Klamauk und Tragödie mit einem Hauptdarsteller, der offensichtlich in zu großen Schuhen steckte und mit seinen Fußspuren Verwüstungen hinterließ.

Mit der allseits bekannten Sprechblase "Naturschutz mit den Menschen - für die Menschen" hat Herr Sander eine eigenwillige Definition, eine Einteilung in gute und böse Menschen verbunden. Die guten waren die Landwirte und die Jäger, die Störer und Querulanten waren Naturschützer, Ornithologen, Wattenmeerfachleute und insbesondere EU-Umweltpolitiker.

Geliebt von vielen Landwirten waren die Ministerausfälle gegen die Brüsseler Umweltdirektion. Die sind für ihn eben auch keine Menschen - ich glaube, für die CDU-Fraktion auch nicht so oft -,

(Friedrich Pörtner [CDU]: Was?)

sondern nur Bürokraten, die man mit allen Mittel bekämpfen muss, mit seriösen und unseriösen.

(Widerspruch bei der CDU - David McAllister [CDU]: Ey, ey, ey!)

- Genau Sie meine ich, Herr McAllister. - Aber irgendwann haben diese EU-Menschen im Interesse von Natur und Umwelt zurückgeschlagen, und dann wurde aus dem tapferen gelben Ritter das böse Rumpelstilzchen. Und Sie wissen ja, wie es dem Rumpelstilzchen im Märchen ergangen ist.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Thema Landesregierung und Klimaschutz. Sie haben als Regierungsfraktionen den Klimawandel lange Zeit verschlafen, manchmal geleugnet; die FDP noch mehr als die CDU. Deshalb gibt es auch

kein Klimaschutzprogramm für Niedersachsen. Deshalb heißt es auch trocken im *GEO*-Test - Zitat -:

"Eine aktive Klimapolitik fehlt bisher im Land:"

Ich zitiere weiter:

"Es existieren weder Reduktionsziele für Treibhausgase noch Handlungspläne für ein koordiniertes Vorgehen ..."

Wenn man kein Programm und keine Zielsetzungen hat wie diese Regierung, dann kann man später auch nicht überprüfen, was man erreicht hat und ob man überhaupt etwas erreicht hat und welche weiteren Anstrengungen man unternehmen muss beispielsweise bei den erneuerbaren Energien.

Herr Sander hat Windräder im Jahr 2003 noch als "technische Monster" bezeichnet. Das hindert ihn heute aber nicht, Niedersachsen als Windkraftland Nr. 1 zu bezeichnen und dies als schwarz-gelbe Klimapolitik zu verkaufen. Leider - - -

(Ursula Körtner [CDU]: Denken Sie doch einmal an den Stenografischen Dienst! Etwas leiser!)

- Ich sage jetzt nichts dazu. - Leider ist er damit nur Trittbrettfahrer rot-grüner Umweltpolitik im Bund. Ohne die gäbe es dieses Etikett nicht und auch nicht das Bioenergieland Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Niedersachsen hat tatsächlich einen Anteil an den erneuerbaren Energien - insbesondere getragen durch die Windkraft - von 16 %. Aber der Anteil muss bis zum Jahr 2020 auch in Niedersachsen auf 50 % gesteigert werden, wenn wir die entsprechende Reduzierung von klimaschädlichen Gasen erreichen wollen. Das ist das Ziel.

# (Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Das sollen bei der Windkraft vor allem die Offshore-Windparks leisten. Gleichzeitig stellen wir aber fest, dass der Bau des ersten Offshore-Windparks gerade versemmelt wird. Da frage ich mich nur: Hat da wieder das Wirtschaftsministerium mitgemischt? Meine Damen und Herren, vor einem Jahr haben wir die Berufung eines Sachverständigenrates für Klimafragen gefordert, der in einem offenen transparenten Prozess die konkreten Folgen des Klimawandels und die notwendigen Maßnahmen für Niedersachsen erarbeiten sollte. Sie sind dem Vorschlag nicht gefolgt. Stattdessen wird voraussichtlich im Mai nächsten Jahres - zwei Jahre nach Einsetzen der Diskussion - eine 7. Regierungskommission zum Klimawandel eingesetzt. Das, meine Damen und Herren, ist aber zu wenig, zu dünn und wird dem Problem nicht gerecht.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in der klimapolitischen Diskussion gerät Niedersachsen zunehmend in die Abstiegszone.

Eine Bemerkung möchte ich jetzt noch machen: Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz ist auch die von uns für diesen Haushalt geforderte Erhöhung der Wasserentnahmegebühr für die Kühlwasserentnahme der Kraftwerke zu sehen. Wir wollen, dass bei den bestehenden Kohlekraftwerken die Abwärme effektiv genutzt und nicht über das Kühlwasser in die Luft und in unsere Flüsse abgegeben wird.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen und insbesondere Herr Sander, zur Energiepolitik sagen Sie schon immer - fast gebetsmühlenartig -, ohne Kohle und Atom gehe es nicht, wir müssten auch in Niedersachsen weiterwursteln wie bisher. Wir Grüne haben Ihnen in dieser Woche ein Energieszenario vorgelegt, das zeigt, dass die Lichter in Niedersachsen nicht ausgehen werden, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet und neue Kohlekraftwerke nicht gebaut werden.

(Anneliese Zachow [CDU]: Das glaubt aber nur Ihr selber!)

Der Klimainnovationsfonds, den wir wollen und den wir mit 100 Millionen Euro ausstatten wollen, soll genau diese Entwicklung über die Fördermöglichkeiten des Landes voranbringen. Dann kommen wir auch einen Schritt weiter im Hinblick auf die Reduzierung der klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Gase.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wirtschaftsförderung wollen wir mit diesem Fonds neu auf die Anforderungen des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel - das ist genauso wichtig - ausrichten. Ich nehme mir jetzt einmal das Spezialgebiet "Energetische Gebäudesanierung" vor. Wir haben in den letzten Jahren regelmäßig und mit triftigen Gründen die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude gefordert. Jetzt stellen Sie - es ist ja Wahlkampf, und Sie wollen ja zumindest symbolisch etwas für den Klimaschutz tun - in den Haushalt für 2008 gerade einmal 2,5 Millionen Euro und in den nächsten vier Jahren insgesamt 10 Millionen Euro für die energetische Sanierung der Landesliegenschaften ein. Herr Wulff wird in diesem Zusammenhang mit der Aussage zitiert, dass mit dem Einsatz dieser Mittel jährlich Energiekosten in Höhe von 1,3 Millionen Euro eingespart werden können. Herzlichen Glückwunsch! Mit dieser Investition wird eine hervorragende Rendite eingefahren. Dumm nur, dass diese Landesregierung jahrelang exakt diese Sanierungsmaßnahmen mit dem Hinweis verweigert hat, sie würden sich nicht rechnen, weil die Einspareffekte in keinem Verhältnis zu den Investitionen stünden. Ich sage nur: 1,3 mal 2 in zwei Jahren sind bei mir schon 2,6 gegenüber 2,5 Millionen. Da bleibt schon nach zwei Jahren etwas übrig.

Was Herr Wulff damit eingeleitet hat, nenne ich eine politische Wende. Dafür soll er ja auch anderweitig bekannt sein. Herr Wulff, es hätte sich gelohnt, schon früher auf uns zu hören und damit zu beginnen. Sie sollten jetzt konsequent auch den nächsten Schritt gehen. Sie sollten aus diesem anvisierten 100-Jahres-Programm zur energischen Sanierung der landeseigenen Gebäude ein 15-Jahres-Programm machen und sofort mehr Geld in die Hand nehmen.

(Christian Dürr [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Steiner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dürr?

# Dorothea Steiner (GRÜNE):

Nein, lieber eine Kurzintervention nach meiner Rede. Ich muss erst einmal diesen Gedanken ausführen.

(Christian Dürr [FDP]: Dann bin ich sowieso dran!)

Sie wissen doch jetzt: Es rechnet sich. - Aber insgesamt muss ich feststellen: Sie weigern sich beharrlich, ein Programm vorzulegen, das die größten Energieverschwender im Landeseigentum zuerst anpackt.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich auch nicht wundern, dass ich an dieser Stelle beim Haushalt zum Küstenschutz sprechen muss. Erst verkündet die Landesregierung vollmundig, dass der Ansatz für Küstenschutz in 2008 um 10 Millionen Euro angehoben werden wird und wie segensreich das für den Schutz der Küstenbewohner vor den Klimafolgen ist. Bei der Schlussabstimmung über den Haushalt ziehen Sie davon aber 3 Millionen Euro klammheimlich wieder ab - ohne Kommentar, ohne Diskussion. In der Hoffnung, dass es keiner merkt, verstecken Sie diese Kürzung in der sogenannten Technischen Liste.

Wir haben im Frühjahr, nachdem der Bericht der UN-Klimakommission vorlag, hier eine ausgiebige Diskussion über die Frage der künftig erforderlichen Deichhöhe an der Küste geführt. 25 cm und nicht mehr wollte der Umweltminister drauflegen. Mit dieser Einschätzung stand der Minister allein auf weiter Flur, konnte seinen Fehler aber nicht eingestehen. Erst nach einer Schamfrist von mehreren Monaten und unter dem Druck der Deichverbände hat die Landesregierung beschlossen, dass die Deiche künftig 50 cm höher sein müssen, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Ich sage Ihnen: Auch 50 cm werden nicht genug sein, damit Leer und Oldenburg in Zukunft nicht absaufen.

Zum Thema "Hochwasserschutz im Binnenland" braucht man nicht viel zu sagen. Was der Umweltminister unter Hochwasserschutz versteht, hat er vor einem Jahr mit seinem Kettensägenmassaker in der Elbtalaue demonstriert. Flussaufweitung und Rückdeichung werden zum Tabu erklärt. Es ist ein starres Festhalten an rigider Einzwängung von Flüssen und Bächen in ein Deichkorsett. Herr Sander, wie hoch sollen denn die Deiche nach der nächsten Elbeflut werden, um Schaden von den Menschen abzuwenden?

Meine Damen und Herren, ich will die Debatte über die Verwaltungsreform, die gerade im Umweltbereich völlig missglückt ist, nicht wieder anführen. Darüber haben wir uns ausführlich auseinandergesetzt. Hierzu kann man nur feststellen: Die Freiheiten und Zuständigkeiten der Kommunen im Naturschutz gibt es nicht; denn statt Entbürokratisierung haben Sie mehr Bürokratie geschaffen, vor allem in den Landkreisen. Sie haben dafür gesorgt, dass viele Aufgaben nicht erledigt werden.

Mein Fazit heißt: Diese schwarz-gelbe Landesregierung

(David McAllister [CDU]: Macht sehr gute Politik!)

hinterlässt in Niedersachsen eine Ruine der Umweltpolitik, in der der Wind nicht nur durchs Dachgebälk pfeift, sondern der Umweltminister schon ans Fundament gegangen ist. Die Aufgabe für die nächsten fünf Jahre besteht darin, die Umweltpolitik wieder auf ein solides Fundament zu stellen und auf die Zukunft auszurichten. Ehrlich gesagt, wäre mir das unter grüner Führung lieber als unter dieser FDP-Baumfällertruppe. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Steiner, Ihre Fraktion wurde deswegen so unruhig, weil Sie elf Minuten gesprochen haben.

Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Zachow gemeldet.

### Anneliese Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lassen Sie mich zwei Anmerkungen zu Frau Steiners Rede machen.

Erstens. Den Traum, man könne ohne Kernenergie und ohne Kohle schon in wenigen Jahren alle Energieprobleme lösen, träumen nur die Grünen. Ich lasse Ihnen Ihre Träume, aber Sie sind allein damit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Wir haben 60 Millionen Euro für den Küstenschutz bereitgestellt, 10 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Auf einigen ostfriesischen Inseln waren aber Küstenschutzmaßnahmen dringend erforderlich, die im Vorgriff auf den Haushalt 2008 bezahlt worden sind. Ich finde es richtig, dass die Küstenschutzmittel aufgebraucht und nicht gelagert werden. Wenn an der Küste Not am Mann ist, dann muss gehandelt werden und ist es vernünftig, auch einmal im Vorgriff auf den nächsten Haushalt etwas zu tun und nicht den nächsten Sturm abzuwarten, bei dem man dann absäuft.

(Bravo! und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Steiner möchte darauf antworten.

# Dorothea Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Klar muss man da Nebel werfen. Aber keine Rhetorik und kein Beifall können darüber hinwegtäuschen, dass aus einem auch innerhalb der Regierungsfraktionen mühsam erkämpften - das weiß ich - 10-Millionen-Euro-Zusatzetat für Küstenschutz und Deichschutz an der Küste dann plötzlich 3 Millionen Euro verschwinden. Das können Sie nicht begründen.

(Zuruf von Anneliese Zachow [CDU])

Sie haben das noch nicht einmal öffentlich gemacht. Die Kürzung taucht in der Technischen Liste auf, und wir haben uns sehr darüber gewundert, dass wir sie ohne Diskussion plötzlich irgendwann gefunden haben. Das ist der beste Beleg dafür, dass Sie dabei ein echt schlechtes Gewissen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dürr das Wort.

# Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Haase, ich habe mir das Sofortprogramm einer sehr unwahrscheinlich von der SPD geführten Landesregierung herausgesucht, Unter Abschnitt II. zur nachhaltigen Umweltpolitik steht:

> "1. Es wird ein runder Tisch für die Etablierung des Klimaschutzpaktes mit allen Akteuren dieses Bereiches eingerichtet."

Erstens könnte ich Sie jetzt darauf aufmerksam machen, dass Sie diesen runden Tisch - bei den Grünen hieß das damals "Klimarat" - bei den Grünen schlicht und einfach geklaut haben. Zweitens will ich Sie aber auch darauf aufmerksam machen, dass wir bereits eine Regierungskommission zum Thema Klimaschutz beschlossen und insbesondere beim Thema Klimafolgenforschung, das für Niedersachsen - da sind wir einer Meinung - ja so wichtig ist, mit dem Forschungsverbund KLIFF

schon ein entsprechendes Forschungsprogramm auf den Weg gebracht haben.

Weiter steht in diesem Programm:

"2. Als erste Maßnahme der im Rahmen des Klimaschutzpaktes laufenden Landesinitiative Energieeffizienz wird die Energieversorgung der Landesbehörden auf regenerative Energien umgestellt."

Das hört sich jetzt ganz furchtbar revolutionär an. Wir haben stattdessen lieber Haushaltsmittel eingestellt, um die Gebäude zu sanieren und die Energie dort gar nicht erst zu verbrauchen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es heißt dann weiter:

"3. Das 2007 abgelehnte Erdkabelgesetz der SPD-Landtagsfraktion - - -"

Ich frage mich, warum das dort steht. Ich glaube nicht, dass der Ausdruck von gestern ist. Dieses Sofortprogramm haben Sie sicherlich bereits vorher geschrieben. Ich wundere mich, dass Sie die Weisheit hatten und voraussehen konnten, dass wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen werden. Sie können offensichtlich in die Zukunft schauen; denn wir haben Ihren Gesetzentwurf tatsächlich abgelehnt. Der Niedersächsische Landtag hat gestern zum Glück mit großer Mehrheit das Erdkabelgesetz beschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der vierte Absatz - und das war es dann auch schon mit der Umweltpolitik der Sozialdemokratie in Niedersachsen - lautet:

"Das Festhalten an der bestehenden Regelung über die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke wird von der Landesregierung unterstützt."

Damit meinen Sie natürlich nicht diese, sondern eine mögliche SPD-Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein bundespolitisches Thema und hat nichts mit Landespolitik zu tun.

Ich stelle fest: Das und nicht mehr ist die Umweltpolitik der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Umweltminister und keine Landesregierung zuvor haben so viele Schutzgebiete in Niedersachsen ausgewiesen wie diese Landesregierung. Das muss man einmal feststellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Etwa 3 % der niedersächsischen Landesfläche sind Naturschutzgebiete, andere Schutzkategorien kommen noch dazu.

In keiner Legislaturperiode sind wir beim Artenschutz so weit vorangenommen wie in dieser. In Niedersachsen werden derzeit - man höre und staune - 65 % des produzierten Stroms  $\rm CO_2$ -frei erzeugt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie versuchen, die Fakten zu verdrehen, meine Damen und Herren, weil Sie einfach zu kleingeistig sind, um die Dinge wirklich zu begreifen.

(Hey, hey, hey! bei der SPD - Ralf Briese [GRÜNE]: Beleidigung!)

Aber die Menschen in Niedersachsen haben das sehr wohl vernommen und begriffen.

Es ist das Verdienst von Hans-Heinrich Sander, dass Umweltpolitik in der Fläche in Niedersachsen wieder akzeptiert wird.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ja, meine Damen und Herren, dieser Minister ist unkonventionell, aber er ist um Längen besser als sein glückloser Amtsvorgänger.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Clemens Große Macke [CDU]: Wer war das? - David McAllister [CDU]: War das Wolle?)

Wir haben die Dinge ja von Ihrem sogenannten Spitzenkandidaten geerbt: FFH, Vogelschutz usw. Wir haben das Ganze mit Beteiligung der Menschen in Niedersachsen abgearbeitet. Jüttner hatte damals sein Haus nicht im Griff. Auch das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Für Sie: Herr Jüttner!)

Ich habe heute gemerkt, dass er auch seine Fraktion nicht im Griff hat. Nur die Hälfte ist ausgezogen, die andere Hälfte ist hier sitzen geblieben, als es um das große Ausziehen aus dem Landtag ging.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Umweltpolitik zahlreiche Aufgaben. Eine der wichtigsten Aufgaben für Niedersachsen ist selbstverständlich der Küstenschutz. Frau Kollegin Zachow hat vorhin schon zu Recht gesagt, dass wir diesen Ansatz um 10 Millionen Euro auf insgesamt 60 Millionen Euro erhöht haben, und zwar trotz der Kürzung bei der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", die wir durch den Bund hinnehmen mussten. Wir haben versucht, diese Kürzung auszugleichen.

Wir sind bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nach vorne gekommen. Insbesondere haben wir dabei eine nachhaltige Finanzpolitik betrieben. Dieses Jahr werden wir weitere 2,7 Millionen Euro für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ab 2010 ansparen. Im Haushaltsjahr 2007 sind es bereits 4 Millionen Euro gewesen.

Wir haben die Mittel für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Natura-2000-Gebieten mit diesem Landeshaushalt um 1,7 Millionen Euro erhöht. Das Umweltministerium liegt - das finde ich auch ganz wichtig, weil dann schlicht und einfach mehr Mittel für Umwelt- und Naturschutz zur Verfügung stehen - bei der Zielvereinbarung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung voll im Plan.

Wir erhöhen dieses Jahr - das will ich an dieser Stelle noch erwähnen, weil die Verbändeförderung vorhin angesprochen wurde - im Rahmen der Projektförderung - eben auch für die Umweltverbände - die Mittel für "Bingo!" um 500 000 Euro. Meine Damen und Herren, auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Nun komme ich zu den Änderungsanträgen, zunächst zu denen der Koalitionsfraktionen. Wir stellen im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung 4 Millionen Euro für die kommenden Jahre für die energetische Gebäudesanierung ein. Wir haben das Taschengeld für die FÖJler zum ersten Mal seit 1986 erhöht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Haushaltsansatz ist um 30 % erhöht worden. Von 1986 bis 2007 ist dieses Taschengeld nicht mehr erhöht worden - dazwischen liegen 13 Jahre SPD-Landesregierung. Sie haben den FÖJlern, den Menschen, die in Niedersachsen ein Freiwilliges Ökologisches Jahr leisten und etwas für die Umwelt und den Naturschutz in Niedersachsen tun, nicht einen Cent mehr gegeben. Das muss man einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir erhöhen die Zuweisungen an die sogenannten 104er-Verbände, die besonders bedürftig sind, um 250 000 Euro auf insgesamt 750 000 Euro für das kommende Jahr.

Aber ich will auch noch etwas zu den Änderungsanträgen der Opposition sagen. Zunächst einmal zu dem Änderungsantrag der Grünen. Besonders sticht die Wasserentnahmegebühr heraus. Sie wollen den Mittelansatz bei den Einnahmen um insgesamt 15 Millionen Euro, nämlich von 55,5 Millionen Euro auf 70,5 Millionen Euro, erhöhen. Sie begründen das Ganze - das fand ich sehr interessant - mit einer Gebührenerhöhung um 100 %. Ich sage ganz offen: Das ist mit uns und mit dieser Landesregierung nicht zu machen. Mit denjenigen, die in Niedersachsen investiert haben und die Wasser entnehmen müssen, weil ihre Kraftwerke laufen müssen und sie es für die Produktion brauchen, müssen wir ehrlich und verantwortlich umgehen. Es kann nicht angehen, dass derjenige, der hier investiert hat, einfach mal so eine 100prozentige Gebührenerhöhung aufgedrückt bekommt. Das werden wir eindeutig nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Aber eine ähnliche Idee hatte offensichtlich auch die SPD. Sie wollen die Einnahmen bei der Wasserentnahmegebühr schlicht und einfach mal - Sie legen im Vergleich zu den Grünen noch eine weitere Million oben drauf - um 16 Millionen Euro erhöhen. Sie begründen das Ganze - ich habe mir das angeguckt; das steht in den Erläuterungen-wie folgt: zu erwartende Mehreinnahmen aufgrund der Einnahmesituation im Jahr 2007.

Ich stelle mir einmal vor, der Finanzminister würde so etwas sagen: Okay, dieses Jahr ist es mit den Steuereinnahmen nicht so doll, in welcher Höhe die kommen, weiß ich nicht so genau, aber ich erhöhe einfach mal den Mittelansatz bei den Einnahmen um 30 %.

(Ursula Körtner [CDU]: Das sagt er nie!)

Meine Damen und Herren, das hätte mit seriöser Finanzpolitik überhaupt nichts mehr zu tun. Das sind Luftbuchungen, und vor allem ist das typisch SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann wollen Sie beim Trinkwasserschutz 5,6 Millionen Euro streichen. Das finde ich vor allem vor dem Hintergrund Ihrer großartigen Kritik an der Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes so verdammt interessant. Dabei ging es nämlich um die Kooperationen. Sie haben gesagt: Das wird alles nichts mehr mit den Kooperationen, das ist ganz schwierig an der Stelle. - Interessant ist, dass in Ihrem Änderungsvorschlag für den Landeshaushalt 2008 steht, dass Sie die gesamten 5,6 Millionen Euro für die Kooperationsprogramme streichen wollen, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit sozialdemokratischer Umweltpolitik in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich könnte noch einige andere Dinge aufzählen, die insbesondere in den Beratungen im Umweltausschuss sehr interessant waren. Ich will es aber erst einmal dabei bewenden lassen und schließe mit einem ganz herzlichen Dank an das Umweltministerium, insbesondere an das Haushaltsreferat, selbstverständlich allen voran an Herrn Nüsken, der uns im Umweltausschuss und bei der Vorbereitung zu den Beratungen dieses Haushaltes sehr geholfen hat. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Sander das Wort.

### Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf setzen wir die Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre. Er bewegt sich im Rahmen unserer Verantwortung für die Konsolidierung des niedersächsischen Haushaltes, die wir auch im Umweltbereich haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige dieser Schwerpunkte eingehen. Frau Kollegin Zachow und Herr Dürr haben bereits die entsprechenden Bereiche genannt.

Frau Kollegin Steiner, Sie hätten sich einmal bei dem Kollegen Janßen erkundigen sollen. Er hätte Ihnen erklärt, wie es sich mit den 3 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für den Küstenschutz im nächsten Jahr verhält. Wir haben diese Mittel nämlich schon in diesem Jahr ausgegeben, weil wir Vorsorge treffen mussten, weil wir die Gefahr sahen, dass insbesondere am Schweiburger Bogen die Deichsicherheit nicht so gewährleistet ist. Ich hoffe, Sie haben es jetzt verstanden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Also: Wir haben die Mittel für diese Maßnahme nicht abgezogen, sondern diese Maßnahme sogar vorgezogen.

(Lothar Koch [CDU]: So ist es richtig, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zum Naturschutz geäußert. Ich bin dem Kollegen Dürr dankbar, dass er nicht nur Zahlen genannt hat. Ich glaube, Sie haben gar nicht so schnell aufnehmen können, was das bedeutet: Diese Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Wulff setzt nämlich die Politik des Ministerpräsidenten Albrecht fort.

(Zuruf von der SPD: Zurück in die Vergangenheit! - Weitere Zurufe von der SPD - David McAllister [CDU]: Sehr gut!)

Ministerpräsident Albrecht hatte schon in den 1980er-Jahren das Ziel, die Naturschutzfläche in Niedersachsen von 1,5 % auf 3 % zu steigern. Das Problem war nur, dass Sie das 1990 verhindert haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -David McAllister [CDU]: Ihr wart das! -Zurufe von der SPD und von den Grünen)

Es kommt aber noch schlimmer: Sie haben dann mit Ihrer Umweltministerin gegen den Willen der Bevölkerung - nicht mit den Menschen, sondern gegen die Menschen - versucht, den Nationalpark Elbtalaue durchzusetzen. Die Gerichte haben Ih-

nen dann gesagt, dass das kalte Enteignung ist. Sie mussten also zurückrudern.

Nur, das hätten Sie auch gleich sagen müssen, die Folge war: Ein Nationalpark ist ein Naturschutzgebiet, und ein Biosphärenreservat ist es nicht. Sie haben dafür gesorgt, dass die Naturschutzfläche in Niedersachsen noch verkleinert wurde. Das ist die Realität, die wir wahrzunehmen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir haben in Niedersachsen einen zusätzlichen Naturpark errichtet, Bourtanger Moor.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Ich war schon dreimal da, na und?)

Damit haben wir erreicht, dass 17,7 % der Landesfläche Naturparke sind. Das sind greifbare Erfolge. Das können Sie nicht außer Acht lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen zum Stichwort "Naturschutz" noch einen anderen Erfolg nennen, nämlich den Vertragsnaturschutz, das Erfolgsmodell dieser Landesregierung. Wenn es irgendwo Probleme gab, sind wir dorthin gefahren und haben sie gelöst. Noch heute Nachmittag haben wir mit den Landwirten im Rheiderland Vereinbarungen getroffen. Wir haben sie überzeugt, dass das der einzige Weg ist, um auch weiterhin die Anerkennung für die Landwirtschaft zu haben.

Meine Damen und Herren, beim Naturschutz in der Fläche müssen beide Seiten Vorteile haben. Sie jedoch haben die Landwirte vor den Kopf gestoßen, sodass keiner mehr bereit war, da mitzumachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU - David McAllister [CDU]: So ist es!)

Eine solche Politik haben wir nicht gemacht und werden wir auch nicht machen.

Meine Damen und Herren, Küstenschutz ist eine Daueraufgabe. Die Landesregierung bzw. die Regierungsfraktionen haben die Mittel für das nächste Jahr erhöht.

(David McAllister [CDU]: Das haben wir gerne gemacht!)

Jetzt ist es noch wichtig, dass wir insbesondere den Stahl bekommen, um einige Engpässe beseitigen zu können. Die Daueraufgabe Küstenschutz nehmen wir ernst.

In der Zukunft kommt eine weitere wichtige Aufgabe hinzu: der Hochwasserschutz im Binnenland. Dieser Aufgabe müssen wir uns nach den Hochwassern im letzten Jahr stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode einen Plan aufstellen.

(Elke Müller [SPD]: Sie werden überhaupt nichts machen!)

Wir haben also den Hochwasserschutz und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf der Agenda.

(Rolf Meyer [SPD]: Da sind wir mal gespannt!)

Mein Vorgänger hat mir ja einiges vor die Füße gekippt. Er war nicht in der Lage, die EU-Richtlinien umzusetzen, ob die FFH- oder die Vogelschutzrichtlinie.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben das immer wieder kritisiert. Nun hat Herr Jüttner das zumindest in dem Sinne anerkannt, dass er sich fragt, was diese Landesregierung und dieser Umweltminister eigentlich anders macht als er. Er ist selbst zu dem Ergebnis gekommen: Dieser Umweltminister spricht mit den Menschen. Er nimmt sie mit, und er überzeugt sie. Er weiß, dass er es nur auf diesem Wege machen kann.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Lachen bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, das ist das Erfolgsrezept dieser Landesregierung: mit den Menschen zu sprechen und sie zu motivieren, mitzumachen. So werden wir auch in Zukunft verfahren.

Meine Damen und Herren, dass die kommunale Selbstverwaltung für uns ein ganz wichtiger Punkt ist, haben wir bei der Umsetzung der Verwaltungsreform bewiesen.

(Rolf Meyer [SPD]: Onkel Sanders Märchenstunde!)

Wir haben den Kommunen eine Reihe von Aufgaben übertragen, Herr Kollege Haase. Wobei ich

eine Sache bei Ihnen nicht verstanden habe: Sie haben immer von dem Programm der SPD gesprochen. Mit wem Sie das umsetzen wollen, haben Sie allerdings nicht gesagt. Sie selbst werden es ja nicht sein, das weiß ich ja, und daher bin ich ganz beruhigt. Aber wer es unter Umständen machen soll, haben wir nicht erfahren. Aber das ist ja auch nicht nötig, weil es dazu nicht kommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in der nächsten Legislaturperiode viel im Bereich von Eingriffsregelungen zu tun. Wir haben bei der Werraversalzung etwas zu tun. Alle diese Aufgaben im Umweltschutz können wir nur lösen, weil wir auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Das werden die Wähler am 27. Januar auch entsprechend honorieren. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Rolf Meyer [SPD]: Wer's glaubt, wird selig!)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Haushaltsschwerpunkt

# Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die erste Wortmeldung habe ich vom Abgeordneten Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekommen.

### Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landwirtschaft geht es so gut, wie selten zuvor. Ihre Erzeugnisse werden nachgefragt. Die Erzeugerpreise steigen. Immer häufiger können nicht nur existenz- sondern auch investitionssichernde Einkommen erzielt werden.

Insofern könnten wir es heute ganz kurz machen, wenn es denn nicht so wäre, dass diese Landesregierung und die Landwirte selbst - ich schränke ein: vor allen Dingen ihre führenden Funktionäre offensichtlich alles tun möchten, damit sich dieser glückliche Zustand möglichst schnell ändert. Über das, was man in den letzten Wochen auf den Landwirtschaftsversammlungen hörte, kann man nur mit dem Kopf schütteln. Jeder weiß, dass die gute Entwicklung auf die Angleichung von Angebot

und Nachfrage zurückzuführen ist. Trotzdem wird jetzt der gnadenlosen Intensivierung das Wort geredet. Für Natur- und Artenschutz ist kein Platz mehr. Die Flächen werden für die Produktion gebraucht. Wer interessiert sich schon für Blumen und Schmetterlinge? Abgetorfte Moorflächen sollen wieder landschaftlich genutzt werden. Wen interessiert, dass die landwirtschaftliche Nutzung von Moorflächen weltweit und auch bei uns zu den größten Klimakillern gehört?

Alle Intensivierungsmöglichkeiten sollen genutzt werden. Das bedeutet auch wieder eine Düngung bis zum Anschlag, statt den noch bestehenden Stickstoffüberschuss weiter zu reduzieren. Wen interessiert es schon, dass das dabei entstehende Lachgas besonders klimaschädlich ist? Natürlich soll auch die Agrogentechnik auf breiter Front gefördert werden. Wen interessiert, dass 80 % der Verbraucher das Ganze ablehnen und die Risiken unbeherrschbar sind?

Ein weiteres Lieblingsthema der Funktionäre: Die Milchquote muss weg. Wir brauchen keine Mengenbegrenzungen mehr. Die in den letzten Jahren neu gebauten Boxenlaufställe haben enorme Aufstockungsreserven. Wen interessiert schon das Schicksal der landschaftsprägenden kleinen Milchviehbetriebe in den Gebirgs- und Mittelgebirgsregionen?

Meine Damen und Herren, es mag sein, dass die neuen Intensivierer das alles nicht interessiert. Aber eines muss doch für die Landwirtschaft insgesamt von Interesse sein, nämlich dass diese Intensivierungsstrategie vor allen Dingen einen durchgängigen Effekt hat: Sie erhöht massiv das Angebot auf der Erzeugerseite. - Ich muss Ihnen die Marktgleichung doch nicht noch einmal erklären. Das führt selbstverständlich dazu, dass die Preise wieder sinken. So bleibt natürlich alles schön beim Alten, wie es diese Landesregierung offensichtlich auch möchte.

(Zuruf von Clemens Große Macke [CDU])

Das Geld soll nicht *in* der Landwirtschaft verdient werden, sondern *an* der Landwirtschaft, Herr Kollege. Dem wollen wir mit unseren Haushaltsvorschlägen entgegenwirken.

Der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums hat mit einem Anteil von rund 2 % am Gesamthaushalt natürlich nur eine relativ bescheidene Gestaltungsmasse. Umso schlimmer ist es aber doch, wenn diese Möglichkeiten für die Besitzstandswahrung und Bedienung der Klientel eingesetzt werden, statt neue zukünftige Akzente zu setzen.

Aus Zeitgründen will ich es mir ersparen, Ihnen noch einmal Ihre Fehler im Biolandbau, in der Agrogentechnik, beim Verbraucherschutz oder bei der Förderung des ländlichen Raumes vorzuhalten. Ich will Ihnen nur eines sagen: Ein Landwirtschaftsministerium, das so schlecht arbeitet, brauchen wir nicht. Ich schlage vor, wir schaffen die so genannte moderne, die konventionelle Landwirtschaft ins Wirtschaftsministerium und fassen die raumbedeutsamen Funktionen mit dem Umweltministerium zusammen. Dann haben wir eine vernünftige Lösung. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Große Macke das Wort.

## Clemens Große Macke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war interessant, dass Herr Kollege Klein überhaupt nicht auf seine Haushaltsvorschläge aus dem Änderungsantrag eingegangen ist. Sie müssen wohl so schlecht gewesen sein, dass er das vermieden hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe meinem Kollegen Recht, wenn er sagt, der ländliche Raum hat Zukunft. In der Tat gibt es viel Positives. Der Konjunkturklimaindex in der Landwirtschaft ist gut. Die Geiz-ist-geil-Mentalität scheint gebrochen zu sein. Das tut uns Landwirten gut. Unternehmerforum, Ökoforum, Milchforum: Wenn man bis zum Schluss bleibt, Herr Kollege Klein; lässt sich die Zufriedenheit und die Aufbruchstimmung wahrhaft fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass das nicht für alle Betriebszweige gilt. Ich weiß sehr wohl um die Probleme der Veredelungsbetriebe, vor allen Dingen um die der Sauenhalter. Sie fahren nicht selten Monat für Monat Verluste im fünfstelligen Bereich ein. Dies gilt auch für viele Betreiber von Biogasanlagen, deren Rentabilität sich nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung am Pachtmarkt und am Getreidemarkt dramatisch verschlechtert hat.

Andere Märkte funktionieren: Getreide ist knapp, Milch ist wieder etwas wert. Der Ökobetrieb hat einen um etwa 33 % höheren Gewinn als sein konventionell wirtschaftender Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ihnen nun vorliegende Haushaltsentwurf 2008 wird wie die vergangenen Haushalte zur positiven Entwicklung beitragen. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden weiterhin konsequent die Belange des ländlichen Raumes vertreten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auf einige Punkte möchte ich noch eingehen:

Erstens. Alle aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" möglichen Zuweisungen des Bundes können und werden gebunden werden.

Zweitens. 23 neue Verfahren im Flurbereinigungsprogramm sichern notwendige Strukturanpassungen und Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft und setzen auch durch den ländlichen Wegeausbau im ländlichen Tourismus neue Impulse.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. 73 neue Dorfentwicklungsverfahren lösen hohe Investitionen im ländlichen Raum aus.

Viertens. LEADER und ILEK sind eine Erfolgsgeschichte. Danke an das Ministerium. Das Vertrauen, das die Regierung und die Fraktionen von CDU und FDP in die Schaffenskraft der Menschen setzen, wird hundertfach belohnt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Fünftens. Das einzelbetriebliche Managementsystem - kurz: EMS - wird um das Segment Energieeffizienz erweitert. Landwirtschaft trägt nicht nur zur Erzeugung regenerativer Energien bei, sondern nimmt auch die Verantwortung zur Verringerung des Energieverbrauchs an.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass die SPD gestern den Antrag zur Energieeffizienz ablehnt, nun aber 500 000 Euro für solche Maßnahmen einstellen will.

Sie sehen, es ist wie immer, liebe Kolleginnen und Kollegen: CDU und FDP sind besser. Wir machen die Vorschläge, und die Opposition weiß in der Märchenstunde des Kollegen Meyer nicht, wovon sie spricht.

(Beifall bei der CDU - Ursula Körtner [CDU]: Und sie wissen nicht, was sie tun! - Bernd Althusmann [CDU]: Das war noch nie so!)

- Aber das ist keine neue Erkenntnis.

Ein besonders wichtiges Thema ist der Verbraucherschutz. Das LAVES wird nach unserem Dafürhalten weiter gestärkt. Der Landeszuschuss beträgt mittlerweile rund 41 Millionen Euro.

(Rolf Meyer [SPD]: Das war aber unsere Erfindung!)

Ich bin davon überzeugt, dass sich die dort erfolgte Personalstärkung positiv auf den Verbraucherschutz auswirken wird.

Sechstens. Das von Niedersachsen entwickelte und bereits eingeführte gemeinsame Verbraucherschutzinformationssystem Niedersachsen - kurz: GeViN - wird unter niedersächsischer Führung zu einem bundesweit einzusetzenden Datenprogramm weiterentwickelt.

Siebtens. Die Anstalt Niedersächsische Landesforsten schreibt eine Erfolgsgeschichte. Wir schaffen das, was SPD und Grüne nie schafften. Erstmals seit 45 Jahren wird wieder ein Gewinn ausgewiesen. Ich verspreche Ihnen, wir werden den Waldbesitzern weiterhin ein verlässlicher Partner sein, wie wir es schon 2007 bewiesen haben. Das ist Leistung. Das ist eine konsequente Politik für den ländlichen Raum, eben CDU-Politik.

Achtens. Ich komme zum viel angesprochenen und oft zitierten Ökolandbau. Er wird von uns im Jahr 2008 mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 300 000 Euro bedient. Die Grünen fordern 450 000 Euro, die SPD gar 500 000 Euro. Unser Ansatz ist bedarfsgerecht. Liebe Opposition, Ihre Vorschläge gehen in die Richtung "darf es ein bisschen mehr sein?". Von Fachwissen und strategischer Ausrichtung keine Spur.

(Beifall bei der CDU)

Neuntens. Das DIL, das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik in Quakenbrück, wird für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, für den Abbau des Investitionsstaus und für die bedarfsgerechte Durchführung von Forschungsaktivitäten 2,2 Millionen Euro erhalten. Das ist eine lohnende Investition in Forschung und Entwicklung. Weitere 2,3 Millionen Euro sind durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden.

Meine Damen und Herren, viele Aufgaben bleiben. Die Aufnahme von Grundelementen des ökologischen Landbaus in den Ausbildungsrahmenplan halte ich ebenso wie die Anerkennung der Umstellung von konventioneller zu ökologischer Bewirtschaftung als Kompensationsmaßnahme für überlegenswert.

Die Potenziale, die Aquakultur und Fischereiwirtschaft bieten, werden konsequent weiter genutzt. Gleiches gilt für die Weiterführung der Maßnahmen im Segment ländlicher Tourismus. Wir werden uns weiterhin für die Reduzierung des Flächenverbrauchs wie auch für eine qualitative Weiterentwicklung im Naturschutz einsetzen. CDU und FDP werden den Ausstieg aus der Milchquote sozialverträglich begleiten. Wir werden unsere Dörfer und Städte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels entwickeln. Wir werden auch den angekündigten Health Check der EU überleben - und vor allen Dingen: Wir werden die Wahl gewinnen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ha, ha! Wer's glaubt, wird selig!)

- Ich wette mit Ihnen. - Meine Damen und Herren, die SPD hat bis auf marginale Änderungen keine eigenen Vorschläge eingebracht. Ich freue mich, dass die Grünen unserer Argumentation überwiegend gefolgt sind. Es gibt nur eine Ausnahme: Die Mittel für die integrierte ländliche Entwicklung um sage und schreibe 12,3 Millionen Euro zu kürzen und diese für ökologische Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen auszugeben, ist grotesk.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein lieber Herr Kollege Klein, wenn Sie uns gestern das Verteilen von Wahlgeschenken vorgeworfen haben, dann sind Sie, lieber Kollege, Nikolaus, Weihnachtsmann und Osterhase zugleich - ohne den Betroffenen zu nahe treten zu wollen. Herr Kollege Klein, Sie kicken damit - das wissen Sie-Dörfer aus den Dorfentwicklungsprogrammen. Sie gefährden damit viele Arbeitsplätze gerade im heimischen Handwerk. Sie verhindern Zukunftsstrukturen, die durch die Flurbereinigung entstehen würden. Sie stoppen Mittel für landwirtschaftliche Investitionen und verhindern den ländlichen Wegebau. Ich sage Ihnen: Ohne uns!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen zum Schluss einen zugegebenermaßen nicht ganz

ernst gemeinten Unterschied darlegen. Beide, nämlich CDU und FDP auf der einen Seite und die Grünen auf der anderen Seite, möchten 600 000 Euro Eigenmittel für die Anstalt Niedersächsischer Landesforsten einstellen, da im Jahre 2008 diese zu tätigende Investition letztmalig mit einem Zuschuss von 80 % aus EU-Mitteln gefördert werden kann. Aber CDU und FDP möchten ein Waldbrand meldesystem. Die Grünen wollen ein Waldbrandsystem. Wir - das ist der Unterschied - verhindern Brände. Sie legen welche, lieber Kollege, zumindest dann, wenn Sie diesen kleinen Fehler nicht redaktionell verbessern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 09 ist ausgewogen, er ist innovativ und geht mit Steuergeldern sparsam um. Stimmen Sie diesem Haushalt zu - es ist besser für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Die Rede des Abgeordneten Große Macke hat zu zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen geführt, eine aufseiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vom Abgeordneten Klein - und eine auf der Seite der SPD-Fraktion - vom Abgeordneten Meyer.

Ich nutze die Zeit, bis Herr Klein hier am Rednerpult ist, und mache Sie auf Folgendes aufmerksam: Die Fraktionen sind übereingekommen, dass morgen über die Tagesordnungspunkte 32, 33 und 36 ohne Aussprache abgestimmt wird.

(Ministerpräsident Christian Wulff: Welche Themen sind das?)

- Herr Ministerpräsident, Tagesordnungspunkt 32 ist der Antrag "Gentechnikrecht: Verbessern - nicht verwässern!", Tagesordnungspunkt 33 ist der Antrag "Fachkräftemängel bekämpfen und Hochschulen für Berufstätige öffnen!" und der Tagesordnungspunkt 36 betrifft den Antrag "Medienkompetenznetzwerk auf- und ausbauen".

(Ministerpräsident Christian Wulff: Danke schön!)

Herr Klein, Sie haben das Wort.

# Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Kollege, ich will versuchen, zwei der Punkte, die Sie genannt haben, kurz anzusprechen. Zum einen kann ich durchaus nachvollziehen, dass sich im Bereich Verbraucherschutz im Landwirtschaftsministerium einiges getan hat. Bei der Ertüchtigung des staatlichen Kontrollapparates - das haben Sie eben gelinde verschwiegen - hat sich aber doch gezeigt, dass der übrige Verbraucherschutz arg unter die Räder gekommen ist. Da sieht es sehr schlecht aus. Die Niedersächsische Verbraucherzentrale wird weiterhin tot gespart. Zum wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutz meldet Niedersachsen: Fehlanzeige. Im gesundheitlichen Verbraucherschutz ist der Ansatz auch nach wie vor unzureichend und ohne Konzept. Dabei will ich nichts gegen die Qualität der Arbeit der Landfrauen sagen, aber wenn es nur darauf ausgerichtet ist, dann ist das etwas zu dünn. Von Verbraucherinformation hat in diesem Lande offenbar noch nie jemand etwas gehört.

Wenn Sie hier die 12 Millionen Euro ansprechen, die wir verschieben möchten, und das so abtun, dann muss ich Ihnen sagen: Sie müssen sich in den Haushalt einmal richtig einarbeiten. Dann werden Sie sehen, dass Sie im biologischen Landbau nicht Ihre 300 000 Euro unseren 450 000 Euro entgegenstellen können. Vielmehr verbirgt sich die Förderung des biologischen Landbaus genau in diesen 12 Millionen Euro. Diese 12 Millionen Euro bedeuten nämlich, dass wir von Bau und Beton hin zu Wissen und Kreativität umschichten, dass wir von der Arbeitsplätze zerstörenden Agrogentechnik hin zum Arbeitsplätze schaffenden Biolandbau gehen, dass wir vom schöneren Dorf zum klügeren Dorf gehen,

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

dass wir statt der Produktion von Mitnahmeeffekten und Gießkannenförderungen - - -

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Klein, Ihre Redezeit ist leider vorbei.

### Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

--- vieles andere machen, was ich jetzt nicht mehr ausführen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Meyer!

# Rolf Meyer (SPD):

Ich möchte nur einen Aspekt ansprechen, weil das Stichwort Landesforsten eben nur sehr kurz vorkam. In Wolfenbüttel ist abgefeiert worden, dass die schwarze Null vermeintlich erreicht worden ist.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Waren Sie da?)

- Ja, lieber Kollege, ich war da, im Unterschied zu manchen anderen hier. - Die schwarze Null ist erreicht worden, weil man ein Viertel des Personals herausgekegelt hat und weil man Glück gehabt hat, dass der Nachfrageboom bei Holz dazu geführt hat, dass man beim Holz enorme Preissteigerungen erzielen konnte. Ob sich das in Zukunft so hält, wissen wir alle noch gar nicht. Es gibt Indizien dafür, dass mindestens bei einigen Baumarten der Hiebsatz so weit gesteigert worden ist, dass die Nachhaltigkeit beeinträchtigt ist.

Die Tatsache, dass Sie z. B. keinen Entwurf zum Waldgesetz eingebracht haben und auch an LÖWE herumdoktern wollen, lässt eigentlich ziemlich Übles befürchten.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Große Macke möchte antworten.

### Clemens Große Macke (CDU):

Ich bin positiv überrascht, dass der Kollege Meyer zumindest die schwarze Null nicht bestreitet. Eines sage ich Ihnen: So pessimistisch gehen wir nicht an die Zukunft heran. Die Aussichten, die Fundamente, die von uns gelegt worden sind, sind gut. Sie werden überrascht sein, was in den nächsten Jahren auf dem Holzmarkt, bei den Landesforsten weiterhin passieren wird.

(Beifall bei der CDU)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Stief-Kreihe das Wort.

### Karin Stief-Kreihe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Landwirtschaftsministerium hat zu Beginn dieser Legislaturperiode, also vor fünf Jahren, bewusst den Namen des Hauses durch Hinzufügung des Bereichs "ländlicher Raum" geändert und die Worte "ländlichen Raum" an die erste Stelle gesetzt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Eine kluge Entscheidung!)

- Kluge Entscheidung! Ich würde sie auch sehr begrüßen, Herr Hilbers, aber eine Namensänderung sagt erst einmal gar nichts aus. Sie hat lediglich Symbolcharakter. - Nach nunmehr fast fünf Jahren müssen wir leider feststellen, dass für den ländlichen Raum auch nicht mehr als ein Symbol übergekommen ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Jan-Christoph Oetjen [FDP])

Das zeigt sich, Herr Oetjen, an dem neuen Förderprogramm PROFIL. Niedersachsen ist in der profitablen Lage, mehr EU-Mittel zu erhalten; im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern, die starke Einbußen hinnehmen mussten. Die Chancen, die sich daraus für Niedersachsen ergeben, gerade auch im Hinblick auf eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes, wurden allerdings nicht genutzt. Der Schwerpunkt der Landesregierung liegt nach wie vor - Herr Clemens Große Macke hat das eben noch einmal bestätigt - bei der Agrarinvestitionsförderung, d. h. im traditionellen Bereich der konventionellen Landwirtschaft.

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung liefert auch die entsprechenden Zahlen. Die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes werden in den nächsten Jahren kontinuierlich gekürzt. Die Mittel für die Agrarinvestitionsförderung werden von 2007 bis 2009 um 25 % aufgestockt. Wir haben bereits bei der Vorstellung des neuen Förderprogramms durch entsprechende Anträge deutlich gemacht, dass die Schwerpunktsetzungen der Landesregierung falsch sind, gerade hinsichtlich der auf uns zukommenden Veränderungen, sei es bei den Agrarumweltmaßnahmen oder bei den zu erwartenden Veränderungen und Anforderungen in unseren ländlichen Regionen.

Meine Damen und Herren, gerade unsere ländlichen Regionen stehen vor gravierenden Veränderungen und Herausforderungen. Eine Hauptursache sind - auch darauf hat Herr Clemens Große Macke hingewiesen - die demografischen Veränderungen und die damit verbundenen besonderen Herausforderungen bei der zukünftigen Sicherung der Daseinsvorsorge, der Grund- und Nahversorgung. Auf die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum einschließlich der Arbeitsplätze, und zwar in allen Bereichen, nicht nur in der Landwirtschaft, und auf die Sicherung der Mobilität sind Sie nur unzureichend eingegangen. Dazu bedarf es flankierender finanzieller Unterstützung des Landes. Dem wird das Programm PROFIL nicht gerecht. Dem wird auch die neue Landesraumordnung in keinster Weise gerecht.

Politik für den ländlichen Raum ist - viel wird davon gesprochen, aber wenig danach gehandelt - eine Querschnittsaufgabe und erfordert die Zusammenarbeit der verschiedensten Ressorts. Der sogenannte interministerielle Arbeitskreis ist aber wohl irgendwie eingeschlafen. In der Vergangenheit hörten wir, dass dort manches Mal das eine oder andere Ressort ausgezogen ist. Von guter Zusammenarbeit war da, jedenfalls von außen betrachtet, nichts zu spüren.

Ein durchaus richtiger Ansatz - auch das will ich sagen - sind die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Die hast du doch gerade schlechtgemacht!)

und die LEADER-Programme. Aber Konzepte allein reichen nicht aus. Sie müssen auch umgesetzt werden.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Ja sicher!)

Da fehlt es wieder an der notwendigen finanziellen Unterstützung, d. h. an der Schwerpunktsetzung der einzelnen Programmachsen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Ehlen, Sie freuen sich über die gute Beteiligung der Menschen in den Regionen. Das ist auch gut. Aber diese notwendige Mitarbeit hält nur an, wenn die Menschen sehen, dass ihre Arbeit nicht für den Papierkorb war, sondern wenn die erarbeiteten Projekte und Maßnahmen auch umgesetzt werden können. Wir haben die ersten fertigen Konzepte. Die Menschen in den Regionen warten auf die finanzielle Unterstützung, um ihre Projekte umsetzen zu können.

(Zuruf von der CDU: Das wird ja abgearbeitet!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich geht es auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft zu stärken. Das gilt aber für die konventionelle *und* für die ökologische Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Frau Klopp, Sie sagen das, tun das aber nicht. Sie behaupten - das steht auch in Ihrem Wahlprogramm -: Beide Bereiche stehen - das ist, glaube ich, fast wörtlich - gleichberechtigt nebeneinander. - Das steht auf dem Papier. Danach handeln tun Sie nicht.

### (Beifall bei der SPD)

Es ist ja schon erfreulich - ich kann mir auch schon denken, aufgrund wessen Intervention das zustande gekommen ist -, dass der Bereich ökologischer Landbau auch von den Fraktionen der CDU und der FDP aufgestockt worden ist. Das hätte ich - das gebe ich ehrlich zu - zumindest von der CDU nicht erwartet.

(Zuruf von der CDU: Da kannst du mal sehen!)

Bei der Einbringung des Haushalts hat der Minister dem Ökolandbau nicht ein einziges Wort gewidmet. Der kam in der Haushaltsrede überhaupt nicht vor. Das gibt den Stellenwert des Ökolandbaus bei dieser Landesregierung wieder.

Eine aktuelle Pressemitteilung des Bioland-Verbandes vom 12. Dezember lautet: "Drohender Verlust von Wertschöpfung und Umweltwirkung". Einem wachsenden Biomarkt steht zunehmende Rohstoffknappheit gegenüber, die zu einem erheblichen Verlust von Wertschöpfung in Niedersachsen führt. Die Zahl der registrierten Importeure steigt rasant, der Zuwachs ökologisch bewirtschafteter Flächen stagniert. Hauptgrund ist - darin sind sich Produzenten, Verarbeiter und Handel einig; nur der Landwirtschaftsminister bleibt beratungsresistent - die mangelnde - auch finanzielle - Unterstützung in der Umstellungsphase.

### (Beifall bei der SPD)

Statt den Ökolandbau zu stärken, haben Sie in den vergangenen Jahren ständig die Mittel gekürzt. Aus diesem Grund wollen wir zusätzliche Mittel für Beratung, Information, Anwerbung und Unterstüt-

zung umstellungswilliger Betriebe bereitstellen. Die Notwendigkeit der Umstellungsprämie bleibt nach wie vor auf der Tagesordnung; das gehört zur Umschichtung der Förderschwerpunkte.

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Oetjen?

#### Karin Stief-Kreihe (SPD):

Nein. Wir können das nachher machen. - Zum Biolandbau gehören auch die positiven Auswirkungen auf die Umwelt. Damit bin auch ich beim Klimaschutz.

Auch die Landwirtschaft steht in der Pflicht, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, ihren Beitrag zur Vermeidung und Reduzierung von Klimabelastungen. Es geht nicht allein um Anpassungsstrategien. Wenn es um den Beitrag der Landwirtschaft geht, sagt das Landwirtschaftsministerium immer: Wir bauen Biogasanlagen. - Wenn das der Beitrag zum Klimaschutz sein soll, ist das etwas dürftig. Wir müssen zum Beispiel auch über die Reduktion von Emissionen aus der Düngung und aus der Viehhaltung nachdenken.

#### (Beifall bei der SPD)

Bei der Konferenz, die das ML kürzlich durchgeführt hat, ging es lediglich um Anpassungsstrategien. Das heißt, Sie beginnen mit dem zweiten Schritt und nicht mit dem ersten. Befremdlich war schon, dass als eine Anpassungsstrategie gleich wieder der Einsatz von Gentechnik ins Spiel gebracht wurde. Ich weiß nicht, werte Abgeordnete der CDU, ob Ihnen der Ministerpräsident schon das Schreiben des Bündnisses für gentechnikfreie Landwirtschaft zugeleitet hat. Es gab ja eine Abfrage bei allen Abgeordneten hier im Parlament. Das Ergebnis ist, dass die CDU nicht gerade sehr gut aussah - von der FDP weiß ich es nicht -; nur 14 Abgeordnete haben überhaupt geantwortet. Das war freundlich ausgedrückt; in dem Brief haben Sie im wahrsten Sinne des Wortes eine Backpfeife erhalten.

#### (Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen erst einmal Maßnahmen auf den Weg bringen, die zum Klimaschutz beitragen. Dazu haben wir ebenfalls Mittel eingestellt, gerade für die Landwirtschaft. Im Übrigen wurde bei der Konferenz deutlich - von der

CDU war ja bloß keiner da -, dass gerade im Bereich Landwirtschaft Daten und Analysen für Niedersachsen fehlen.

Herr Clemens Große Macke, zum Thema Energieeffizienz in landwirtschaftlichen Betrieben und zu Ihrem Antrag von gestern:

(Clemens Große Macke [CDU]: Herr Meyer hat nicht verstanden!)

Auch in Niedersachsen gibt es bei dem Thema nicht alles zum Nulltarif. Genau so sah aber Ihr Antrag aus. Sie wollen das über die Managementsysteme machen.

(Clemens Große Macke [CDU]: Genau!)

Sie brauchen dafür aber fachlich qualifizierte Energieberater,

(Clemens Große Macke [CDU]: Genau!)

und die sind in den Beratungsstellen nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

(Clemens Große Macke [CDU]: Was ist ausreichend?)

Wir haben die Debatte auch im Bereich der Gebäudesanierung. Es kann eben nicht jeder Energieberatung durchführen. Das heißt, wenn Sie es ehrlich meinen, müssen Sie Geld dafür zur Verfügung stellen.

Kommen wir zum letzten Teil im Namen des Ministeriums, nämlich zum Verbraucherschutz. Der Kollege Klein hat eben bei seiner Kurzintervention schon darauf hingewiesen: Irreführend ist der Name insofern, als sich die Zuständigkeit des ML nur auf die Bereiche Lebensmittelsicherheit und Ernährung bezieht. Die institutionelle Förderung liegt beim Wirtschaftsministerium, verschiedene Projekte gibt es in anderen Ministerien. Es fehlt eine Verzahnung, eine konstruktive Zusammenarbeit. Jeder macht ein bisschen - oder gar nichts. Umfassender, ganzheitlicher Verbraucherschutz findet in Niedersachsen nicht statt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Wenn ich die fünf Jahre Revue passieren lasse: Herr Hirche, das Wirtschaftsministerium hat sich überhaupt nicht mit Verbraucherschutz beschäftigt, mit einer Ausnahme - bei jedem Haushalt wurden die Mittel gekürzt, was letztendlich dazu geführt hat, dass wir keine flächendeckenden Beratungsstrukturen mehr haben. Das geht wieder gerade zulasten der Menschen im ländlichen Raum.

(Clemens Große Macke [CDU]: Wir haben eine flächendeckende Beratungsstruktur!)

Ich bin froh - das sage ich zum Schluss zum Thema Verbraucherschutz -, dass wir Sozialdemokraten das Landesamt für Verbraucherschutz aufgebaut haben. Es geht aber auch darum, zukünftig die Kompetenzen des LAVES stärker zu nutzen, die Eigenständigkeit zu fördern - Maulkorberlasse zwischendurch tun nicht gerade gut - und es der Öffentlichkeit stärker zur Verbraucherinformation zur Verfügung zu stellen. Beim Landwirtschaftsministerium hat man den Eindruck, dass es beim Thema Verbraucherschutz nur reagiert, aber nicht agiert. Das Thema spielt nur dann eine Rolle, wenn es wieder einmal einen Lebensmittelskandal gibt oder EU-Vorgaben - dazu gehört das vorhin angesprochene GeViN, das Informationssystem umgesetzt werden müssen. Verbraucheraufklärung und Verbraucherinformation sehen anders aus. Es erfolgten z. B. keine Verstärkungen der Kontrollen in den Landkreisen, und es fehlen entsprechende Vorgaben oder Überprüfungen der Landkreisaktivitäten durch das Land.

Meine Damen und Herren, Herr Minister Ehlen hat sich in den vergangenen Jahren nicht gerade durch besonders zukunftsfähige und innovationsfreudige Projekte oder neue Akzente ausgezeichnet. Das spiegelt dieser Haushalt wider. Es wird Zeit, dass sich das ändert. Nach fünf Jahren muss man feststellen, dass das nur mit Sozialdemokraten der Fall sein wird.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei CDU und FDP - Hans-Werner Schwarz [FDP]: Jetzt schmunzelt sie aber!)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oetjen das Wort.

# Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da lachen ja die Hühner, habe ich gerade gehört. Wenn dem so wäre, Frau Kollegin Stief-Kreihe, warum steht dann in Ihrem 100-Tage-Sofortprogramm nichts zum Thema Landwirtschaft? Das ist Ihre Positionierung zur niedersächsischen Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Karin Stief-Kreihe [SPD]: Was steht denn bei der CDU drin?)

Meine Damen und Herren, der deutschen Landwirtschaft geht es gut. Insbesondere der boomende Weltmarkt trägt seine Früchte in der Agrarbranche. Wir wissen, dass der Markt im Schweinebereich ein bisschen hinterherhängt, aber er wird noch aufholen. Wesentliche Faktoren für diese Entwicklung sind die Flächenknappheit und damit die Rohstoffknappheit aufgrund weltweit wachsender Anforderungen im Bereich der Bioenergie sowie die steigende Nachfrage auf den internationalen Märkten wie beispielsweise in China. Wir haben nun endlich das Abkommen getroffen, dass wir im Schweinebereich auch in Richtung China exportieren können. Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt, auch wenn es lange gedauert hat, bis er getan werden konnte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Europäische Kommission legt derweil einen Gesundheitscheck der EU-Agrarpolitik vor, der in vielen Bereichen in die richtige Richtung geht; das sage ich sehr deutlich. Es geht um die Abschaffung der Milchquote, was CDU und FDP schon sehr lange fordern. Es geht um Vereinfachungen im Prämiensystem und einen damit hoffentlich einhergehenden Bürokratieabbau. Es geht um Veränderungen im Bereich der Flächenstilllegungen. Für die FDP ist dabei insbesondere wichtig, dass wir die Agrarpolitik noch stärker als bisher marktwirtschaftlich ausrichten. Das ist der Weg, den wir beschreiten wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig! Landwirte sind Unternehmer!)

Ein Ziel, Herr Kollege Klein, das wir für die Zukunft haben, ist klar: Wir wollen, dass die Landwirtschaft in der Zukunft ohne Ausgleichszahlungen auskommt, lehnen allerdings Kürzungen vor 2013 ab. Dann kann man degressiv staffeln. Landwirte sollen ihr Geld am Markt verdienen und nicht mehr von der Politik abhängig sein, meine Damen und Herren.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Dafür müssen wir sie für den Wettbewerb fit machen. Das ist die gemeinsame Position von CDU und FDP, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich muss an der Stelle aber auch konstatieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass die Bundesregierung für diese Wettbewerbsfähigkeit gerade in der letzten Zeit nicht sehr viel macht.

(Christian Dürr [FDP]: Das stimmt!)

Dass die Erntehelferregelung, die wir alle kritisiert haben, noch einmal verlängert wurde und dass für die Betriebe keine praxisgerechte Lösung angeboten wird, ist ein Nackenschlag. Ich hoffe, dass die landwirtschaftlichen Betriebe damit klarkommen werden. Das ist ein falsches Signal der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Ja, das hat der Seehofer falsch gemacht!)

Wir müssen deutlich sagen, dass die Regelungen, die von der Bundesregierung mit der Novelle des Pflanzenschutzgesetzes auf den Weg gebracht wurden, gerade im Bereich des Obst- und Gemüseanbaus nicht tauglich sind, um vernünftig arbeiten zu können. Das ist nicht praxisgerecht. Hier geht die Bundesregierung aus meiner Sicht einen falschen Weg, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir sehen bei der Erbschaftssteuerreform, dass landwirtschaftliche Betriebe benachteiligt werden. Insgesamt, meine Damen und Herren, habe ich den Eindruck, dass Herr Seehofer nicht die optimale Besetzung ist. Wenn dort ein niedersächsischer Agrarpolitiker sitzen würde, hätten wir sicherlich ganz andere Zielsetzungen in der Agrarpolitik in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Clemens Große Macke [CDU]: Herr Oetjen zum Beispiel!)

Klar ist aber auch: Die FDP und die Niedersächsische Landesregierung setzen auf unternehmerische Landwirtschaft. Mit dem vor- und nachgelagerten Bereich ist die Landwirtschaft der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich in Niedersachsen. Deswegen ist es zentraler Punkt unserer Politik, zukunftsfähige unternehmerische Betriebe in Nie-

dersachsen zu unterstützen. Das machen wir auch im Haushalt deutlich.

Wir setzen in den EU-Förderprogrammen einen Schwerpunkt auf die einzelbetriebliche Förderung. Damit stützen wir gezielt Betriebe, die wachsen, die Zukunft haben. Das ist der richtige Weg. Dass die Grünen dagegen sind, wundert mich keinesfalls, denn sie haben ein romantisches Bild von der Landwirtschaft. Das ist in der heutigen Zeit fehlgesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage auch deutlich: Mit der Investition in das DIL in Quakenbrück setzen wir ein Zeichen dafür, dass unternehmerische Landwirtschaft in Niedersachsen ein Zuhause hat. Das ist eine wichtige Institution beispielsweise für niedersächsische Betriebe in der Lebensmittelwirtschaft. Es ist eine hervorragende Investition, die CDU und FDP vorschlagen. Das ist der richtige Weg, den wir gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die vergangenen fünf Jahre waren erfolgreich: Verlässlichkeit und Kontinuität einerseits, eigene Schwerpunkte andererseits. Wir haben den Verbraucherschutz gestärkt, indem wir ihn mit zusätzlichem Personal ausgestattet haben. Wir haben die EU-Mittel auf der einen Seite gebunden, kofinanziert und sie auf der einen Seite in die Entwicklung der Betriebe gesteckt und auf der anderen Seite in die Entwicklung unserer ländlichen Regionen - Stichwort: Dorferneuerung und Flurbereinigung - gegeben. Das, was Niedersachsen in diesem Bereich in der letzten Zeit insbesondere ausgemacht hat, sind die Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte. Es ist ein Erfolgsmodell in Niedersachsen, wie wir unseren ländlichen Raum stärken. Das ist der Weg, den wir gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

CDU und FDP in Niedersachsen machen keine Politik à la Künast, die Betriebe mit zusätzlichen Auflagen belastet.

(Rolf Meyer [SPD]: Die macht schon lange keine mehr!)

Wir setzen auf 1:1-Umsetzungen europäischer Normen. Das ist der Weg, den CDU und FDP in Niedersachsen gehen. Das ist gut für die niedersächsischen Betriebe, diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir stärken aber auch den ökologischen Landbau mit zusätzlichen 300 000 Euro, weil wir keine einseitige Politik betreiben, sondern beide Seiten der Medaille sehen. Deswegen ist es richtig, dass wir 300 000 Euro in den Ökolandbau investieren und das KÖN, das gute Arbeit macht, weiter unterstützen. Diesen Weg gehen CDU und FDP.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -Clemens Große Macke [CDU]: In Visselhövede!)

- In Visselhövede, so ist es. Für die Fraktionen von CDU und FDP möchte ich an dieser Stelle auch einen Dank an das Haus ausrichten. Lieber Herr Schickedanz, vielen Dank für die konstruktive Beratung des Agrarhaushaltes. Es war eine sehr angenehme Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es liegt ein guter Agrarhaushalt, ein guter Einzelplan 09 vor, der der niedersächsischen Landwirtschaft gerecht wird. CDU und FDP werden ihre erfolgreiche Arbeit nach dem 27. Januar fortsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, unser Markenzeichen ist eine moderne Agrarpolitik à la Hans-Heinrich Ehlen und eine kooperative Umweltpolitik à la Hans-Heinrich Sander. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Der Abgeordnete Klein hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

# Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Oetjen, ich gebe ja zu, dass ein Großteil des Booms in der Landwirtschaft mit dem Weltmarkt zu tun hat. Aber wer kein Brett vor dem Kopf hat, der muss doch Folgendes sehen: Ein Teil der Ernte, die heute eingefahren wird, ist dadurch gesät worden, dass z. B. eine Landwirtschaftsministerin Renate Künast dafür gesorgt hat, dass die Umsetzung der EU-Agrarreform so erfolgte, dass

die Landwirte heute marktorientiert erzeugen können.

(Zuruf von Clemens Große Macke [CDU])

Ein weiterer Teil des heutigen Booms ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass grüne Energiepolitik dafür gesorgt hat

(Rolf Meyer [SPD]: Rot-grüne!)

- gut, rot-grüne; ein bisschen habt auch ihr mitgemacht -, dass es neue Einkommens- und Verdienstmöglichkeiten mit der Produktion von Biomasse gibt.

Der Boom im Biolandbau ist ohne das unter grüner Landwirtschaftspolitik eingeführte Aktionsprogramm "Biolandbau" nicht denkbar, das gerade bei den Verbrauchern intensiv für diese Lebensmittel geworben hat. Insofern ist ein Teil dieses Booms, ein Teil dieser Ernte letzten Endes das, was Renate Künast gesät hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Der Abgeordnete Oetjen möchte antworten.

## Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Klein, natürlich ging die Umsetzung der Agrarreform in die richtige Richtung. Das haben wir als CDU und FDP immer konstruktiv begleitet. Dies möchte ich hier sehr deutlich sagen.

Klar ist aber auch, dass der Anteil am Erfolg der Agrarpolitik von Renate Künast derzeit gerade einmal so groß ist, wie ich hier zeige. In Wirklichkeit machen doch die wachsenden Märkte den Boom aus.

(Beifall bei der FDP)

Tatsache ist, dass wir schon seit Jahren mehr Getreide verbrauchen, als auf der Welt produziert wird. Das ist der Punkt, warum die Rohstoffpreise steigen. Dies Renate Künast anzuheften, entspricht wirklich nicht der Wahrheit. Kluge Politik ist, jetzt darauf zu setzen, diese wachsenden Märkte zu bedienen. Dies tun CDU und FDP; denn so schaffen wir Chancen für unsere Landwirtschaft. Das ist der Weg, den wir weitergehen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Bevor ich Herrn Minister Ehlen für die Landesregierung das Wort gebe, möchte ich noch eine Sache klarstellen, nämlich die Redezeiten, die die Fraktionen noch zur Verfügung haben.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Wie viel hat denn die Regierung noch?)

- Ganz ruhig! Immer der Reihe nach! - Die CDU hat noch 15:47 Minuten. Die SPD hat noch 25:36 Minuten. Die FDP hat noch 6:51 Minuten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch 11:29 Minuten. Die Landesregierung hat noch 7:16 Minuten

(Rolf Meyer [SPD]: Das reicht!)

Meine Damen und Herren, diese Zeiten sind Höchstzeiten, die nicht ausgenutzt zu werden brauchen.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja heute über den Haushalt zu diskutieren. Die Landesregierung stellt ihn auf, und das Parlament diskutiert. Eigentlich ist es der Platz, wo die Abgeordneten das Wort haben. Dies ist ja auch in den Redezeiten dargestellt.

Ich möchte ganz klar sagen, dass wir seitens unseres Hauses einen sehr guten Haushalt aufgestellt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- Am Ende klatschen; ich habe nicht so viel Zeit. - Wir haben alle Möglichkeiten ausgenutzt, um Bundes- und Europamittel zu binden. Wir haben unseren Haushalt dem Bedarf der Branche - so sage ich einmal - angepasst und unsere Einsparvorstellungen letztendlich umsetzen können.

Meine Damen und Herren, wir stellen fest - Sie haben es gehört -: In der Landwirtschaft herrscht eine gute Stimmung. Das heißt, dass die Märkte im Großen und Ganzen funktionieren. Wir freuen uns darüber, dass dies endlich einmal so ist. Da die CDU und die FDP in Niedersachsen fünf Jahre

lang an der Politik mitgewirkt haben, ist dies ein kleines Zeichen dafür, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ein bisschen macht uns traurig, dass wir im letzten Jahr zwar eine Erhöhung um 4 % - - -

(Unruhe)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick! Ihr Kollege Busemann stört Sie nämlich, oder er fühlt sich durch Ihre Rede gestört. - Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Was uns ein bisschen traurig macht, ist, dass wir in 2006/2007 zwar im Durchschnitt 4 % Gewinnsteigerung bei den landwirtschaftlichen Betrieben zu verzeichnen hatten. Aber von diesem Einkommen - dies gilt es zu bedenken, wenn man sich über Subventionen, Prämien oder Zahlungen unterhältwaren im vergangenen Jahr noch 58 % durch Übertragung, durch Prämien usw. gedeckt. Das heißt, dass wir kurz- und mittelfristig für unsere Landwirtschaft mit diesen Mitteln rechnen müssen. Denn ich gehe davon aus, dass dieser Umbruch an den Märkten wieder eine gegenläufige Tendenz bekommt. Man sollte nicht aus der Hüfte schießen, um Stimmung zu machen, indem man an Prämienkürzungen herangeht.

Die Aussage, dass sich Landwirte am Markt orientieren wollen, findet ja auch bei den Grünen Akzeptanz, lieber Kollege Klein. Sicherlich wir alle wollen, dass wir irgendwann einmal von Einkommensübertragungen freikommen und dass die Märkte das letztendlich hergeben.

Herr Kollege Klein, wir haben es in diesen fünf Jahren auch geschafft, das Gegeneinander von konventioneller Landwirtschaft und Ökolandbau zu überwinden. Dies ist auch ein Verdienst unserer Leute, die sich eingebracht haben.

Meine Damen und Herren, bei der Frage, inwieweit wir mit unserem Landeswald auf dem richtigen Weg sind, kann man ja geteilter Meinung sein. Wir stellen aber fest, dass wir im Gegensatz zu vor fünf Jahren heute 30 Millionen Euro weniger aus der

Landeskasse in die Abteilung Forst geben müssen, weil unsere Wälder betriebswirtschaftlich geführt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sollten wir an der Konsolidierung der Landesfinanzen weitermachen, damit wir die Ebenen voranbringen, auf denen wir wirtschaftlich arbeiten können.

Wir haben einen guten Haushalt auf den Weg gebracht. Darüber sollten sich auch die Fraktionen der Grünen und der SPD freuen. Wir sind an vielen Stellen deckungsgleich. Ich meine schon, dass das so passt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, den letzten Debattenschwerpunkt bildet der Bereich

# Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Tinius das Wort.

# Rosemarie Tinius (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für Europa. In der portugiesischen Hauptstadt kommen die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten zur Unterzeichnung des EU-Reformvertrages zusammen. Er konnte nach schwieriger Kompromisssuche auf der Grundlage eines unter deutscher Präsidentschaft erarbeiteten Mandats ausgearbeitet werden. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Europäische Union bis zu den nächsten Europawahlen 2009 auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion begrüßt den europäischen Reformvertrag und wünscht sich, dass er sich im europäischen Alltag zu einer lebendigen europäischen Verfassung entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin optimistisch, dass der Reformvertrag dazu beiträgt, Europa von einem Europa der Spezialisten zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass der Vertrag nicht nur von den Staats- und Regierungschefs unterschrieben, sondern möglichst rasch von allen Staaten ratifiziert wird, damit er mit Beginn der neuen Wahlperiode des EU-Parlamentes 2009 in Kraft treten kann. Hier könnte Deutschland durchaus eine Vorreiterrolle übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Reformvertrag, soll er mit Leben erfüllt werden, muss auch innerstaatliche Konsequenzen haben. Dies gilt für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Dies gilt aber auch für die Europapolitik eines jeden Bundeslandes.

(Beifall bei der SPD)

Alle Jahre wieder diskutieren wir zu dieser späten Stunde den Haushalt der Staatskanzlei, die für die Europapolitik des Landes verantwortlich ist.

Meine Damen und Herren, der Haushalt der Staatskanzlei ist enttäuschend. Er wiederholt eigentlich nur das, was wir seit Jahren von CDU und FDP kennen: von Innovation und Weiterentwicklung keine Spur.

(Beifall bei der SPD)

Er spiegelt die Ideenlosigkeit der Landesregierung in der Europapolitik wider. Der Haushalt schließt sich insofern nahtlos an das zu Jahresbeginn vorgelegte europapolitische Konzept der Landesregierung an, ein Konzept, das, kurz zusammengefasst, rückwärtsgewandt, mutlos und bürokratisch ist. Dabei liegen doch die Alternativen auf der Hand. Ich will nur einige Beispiele nennen: Niedersachsen muss deutlich stärker seine Kompetenz und Erfahrung im Umwelt- und Energiebereich in den EU-Gesetzgebungsprozess einfließen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für die Förderung regenerativer Energien, das gilt für den Bodenschutz, das gilt aber auch für die Weiterentwicklung der europäischen Automobilindustrie, die Zukunft des maritimen Sektors, die Förderung ressourceneffizienten Wirtschaftens sowie die Stärkung der Umwelttechnik.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Niedersachsen müsste mithelfen, die Entsenderichtlinien weiterzuentwickeln und die Einhaltung bei uns stärker zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein neues umfassendes niedersächsisches Tariftreuegesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge ist die notwendige Ergänzung. Doch das, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, scheuen Sie ja wie der Teufel das Weihwasser.

(Beifall bei der SPD)

Europa wird nur als soziales Europa gelingen. Die Europäische Union braucht deshalb eine glaubwürdige Antwort auch für die Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich von Jobverlust und sozialem Abstieg bedroht sehen. Auch in Niedersachsen finden sich gerade bei Arbeitern und Angestellten zunehmend Ängste vor dem Binnenmarkt und der Globalisierung.

(Unruhe)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Tinnius, einen Augenblick! - Die Theatergruppe, die sich gerade gebildet hat, kann hinausgehen. Hier folgen wir der Debatte.

(Beifall bei der SPD)

## Rosemarie Tinius (SPD):

Auf all das geben CDU und FDP keine Antwort. Die Landesregierung verneint schlichtweg die soziale Dimension Europas. Ihre schlichte Vorstellung von Europa ist die eines großen gemeinsamen Marktes. Die Landesregierung fällt damit sogar hinter das EU-Sozialmodell zurück. Es kann doch nicht sein, dass die Landesregierung die Strukturfondsgelder als Erfolg für sich reklamiert, aber ansonsten niedersächsische Interessen in Brüssel vernachlässigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen verträgt keinen europapolitischen Stillstand. Immer mehr Entscheidungen, die das Land betreffen, werden in Brüssel vorbereitet und durchgesetzt. Aber was tut diese Landesregierung? - Sie ignoriert es. Wie anders ist es zu erklären, dass nach wie vor unsere Landesvertretung in Brüssel strukturell nicht so um- und ausgebaut wird, dass sie die niedersächsischen Interessen vernünftig und erfolgreich ver-

treten kann? - Andere Bundesländer machen es uns vor. Zu tun gibt es genug.

(Norbert Böhlke [CDU]: Zum Beispiel?)

Meine Damen und Herren, immer wieder verweist die Landesregierung darauf, dass Niedersachsen im globalen Wettbewerb steht. Globales Wirtschaften darf keine Einbahnstraße sein. Deshalb muss sich das Land offensiver als bisher zu internationalen Aktivitäten bekennen.

Echten Wettbewerb kann es doch nur zwischen gleichwertigen und gleichberechtigten Partnern geben. Da bleibt, was die entwicklungspolitische Zusammenarbeit betrifft, noch viel zu tun. Konkret heißt das: eine SPD-Landesregierung wird Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe der Landesministerien etablieren. Sicherlich kann Niedersachsen keine Entwicklungshilfe in großem Stil leisten. Aber die bestehenden Möglichkeiten sollten doch ausgeschöpft werden. Warum muss der exzellente Verband der entwicklungspolitischen Initiativen Niedersachsens jährlich um seine Zuschüsse bangen, nachdem CDU und FDP sie schon 2005 massiv zusammengestrichen haben? -Wir werden diesen Zuschuss wieder auf den Stand von 2004, nämlich auf 70 000 Euro, erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern wollen wir vor dem Hintergrund des UN-Milleniumsziels "Armutsbekämpfung" eine Aufstockung der Mittel um 100 000 Euro. Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik; das sollten wir nicht vergessen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir haben im Ausschuss intensiv über Medienkompetenz diskutiert. Fraktionsübergreifend sind wir uns darin einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Gerade im Zusammenhang mit den Amokläufen in Erfurt und Emsdetten wurde viel von Medienverwahrlosung gesprochen. Der gilt es entgegenzuwirken und Medienkompetenz als Schlüsselgualifikation zu vermitteln. Die SPD-Fraktion hat bereits im Sommer ein umfangreiches Programm zur Stärkung der Medienkompetenz in den Schulen vorgeleat. Es ist nachhaltig, enthält ein ganzes Bündel an Maßnahmen und ist finanziert. Darum haben wir für 2008 1 Million Euro und weitere 1,5 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt aufgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Aufgabe darf keinen Aufschub erleiden. Hier müssen wir schnellstmöglich initiativ werden, um unseren Kindern, Eltern und Lehrern entsprechende Hilfestellung zukommen zu lassen. Wie sieht es mit den Aktivitäten der Staatskanzlei aus? - Sie erschöpfen sich demgegenüber in Pressemitteilungen und Hinweisen auf Internetlinks.

Meine Damen und Herren, dies ist nun der letzte Haushalt der Staatskanzlei in der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Er steht in der schlechten Tradition seiner Vorgänger seit 2003.

(Beifall bei der SPD)

Er ist einfallslos, beharrend und ohne Blick, geschweige denn eine Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Das war sicherlich auch der letzte Haushalt einer CDU/FDP-Landesregierung.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Hogrefe das Wort.

(Beifall bei der CDU)

## Wilhelm Hogrefe (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin vom Parlamentarischen Geschäftsführer ermahnt worden, hier nüchtern vorzutragen.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit - Heiner Bartling [SPD]: Fällt das schwer? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dem will ich auch nachkommen.

Meine Damen und Herren, zunächst zu den Fakten im Einzelplan 2: Der Etat der Staatskanzlei hat ein Volumen von lediglich 1,3 % der Gesamtausgaben des Haushalts. Dies dokumentiert den Sparwillen und die Bescheidenheit unseres Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Haushaltsansatz für die internationale Zusammenarbeit wurde verbessert. Zu den bestehenden Partnerschaften kommt auf Initiative des Ministerpräsidenten nun eine Partnerschaft mit einer Präfektur in Japan hinzu.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der Opposition, für die Entwicklungszusammenarbeit werden immerhin 167 000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Finanzhilfe für nordmedia beträgt weiterhin 1,78 Millionen Euro. Zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen sind zusätzlich 35 000 Euro eingeplant.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sehr geehrte Frau Kollegin Tinius, Sie haben eben gesagt: Heute *wird* der EU-Vertrag in Lissabon unterzeichnet. - Ich habe mir vor etwa 20 Minuten die Mühe gemacht, die ARD-Nachrichten zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

Dort wurde berichtet: Der EU-Vertrag ist unterzeichnet.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie können sich vorstellen, dass dies heute ein ganz großer Tag für den Niedersachsen Professor Hans-Gert Pöttering, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist aber ein noch größerer Tag für unsere Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

José Manuel Barroso hat vor laufenden Fernsehkameras die Verdienste der Bundeskanzlerin gewürdigt, indem er gesagt hat: Es hat eine Hängepartie von sechs Jahren gegeben, und jetzt haben wir endlich den Durchbruch. - Er hat sich dafür bei der Kanzlerin vehement bedankt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann das, was hier schon gesagt worden ist, nur bestätigen: Der Vertrag bringt mehr Handlungsfähigkeit für die EU. Er bringt mehr Transparenz. Die Grundrechtscharta ist als Wertekompass wichtig. Wichtig für uns in Niedersachsen sind die im Verfassungsprozess erzielten Fortschritte für

die Regionen und damit auch für den Niedersächsischen Landtag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Innerhalb von acht Wochen können künftig von unserem Landesparlament Einsprüche gegen Rechtsakte der EU erhoben werden, wenn diese nationale Zuständigkeiten verletzen. Umfragen zeigen längst, dass in diesem Jahr der deutschen EU-Präsidentschaft das Ansehen der europäischen Institutionen in Deutschland und sogar in Frankreich gestiegen ist. Ich glaube, in Niedersachsen ist das besonders der Fall.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen hat sich bei den Anliegen erfolgreich eingebracht, die für unser Land wichtig sind. Ministerpräsident Wulff, ein überzeugter Europäer, konnte auch als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz viel erreichen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- Liebe Freunde, ich möchte Sie bitten, den Beifall etwas zu dosieren; sonst komme ich mit der Zeit nicht hin.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ich nenne beispielhaft für diesen Einsatz der Landesregierung auf dem europäischen Parkett die Energiepolitik, Fragen des Klimaschutzes, die soziale Dimension, insbesondere im Dienstleistungsbereich, und Fragen der Agrarpolitik, insbesondere was den Zuckermarkt anbelangt.

(Zuruf von der SPD: Pferdeland!)

Angesichts der ziemlich ungerechtfertigten Kritik, die Frau Tinius hier an unserer Außenstelle in Brüssel, an der Landesvertretung in Brüssel geübt hat, müssen wir doch einmal feststellen, dass wir einen hervorragenden neuen Leiter dieser Außenstelle haben. Frau Tinius, ich hatte den Eindruck, dass Sie sich dem Charme von Herrn Freericks nicht ganz entziehen konnten, als wir dort waren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte hier aber auch noch etwas Positives über unseren stellvertretenden Ministerpräsidenten, den Wirtschaftsminister, sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die finanzielle und inhaltliche Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode ist wirklich auf einem guten Weg. Das vertiefte Vertrauensverhältnis zur EU-Kommission hat Niedersachsen zum Vorteil gereicht. Das wird auch nachhaltig sein. Die niedersächsischen Programme sind von der Kommission wiederholt gelobt worden, u. a. bei unserem Besuch in Brüssel im Oktober dieses Jahres. Die Opposition war ja dabei. Ich möchte nur beispielhaft erwähnen, dass in Niedersachsen zum ersten Mal alle Regionen gefördert werden. Zum heutigen Zeitpunkt liegen bei der NBank für den Bereich EFRE und ESF - das ist der Bereich des Wirtschaftsministeriums - weit über 1 700 Förderanträge vor. Mir ist berichtet worden, dass 70 davon bereits bewilligt sind und dass in über 300 Fällen ein vorzeitiger Baubeginn genehmigt worden ist. Das ist ein großer Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen auch das Landwirtschaftsministerium nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bereits vor drei Wochen hat Minister Hans-Heinrich Ehlen über 80 Millionen Euro den Bewilligungsstellen im Lande zugewiesen.

Ich möchte auch noch auf das Sozialministerium zu sprechen kommen. Dort ist ein hervorragendes Programm für den Städtebau entwickelt worden. Vielen Dank, Frau Ministerin Ross-Luttmann!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dass es bereits sechsfach überzeichnet ist, zeigt doch, wie groß das Interesse ist und wie sehr man auf ein solches Programm gewartet hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich habe hier beim letzten Mal schon davon gesprochen, wie erfolgreich die meisten Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen Programme für die kleinen und mittleren Unternehmen entwickeln. Ich habe einmal überschlagen, was dies allein an Arbeitsplätzen im nächsten Jahr sichern und neu schaffen könnte. Ich bin dabei auf zwischen 4 000 und 5 000 Arbeitsplätze gekommen, die allein durch diese Programme für kleine und mittlere Unternehmen gesichert bzw. geschaffen werden könnten. Uns wurde in Brüssel ja auch

schon gesagt, dass diese Programme hochinnovativ seien. Hier ist Niedersachsen Vorreiter in der gesamten EU.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ministerpräsident Christian Wulff hat in diesem Jahr wieder zahlreiche Auslandsbesuche gemacht und dabei vehement niedersächsische Interessen vertreten. Der Oppositionsführer dagegen war offenbar nur einmal in Brüssel.

(Zuruf von der CDU: Was?)

 Hören Sie einmal, aus welchem Anlass er dort war! Er war vor elf Monaten beim Kohlessen in der Landesvertretung in Brüssel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das war es dann offenbar. Einer unserer Kollegen hat mir gestern aber erzählt, er habe irgendwie erfahren, Herr Jüttner sei beim Weltkongress der Sozialistischen Internationale in Caracas gewesen. Wer es noch nicht weiß: Der dortige Präsident Hugo Chavez ist sozusagen der Wortführer der Volksfrontbündnisse in Südamerika. Sein Hauptziel ist eine Transformation der Gesellschaft in Richtung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Sein wichtigstes Vorhaben in Venezuela - hören Sie bitte genau zu! - ist die Wiederverstaatlichung der in den 80er- und 90er-Jahren privatisierten Betriebe. Erinnern wir uns an die Rede von Wolfgang Jüttner von gestern! - Wiederverstaatlichung war genau sein Thema.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Hogrefe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Nein, ich habe hier noch einige interessante Beiträge, die ich loswerden möchte.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube ja auch nicht so recht daran, dass Jüttner in Caracas war. Dazu ist er viel zu bieder. (Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Was wir uns alle aber doch vorstellen könnten, ist: Uwe Schwarz und die Sozialistische Internationale.

- Das passt doch irgendwie, oder nicht?

(Beifall bei der CDU)

Uwe Schwarz mit seinem klassenkämpferischen Impetus und die Sozialistische Internationale, das würde doch passen.

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte wieder zu dem Thema, das ich aufgerufen habe.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt gerne zu Niedersachsen zurück. Ich möchte auch die Opposition noch einmal ansprechen. Schon vor einem Jahr haben wir gesagt: Die Opposition könnte eigentlich etwas fröhlicher, etwas humorvoller sein. - Ich hatte Ihnen seinerzeit geraten, doch einmal zum Coaching zu Ina Müller zu gehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der Ministerpräsident, der Ina Müller gut kennt, hat bestätigt, dass sich das für die Opposition lohnen würde. Sie hat es aber offensichtlich nicht getan; denn die gestrige Rede von Herrn Jüttner war wieder allzu verbissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich Ihnen heute einen anderen Vorschlag machen. Ina Müller ist ja intellektuell auch etwas anspruchsvoll. Deshalb heute mein Vorschlag - - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Karin Stief-Kreihe [SPD]: Heute haben wir Haushaltsberatung! Das ist eine Frechheit, was Sie hier liefern! Wir halten hier keine Büttenreden! Jetzt reicht es aber langsam! - Weitere Zurufe)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Abgeordneten! Meine Damen und Herren! Ich bitte Herrn Hogrefe, jetzt zu dem

Tagesordnungspunkt zu sprechen, den ich aufgerufen habe.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Er spricht das, was er sagen will! Das ist sein Recht! - Gegenruf von der SPD: Unglaublich ist so etwas! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Herr Klare - - - Ich warte einen Augenblick, bis Ruhe ist. - Das geht nicht von Ihrer Zeit ab.

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Die Uhr läuft weiter!

# **Vizepräsident Ulrich Biel:**

Es ist auch gut so, dass die Uhr weiterläuft. Aber nicht diese Uhr hier. Wir achten schon darauf, dass Sie Ihre Redezeit bekommen.

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Wenn das hier solch eine Unruhe erzeugt, dann will ich meinen Rat zunächst einmal für mich behalten. Ich kann Ihnen das bei Gelegenheit einmal sagen. Es ging dabei um Günther, den Treckerfahrer, als Coach.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Herr Hogrefe, Sie machen das Haus lächerlich! Machen Sie doch nicht den Pausenclown!)

- Bleiben Sie doch einmal ganz zurückhaltend! Ich komme jetzt auf Niedersachsen zurück.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Kommen Sie einmal zum Haushalt zurück!)

Aber Sie werden auch zugeben können: Hier könnte es ab und zu ruhig einmal etwas humorvoller zugehen. Das wäre auch für die Zuschauer und die Zuhörer interessanter.

(Zuruf von der SPD: Ihr Niveau ist aber unterste Schublade, Herr Hogrefe! - Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, im Jahr 2008 geht es für Niedersachsen um eine Reihe von wichtigen EU-Vorhaben. Die sind für unser Land enorm wichtig. Ich nenne die Meerespolitik und den Seeverkehr, die Breitbandversorgung im ländlichen Raum, die Förderung benachteiligter Gebiete und

bestimmte Forschungsvorhaben, die in Brüssel angestoßen werden, die wir hier ausführen könnten und in die wir auch gute Innovationen einbringen könnten. Zusammen mit dem erstgenannten Thema, dass auch hinsichtlich der Subsidiarität in Zukunft zu Recht mehr von uns gefordert wird, muss auch überlegt werden, ob in der 16. Wahlperiode für den Europaausschuss gewisse Kompetenzen hinzukommen. Wir haben aber schon beim letzten Mal gesagt: Das müsste mit den Parlamentarischen Geschäftsführern abgesprochen werden.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend:

(Zurufe von der SPD)

- Hören Sie doch einmal zu!

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Nein, Ihnen kann man nicht zuhören!)

Ich höre Ihnen ja auch zu.

Zusammenfassend: Für ein Land wie Niedersachsen mit seinen großen Ambitionen im Bereich der Forschung und der neuen Technologien, aber auch mit seinen traditionellen Stärken etwa im Agrarbusiness sowie in der Umwelt- und Klimapolitik ist eine Europapolitik, die in Brüssel durchsetzungsfähig ist, die von Berlin die notwendige Rückendeckung erfährt und die so hervorragend und professionell vertreten wird, wie es diese Landesregierung mit ihrem Ministerpräsidenten tut, von eminenter Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir alles daran setzen, dass dies so bleibt.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Der Abgeordnete Möhrmann hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

#### Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir eben überlegt, wie wohl mein Sitzungsleiter in meinem Stadtrat reagiert hätte, wenn ein Kollege des Stadtrates eine solche Rede gehalten hätte. Ich kann Ihnen sagen, wie er reagiert hätte: Der betreffende Kollege wäre zur Ordnung gerufen worden, und die eigene Fraktion hätte ihm bedeu-

tet, dass so etwas nicht der Würde des Hauses entspricht. Herr Hogrefe, so geht das nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe jedes Verständnis dafür, wenn Sie die Politik der Landesregierung loben. Ich habe auch jedes Verständnis dafür, wenn Sie das loben, was der Herr Ministerpräsident macht.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Lesen Sie es einmal genau nach! - Gegenruf von Karin Stief-Kreihe [SPD]: Herr Klare, halten Sie den Mund!)

Wenn Sie aber verwechseln, dass Sie hier nicht in einem Bierzelt reden und auch nicht eine Büttenrede halten, sondern in einem Parlament sprechen, dann geht das entschieden zu weit. Das lassen wir uns nicht gefallen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Herr Hogrefe, ich habe Sie bisher immer als jemanden kennengelernt - insbesondere auch auf kommunalpolitischer Ebene -, der sehr ernsthaft an der Sache arbeitet.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Unter aller Sau!)

Sie sollten sich überlegen, ob Sie diese Rolle, die Sie heute erneut gespielt haben - Sie haben sie auch schon beim letzten Mal gespielt; seinerzeit war ich aber nicht dabei, weil ich erst in den Plenarsaal gekommen bin, als der Tumult schon da war -, wirklich spielen wollen. Herr Hogrefe, ich muss Ihnen sagen: Ihr Auftritt ist eine Beleidigung für den Parlamentarismus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Vielleicht ist es für das Parlament auch besser, nach 18 Uhr nicht mehr zu tagen. Das sollte man sich für den kommenden - - -

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ihre Beisitzerin macht ständig Kommentare! Sie müssen einmal gucken! Sie ist nicht da, um das zu tun! - Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben hier überhaupt nichts zu sagen, Frau Somfleth! Noch leitet der Präsident die Sitzung!

Das gilt auch für Sie! Halten Sie sich einmal zurück! - Weitere Zurufe)

- Ich verstehe Ihre Unruhe nicht.

(Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung der Sitzung: 20.43 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 20.47 Uhr.

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich die Abgeordnete Frau Langhans gemeldet.

(Zuruf: Sie ist nicht da! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sind die zehn Minuten schon herum, Herr Präsident?)

Meine Damen und Herren, die Wortmeldung von Frau Langhans gilt weiter. Die nächste Wortmeldung liegt von Frau Kuhlo vor. Frau Kuhlo, Sie haben das Wort.

#### **Ulrike Kuhlo** (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich spreche natürlich nicht für Bündnis 90/Die Grünen, sondern für die EDP

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rede des Kollegen Hogrefe kann und will ich in keiner Weise toppen. Ich möchte mich ohnehin kürzer fassen. Auch in der Länge kann ich diese Rede nicht erreichen.

Diese Rede ist mein letzter Beitrag von diesem Platz aus. Ich möchte darauf hinweisen, dass der heutige Tag, der 13. Dezember 2007, ein bemerkenswerter Tag für die Europäische Union ist. Das ist schon mehrfach angeklungen. Der Reformvertrag, der abgespeckte Nachfolger des Verfassungsvertrages, wurde heute in Lissabon unterzeichnet und heißt dementsprechend "Lissabon-Vertrag". Das ist nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden im Jahre 2005 und nach dem Gezerre der letzten sechs Jahre gewiss ein sehr guter Erfolg und ein Licht-

blick, der nicht unerheblich auch auf die Arbeit der deutschen Ratspräsidentschaft zurückzuführen ist.

Aber schon zeigen sich wieder dunkle Wolken am europäischen Himmel. Gestern bei der Proklamation der Grundrechtecharta, die ja auf Drängen von Großbritannien und Polen bereits nicht mehr Bestandteil des Lissabon-Vertrages ist, kam es im EU-Parlament zu einem Eklat, verursacht von Parlamentariern von ultralinks und ultrarechts. Zur heutigen Unterzeichnung des Lisssabon-Vertrages reiste der britische Premier mit großer Verspätung an und unterzeichnete das Werk erst nach der offiziellen Zeremonie, um Fotos zu vermeiden, auf denen zu sehen ist, dass er den in Großbritannien höchst umstrittenen Vertrag unterschreibt. So jedenfalls berichtet es dpa. Schon wird vor einem möglichen Scheitern von Ratifizierungen des Vertrages in einzelnen Mitgliedsstaaten gewarnt. Man muss sich fragen, ob die Europäer bereits wieder dabei sind, sich auseinanderzudividieren. Der niedersächsische Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, mahnte deshalb heute die EU-Länder zur Solidarität untereinander. Er sagte: "Es ist die Solidarität, die uns vereint." Dabei wird nichts so dringend gebraucht wie Einigkeit und gemeinsames Handeln aller EU-Staaten.

Wesentliche Grundlage hierfür ist aber, dass jedem einzelnen EU-Bürger die gemeinsamen Ziele und Vorteile der Europäischen Union und ihre Funktionsweise transparent gemacht werden. Einen kleinen Beitrag dazu leistet auch das Land Niedersachsen mit dem EIZ, dem Europäischen Informationszentrum. Wir haben in den Haushalten dieser Legislaturperiode die finanzielle Grundlage des EIZ stets gesichert. Mit einem möglichen Umzug in das Forum an der Marktkirche wird das EIZ zukünftig nicht nur besser an den Landtag angebunden, sondern auch in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter sein. Dies ist ebenso wie die bereits vor zwei Jahren eingeführten zielgruppenspezifischen Angebote für Kinder und Jugendliche ein weiterer Baustein zur Stärkung des EIZ. Diesen Weg der Stärkung des EIZ wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Haushalt der Staatskanzlei ist von seiner Größenordnung her so gering - das wurde schon gesagt -, dass ich hier auf einzelne Zahlenschiebereien verzichten möchte, zumal auch die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr marginal sind. Ich möchte aber dennoch darauf hinweisen, dass dies auch ein Beleg dafür ist, wie mit relativ bescheide-

nen Mitteln - der Ministerpräsident und seine Staatskanzlei sind da sehr bescheiden - dennoch wirksame Politik gemacht wird. Ich kann in keiner Weise das teilen, was die Kollegin Tinius über die Arbeit der Vertretung in Brüssel gesagt hat. Das ist aus der Luft gegriffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein paar Stichworte zur Medienpolitik in der kommenden Legislaturperiode sagen. Noch in der kommenden Woche, am 19. Dezember, werden die Ministerpräsidenten voraussichtlich den 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verabschieden, den die Landtage dann im ersten Quartal 2008 abnicken werden, ob sie ihn nun inhaltlich mittragen oder nicht. Mit dem 11. Rundfunkänderungsstaatsvertrag steht dann die Frage der Reform des Finanzierungsmodells der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ganz oben auf der Agenda. Hier ist es das erklärte Ziel aller Parteien, endlich zu einem einfachen, transparenten und gerechten Finanzierungsmodell zu kommen. Das kann im Übrigen auch nur im Interesse der öffentlich-rechtlichen Sender selbst liegen, im Sinne von Akzeptanz durch die Zuschauer. Die FDP plädiert hier für eine geräteunabhängige allgemeine Medienabgabe, bei deren Erhebung die GEZ überflüssig wird.

(Beifall bei der FDP)

Untrennbar gehört in diesen Komplex auch die Frage nach der Konkretisierung des Grundversorgungsauftrages der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die nach wie vor noch immer nicht ausreichend beantwortet ist. Im Sinne der Sicherung des Fortbestandes unseres dualen Rundfunksystems sollten wir auch diese offene Flanke endlich schließen.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Art und Weise eingehen, in der Staatsverträge zustande kommen. Als Landesparlament sind wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens für die Medienpolitik zuständig, obwohl wir bei den Rundfunkstaatsverträgen, in denen wesentliche rundfunkpolitische Fragen geregelt werden, selbst als Regierungsfraktionen fast keine Mitsprachemöglichkeit haben. Ich sage Ihnen ganz ehrlich und selbstkritisch: Ich ärgere mich noch heute, dass wir seinerzeit der Rundfunkgebühr für internetfähige PCs aus Mangel an Alternativen zustimmen mussten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

(Eine Person betritt den hinteren Teil des Plenarsaales)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Kuhlo, ich darf Sie kurz unterbrechen. - In welcher Eigenschaft sind Sie hier im Plenarsaal?

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist ein Mitarbeiter der Grünen! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Für Europaangelegenheiten!)

- Dann ist es gut. - Frau Kuhlo, bitte, Sie haben das Wort.

## **Ulrike Kuhlo** (FDP):

Die Staatsverträge werden zwischen den Staatskanzleien, also den 16 Ministerpräsidenten, ausgehandelt, die bekanntlich nicht alle derselben Partei angehören, weshalb das Ergebnis immer ein Kompromiss auf dem kleinsten Nenner ist, den dann die Landtage meist sogar einstimmig verabschieden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn wir aber hier nur sitzen, um die vorgelegten Kompromisse durchzustimmen, dann können wir uns das auch sparen und müssen dann später nicht die Schelte der aufgebrachten Gebührenzahler aushalten. Ich meine, dass die Föderalismuskommission auch hierüber einmal nachdenken muss; denn unter Demokratiegesichtspunkten ist diese Praxis ausgesprochen unbefriedigend.

In nächster Zukunft sollte auch das Niedersächsische Mediengesetz novelliert werden. Hierbei hat dieses Hohe Haus erfreulicherweise mehr Mitsprachemöglichkeiten. Dabei wäre es gut, wenn wir uns als Landesparlament darum bemühen würden, in der Lokal- und Regionalberichterstattung neue Erscheinungsformen zu ermöglichen. Dazu kann gehören, dass sich neue private Regional- und Lokalsender in Niedersachsen ansiedeln, die sich durch regionale und lokale Werbung finanzieren dürfen - so wie es in anderen Bundesländern, z. B. in Bremen und Nordrhein-Westfalen, bereits der Fall ist.

Im Rahmen von IPTV sollte auch verstärkt Lokalberichterstattung möglich werden, ohne auf die Formen von Mediendiensten beschränkt zu bleiben. Die Abgrenzung von beidem ist ohnehin problematisch.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat noch viel Potenzial in der Medienpolitik. Ich wünsche diesem Hause, dass es die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass möglichst viel davon ausgeschöpft wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnete Langhans das Wort.

# Georgia Langhans (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hogrefe, dass Sie hier nüchtern vortragen, mag wohl sein.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Das ist so!)

Aber Ihre Kolleginnen und Kollegen auf den Rängen der CDU und FDP, die trunken - - -

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Vorsicht, was Sie sagen, sonst melde ich mich sofort zur Geschäftsordnung! - Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Darf ich mal ausreden?

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

## Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ich kann die Sitzung noch einmal unterbrechen. Ich habe die Sitzung eben nicht umsonst unterbrochen. Ich gehe davon aus, dass wir diese Sitzung jetzt anständig und ordentlich, wie es sich für ein Parlament gehört, zu Ende bringen.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Langhans, manchem fällt es vielleicht schwer, so oder so. Aber mit der Unterbrechung haben wir dieses Thema eigentlich abgeschlossen.

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie weiterreden wollen, dann unterbreche ich die Sitzung wieder. - Ich gehe davon aus, dass wir die Sitzung jetzt ordnungsgemäß über die Bühne bringen.

Frau Langhans, Sie haben das Wort.

# Georgia Langhans (GRÜNE):

Meine Damen und Herren, dass Sie auf den Rängen von CDU und FDP, trunken von Begeisterung, diesen Klamauk veranstalten, ist dieses Hauses meines Erachtens wirklich nicht würdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

So, jetzt können Sie weiterschimpfen. - Meine Damen und Herren, bei der Europapolitik und der internationalen Zusammenarbeit vermisse ich auch in diesem Haus die politischen Akzente. In diesem Jahr haben wir das 50-jährige Bestehen der Römischen Verträge, quasi die Geburtsstunde der Europäischen Union, gefeiert. Der Deutschen Ratspräsidentschaft ist es gelungen, den Verfassungsvertrag vor dem endgültigen Scheitern zu retten. Die Landesregierung hätte diese historische Situation zum Anlass nehmen müssen, den Austausch und die Begegnung von Menschen, Organisationen und Initiativen aus Niedersachsen mit Partnern in den EU-Staaten besonders zu fördern. Diese Chance haben Sie vertan. Sie haben sich stattdessen auf Festakte und Selbstdarstellungstermine beschränkt - und auf den Klamauk, den wir heute Abend erlebt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, erschreckend wenige Abgeordnete haben die Gelegenheit genutzt, mit jungen Menschen an den Schulen über Europa zu diskutieren.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Das Thema Europa hat offensichtlich wenig Konjunktur, wenn es um Inhalte geht, was im Übrigen auch, Herr Hogrefe, heute Abend an Ihrer Rede zu merken war.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, erstmals haben wir an dem Subsidiaritätsprüfverfahren des AdR teilgenommen. Ich hoffe, dass dies keine Eintagsfliege bleibt. Zukünftig sollten der Aufgabenzuschnitt und die Arbeitsweise im EU-Ausschuss weiter verbessert werden. Ob gesetzliche Vorhaben der EU auf der europäischen Ebene richtig angesiedelt oder aus Ländersicht gerechtfertigt sind, dazu sollte der Ausschuss künftig zeitnah und auch inhaltlich Stellung nehmen. Das Parlament muss sich endlich in die Europapolitik einmischen und darf das nicht ausschließlich der Landesregierung überlassen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Denn dieser Ausschuss, meine Damen und Herren, muss bei der Information sowie zur Bewusstseins- und Meinungsbildung in Niedersachsen einen notwendigen und deutlich wahrnehmbaren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung stellt immer wieder die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Vordergrund. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene ist solch ein ehrenamtlicher Bereich. Sie haben in diesem Jahr den Haushaltsansatz erhöht. Das ist erfreulich. Dennoch: Auch für 2008 reichen die bereitgestellten Mittel nicht aus, damit der VEN die ihm zugedachte Rolle als Koordinator der entwicklungspolitischen Initiativen in Niedersachsen kompetent wahrnehmen kann.

#### (Zustimmung bei den GRÜNEN)

Entwicklungszusammenarbeit, meine Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße, sondern sie findet auch hier direkt bei uns statt. Wenn es um die notwendige Informations-, Bildungs- und Koordinierungsarbeit geht, dann ducken Sie sich weg. Eine Schmalspurpolitik, die lediglich der Beruhigung des Gewissens dient, ist ungeeignet, Probleme zu lösen und Menschen zu begeistern.

An dieser Stelle möchte ich auf den einzigen positiven Aspekt niedersächsischer Europapolitik hinweisen: Das EIZ leistet eine hervorragende Arbeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Seine Internetseiten sind bundesweit vorbildlich. Hier werden der europäische Gedanke und die europäische Politik hervorragend vermittelt. Herzlichen Dank dafür an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EIZ!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auf der anderen Seite trägt das EIZ als Aushängeschild auch zu einem falschen Bild bei. Bürgerinnen und Bürger, die die Seiten im Netz besuchen, gewinnen den Eindruck, in Niedersachsen wird eine hervorragende Europapolitik gemacht.

(Ulrike Kuhlo [FDP]: Richtig!)

Das ist leider nicht der Fall. Das stellt man fest, wenn man hinter diese schöne Kulisse guckt. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen beklagen ständig, dass Europa sachfremde Vorgaben mache. Aber die Chancen, die europaweite Regelungen und Initiativen bieten, nutzen Sie nicht. Geradezu skurrile Züge trägt dabei die Abwehr europäischer Anforderungen im Naturschutz oder Gesundheitsschutz durch den Umweltminister. Ich nenne hier nur die Stichworte "FFH" und "Vogelschutzrichtlinie", "Umgebungslärmrichtlinie" und "REACH".

Dabei ist doch klar: Nur eine langfristig, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik wird erfolgreich sein. Sie muss auf Interessensausgleich aufbauen, der für den gesamten Raum der Europäischen Union gilt. Politik muss Rahmen setzen in Richtung Wachsen und Bewahren, einen Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung ermöglichen. Das ist der Auftrag von Lissabon, Barcelona und Göteborg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, heute ist in der Tat ein besonderer Tag für Europa. Mit der Unterzeichnung des EU-Vertrages von Lissabon wird die jahrelange Auseinandersetzung um einen EU-Verfassungsvertrag beendet. Wir als Bündnis-Grüne sind mit diesem Kompromiss zufrieden, auch wenn wir uns wesentlich mehr gewünscht hätten.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon sollte die Phase der institutionellen Reformen nun endlich beendet sein. Es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder den zentralen Themen und den zentralen Fragen der inhaltlichen Ausgestaltung europäischer Politik widmen. Dringende Fragen zum Klimaschutz, der Struktur der Energieversorgung und - es wird Sie nicht wundern - der Migrationspolitik stehen zur Lösung an.

Herr Ministerpräsident Wulff mahnt heute an, dass die Verhandlungen über eine Bund-Länder-Vereinbarung über die Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten wieder aufgenommen werden müssen. Er fordert Zugeständnisse des Bundes und meint damit eine größere Mitsprache der Länder.

Meine Damen und Herren, bevor diese Landesregierung mehr Kompetenzen in der deutschen Europapolitik einfordert, sollte sie meines Erachtens erst einmal hier eine solide Europapolitik nachweisen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten Schluss machen mit Ihrer Kulissenpolitik, Europa und internationale Politik ernst nehmen und sie nicht weiter als Stoff für Polemik und Sonntagsreden missbrauchen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Wulff das Wort.

## Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle zunächst sehr erfreut fest, dass es relativ wenig Kritik am Etat der Staatskanzlei gegeben hat. Wer genau zugehört hat, kann einen gewissen Respekt des gesamten Hauses davor, dass wir außerordentlich sparsam wirtschaften, nicht abstreiten. Der Etat betrug vor fünf Jahren über 43 Millionen Euro. Er beträgt jetzt gut 31 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt, immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - wir haben dort eine Vorbildfunktion wahrgenommen - leisten immer mehr. Die Zeit reicht jetzt nicht, die Erfolge - von Ehrenamt bis Bürokratieabbau, Stärkung des Medienstandortes, den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz oder die großartige IdeenExpo - weiter auszuschmücken. Aber dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das bewältigt haben, ist ein gutes Zeichen dafür, wie hoch die Motivation in der Staatskanzlei ist. Ich darf mich jedenfalls bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte drei Bemerkungen zu Ihrer Rede machen, Frau Tinius, in der Sie die Staatskanzlei und vor allem die Europapolitik kritisiert haben.

Das Erste war Ihr Hinweis auf die Entwicklungszusammenarbeit. Wir steigern jetzt ja die Mittel für das kommende Jahr, das haben Sie bemerkt. Ich muss Ihnen mitteilen: Die größten Kürzungen hat dieser Bereich unter Ihrem letzten Ministerpräsidenten, Sigmar Gabriel, erfahren. Sie waren damals Mitglied der Regierungsfraktion. Insofern sollte man nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashaus sitzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die zweite Bemerkung: Für uns ist es überhaupt keine Petitesse, dass wir es durch unsere gute Vertretung in Brüssel erreicht haben, in der neuen Förderperiode 800 Millionen Euro mehr zu bekommen als in der auslaufenden Förderperiode. Das ist ein Ausweis für den Einfluss Niedersachsens in Europa und ein Zeichen dafür, dass wir dort gemeinschaftlich viel erreichen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die dritte Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft das europapolitische Konzept der Landesregierung. Ich muss Ihnen - die Wahrheit kann ich Ihnen nicht ersparen - sagen, dass es das erste europapolitische Konzept einer Landesregierung ist seit den europapolitischen Konzepten der Albrecht-Regierung. Sie haben es in 13 Jahren nicht geschafft, in einem europapolitischen Konzept Ihre Europapolitik zu erklären. Insofern warten wir darauf, dass Sie hierzu entsprechende Initiativen und Anregungen bringen und sich ernsthaft mit unserer Arbeit und unserem Konzept auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine letzte Bemerkung kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Die Änderungsanträge seit gestern Mittag - - -

(Zuruf von der SPD)

- Ja, wir schaffen das ohne Europaminister. Das wundert Sie, aber es kommt ja nicht auf die Zahl der Köpfe an.

(Ingolf Viereck [SPD]: Mich wundert gar nichts!)

- Lieber Herr Viereck, ich muss Ihnen sagen, die Anträge der SPD-Fraktion sind in einem Punkte ausgesprochen beruhigend. Sie kürzen den Verfügungsfonds des Ministerpräsidenten um 60 % und die Mittel für die Informationsarbeit der Landesregierung in der Staatskanzlei über Niedersachsen um 90 %.

(Dieter Möhrmann [SPD]: So, wie Sie das auch gemacht haben!)

Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Sie damit rechnen, dass ich dieses Amt nächstes Jahr ausüben werde und nicht Herr Jüttner. Sonst hätten Sie das sicherlich nicht vorgeschlagen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Hogrefe hat sich zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 der Geschäftsordnung gemeldet. Herr Hogrefe, Sie kennen den Wortlaut der Geschäftsordnung. Ich muss Sie nicht besonders darauf hinweisen, bitte Sie aber, sich daran zu halten.

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem Punkt hat Herr Möhrmann Recht: Im Kreistag von Verden halte ich solche Reden nicht. Aber dort ist das auch nicht nötig, weil man sich dort solche Vorwürfe nicht anhören muss.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich bin am Montag für 35 Jahre Mitgliedschaft im Kreistag geehrt worden. Anschließend haben alle Fraktionen zusammen einstimmig den Kreishaushalt für das Jahr 2008 beschlossen. Warum geht das dort, hier aber nicht? Weil man dort um die Sache ringt und weil dort keine völlig aus der Luft gegriffenen und ungerechtfertigten Vorwürfe erhoben werden, weder gegenüber der Kreisverwaltung noch zwischen den Fraktionen.

(Zuruf von der SPD: Nehmen Sie das doch nicht persönlich!)

- Doch! Ich möchte hier meine Befindlichkeit erklären. Das hat mit uns als Parlament zu tun.

Ich will Ihnen einmal ein Schlüsselerlebnis nennen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im März war ich mit unserer neuen Kollegin Frau Krause-Behrens in Holland. Wir haben uns sehr gut verstanden. Ich habe mir gedacht, Frau Krause-Behrens ist eine wirklich sachlich fundierte und gute Kollegin. Das ist sie sicherlich auch. Aber als ich die Rede nachgelesen habe, die sie in der letzten Europadebatte gehalten hat, habe ich sie nicht wiedererkannt.

(Unruhe)

# Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Hogrefe - - -

# Wilhelm Hogrefe (CDU):

Ich bin gleich fertig. Darf ich das eben noch einmal zu Ende führen?

Sie wundern sich, warum die Stimmung in der CDU-Fraktion so gut war. Ich will Ihnen sagen, das ist auch ein Ventil, um den Frust über bestimmte Verhältnisse hier herauszulassen.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen, Herr Präsident. Ich habe in meiner Rede niemanden beleidigt. Dann hätten Sie auch eingegriffen. Das hatten Sie nicht nötig. Es war schlicht so, dass unsere Fraktion heute besonders gut gelaunt war. Das ist in Deutschland nicht verboten. Das Recht auf freie Rede haben wir hier noch, Herr Präsident.

(Beifall bei der CDU)

#### Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, damit beenden wir für heute die Haushaltsberatungen. Wir setzen sie morgen mit den erforderlichen Abstimmungen fort. Ich wünsche allen einen angenehmen Abend und eine gute Nacht.

Schluss der Sitzung: 21.13 Uhr.